

Ulla Plener

DEMOKRATISIERUNG

BEITRÄGE ZUR STRATEGIE DER LINKEN

3

Ulla Plener

Demokratisierung

Beiträge zur Strategie der Linken

Ulla Plener

DEMOKRATISIERUNG

BEITRÄGE ZUR STRATEGIE DER LINKEN

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Marion Schüttrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: November 2012

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Zum Geleit	7
Über den Umgang der Arbeiterbewegung mit Demokratie als Weg zum Sozialismus. Ein Blick in die Geschichte – statt eines Vorworts	11
Epochenverständnis und Demokratisierung – zwei Kernfragen sozialistischer Orientierung und Politik	15
Die sozialistische Bewegung: Ideal und Politikfähigkeit	17
Demokratisierung: Warum ist sie Kernfrage linker Politik?	20
Felder der Demokratisierung aus linker Sicht	21
Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie.	
Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung	27
Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933	27
Die alte Arbeiterbewegung – Erbin der bürgerlichen Aufklärung	28
Gerechtigkeitsideal und politische Ökonomie der Lohnarbeitenden	29
Wirtschaftsdemokratie – Kern sozialer Gerechtigkeit	33
Inhalte der geforderten Wirtschaftsdemokratie zwischen Jahrhundertwende und Revolution 1918/1919	34
Die zwanziger Jahre: Das ADGB-Konzept der Wirtschaftsdemokratie	37
Ausblick	43
Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland	44
Demokratische und sozial gerechte Wirtschaftsordnung – ein Erfordernis der Menschenwürde	44
Für gleichberechtigte Teilhabe des Faktors Arbeit an Entscheidungen in der Wirtschaft	46
Die Verantwortung des Staates als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen	47

Teil III: Nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990–2000)	59
Gewerkschaften, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie	59
Die SPD: für «modernisierte Gerechtigkeit durch Ungleichheit»	63
Die PDS: für soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung der Wirtschaft	67
Reale Chancen und Ansätze für wirtschaftsdemokratische Ideen und Praxis	71
Zusammenfassung: Für ein Konzept gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens	76
In Memoriam: Hattingen und Rheinhausen 1987/1988.	
Versuch einer Demokratie von unten	80
Demokratisierung der Wirtschaft –	
Kern einer Strategie für radikale Demokratie	90
Was heißt Wirtschaftsdemokratie? Das ADGB-Konzept der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts	91
Wirtschaftsdemokratische Forderungen in den 1940er bis 1980er Jahren	93
Seit den 1990er Jahren: Die Idee von SPD und DGB verdrängt	95
Am Beginn des 21. Jahrhunderts: Wirtschaftsdemokratie bei der Linken wieder in der Diskussion	99
Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken.	
Eine Übersicht (2006)	106
Wirtschaftsdemokratie in linken Programmentwürfen	108
Wirtschaftsdemokratie in der Programmdebatte	111
Wirtschaftsdemokratie im 21. Jahrhundert?	
Möglichkeiten der Sozialisierung von unten?	119
Spontantität – radikale Demokratie –	
Weg zur sozial gerechten, demokratischen Gesellschaft	130
Wirtschaftsdemokratie in Beschlüssen des DGB, seiner Gewerkschaften und in gewerkschaftlicher Diskussion zu Beginn des 21. Jahrhunderts	141
Der DGB und seine Gewerkschaften IG Metall und ver.di (2001–2009)	141
Wirtschaftsdemokratie in Beschlüssen von DGB, IG Metall und ver.di (2010/2011)	152
Die Diskussion um «Neue Wirtschaftsdemokratie»	157
Wirtschaftsdemokratie – kaum noch Thema bei der SPD (2000–2011)	161
Die Programmdiskussion 2000–2006	161
Das neue – Hamburger – Programm von 2007	167
Demokratie und Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion und im Programm der Partei DIE LINKE	172
Die Programmdebatte	172
Das Erfurter Programm von 2011	182

ZUM GELEIT

Der vorliegende Band versammelt Aufsätze von Ulla Plener, in deren Zentrum die Frage der Wirtschaftsdemokratie steht. Diesem Thema hat sich Ulla Plener während der letzten zwei Jahrzehnte immer wieder gewidmet – also in einer Zeit, in der es trotz oder vielleicht auch gerade wegen seiner Wichtigkeit und Dringlichkeit über eine längere Phase an den Rand gedrängt wurde. Die Studien und Artikel haben ganz verschiedenen Charakter, es handelt sich um historische Studien, Zeitdiagnosen oder kritische Kommentare zu Diskussionen in den Gewerkschaften, der SPD oder der PDS bzw. der Partei DIE LINKE.

Ulla Plener gibt der Wirtschaftsdemokratie eine demokratiethoretisch-politische und eine zivilisationstheoretische Bedeutung und verleiht ihr großes Gewicht bei der Suche nach Wegen aus den gegenwärtigen Problemen der Gesellschaft. Mit einem manchmal an Kant gemahnenden geschichtsphilosophischen Zugriff betont sie, dass der Fortschritt der Menschheit von der fortschreitenden Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt werde. Für die sozialistische Bewegung war dies eine zentrale Achse ihres Selbstverständnisses. Doch hat diese Bewegung hinsichtlich der Demokratiefrage historisch zweimal versagt und in der Folge jeweils entsprechende schwere, die ganze Gesellschaft und ihre Entwicklung betreffende Niederlagen erfahren. Das eine Mal handelt es sich um das Versagen der klassischen Sozialdemokratie des späten 19. Jahrhunderts. Sie beschied ihr Engagement für die Demokratie auf die Forderung nach Einrichtung der politischen, der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts und nährte die Illusion, allein dies sei Demokratie und ermögliche die Gestaltung der Gesellschaft als Ganzes. Die Vermittlungen zwischen der politischen Demokratie und den ökonomischen Notwendigkeiten seien nicht näher bestimmt worden, vielmehr sei angenommen worden, dass die Ökonomie von sich aus zum Sozialismus tendiere, wenn nur die parlamentarische Demokratie den Rahmen dafür zur Verfügung stelle. Für die Ökonomie selbst

seien keine demokratischen Überlegungen angestellt und Ziele angestrebt worden. Ein Übergang sei jedoch nur möglich, wenn auch die Wirtschaft und die sich dort konzentrierende gesellschaftliche Macht der demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Historisch wurde auf diese Weise die Erweiterung der Demokratie zur sozialen Republik versäumt, also die Ausdehnung der Demokratie auf den Bereich der Wirtschaft.

Das andere Mal handelt es sich um das Scheitern des Realsozialismus spätestens seit Ende der 1970er Jahre. Er sei deswegen gescheitert, weil er sich nicht von demokratischen Prozessen bestimmen ließ und für die Explosivkraft demokratischer Ideen keinen Raum schuf. Hatten relevante Vertreterinnen und Vertreter der sozialistischen Tradition wie Lenin oder Luxemburg lange Zeit den Zusammenhang von Sozialismus und Demokratisierung auch der ökonomischen Verhältnisse betont und für Räte-demokratie plädiert, so sei schon bald nach der Oktoberrevolution der Zusammenhang von liberaler und sozialer Demokratie aufgelöst worden. Die Praktiken und Erfahrungen der Demokratiebewegung von 1989 sieht Ulla Plener vom Kapitalismus derart kanalisiert, dass gerade den demokratischen Zielen die Spitze abgebrochen wurde.

Nicht zuletzt deswegen, so ihre Ansicht, bewegen wir uns heute in einer Zeit des Übergangs von einem alten Zivilisationstyp der Konfrontation zu einem neuen Zivilisationstyp, der sich auf Kooperation, Ausgleich und Konsens stützt. Diese Übergangsphase ist schwierig, und es gibt, worauf Ulla Plener energisch hinweist, kein Sinnversprechen für die gegenwärtig Lebenden, dass ihr Engagement lohnt und sie selbst schon die Auflösung erfahren werden. Aber dieses Engagement hält sie für notwendig und reklamiert für sich implizit den Marx'schen kategorischen Imperativ, dem zufolge alle Verhältnisse umzuwerfen seien, unter denen die Menschen geknechtete und verächtliche Wesen sind. Sie betont, und das ist ja bis in die Gewerkschaften und die Partei DIE LINKE keine Selbstverständlichkeit, dass eine solche neue Zivilisation viele Arten der Konfrontation überwinden müsste: zwischen Menschen, zwischen Menschen und Natur, zwischen den Geschlechtern, Völkern, Staaten oder Blöcken. Der reale Sozialismus habe sich dem Zivilisationstyp her nach nicht vom kapitalistischen unterschieden. Ist die kapitalistische Produktionsweise die historisch bislang effizienteste und effektivste, so trägt sie doch auch in hohem Maße Verantwortung für die globalen Probleme, die in mehrerlei Hinsicht das Überleben der Menschheit bedrohen.

Wirtschaftsdemokratie ist, so eine der zentralen Thesen der hier versammelten Texte, das strategische Schlüsselkonzept für die Vorbereitung des neuen kooperativen Zivilisationstyps und den Übergang hin zu ihm. Es handelt sich bei ihr um die Form der radikalen Demokratie, die den historisch lange währenden demokratiepolitischen Impuls zeitgenössisch fortsetzt, eine übergreifende Idee für die sozialen und demokratischen Kämpfe, getragen von breiten Bündnissen sozialer Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften, die für eine demokratische, friedliche, naturverträgliche, soli-

darische, nichtpatriarchale Welt eintreten, in der nicht länger der Profit, sondern das Gesamtwohl und die Freiheit der Einzelnen bestimmend sein sollen. Wirtschaftsdemokratie zielt darauf, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zugunsten der Mitsprache aller Einzelnen zu demokratisieren und damit demokratischen Sozialismus zu ermöglichen.

Dies schließt viele konkrete Momente und Schritte ein. In ihren Texten erinnert Ulla Plener immer wieder an die Komplexität der wirtschaftsdemokratischen Reorganisation der Gesellschaft. Die bestehende Form der Mitbestimmung in den Unternehmen und Verwaltungen allein reicht nicht aus, um dem Anspruch auf Wirtschaftsdemokratie zu genügen. Einzurichtende Wirtschafts- und Sozialräte auf Betriebs- und Länderebene hätten Veto- und Initiativrechte in allen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Angelegenheiten wie Kapitalaufstockung, Gewinnverwendung, Investitionsplänen, Stilllegungen oder Rationalisierungen. Aber darüber hinaus müsste noch vieles Weitere hinzukommen: Staatliche Aufträge an die Rüstungsindustrie hätten zu unterbleiben, Acker- und Waldflächen wären in öffentliches Eigentum zu überführen, das Kartellrecht würde verschärft, Kredite würden zu niedrigen Zinsen an kleine und mittelständische Unternehmen vergeben, regionales, soziales und ökologisches Wirtschaften wäre durch Gesetzgebung, Besteuerung, Kreditvergabe zu begünstigen, Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen, Formen der solidarischen Ökonomie in allen Bereichen würden unterstützt. Radikale Demokratie nimmt, soll sie konkret und im Alltag relevant werden und gelebt werden können, die Form der kleinen Münze an.

Aber sind die politischen Akteure den Herausforderungen der Übergangszeit gewachsen? Auch diese Frage wird von Ulla Plener in kritischen Kommentaren zur gewerkschaftlichen Diskussion und zur Diskussion in der Partei DIE LINKE und ihren Vorläuferinnen erörtert. Ulla Pleners Befund ist solidarisch, abwägend und nüchtern. Sie anerkennt die Bemühungen um Wirtschaftsdemokratie, kritisiert aber auch, dass aus den historischen Versäumnissen so wenig gelernt werde. Ja, es werden in den programmatischen Vorschlägen und Diskussionen im Umfeld der Partei DIE LINKE vielfach richtige Gesichtspunkte geltend gemacht. Dennoch bleibt auch vieles im Ungefähren. Die große Schwäche besteht im Verhältnis zum Staat und zur Demokratie. Tritt die Linke lediglich für den Sozialstaat ein? Ist sie allein deswegen schon, weil der Neoliberalismus für Staatsabbau, Deregulierung und Privatisierung ist, für mehr Staat? Kommt dabei mehr heraus als keineswegs zu verachtende politische Demokratie? Aber wäre nicht soziale Demokratie notwendig? Wie kann eine demokratische Politik zur Demokratisierung auch der Wirtschaft umgesetzt werden? Wer tut es? In den Diskussionen der LINKEN sieht Plener große Defizite, ihre Einwände geben für alle weiteren Diskussionen wichtige historische, demokratiepolitische, ethisch-normative, zivilisationstheoretische Anregungen. Denn sie hat recht: Wirtschaftsdemokratie ist nicht eine Aufgabe unter anderen, sondern steht im Zentrum aller Bemühungen radikaler Demokratie und berührt die Frage des Gemeinwesens selbst.

Die Texte von Ulla Plener erinnern uns an frühere Diskussionen über Wirtschaftsdemokratie, an gewonnene und verlorene Einsichten, sie regen zur weiteren und intensiven Diskussion über sozialistische Transformation an und formulieren vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen nicht außer Betracht zu lassende Anforderungen. Sie geben uns Anlass zum Nachdenken über den Zivilisationstyp und den gegenwärtigen Stand der globalen kapitalistischen Entwicklung, über den Zusammenhang der vielen verschiedenartigen und die Gesellschaft bedrohenden Konflikte. Sie regen dazu an, noch intensiver demokratietheoretisch und demokratiepolitisch über den Staat und die radikale Demokratie und schließlich über die für sie eintretenden Kräfte nachzudenken. Die Texte von Ulla Plener ernüchtern, und gleichzeitig sind sie von einem tiefen Optimismus, denn sie weisen auf eine langfristig wirkende Tendenz, die vom Handeln vieler Menschen getragen wird, das sich immer wieder erneuert und offenkundig eine tiefe historische Rationalität besitzt.¹

Berlin/Basel, September 2012
Alex Demirović

1 Die Texte werden hier in ihrer Ursprungsfassung wiedergegeben. Hier und da wird die Leserin/der Leser auf (zum Teil wörtliche) Wiederholungen stoßen. Diese ergaben sich, weil die Beiträge bei Erscheinen kaum beachtet und deren Inhalt nicht diskutiert wurden. Die drei abschließenden Texte (ab S. 141) werden im vorliegenden Band erstmalig veröffentlicht.

ÜBER DEN UMGANG DER ARBEITER- BEWEGUNG MIT DEMOKRATIE ALS WEG ZUM SOZIALISMUS

EIN BLICK IN DIE GESCHICHTE – STATT EINES VORWORTS¹

Die Stellung zur Demokratie war und ist das zentrale Problem der modernen sozialen Bewegungen, so auch der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts.² Arthur Rosenberg hatte das als einer der ersten sozialistischen Autoren anhand von 150 Jahren politischer Geschichte Europas (1789–1938) verfolgt und dargestellt.³

Demokratie war das eigentliche zentrale Problem der deutschen Sozialdemokratie unter August Bebel, das sie allerdings nicht zu lösen vermocht hatte. Wieso nicht? Weil sie, ihrem Theoretiker Karl Kautsky folgend, es nicht verstanden hatte, aus der von Marx begründeten (sozialistischen) Theorie eine praktikable (demokratische) Politik für hier und heute abzuleiten, die alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens, *einschließlich der ökonomischen*, und damit breiteste Schichten des Volkes weit über das industrielle Proletariat hinaus einbezogen hätte. Sie hatte (mit Kautsky) Demokratie nicht inhaltlich, also als Wechselverhältnis der politischen *und* ökonomischen Sphäre, gefasst, was sich in konkreten Forderungen für *beide* Ebenen *noch innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise* hätte niederschlagen müssen, sondern allein auf die politische Form des Parlamentarismus auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts reduziert.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 orientierte sich die Sozialdemokratie mit Bebel an der Spitze (und Kautsky begründete das theoretisch) unvermittelt am so-

- 1 Zuerst erschienen in: Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2006.
- 2 Unter Demokratie wird hier die wirksame Teilnahme der Mehrheit der Bevölkerung (und das war und ist überall ihr arbeitender, im Kapitalismus lohnarbeitender Teil) an Entscheidungen in Staat und Gesellschaft (Wirtschaft vor allem) verstanden; modern meint hier die auf der Basis der Industriegesellschaft der kapitalistischen Produktionsweise entstehenden ökonomischen, sozialen, politischen, geistigen Erscheinungen und Institutionen. Vgl. Ulla Plener: Demokratisierung – Kernfrage linker Politik, in: Horst Dietzel/Konrad Irmschler (Hrsg.): Was ist heute links? Ein Diskussionsangebot, Berlin 1991, S. 59 ff.
- 3 Vgl. Arthur Rosenberg: Demokratie und Sozialismus (1938), Frankfurt a. M. 1988. Dort auch zur Tradition der «sozialen Demokratie».

zialistischen Ziel, sah sie in der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die unmittelbare Kampfaufgabe. Die demokratische (noch nicht sozialistische) Republik wurde nicht als das nächste Ziel anvisiert (was Engels gefordert hatte), sie sollte ein «Nebenprodukt» der sozialistischen Umwälzung sein. Deshalb vertrat die Partei eine verengte Bündnisauffassung: Als revolutionäre Kraft galt das Industrieproletariat der Großstädte; den im wesentlichen proletarischen Status der meisten Angestellten, Beamten, Volksschullehrer und ähnlicher sozialer Schichten hielt man für ausreichend dafür, dass sie sich der Sozialdemokratie zuwenden würden; es wurde die unvermeidliche und rasche Ruinierung der Kleinbetriebe in Stadt und Land erwartet, Bauern und städtische Mittelschichten als zukünftige Proletarier angesprochen – diese in ihrer Mehrheit demokratischen Kräfte sollten sich unter der sozialistischen Fahne der Sozialdemokratie sammeln, und so wurden für sie *keine ökonomischen Forderungen demokratischen Inhalts* für notwendig erachtet und formuliert.⁴

Eben das widerspiegelte sich in dem viel besprochenen Widerspruch des Erfurter Programms zwischen Kautskys erstem, theoretischem und Bernsteins zweitem, politischem Teil. Zwischen der Zukunftsvorstellung und den unmittelbaren politischen Erfordernissen lag «eine Art Niemandsland»: Es gab nur «schemenhafte Überlegungen über aktuelle demokratische Umgestaltungen wie über den zu beschreitenden Weg in den Sozialismus hinein».⁶

Die «Art Niemandsland» ergab sich gerade aus der *fehlenden Verbindung* zwischen dem Nachweis der ökonomischen Notwendigkeit des *Sozialismus* und dem Aufzeigen konkreter Schritte *demokratischen Inhalts* in Staat und Gesellschaft (also auch in der kapitalistischen Ökonomie, und das nicht nur auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit in der Großindustrie beschränkt), über die der Sozialismus erst erreichbar wird. Der Sozialismus sollte auf dem Weg der parlamentarischen Demokratie durch schrittweise Eroberung der Parlamentsmehrheit erreicht werden – und *erst danach* die ökonomische Umgestaltung erfolgen. Die Sozialdemokratie habe, so hieß es, – als Voraussetzung für den Erfolg des Weges zur politischen Machteroberung – die sozialistische Aufklärung des Proletariats zu betreiben und den proletarischen Kampf in diese Richtung zu lenken.

Der eine Grund für das Nichterkennen des sozialökonomischen Wesens der Demokratie steckte wohl darin, dass die Partei, theoretisch dominiert von Kautsky, es nicht vermocht hatte, ihre demokratischen Vorstellungen organisch mit der (schon während der Großen Französischen Revolution geborenen) von Marx im Gefolge von 1789, 1848 und 1871 sozialökonomisch erläuterten Forderung nach einer *sozialen*

4 Vgl. Helmut Hesselbarth: Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus, Berlin 1968, S. 108 ff.; ders.: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky, in: Horst Bartel/Hellmut Hesselbarth/Wolfgang Schröder (Hrsg.): Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1970.

5 Massimo L. Salvadori: Sozialismus und Demokratie. Karl Kautsky 1880–1938, Mailand 1978, deutsch: Stuttgart 1982, S. 129.

6 Harald Koth: «Meine Zeit wird wieder kommen ...» Das Leben Karl Kautskys, Berlin 1993, S. 79.

Republik zu verbinden und sie für die Praxis der Arbeiterbewegung um und nach 1900 fruchtbar zu machen.

Das Demokratieverständnis von Marx und Engels schloss die soziale Dimension der Demokratie – den Nachweis der ökonomischen Ursachen für die Grenzen der liberalen Freiheiten und des bürgerlichen Parlamentarismus – ein. Deshalb ging es um die Veränderung der ökonomischen, der Produktionsverhältnisse (– in welchen anderen Formen und auf welchen anderen Wegen, als Marx und Engels das zu ihrer Zeit erwartet hatten oder ihnen von ihren Nachfolgern unterstellt wurde, soll hier nicht diskutiert werden). Aus diesem Verständnis ergibt sich der Stellenwert des auch auf die Ökonomie bezogenen demokratischen Kampfes unter kapitalistischen Bedingungen für den Übergang zu sozialistischen Verhältnissen, also des politischen *und* sozialökonomischen Fortschreitens zu einer sozial gerechten Gesellschaft noch innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise.

Nach den Intentionen von Marx und Engels sollte die sozialistische Arbeiterbewegung *beide* Traditionen der modernen, das heißt auf die Große Französische Revolution zurückgehenden, Demokratie aufnehmen. *Die eine*: Demokratie als *bürgerlich-liberale* Idee der politischen individuellen Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die sich ökonomisch auf das Privateigentum an Produktionsmitteln gründet und politisch in der parlamentarisch-demokratischen (repräsentativen) Republik ausdrückt. Sie wurde von der Arbeiterbewegung nicht nur als günstigster Boden für ihr Wirken akzeptiert – sie wurde in den meisten europäischen Ländern, so auch in Deutschland, von der Arbeiterbewegung erkämpft, stets verteidigt und erweitert. *Die andere*: Demokratie als radikale Idee, weil nicht nur der politischen, sondern *auch der sozialen Freiheit*; sie nimmt das auf den politischen Bereich reduzierte liberale Verständnis auf und führt es über dieses hinaus. Ihr liegt der «der Menschheit angeborene Drang nach Freiheit» zugrunde, der sich – nach Engels – in der «Explosivkraft demokratischer Ideen» äußert.⁷ Er wurzelt zum einen im Menschen als arbeitendes, schöpferisches Wesen, das sich gegen die (erkannte bzw. erfuhrte) Entfremdung der und in der Arbeit wendet; und zum anderen im gesellschaftlichen Charakter der kapitalistischen Produktivkräfte, in der (vom Kapital schließlich «gegen sich selbst» betriebenen) fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion.⁸

Ökonomisch reflektierte sich das in verschiedenen Forderungen nach öffentlichem und Gemeineigentum; politisch – in Vorstellungen über die direkte (die Basis-)Demokratie bzw. über die Konzentration legislativer und vollziehender Gewalt bei den Volksvertretungen (Parlamenten, Räten) im Rahmen einer demokratischen (Räte- o. ä.) Republik. Diese zweite Demokratietradition fortführend, analysierten Marx eine solche radikale Demokratie anhand der (spontan geborenen) Pariser Kommune und Lenin – anhand der (ebenfalls spontan entstandenen) russischen Sowjets; Rosa

7 Friedrich Engels: Worum es in der Türkei in Wirklichkeit geht, in: MEW, Bd. 9, S. 17.

8 Vgl. u. a. MEW, Ergänzungsband, 1. Teil, S. 510 ff.; Bd. 20, S. 250, 257 f., 263 f.

Luxemburg forderte unter dem Eindruck der spontanen Entwicklung in Deutschland 1918 die Räte­demokratie.

Im kaiserlichen Deutschland war es Rosa Luxemburg, die seit 1910 öffentlich und mit Nachdruck für die demokratische Republik stritt. Im zaristischen Russland war es Lenin, der vor und nach der Revolution von 1905 diesen Kampf auch unter dem Aspekt der Bündnispolitik konkretisiert hatte. Rosenberg: «Zum ersten Male in Europa erscheint in der Agitation Lenins wieder der lebendige Begriff von der sozialen Demokratie, von dem revolutionären Bündnis aller werktätigen Menschen zum Sturze der privilegierten Oberschicht.»⁹

Zu Lenins Demokratieauffassung an dieser Stelle nur so viel: In seiner Vorstellung über die Entwicklung zum Sozialismus gab es kein «Niemandland». Die Wechselwirkung zwischen sozialistischem Ziel und Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse noch im Kapitalismus hatte er zwischen 1905 und November 1917 theoretisch, zumindest für die Bedingungen Russlands, mehrfach erläutert.¹⁰ Auch hat er bis November 1917 nicht die liberalen Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit durch die angestrebte demokratische und sozialistische Umwälzung abschaffen wollen. Wie Rosa Luxemburg ging es ihm (noch Ende 1917) um «die Art der Verwendung der Demokratie». Die konkret-historischen Umstände und Abläufe der russischen Revolution (Weltkriegsfolgen, ausländische Intervention, Bürgerkrieg, niedriges kulturelles Niveau) hatten sein demokratisches Konzept 1918 umgeworfen.

Von da an lösten die Bolschewiki in der Praxis die notwendige Einheit von liberaler und sozialer Demokratie auf – und kommunistische Ideologen erhoben nach Lenins Tod diese Trennung zur Theorie, konstruierten aus den beiden Seiten der Demokratie einen unüberbrückbaren Gegensatz. Unter Stalin beseitigten sie – anders als Lenin, der die Einschränkung der Persönlichkeitsrechte als vorübergehende Maßnahme für notwendig hielt,¹¹ – auf Dauer die liberalen Freiheiten und die Rechtsstaatlichkeit, was schließlich wesentlich zur Entartung des realen Sozialismus und zu seinem Scheitern führte.

So hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf tragische Weise bewiesen, dass und wie die Missachtung liberaler Freiheiten der Persönlichkeit zu Diktatur und Terror und millionenfachen Opfern menschlichen Lebens führt.

Sie hat zugleich aber auch gezeigt: *Sozial-demokratische* Vorstellungen können allein auf Basis des Parlamentarismus und liberaler Freiheitsprinzipien nur partiell – in entwickelten kapitalistischen Industrieländern, und auch dort nur in Zeiten ökonomischer Prosperität, aber nicht global, nicht auf Dauer und nicht für alle Menschen – realisiert werden.

9 Rosenberg: Demokratie und Sozialismus, S. 281; ebenda, S. 280: «Lenin war der erste Sozialdemokrat, der die berufsmäßige Selbstisolierung der Arbeiterbewegung durchschaute und als das Haupthindernis für die Revolution bekämpfte.»

10 Vgl. u. a. Wladimir Iljitsch Lenin, Werke, Bd. 21, S. 415; Bd. 23, S. 14 ff., S. 69 f.; Bd. 25, S. 327 ff.; Bd. 28, S. 300 ff.

11 Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 254 f., Bd. 29, S. 170.

EPOCHENVERSTÄNDNIS UND DEMOKRATISIERUNG - ZWEI KERNFRAGEN SOZIALISTISCHER ORIENTIERUNG UND POLITIK¹

Ein wesentlicher Ausgangspunkt der bei Marx ansetzenden Analyse aktueller gesellschaftlicher Bedingungen, aus dem Leitlinien für eine sozialistische Politik abzuleiten wären, ist – das lehrt wohl die jüngste Erfahrung – das Verstehen der heutigen Epoche. Diese ist immer noch von den alten sozialen Widersprüchen geprägt – aber auch schon von qualitativ neuen, präzedenzlosen Realitäten bestimmt.²

Spätestens seit Mitte/Ende der 1970er Jahre gelangte die Menschheit an einen Wendepunkt ihrer Entwicklung: Der reale Sozialismus ist gescheitert. Es spitzen sich globale Probleme zu, die die Existenz der Menschheit bedrohen: die atomare Gefahr, der hohe Grad der Umweltzerstörung, die Risiken der Unterentwicklung in großen Teilen der Welt und der Ungleichstellung der Geschlechter. In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern werden viele neue Tendenzen sichtbar: Auf der Basis fortschreitender Vergesellschaftung aller Lebensbereiche entwickeln sich qualitativ neue Prozesse bei den Produktivkräften, in Wissenschaft und Technik, die sich mit neuen Individualisierungstendenzen und Persönlichkeitsansprüchen, der «Auflösung» von Grenzen zwischen sozialen Klassen und Schichten, neuen Demokratieerfordernissen in Produktion und allen anderen Sphären verbinden. Die kapitalistische Produktionsweise hat sich in einem Teil der Welt als die wirtschaftlich bisher effizienteste erwiesen. Aber gerade sie trägt in hohem Maße die Verantwortung für die Zuspitzung der globalen Probleme.

Wir sind offensichtlich Zeugen des für das Überleben der Menschheit notwendigen und möglichen und wohl auch schon beginnenden Übergangs zu einem neuen *Zivilisationstyp*. Unter *Zivilisationstyp* wird hier die Gesamtheit der Bedingungen, die die Entwicklung der Menschheit in einem historischen Zeitraum prägt, verstanden.

1 Zuerst erschienen in: *Utopie kreativ* 8/1991, S. 73–83.

2 Vgl. Herbert Schwenk: *Welt am Wendepunkt. Zusammenbruch – Umbruch – Aufbruch*, Berlin 1990.

Dazu gehören die Art und Weise der Produktion (der Produktivkraftentwicklung, der Produktionsverhältnisse) sowie des sozialen, geistigen, nationalen und internationalen Zusammenlebens der Menschen untereinander und ihres Verhältnisses zur Natur.³ Waren die Zivilisationstypen vor dem 19. Jahrhundert weitgehend *regional* begrenzt, so entstand seitdem infolge der kapitalistischen Produktionsweise der *globale*, von dieser Produktionsweise geprägte Zivilisationstyp.⁴ Die neuen Gefahren und Chancen zeigen an, dass die Menschheit – welthistorisch gesehen – nunmehr offensichtlich an dessen Ende (Auslauf) angelangt ist.

Diesen kapitalistisch bestimmten alten Zivilisationstyp kennzeichnen *Konfrontationen* verschiedener Art: die Ausbeutung der Natur, der menschlichen Arbeitskraft, des weiblichen Geschlechts, der einen Völker durch die anderen, Herrschaftsstrukturen, die die zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie weitgehend negieren, und andere – also Konfrontationen zwischen Mensch und Natur, Mensch und Mensch, zwischen gesellschaftlichen und politischen Kräften, zwischen Geschlechtern, Völkern, Staaten, Blöcken, Regionen; Letztere schließen militärische Mittel der Auseinandersetzung ein. Hingegen wird dem neuen, sich abzeichnenden Zivilisationstyp – soll die Menschheit überleben – der Einklang mit der Natur, die soziale Gerechtigkeit, das heißt gleicher Zugang zu natürlichen materiellen und geistigen Reichtümern für alle Menschen, Völker und beide Geschlechter, demokratische Strukturen und Gleichberechtigung in allen Bereichen menschlichen Lebens und bei internationaler Zusammenarbeit, insgesamt also ein Ausgleich der Interessen verschiedenster Art zugrunde liegen müssen, ein Ausgleich, der gewaltsame, im besonderen militärische Mittel ausschließt.

Dieser weitere Fortschritt der Menschheit wird wohl nicht durch einen Formationswechsel vom «Kapitalismus» zum «Sozialismus» als einem mehr oder weniger kurzfristigen Vorgang, wie sich Kommunisten/Sozialisten das bisher vorgestellt hatten, erreicht werden.

Der realsozialistische Versuch eines solchen Wechsels hatte keinen neuen Zivilisationstyp geschaffen, er hatte sich am kapitalistisch bestimmten orientiert, wenn auch er diesen teilweise mitgeprägt hatte. Entwickelte kapitalistische Verhältnisse haben dagegen eine hochproduktive Ökonomie und Wissenschaft hervorgebracht und auf dieser Basis weiteren gesellschaftlichen Fortschritt in einem Teil der Welt ermöglicht. Diese Verhältnisse, für die Westeuropa, Nordamerika und Japan stehen, sind jedoch nicht allein das Resultat der Profit- und Verwertungslogik des Kapitals. Sie sind nicht zuletzt im Ergebnis des Wirkens der Arbeiterbewegung auch von der Logik der politischen Ökonomie der arbeitenden Klasse geprägt. *Beide* führten zu einer Gesellschaft, die insofern keine «rein kapitalistische» mehr ist. Sie ist aber von der kapitalistischen

3 Frank Deppe benutzt in ähnlicher Weise den Begriff «Vergesellschaftungstyp», vgl. Frank Deppe: Neu-Orientierung? Die Gewerkschaften und der Zusammenbruch des «realen Sozialismus», in: Sozialismus 4/1990.

4 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Kap.1, in: MEW, Bd. 4.

Profitlogik nach wie vor weitgehend dominiert. Diese Logik birgt weiterhin hohe ökonomische Potenzen in sich. Sie stößt jedoch jetzt schon an Grenzen, die der alte Zivilisationstyp setzt, da sie es letztlich ist, die existenzielle Gefahren für die Menschheit heraufbeschwört. Die heute bestehenden globalen, regionalen und nationalen Gefahren sind mit der kapitalistischen Profitlogik untrennbar verbunden. Und sie ruft nach wie vor tiefe soziale Gegensätze – zwischen Kapital und Arbeit, zwischen weit- und unterentwickelten Ländern und anderen – hervor. «Der Kapitalismus» kann also nicht der Endpunkt der Menschheitsentwicklung sein.

Die grundlegende *Reformierung* dieser Gesellschaft ist notwendig – *hin zu einer Gesellschaft*, die friedlich, ökologisch verträglich, human, demokratisch und sozial gerecht für alle Menschen und alle Völker ist. Das wäre eine Gesellschaft, in der letztlich die Profitlogik nicht dominiert, sondern die allgemeinmenschlichen und gesamtgesellschaftlichen Interessen sowie die Anliegen einzelner Menschen Vorrang haben. In ihr würde die Profitlogik nicht gänzlich aufgehoben sein können, solange der menschliche Fortschritt keine andere so hochproduktive ökonomische Triebkraft hervorgebracht hat. Die Profitlogik müsste sich aber – bei Aufrechterhaltung von Marktmechanismen – in die gesellschaftlichen Interessen einfügen, ja sich diesen unterordnen. Das könnte aufgrund breiter sozialer und politischer Bewegungen, durch sozialen Druck und politische Gestaltung seitens der Kräfte geschehen, die diese Interessen in der Gesellschaft und auf politischer Ebene vertreten. Das wäre eine Gesellschaft, die sich auf einen neuen Zivilisationstyp – den des Ausgleichs – gründet und die in ihren Grundzügen dem sozialistischen Ideal entspricht.

Die sozialistische Bewegung: Ideal und Politikfähigkeit

Das sozialistische Ideal – das Streben der arbeitenden Menschen nach einer Gesellschaft, die friedlich und human, demokratisch und sozial gerecht, also ausbeutungsfrei ist und in der sich jeder Mensch und jedes Volk frei entfalten kann – ist jahrhundertalt und war stets verschiedenen, aus der Geschichte bekannten Volksbewegungen immanent. Seine objektive Grundlage ist die Arbeit als «gattungstiftendes» Moment. Seit dem 19. Jahrhundert wurde es unter Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft von der europäischen sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung artikuliert und praktisch-politisch vertreten. Sie tat es von Anfang an in unterschiedlicher Weise, mit reformerischen und revolutionären Vorstellungen und Mitteln, nicht zuletzt deshalb, weil das Kapitalverhältnis der Arbeit als Lohnarbeit einen Doppelcharakter verleiht und damit ständig antikapitalistischen Protest unterschiedlicher Radikalität ebenso wie mehr oder weniger Anpassung an die gegebenen Verhältnisse hervorruft.⁵

Die Oktoberrevolution in Russland leitete 1917, von einem vergleichsweise ökonomisch und politisch wenig entwickelten Land ausgehend, den (ersten – frühen –

5 Vgl. Ulla Plener: Arbeiterbewegung – demokratische Hauptkraft im Kapitalismus, Berlin 1988, S. 178 ff.

offensichtlich «verfrühten») Versuch ein, dieses Ideal praktisch zu verwirklichen. Er stützte sich auf die reale Bewegung der europäischen Völker, vor allem aufgrund der Erfahrungen mit dem Ersten (später dem Zweiten) Weltkrieg. Dieser Versuch scheiterte aufgrund objektiver und subjektiver Ursachen, die an dieser Stelle nicht erörtert werden sollen. Dazu gehören Faktoren wie die grundlegende Tatsache, dass die Potenzen der kapitalistischen industriellen Produktionsweise weltweit noch lange nicht ausgeschöpft waren; dass die Vergesellschaftung der Produktion und anderer gesellschaftlicher Bereiche sowie die politischen Formen im zaristischen Russland wenig entwickelt waren; dass vor allem im Zusammenhang damit (aber sicher auch nicht ohne den Einfluss der äußeren militärischen Bedrohung seitens der kapitalistischen Nachbarstaaten) zentralistisch-bürokratische Methoden des Wirtschaftens und der Leitung anderer gesellschaftlicher Prozesse bei weitgehender Negation der Persönlichkeitsansprüche und der Demokratie angewandt wurden, die schließlich zur Perversion und gesellschaftlicher Stagnation geführt haben.

War dieser Versuch vergebens? Was hinterlässt er der Zivilisation? Er brachte unter anderem:

- die Erfahrung nichtkapitalistischer (nicht vom kapitalistischen Profit bestimmter) Strukturen, die – und das nicht auf Kosten anderer Völker – von Land zu Land unterschiedlich, aber doch mehr soziale Gerechtigkeit als vorher ermöglichten (Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Kultur, mehr Rechte für Frauen, Kinder, Jugendliche u. a.). Damit hatte die sozialistische Idee, die beträchtliche Teile der werktätigen Bevölkerung ergriffen hatte, wirklichkeitsverändernd gewirkt.
- Er hatte damit die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern, besonders in Europa, beeinflusst, indem er die Durchsetzung der «politischen Ökonomie der arbeitenden Klassen» unterstützte. Dafür steht nicht zuletzt das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, was auch bürgerliche Autoren eingestehen.
- Er hatte einen starken Impuls den nationalen Befreiungsbewegungen verschiedener Art, besonders an der damaligen kapitalistischen «Peripherie», verliehen, die den alten Kolonialismus zerbrachen. Er hatte die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen neuen Nationalstaaten, wenn auch in widersprüchlichen Weise, unterstützt.
- Er leistete opferreich, aber schließlich mit Erfolg der faschistischen Barbarei in Europa Widerstand. Die Sowjetunion trug dabei die Hauptlast. (Und neben ihr ist es die bleibende Leistung vieler Tausender Kommunisten, Sozialdemokraten und anderer Demokraten aus der Generation der heute über 80-Jährigen.)
- Trotz der hegemonialen Außenpolitik der Sowjetunion, mit der erst Michail Gorbatschow gebrochen hatte, hinterlässt er die Tradition einer friedenssichernden Politik, ohne die der Prozess und die Perspektive der heutigen europäischen Einigung und Sicherheit nicht denkbar gewesen wären.⁶

6 Vgl. Rolf Badstübner: Die Geschichtsschreibung über die DDR zwischen Krise und Erneuerung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4/1990, S. 485 f.

- Und es bleibt die Erfahrung, dass ohne demokratische Strukturen, mit zentralistisch-bürokratischen Methoden eine dem sozialistischen Ideal entsprechende oder nahekommende Gesellschaft nicht aufgebaut werden kann.

Sozialismus bedeutete schon immer und bedeutet heute, das vom arbeitenden Menschen ausgehende *Ideal* zu verwirklichen, das heißt, eine diesem Ideal entsprechende Gesellschaft zu erreichen. Eine solche Gesellschaft war und ist das Ziel der sozialistischen Bewegung. Der Weg dorthin führt über die zunehmende Demokratisierung aller gesellschaftlichen und politischen Bereiche. Das würde es ermöglichen, die gegebenen kapitalistischen Strukturen im Sinne der schrittweisen Unterordnung des Profitprinzips unter gesellschaftliche Interessen zu reformieren, umzugestalten. Dabei sollten wir, die jetzt Lebenden, davon ausgehen, dass die heutigen Generationen das angestrebte Ideal selbst kaum erleben werden. Sie können aber durch ihr aktives Mittun – durch ihr gesellschaftliches und politisches Engagement – dazu beitragen, dass die Menschheit diesem Ideal näher rückt, indem schon jetzt, hier und heute, die Bedingungen des menschlichen Daseins – und des einzelnen Menschen – humaner, demokratischer, sozial gerechter gestaltet werden. (Es war ein verhängnisvoller Irrtum bisheriger Generationen von Kommunisten und Sozialisten zu glauben, sie könnten ihr Ideal selbst noch erleben. Dies war eine Quelle für subjektivistische und voluntaristische Entscheidungen bis hin zur Anwendung von Gewalt, um die Entwicklung zu «beschleunigen».)

Die Politikfähigkeit eines so verstandenen sozialistischen Konzepts erfordert unter anderem:

- *eine konstruktive Kritik der kapitalistisch bestimmten Wirklichkeit* heute und hier mit dem Ziel, auf die Profitlogik im Sinne der Menschheits- und der gesellschaftlichen Interessen Einfluss zu nehmen. Eine Partei, die das will, kann ihrem Wirken linkssektiererische Utopien ebenso wenig zugrunde legen wie einen pragmatischen Reformismus, der die Profitlogik nicht antastet;
- *die ständige konkrete Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse*, besonders der verschiedenen Interessen ökonomischer, ökologischer, sozialer, nationaler Art, die der Geschlechter, der Generationen u. a. – ihre Übereinstimmungen und Gegensätze;
- *die Akzeptanz der Vielfalt von Kräften*, die sich vom sozialistischen Ideal leiten lassen, das heißt vom Standpunkt gesellschaftlicher Interessen kapitalismuskritisch sind und sich für Frieden, Humanität, Demokratie, Umweltschutz, Frauengleichstellung, soziale Gerechtigkeit, auch für Völker der «Dritten Welt», einsetzen,
- *Sozialismus nicht als geschlossenes, mehr oder weniger bald zu schaffendes Modell*, sondern als Prozess, Bewegung zum Ziel – regional, international – verstehen; als eine Bewegung, der ethische Motive, Erfordernisse der Menschheitserhaltung und -entwicklung ebenso wie reale gesellschaftliche Erfahrungen und Analysen zugrunde liegen;
- *die allseitige Demokratisierung* aller gesellschaftlichen Bereiche und Beziehungen, die der Eigentumsverhältnisse eingeschlossen, als den Kern dieser Bewegung begreifen.

Demokratisierung: Warum ist sie Kernfrage linker Politik?

Sollte Demokratie mit einem möglichst kurzen Satz bestimmt werden, so wäre es evtl. dieser: Demokratie ist eine solche Verfassung von Staat und Gesellschaft, die allen Staatsbürgern und allen Gesellschaftsmitgliedern die Möglichkeit gewährleistet, die *Entscheidungen* im Staat und in allen Bereichen der Gesellschaft (Wirtschaft, Medien, Kultur u. a.) zu beeinflussen, das heißt verantwortlich mit vorzubereiten, durchzuführen und zu kontrollieren. Es geht also nicht nur um einen Begriff der politischen Ebene oder gar nur um eine Form des Staates. Es geht um die humane und sozial gerechte Beschaffenheit der Gesellschaft als Ganzes – um geregelte Beziehungen zwischen Staat und Bürgern, zwischen Menschen in der Gesellschaft, die hohe Bildung, gute Wohnverhältnisse, umfassende Informationen, Gesundheitsschutz, soziale Sicherung bei Krankheit und im Alter u. a. brauchen, und – international gefasst – um gleichberechtigte Beziehungen zwischen Staaten und Völkern. Gemeint ist also eine dementsprechende «allgemeine Lebensform», wie es Sozialdemokraten formulieren.⁷

Der *Prozess* der schrittweisen Durchsetzung der so verstandenen Demokratie wird hier *Demokratisierung* genannt. Die Quelle der Demokratie – und ihrer allmählichen und immer umfassenderen Verwirklichung – ist der Mensch selbst als aktives, schöpferisches Wesen, dem deshalb das Streben eigen ist, sich als Persönlichkeit zu entfalten – und dazu gehört die reale Einflussnahme darauf, wie Staat und Gesellschaft beschaffen sind. Dieses Bestreben geht – historisch gesehen – besonders vom materiell und geistig schaffenden, arbeitenden Menschen aus, weil die Arbeit die materielle und geistige Grundlage für die Entwicklung der Gattung Mensch, des Menschen als Hauptproduktivkraft, aller Seiten seines Lebens und der Gesellschaft insgesamt ist. Ein wichtiger allgemeiner (nicht auf jeden konkreten Menschen zu beziehender) Zusammenhang dabei ist: Je gebildeter, je reicher als Persönlichkeiten die Menschen sind, je tiefer ihre Einsichten in naturwissenschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge, umso stärker ihr demokratisches Bestreben und Engagement.

Das Streben nach Demokratie wird besonders unter kapitalistischen Bedingungen wirksam und verstärkt sich mit dessen Entwicklung. Das hängt damit zusammen, dass hier die Produktivkräfte gesellschaftlichen Charakter haben und ständig «nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftliche Produktivkräfte drängen».⁸

Besonders seit den 1960er und 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkte sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution das Erfordernis der Persönlichkeitsentfaltung und der demokratischen Teilhabe der in materieller und geistiger Produktion Tätigen an Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und im Staat.

7 Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.): Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, Bonn 1990, S. 45.

8 Friedrich Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S. 258. Zu den Faktoren, die das Streben nach Demokratie im Kapitalismus hemmen, vgl. Ulla Plener: Zum Verhältnis demokratischer und sozialistischer Bestrebungen in der Revolution 1918/1919, in: dies. (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte, Berlin 2009.

Das war und ist ein Ergebnis und zugleich eine objektive Grundlage der weiteren, qualitativ höheren (im Positiven wie im Negativen) Entwicklung der Produktivkräfte, der Gesellschaft und der Welt insgesamt. Dafür stehen unter anderem die neuen Inhalte der gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft ebenso wie das politische und gesellschaftliche Wirksamwerden demokratischer Bürgerbewegungen verschiedener Art.

Schon dieses Erfordernis macht die Demokratie zu einer Kernfrage linker Politik. Aber nicht nur das. Zumindest zwei weitere Gründe kommen hinzu.

Der eine: Demokratie ist ein unbedingtes Gebot angesichts der globalen Herausforderungen der Zivilisation und der damit verbundenen existenziellen Gefahren für die Menschheit, die der kapitalistisch bestimmte Zivilisationstyp hervorbringt. Das Demokratiestreben der Menschen und Völker wendet sich (bewusst oder unbewusst) gegen die Dominanz der Kapitalinteressen in der Gesellschaft, gegen deren weitgehend uneingeschränkte Unterordnung unter das Kapital. Verlangt werden Einfluss- und Eingriffsmöglichkeiten der arbeitenden Mehrheit und der Völker in die nationale und internationale Politik, in Entscheidungen darüber, was, wie, wo, wozu produziert wird, u. a. m. Die schrittweise Durchsetzung dieses Bestrebens, d. h. die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse in Staat und Gesellschaft, würde Grenzen der militärischen, ökologischen, weltwirtschaftlichen «Unvernunft» des Kapitals, vor allem der international agierenden kapitalistischen Konzerne, setzen. Sie würde über ein von harten Auseinandersetzungen begleitetes Austragen von Interessenwidersprüchen schließlich zu einem gewissen und immer wieder neu herzustellenden Ausgleich der Interessen anstelle der Konfrontation führen.

Diese Demokratisierung ist wohl ein Ziel der Politik aller Linken – soweit unter links kapitalismuskritisch im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts verstanden wird, das heißt eine fortschreitend friedlichere, naturverträglichere, sozial gerechtere Welt für alle Menschen und alle Völker, Geschlechter, Generationen angestrebt wird.

Der zweite Grund, vor allem für die Linke, die sich als sozialistisch versteht: Demokratie im oben definierten Sinne verbindet die «alte» soziale Frage (d. h. Überwindung der Ausbeutung, der Unterordnung der lohnarbeitenden Mehrheit unter die Profitinteressen des Kapitals, letztendlich des *Lohnarbeitsverhältnisses*) mit den «neuen» globalen Herausforderungen der Zivilisation. Die Einordnung, ja Unterordnung des Profitprinzips unter die Interessen der Menschheit als Ganzes und ihrer nationalen Gesellschaften würde zur Lösung der globalen Probleme ebenso – wie letzten Endes – der sozialen Frage führen. Die angestrebte Demokratisierung weist über kapitalistische Verhältnisse hinaus.

Felder der Demokratisierung aus linker Sicht

Bei den Feldern sollten die politische und die gesellschaftliche Ebene unterschieden werden, wenn auch beide wechselseitig verbunden sind und die Unterscheidung nur bedingt möglich ist.

Auf *politischer Ebene* realisierten sich bisher demokratische Formen in den Beziehungen von Bürgern und Staat (historisch auf der Basis des Kapitalismus der freien Konkurrenz entstanden) im Staat der parlamentarischen Republik. Dieser beruht auf der proklamierten «Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechts aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten»,⁹ und ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Dieses Recht wurde bisher von politischen Parteien als Interessenvertreter verschiedener Klassen, Schichten, Gruppen der Bevölkerung, die über Wahlkämpfe in Parlamente einzogen (Parteiendemokratie), vermittelt. Wie andere Staatsformen auch ist die parlamentarische Republik *sowohl* Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen *als auch* Instrument der ökonomisch dominierenden Klasse. Inwieweit die eine oder andere Seite überwiegt, hängt vom Kräfteverhältnis der Klassen bzw. der gesellschaftlichen Gruppen oder Bewegungen ab und kann von Land zu Land sehr unterschiedlich sein (vgl. z. B. USA und Schweden). Wie jedem hierarchisch gegliederten System sind auch diesem Staat bürokratische Tendenzen eigen, die sich heute – nach bürgerlichen Urteilen – in «Leistungsdefiziten der politischen Administration», in «Funktionsschwächen der repräsentativen Demokratie» zeigen.

In den letzten Jahrzehnten haben sich auf der politischen Ebene neben anderen zwei wichtige demokratische Erfordernisse herausgebildet, die für linke Kräfte – im Sinne der oben genannte Gründe – zu den zentralen Wirkungsfeldern gehören. Der eine betrifft neue Formen demokratischer Selbsttätigkeit von Bürgern in der Politik – neben den Parteien. Bei dem anderen geht es um die Parteien selbst.

Aufgrund der generellen Wirkungen der Produktivkräfteentwicklung, die in Richtung Demokratisierung weisen, und als eine Reaktion auf die zunehmenden «Leistungsdefizite» und «Funktionsschwächen» der parlamentarischen Parteiendemokratie wurden besonders seit den 1970er Jahren in einer neuen Art im Vergleich zu früher neben den Parteien gesellschaftliche Organisationen und Bewegungen als wichtige Faktoren in der Politik wirksam: Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und -bewegungen. Sie traten mit dem Anspruch auf, staatliche Entscheidungen auf allen Ebenen – von der Kommune bis hin zur Zentrale, in Verwaltungen, Parlamenten, Justizorganen – zu beeinflussen. In der BRD waren es zum Beispiel erfolgreiche Aktionen der Umweltschutzbewegungen, u. a. gegen Atomkraftwerke. In der DDR – die Bürgerbewegungen und Komitees, Runde Tische u. a. gesellschaftliche Institutionen in der Zeit von Oktober 1989 bis März 1990. *Sie* haben die eigentliche Wende zur Demokratisierung im Oktober 1989 vollbracht, die dann – ab 9. November zunehmend – von konservativen kapitalistischen Kräften in eine Bahn gelenkt wurde, die den demokratischen Anliegen des Oktobers 1989 widersprach.

9 W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, S. 487.

Die Bürgerbewegungen vermochten es in vielen Ländern, die Zusammensetzung der Parlamente zu beeinflussen. Im Deutschen Bundestag wirkte von 1983 bis 1990 die aus solchen Bewegungen hervorgegangene Partei Die Grünen, in der Volkskammer der DDR vom März 1990 bis zum Anschluss der DDR an die BRD am 3. Oktober das Bündnis 90/Grüne, das auch in dem am 2. Dezember 1990 gewählten Bundestag vertreten war.

Die neuen Formen der politischen Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Bürger, die auch die parlamentarische «Landschaft» verändern, reichen über die bisherigen «Regeln» der parlamentarischen Demokratie hinaus. Sie sind ein Schritt in Richtung «Vergesellschaftung» des Staates – weg von der «Verstaatlichung» der Gesellschaft. Sie weisen außerdem auf einen neuen «Zug der Zeit» hin: die Notwendigkeit, parlamentarisches und außerparlamentarisches Wirken enger zu verzahnen, wenn gesellschaftliche Anliegen gegenüber Sonderinteressen, welcher Art auch immer, durchgesetzt werden sollen. Würde das Wirken von Bürgerbewegungen und anderen gesellschaftlichen Kräften in den Parlamenten verfassungsmäßig legitimiert werden, wäre das ein wichtiger demokratischer Fortschritt auf politischer Ebene. Und: Die Runden Tische aus der Schlussphase der Existenz der DDR hinterlassen uns die praktische Erfahrung eines neuen demokratischen Prinzips – des Prinzips der *Konsensfindung* anstelle der «Mehrheitsentscheidungen».

Der «Zug der Zeit» stellt auch an die Parteien – die bisherigen alleinigen Träger des parlamentarischen Systems – neue Anforderungen, denn er besagt, dass die Gegebenheiten des politischen Lebens heute schon durch zweierlei gekennzeichnet sind: 1. den Parlamentarismus, der in absehbarer Zukunft noch die politische Ebene der gesellschaftlichen Organisation (Parlamente, Regierungen/Verwaltungen, Rechtsprechung) bestimmen wird; und 2. die politische Aktivität demokratischer Bewegungen, die nach wirksamer Mitsprache bei politischen Entscheidungen drängen.

Der erste Aspekt verlangt von den Parteien, eine *Organisation* mit «hierarchischen» Strukturen (entsprechend der Wahlkreise in den Kommunen, Kreisen, Ländern, im Bund), der zweite erfordert, ständig in *Bewegung* zu sein und verschiedenen Interessengruppen vielfältige Betätigungsmöglichkeiten zu bieten. Die hierarchischen Strukturen werden traditionell von hauptamtlichen Apparaten getragen und bergen immer die Gefahr der Bürokratisierung, also der Entfremdung gegenüber den Mitgliedern und den Anliegen der Partei in sich. Dagegen verlangt eine *Partei in Bewegung* nach demokratischen Prinzipien, wird sie vor allem von der Basis, den Mitgliedern getragen, die die Inhalte und Strukturen bestimmen, sie gründet sich vorwiegend auf ehrenamtliche Mitarbeit. Eine Partei in Bewegung liegt also im «Zug der Zeit». Sie würde zum einen zur Demokratisierung der Partei führen, indem sie den Einfluss der Mitglieder auf die Entscheidungen der «Apparate» erhöhen würde. In ihr müsste die *Konsensfindung* anstelle der Mehrheitsentscheidungen das grundlegende Prinzip der innerparteilichen Demokratie sein. Sie würde zum anderen eine *Demokratisierung der Politik* nach sich ziehen: Nicht parteioegoistische Machtinteressen, sondern Interessen der Bürger hätten in ihr Priorität.

Mit der neuen Art der politischen Vertretung gesellschaftlicher Interessen verbindet sich ein neues – demokratisches – Politikverständnis. Linke Politik bedeutet dann reales Eingreifen in die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse zugunsten von Bürgerinteressen und Anbieten von Alternativen zu einer von Kapitalinteressen dominierten Politik. Vor allem geht es dabei um die Demokratisierung der Gesellschaft.

Auf *gesellschaftlicher Ebene* geht es bei der Demokratisierung um die wirksame Teilhabe der Bürger, der Werktätigen und ihrer Organisationen und Bewegungen – Gewerkschaften, Betriebsräte, Bürgerinitiativen – an Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen: Frauengleichstellung, Bildung, Medien, Wissenschaften, Gesundheits-, Wohnungswesen u. a. Diese werden meistens von staatlichen Institutionen vermittelt.

Vor allem geht es um Produktion und Wirtschaft als dem zentralen gesellschaftlichen Bereich, von dem alle anderen abhängen. Und dieser wird unter kapitalistischen Bedingungen von der privaten Verfügungsmacht des Kapitals über die entscheidenden Produktionsmittel bestimmt. Ihr ist die große Mehrheit der (Lohn-)Arbeitenden und anderer Werktätiger unterworfen, von ihr ist diese Mehrheit ökonomisch abhängig, sie entscheidet darüber, ob jemand Arbeit hat oder nicht. Deshalb vertritt zum Beispiel der DGB die Position: Eine demokratische Ordnung sei erst gefestigt, wenn die Arbeitnehmer ihren Einfluss nicht nur als Staatsbürger und Wähler ausüben können, sondern auch in der Wirtschaft gleichberechtigt sind. Das ist das Anliegen der Demokratisierung der Beziehungen in Produktion und Wirtschaft. Es geht um die *Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an den Produktionsmitteln*, die das Leben großer Teile der Bevölkerung, ja vielfach ganzer Regionen, bestimmen.¹⁰ Denn nur dann kann das Profitprinzip den gesellschaftlichen, den Menschheitsinteressen untergeordnet werden.

Das zentrale Problem der Demokratisierung der Wirtschaft ist also die Stellung der in diese Richtung wirkenden politischen Kräfte *zum Kapital*.

Das kapitalistische Eigentum ist ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen den Eigentümern an Produktionsmitteln und den Lohnarbeitenden. Es muss also von *beiden* Seiten beeinflusst – also auch im Sinne der Lohnarbeitenden demokratisiert – werden können. Wichtige Hebel dafür wären parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen und Bewegungen demokratischer Kräfte mit dem Ziel, die Mitbestimmungsrechte der Werktätigen über das was, wo, wie produziert werden soll, schrittweise zu erweitern. Ein weiterer Hebel wäre, die Teilhabe der «öffentlichen Hand» (Kommunen, Länder, Bund) an der Verfügungsgewalt der Privatunternehmen und Konzerne über die Produktionsmittel durchzusetzen. Beides würde demokratischen Fortschritt in diesem zentralen gesellschaftlichen Bereich bedeuten. Das würde zu-

10 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 4. Außerordentlicher Bundeskongress, Düsseldorf 12.–14.3.1981, Parlament der Arbeit, Düsseldorf 1981, S. 3 f.

gleich die Möglichkeiten erweitern, die globalen Probleme – Friedenssicherung durch Abrüstung, Umweltschutz, Unterentwicklung der 2/3-Welt, Massenarbeitslosigkeit, Ungleichstellung der Geschlechter – zu lösen. Deshalb ist erweiterte Mitbestimmung der Werktätigen und der öffentlichen Institutionen in der Wirtschaft ein zentrales Anliegen linker (sozialistisch orientierter) Politik.

Eine wichtige Rolle kommt dabei außerparlamentarischen Aktionen und Bewegungen, besonders den Gewerkschaften, zu. Sozialistisch orientierte Linke treten deshalb für starke Gewerkschaften in einem handlungsfähigen Gewerkschaftsverband, nach dem Prinzip: ein Betrieb – eine Gewerkschaft, ein. Sie wollen die Bildung demokratischer Wirtschafts- und Sozialräte auf Betriebs- und Länderebene mit Initiativrecht und Genehmigungskompetenz gegenüber Unternehmensentscheidungen. Sie fordern unter anderem, die Rechte der Betriebs- und Personalräte zu erweitern, das heißt, Veto- und Initiativrechte in allen wirtschaftlichen, ökonomischen, personellen und sozialen Angelegenheiten wie Kapitalaufstockung, Verwendung von Profiten (!), Investitionspläne und Stilllegungen, Rationalisierungen und neue Technologien, Kontrolle über Leistungsverdichtung durchzusetzen.

Die schrittweise Durchsetzung dieser und weiterer Forderungen, die in diese Richtung zielen – das wären Schritte hin zur Demokratisierung der Verfügungsmacht über das Eigentum.

Aber das erfordert: politisches Engagement als Staatsbürger und als Werktätiger, in Parteien, in Gewerkschaften und in Bürgerinitiativen – und das Zusammenwirken der einen mit den anderen. Nur die politische Aktivität demokratischer Kräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern – auch in der nunmehr um die DDR vergrößerten BRD – kann/wird Möglichkeiten der weiteren *Gestaltung* der Gesellschaften dieser Länder hier und heute im Sinne ihrer weiteren Demokratisierung erschließen.

In diesem Zusammenhang sollte die Gestaltung der wirtschaftlichen Bedingungen in den Ländern der DDR noch nicht als schon allein im Sinne des Kapitals erledigt betrachtet werden. Ausgehend von den wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften und anderer demokratischer Bewegungen sollten Fragen gestellt und, wo noch möglich, praktikable Konzepte, auch für konkrete Betriebe, entwickelt werden, die die oben genannten oder ähnliche Vorstellungen zur Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse in den DDR-Betrieben umzusetzen versuchen: Geht es um totale «Privatisierung» oder auch darum, öffentliches Eigentum der Kommunen, der Länder zu schaffen, das demokratisch kontrolliert wird? Wer sind die neuen Eigentümer der VEBs, wie sind sie es geworden, und wie sind sie den Belegschaften verpflichtet? Wie können die ehemaligen VEBs als Belegschaftseigentum gestaltet werden? Welche Möglichkeiten der Mitbestimmung, der demokratischen Kontrolle, der Teilhabe der Belegschaften an den Betrieben können ab sofort praktiziert werden? Nicht zuletzt sollten bei den Antworten auf solche Fragen Erfahrungen der Kämpfe um die Stahlregionen sowie Betriebsbesetzungen in der BRD in den Jahren 1984–1988

genutzt werden.¹¹ Es sollten die Öffentlichkeit (Glasnost) der Tätigkeit der Treuhandanstalt und die effektive Teilnahme der Gewerkschaften an ihr gefordert werden!¹²

Ein wichtiges Feld der Demokratisierung, auf dem sich linke Politik engagiert, ist die *Entmilitarisierung*. Es geht um die Abrüstung der Staaten, um die Ent-Rüstung der nationalen Gesellschaften, um das Verbannen militärischer Mittel aus der Weltpolitik. Auf diesem Feld zeigt sich in besonders eindringlicher Weise die Notwendigkeit, staatliche Politik und Wirtschaftsmacht gleichzeitig zu demokratisieren. Denn die Rüstungswirtschaft wird überwiegend staatlich finanziert, wirtschaftliche Machtinteressen bilden den Hintergrund militärischer Konflikte zwischen Staaten. Das hat der Golfkrieg bestätigt.

Viele Linke in Deutschland stellen deshalb neben der umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft die Entmilitarisierung an die Spitze ihrer politischen Ziele. Sie vertreten die Auffassung, dass Demokratisierung und Entmilitarisierung zwei Seiten einer Medaille sind. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Sie wollen neben anderen demokratischen Forderungen in einer neuen gesamtdeutschen Verfassung die Pflicht zur Abrüstung und Entmilitarisierung verankert wissen. Sie verstehen sich als Teil der Friedensbewegung und schließen sich der Forderung an, Deutschland bis zum Jahre 2000 zu entmilitarisieren.¹³

Wir leben in einer Welt, die von Umbrüchen verschiedener Art gekennzeichnet ist und besonders davon, dass «neue» globale Menschheitsprobleme und, damit verbunden, gesamtgesellschaftliche Interessen sich eng mit «alten» sozialen und politischen Widersprüchen verflechten. Eine grundlegende Schwierigkeit unserer Zeit besteht wohl darin, dass es eine *Übergangszeit* ist – die Zeit des Übergangs vom alten, konfrontativen Zivilisationstyp zu einem neuen, sich auf Konsensfindung in verschiedenen Bereichen menschlichen Lebens gründenden, Zivilisationstyp. Die umfassende Demokratisierung in dem hier angedeuteten Sinne ist der Weg, auf dem dieser für die Menschheit lebensnotwendige Übergang vollzogen werden muss. Er würde die weitere Existenz der Zivilisation sichern – und Bedingungen dafür schaffen, dass das jahrhundertealte sozialistische Ideal der Wirklichkeit näher rückt.

11 Vgl. Ulla Plener (Hrsg.): Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Meinungen, Forderungen, Aktionen westdeutscher Gewerkschafter für mehr Demokratie in der BRD, Berlin 1990.

12 Vgl. Ulla Plener (Hrsg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994), Berlin 2011.

13 Zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Demokratieauffassungen verschiedener linker Kräfte vgl. Horst Dietzel/Konrad Irmshler (Hrsg.): Was ist heute links?, Berlin 1991.

SOZIALE GERECHTIGKEIT ERFORDERT WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

ÜBER EINE VERDRÄNGTE UR-IDEE DER ARBEITERBEWEGUNG

Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933¹

Die Diskussion um soziale Gerechtigkeit verknüpft sich mit drängenden Fragen nach dem Überleben der Menschheit und damit nach den Chancen einer von den sozialistisch orientierten Linken erstrebten Gesellschaft, die sich auf Kooperation statt Konfrontation gründet, also sozial gerecht, demokratisch, solidarisch und nichtpatriarchal verfasst, naturverträglich und völkerverbindend ist, in der jeder Mensch am allgemeinen Wohlstand teilhat und seine Persönlichkeit frei entfalten kann. Eine solche Gesellschaft kann nicht, soll sie die genannten Eigenschaften aufweisen, infolge eines – nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit Krieg und Bürgerkrieg verbundenen – «Bruchs» entstehen.²

Da sollte, um einen von Uli Schölers Gedanken³ aufzugreifen, der Teil im Denken von Marx und Engels mehr als bisher berücksichtigt werden, in dem der Aspekt des evolutionären «Sich-Herausarbeitens» aus den kapitalistischen Verhältnissen behandelt wurde, der «genau genommen das Prinzip einer evolutionären Durchsetzung eines völlig neuen, das heißt letztlich revolutionären Prinzips» enthalte. In diesem Zusammenhang soll hier an eine «sozialdemokratische Ur-Idee» (O. Negt) erinnert werden, der ein solches Prinzip zugrunde liegt, die aber von sozialdemokratischer Seite kaum noch erwähnt wird (auch U. Schöler tut es nicht): die Idee der Wirtschaftsdemokratie. Sie ist mit der geforderten sozialen Gerechtigkeit unmittelbar verbunden und wurde in der Arbeiterbewegung als ein Gerechtigkeitspostulat verfochten. In der

1 Zuerst erschienen in: Utopie kreativ 120/2000, S. 986–998.

2 Für den Bruch «mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen», der «nach wie vor unausweichlich» sei, plädieren Autoren der DKP. Vgl. u. a. Georg Polikeit: Transformation oder revolutionärer Bruch?, in: UZ-Magazin, Dezember 1999.

3 Vgl. Uli Schöler: Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens, in: Utopie kreativ 120/2000.

aktuellen Diskussion um soziale Gerechtigkeit und um die Lösung weltweit anstehender Probleme gehört sie zu jenen Ideen, die wiederbelebt und neu angeeignet werden sollten. Zugleich erlaubt das Aufdecken der inneren Verknüpfung beider Ideen, den Begriff (Inhalt) der sozialen Gerechtigkeit konkreter zu bestimmen.

Worum geht es bei dieser Idee?⁴ Ihren Ausgangspunkt bildete «das Kardinalproblem der Gerechtigkeit» in der kapitalistischen Gesellschaft, das Hermann Klenner jüngst so auf den Punkt brachte: Es besteht «in dem Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit eben dieser Bürger als Menschen unter dem Gesetz»⁵ – also zwischen der politischen Gleichheit der Bürger im Staat und ihrer sozialen Ungleichheit als Menschen in der Gesellschaft, die von der Produktionsweise, von der Wirtschaftsordnung bestimmt wird. Hier setzten schon die Vorläufer der Arbeiterbewegung an, indem sie an «die Forderung der Gleichheit als Bedingung der bürgerlichen Existenz [...] die proletarische Konsequenzziehung von der politischen auf die soziale Gleichheit knüpf[t]en».⁶ Und genau hier setzte die moderne Arbeiterbewegung an, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts formiert hatte: Die politische Freiheit der Staatsbürger sollte zur sozialen Freiheit der Wirtschaftsbürger, also aller an der Wirtschaft Beteiligten, auch und gerade der Lohnarbeitenden, ausgeweitet und so soziale Gerechtigkeit realisiert werden. Die Arbeiterbewegung griff dabei die Ideen der europäischen Aufklärung auf und entwickelte diese – angereichert mit eigener Erfahrung und Erkenntnissen von Marx und Engels – weiter.

Die alte Arbeiterbewegung – Erbin der bürgerlichen Aufklärung

Als Erbin der Aufklärung hatte die europäische Arbeiterbewegung drei Ideenstränge aufgenommen und weitergeführt:

Erstens: Die Gleichheit aller Menschen und ihrer Würde von Natur aus – ergänzt durch «Gleichheitsvorstellungen aus der Gleichheit der allgemeinen menschlichen Arbeit in der Warenproduktion».⁷ Die drei von Hermann Klenner benannten Inhalte (Richtungen) des Gerechtigkeitsdenkens der europäischen Aufklärer⁸ wurden durch die spezifische Sicht der Lohnarbeitenden gebrochen: Als Erkenntnisquellen dienten Erfahrungen der proletarischen Existenz und das Wissen, welches Karl Marx

4 Eine von der Autorin am 1. Mai 1999 durchgeführte und am 1. Mai 2000 wiederholte mündliche Umfrage nach Material zum Thema Wirtschaftsdemokratie bei den Gewerkschaftsständen vor dem Roten Rathaus in Berlin ergab: Keine der Gewerkschaften hatte solches zu bieten – stattdessen Schulterzucken, fragende, ungläubige Blicke. Der von mir angesprochene Vorsitzende einer als links geltenden Gewerkschaft des DGB meinte kurz angebunden: Wirtschaftsdemokratie sei kein Thema, 100 000 Jugendliche in Arbeit zu bringen wichtiger, als die Deutsche Bank zu enteignen (!?). Die einleitenden drei Abschnitte dieses Beitrags wurden vorab in *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 42/2000 veröffentlicht.

5 Vgl. Hermann Klenner: Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit, in: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 40/1999.

6 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 20, S. 580.

7 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 20, S. 580, Fußnote.

8 Vgl. Klenner: Aufklärungshistorisches, S. 27.

mit der Analyse der kapitalistischen Ökonomie erarbeitet hatte; als fundamentale Ungerechtigkeit wurde nunmehr die erlebte soziale Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft für illegitim erklärt; das für diese Gesellschaft charakteristische – real erfahrene – Zusammenspiel von politischer Gleichheit und sozialer (ökonomisch begründeter) Ungleichheit wurde zum Kardinalproblem der sozialen Gerechtigkeit.

Zweitens: Aus der ungerechten, mit der Würde des Menschen unvereinbaren «Ungleichheit der Bürger als Menschen unter dem Gesetz», also in der Gesellschaft, im Besonderen in deren Kernbereich – der Wirtschaft, wo die Lohnarbeitenden zwar die wichtigste Produktivkraft, aber vom Eigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen und deshalb den Unsicherheiten ihrer sozialen Existenz ausgesetzt sind – folgerten Akteure der Arbeiterbewegung das Recht auf Mitbestimmung in Produktion und Wirtschaft – auf gleiche Teilhabe am Arbeitsprodukt und am Produktionsmitteleigentum (oder zumindest an der Verfügungsgewalt über dieses) als Grundlage für soziale (ökonomische) Gleichheit. Zur ethischen Begründung der Gerechtigkeit trat die politökonomische hinzu.

Drittens: Es wurde die Auffassung der Aufklärer «von der Gerechtigkeit als einer den Menschen nicht vorgegebenen, sondern von ihnen selbst zu gestaltenden sozialen und politischen Ordnung» und in diesem Zusammenhang von der Verpflichtung des Staates, über die Realisierung formaler Gleichheit hinaus gesellschaftliche Abhängigkeiten – «und zwar wegen ebenderselben Menschenwürde» – abzubauen,⁹ aufgegriffen und weiter ausgeprägt. Die Hegel'sche Verknüpfung von Herrschaft/Knechtschaft mit dem Antagonismus Reichtum/Armut mündete – vor allem aufgrund der eigenen Lebenserfahrung, nicht theoretischer Hegelstudien (in Umkehrung seines Satzes, wer Herrschaft und Reichtum wolle, müsse Knechtschaft und Armut wollen¹⁰) – in die Schlussfolgerung: Wer Knechtschaft und Armut überwinden wolle, müsse Herrschaft und Reichtum bekämpfen.

Gerechtigkeitsideal und politische Ökonomie der Lohnarbeitenden

Wenn von Erfahrungen und Wissen als Erkenntnisquellen der Arbeiterbewegung für ihren Anspruch auf soziale Gleichheit als Kern sozialer Gerechtigkeit die Rede ist, so geht es beim Wissen vor allem um das an Marx und Engels anknüpfende Verständnis von Gerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Auch da soll den von Hermann Klenner vor längerer Zeit zusammengetragenen und analysierten Aussagen der beiden Klassiker der sozialistischen Bewegung im Wesentlichen gefolgt werden.¹¹

Erstens: Gerechtigkeit ist keine ewige, abstrakte Kategorie. Sie ist in der klassengespaltenen kapitalistischen Gesellschaft jeweils an bestimmte Klasseninteressen (beziehungsweise die sozialer Gruppen oder Schichten) gebunden. Da die kapitalistische

9 Ebenda, S. 26, 30 f.

10 Vgl. ebenda, S. 32 f.

11 Vgl. Hermann Klenner: *Marxismus und Menschenrechte*, Berlin 1982, S. 147 ff.

Produktionsweise auf dem Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit beruht, der zwar nicht der Einzige, aber der grundlegende ist, gibt es auf ihrer Basis (mindestens) zwei Gerechtigkeiten: die der Kapitalisten, einer Minderheit, und die der Lohnarbeitenden, der großen Mehrheit.

Zweitens: Die kapitalistische Gerechtigkeit entspricht der politischen Ökonomie des Kapitals. Die Gerechtigkeit dieser politischen Ökonomie – fixiert in Gesetzen, die «die bestehende Gesellschaft beherrschen», – «ist ganz auf der einen Seite – auf der des Kapitals».¹² Sie enthält die «allerungerechteste Teilung des vom Arbeiter geschaffenen Produkts» zugunsten der Kapitalisten, die nicht arbeiten, aber (und weil sie) Eigentümer der Produktionsmittel sind.¹³ Engels nannte sie «eine sehr sonderbare Sorte von Gerechtigkeit», denn: «Der Arbeiter hat keinen gerechten Ausgangspunkt», «in dem Wettlauf mit dem Kapital sind die Arbeiter [...] benachteiligt» gegenüber den Besitzern der Arbeitsmittel, nicht zuletzt aufgrund der Existenz einer Reservearmee von Arbeitslosen, besonders infolge technologischer Entwicklung.¹⁴ Engels empfahl deshalb der englischen Arbeiterbewegung statt ihres alten Wahlspruchs «gerechter Lohn für gerechtes Tagwerk» den Wahlspruch: «Besitzer der Arbeitsmittel [...] soll das arbeitende Volk selbst sein.»¹⁵

Drittens: Gegen die kapitalistische politische Ökonomie und deren «sonderbare Sorte von Gerechtigkeit» steht im Kapitalismus die politische Ökonomie der Lohnarbeitenden und deren Gerechtigkeitsverständnis. Dieses stützt sich nicht zuletzt auf das «sittliche Gefühl» der Ungerechtigkeit kapitalistischer politischer Ökonomie gegenüber dem «[lohn-]arbeitenden Volk». Engels: «Nach den Gesetzen der bürgerlichen Ökonomie gehört der größte Teil des Produkts nicht den Arbeitern, die es erzeugt haben. Sagen wir nun: das ist unrecht, das soll nicht sein, so geht das die[se] Ökonomie zunächst [!] nichts an. Wir sagen bloß, dass diese ökonomische Tatsache unserem sittlichen Gefühl widerspricht.» Marx habe daher «nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den notwendigen [...] Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise».¹⁶

Dennoch bleibt überaus wichtig: Das sittliche Gefühl der Lohnarbeitenden wendet sich gegen die Tatsachen der kapitalistischen politischen Ökonomie. Dieses sittliche Gefühl stand, verbunden mit marxischen Erkenntnissen, am Beginn der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung – es motivierte ihren Kampf um die Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeit (und deren Fixierung in Gesetzen) gegen diejenige des Kapitals. In diesem Zusammenhang ist an Eduard Bernstein zu erinnern, der 1910 darauf hingewiesen hatte, dass nur die theoretische Begründung des

12 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 19, S. 249 f.

13 Ebenda, S. 251.

14 Ebenda, S. 248 f.

15 Ebenda, S. 250.

16 Ebenda, Bd. 4, S. 561.

Sozialismus «auf ethische Beimischungen verzichten» könne und dass eine unethische Arbeiterbewegung als reale Bewegung der Lohnarbeitenden unmöglich sei.¹⁷ Das dürfte auf jede demokratische soziale Bewegung – auch heute – zutreffen.

Das sittliche Gefühl der Ungerechtigkeit kapitalistischer Ökonomie wurde gestützt von der politökonomischen Erkenntnis, die Engels einmal so zusammenfasste: Das Kapital zahle die (nach seiner Ansicht) «überaus gerechten Löhne» aus dem Kapital, aber dieses produziere keine Ware. «Arbeit ist, abgesehen vom Grund und Boden, die einzige Quelle des Reichtums; Kapital selbst ist nichts weiter als angehäuften Arbeitsprodukt. Hieraus folgt, dass der Arbeitslohn aus der Arbeit bezahlt wird und dass der Arbeiter aus seinem eigenen Arbeitsprodukt entlohnt wird. Entsprechend dem, was man gewöhnlich Gerechtigkeit nennt, müsste der Lohn des Arbeiters aus dem Produkt seiner Arbeit bestehen. Aber das würde nach der [kapitalistischen] politischen Ökonomie nicht gerecht sein. Im Gegenteil, das Arbeitsprodukt des Arbeiters geht an den Kapitalisten [...]. Und das Ende dieses ungewöhnlich «gerechten» Wettlaufs der Konkurrenz ist somit, dass das Arbeitsprodukt derer, die arbeiten, unvermeidlich in den Händen derer angehäuften wird, die nicht arbeiten, und in ihren Händen zu dem mächtigsten Mittel wird, eben die Menschen zu versklaven, die es hervorgebracht haben.»¹⁸

Das Ideal der «ewigen Gerechtigkeit» war nach Engels immer nur der ideologisierte, also interessengeleitete «Ausdruck der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, bald nach ihrer konservativen, bald nach ihrer revolutionären Seite hin».¹⁹ So wie seinerzeit für die Bourgeoisie im Kampf gegen feudale Zustände wurde das «sittliche Gerechtigkeitsgefühl» der Lohnarbeitenden gegen die Ungerechtigkeiten der kapitalistischen politischen Ökonomie zu einer bewegenden Idee «nach ihrer revolutionären Seite hin». Die sozialistische Arbeiterbewegung, im Besonderen die freie Gewerkschaftsbewegung, setzte im 19. Jahrhundert hier an: Sie tritt für die Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeitenden gegen die «allerungerechteste Teilung des vom Arbeiter geschaffenen Produkts», für die gerechte (gleichberechtigte) Teilhabe daran – und an den Produktionsmitteln.

17 Eduard Bernstein schrieb 1910: Die Arbeiterbewegung sei damit, «dass sie auf die materielle Vermehrung der Lebensgenüsse der Arbeiterklasse gerichtet ist, auch notwendig von der Idee der irdischen Glückseligkeit beherrscht», und das könne «in einem hohen Grade mit ethischem Idealismus verbunden sein». – «Sobald der Arbeiter seinen Kampf als Teil der sozialen Bewegung der Klasse auffasst, fängt er an, sozialer Idealist zu sein. Als Bewegung der Arbeiterklasse ist eine unethische Arbeiterbewegung unmöglich. Schon der Klassenbegriff enthält hier ein ethisches Element.» (Eduard Bernstein: Arbeiterbewegung, in der Monografiensammlung «Die Gesellschaft», hrsg. von Martin Buber, Doppelband 35/36, 1910, S. 192 f.) Bernstein verband die Begriffe «sozial» und «ethisch» auf das engste. 1911 schrieb er: Der Sozialismus werde kommen «als Folge wachsenden sozialen Einflusses» der Arbeiter «in den von ihnen erkämpften relativen Verbesserungen wirtschaftlicher, politischer und allgemein sozialer [ethischer] Natur». (Eduard Bernstein: Von der Sekte zur Partei, Jena 1911, S. 73 f.) Zu Bernstein und zu ethischer Begründung des Sozialismus vgl. jüngst Horst Groschopp: Ende der Weltanschauungspartei?, in: Utopie kreativ 117/2000, S. 662, 666.

18 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 19, S. 249.

19 Ebenda, Bd. 18, S. 277.

Viertens: Wenn Lohnarbeitende – von ihrem Gerechtigkeitsideal geleitet – gegen die politische Ökonomie des Kapitals stritten, so handelten sie damit im Sinne der historischen Gerechtigkeit, die Hermann Klenner, Engels folgend, als «Übereinstimmung einer Erscheinung mit den objektiven Erfordernissen [...] der gesellschaftlichen Vorwärtswirtschaft» definierte.²⁰ Engels: «Erklärt das sittliche Bewusstsein der Masse [!] eine ökonomische Tatsache [...] für unrecht, so ist das ein Beweis, dass die Tatsache selbst sich schon [heute wissen wir: allgemeinhistorisch, noch nicht konkrethistorisch] überlebt hat, dass andre ökonomische Tatsachen eingetreten sind, kraft deren jene unerträglich und unhaltbar geworden ist».²¹

Diese «ökonomischen Tatsachen» bildeten die Bewegung der (zunehmend gewerkschaftlich organisierten) Lohnarbeiterschaft und das reale Einwirken ihrer politischen Ökonomie auf die kapitalistische Gesellschaft. Marx definierte diese politische Ökonomie 1864 als «Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht».²² Dazu gehört die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit: Das von der englischen Arbeiterklasse 1847 erkämpfte Gesetz über den zehnstündigen Arbeitstag nannte Marx «nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie [die Zehnstundenbill] war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.»²³

Fünftens: Die Durchsetzung eines Gesetzes gegen die politische Ökonomie der Kapitalistenklasse als «Sieg eines Prinzips» weist auf das Ringen von (zumindest) zwei politischen Ökonomien in der Gesellschaft auf politischer Ebene – im Staat – hin. Der Staat, so die marxssche Erkenntnis, ist in erster Linie ein Instrument der ökonomisch herrschenden Klasse. Aber er entstand aus dem gesellschaftlichen Bedürfnis, gesellschaftliche Erfordernisse «unter eine gemeinsame Regel zu fassen», und blieb immer auch Träger gesamtgesellschaftlicher Anliegen.²⁴ In welchem Maße die eine beziehungsweise die andere Seite seines Wesens zum Tragen kommt, hängt vom Kräfteverhältnis – nicht zuletzt in den gesetzgebenden Körperschaften – ab. Darüber schrieb Engels 1881: «[D]ie herrschende Klasse verteidigt ihre politische Vorherrschaft, das heißt [!] ihre sichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften; die untere Klasse kämpft zuerst um einen Anteil an dieser [!] Macht, später um die ganze Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern». Und an anderer Stelle: «Überall kämpft der

20 Klenner: Marxismus, S. 156.

21 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 4, S. 561.

22 Karl Marx, in: MEW, Bd. 16, S. 11. Ebenda (S. 12) bezeichnete Marx die Genossenschaftsbewegung als ein Prinzip der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse gegen die politische Ökonomie des Kapitals.

23 Ebenda.

24 Friedrich Engels: «Diese Regel, zuerst Sitte, wird bald Gesetz. Mit dem Gesetz entstehen notwendig Organe, die mit seiner Aufrechterhaltung betraut sind – die öffentliche Gewalt, der Staat.» (MEW, Bd. 18, S. 276) Vgl. auch ders.: MEW, Bd. 21, S. 28: «Gesellschaft, zusammengefasst im Staat»; «Die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft ist der Staat, der in allen mustergültigen Perioden ausnahmslos der Staat der herrschenden Klasse ist und in allen Fällen wesentlich [!] Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse bleibt.» (S. 170 f.).

Arbeiter um die politische Macht, um die direkte Vertretung seiner Klasse in den gesetzgebenden Körperschaften.»²⁵ In den neunziger Jahren, als die deutsche Sozialdemokratie eine starke Kraft im Parlament wurde, setzte Engels auf die Gesetzlichkeit für den weiteren Aufstieg der «sozialistischen Streitkräfte»: Sie müssten «in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen» durch «langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit».²⁶

Wirtschaftsdemokratie – Kern sozialer Gerechtigkeit

Die evolutionäre Veränderung der gegebenen ökonomischen Verhältnisse auf dem Wege der in hartem Kampf durchzusetzenden entsprechenden Gesetzgebung (in Umkehrung von Engels' «nicht gesetzlich, also revolutionär»²⁷) – das heißt mittels staatlicher Machtmittel – wurde seitdem zu einem Angelpunkt im Wirken eines großen Teils der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung, die zugleich «das aufklärerische Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener vernunftbegründeter Ziele» (Helga Grebing) aufgenommen hatte.

Zusammengefasst: Das Gerechtigkeitsideal der alten Arbeiterbewegung enthielt ethische, politökonomische und politische (auf den Staat bezogene) Aspekte. Sie betrafen individuelle soziale Rechte ebenso wie die Gleichberechtigung der Lohnarbeitenden als Klasse in Staat und Gesellschaft, vor allem in der Wirtschaft als deren Mittelpunkt. Gerechtigkeit allgemein ist eine ethische Kategorie. Soziale Gerechtigkeit leitet sich aus der politischen Ökonomie ab und erfordert eine Veränderung ökonomischer Verhältnisse. Sie wird ökonomisch begründet und meint das Recht auf gleiche (gleichberechtigte) Teilhabe der Lohnarbeitenden an dem von ihnen geschaffenen Arbeitsprodukt ebenso wie an der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und somit zumindest auf Mitbestimmung bei Entscheidungen (!) im Betrieb und in der gesamten Wirtschaft, erfordert also die Demokratisierung der Entscheidungsbezugnisse in Betrieb und Wirtschaft.

Das Gerechtigkeitspostulat Wirtschaftsdemokratie enthielt dementsprechend stets dreierlei:

Erstens das ethische Moment der Menschenwürde – der Freiheit von entwürdigenden Abhängigkeiten – als Ausgangspunkt;

zweitens inhaltlich den politökonomisch begründeten Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an der Wirtschaft als Tätigkeitsfeld aller Gesellschaftsmitglieder, artikuliert in Forderungen nach gleicher Teilhabe am Arbeitsprodukt sowie nach Mitbestimmung in der Wirtschaft und deren demokratischer Gestaltung (Einflussnahme der unmittelbaren Produzenten, der Lohnarbeitenden, auf wirtschaftliche Entscheidungen); nach (staatlicher oder anderer gemeinschaftlicher) Kontrolle privaten

25 Ebenda, Bd. 19, S. 258, 278.

26 Ebenda, Bd. 22, S. 515, 523.

27 Ebenda, Bd. 36, S. 239.

(Groß-)Eigentums an Produktionsmitteln; nach dessen mehr oder weniger umfangreicher Sozialisierung (Überführung in verschiedene Arten des gemeinschaftlichen Eigentums) als Form der Demokratisierung der Wirtschaft;

drittens politisch die Verpflichtung des Staates (auch) für die Lohnarbeitenden – die große Mehrheit der «Staatsbürger als Menschen» – tätig zu sein: mit entsprechender sozialer Gesetzgebung sowie im Sinne der Demokratisierung der Wirtschaft vermittels öffentlichen Eigentums, staatlicher Kontrolle, Gesamt- beziehungsweise Rahmenplanung u. a. m.

Inhalte der geforderten Wirtschaftsdemokratie zwischen Jahrhundertwende und Revolution 1918/1919

Die Inhalte der Wirtschaftsdemokratie sollen hier anhand von Forderungen und dem Wirken der freien, sozialistisch orientierten Gewerkschaften – sehr knapp zusammengefasst – wiedergegeben werden.²⁸ Es ging um die drei Aspekte.

Erstens: «Zuerst Mensch, dann Arbeiter» – in dieser Überschrift eines zweiteiligen Leitartikels der Holzarbeiter-Zeitung vom 9. und 16. April 1901 war die Grundposition der freien Gewerkschaften zwischen 1890 und 1919 zusammengefasst. Sie gliederte sich im Wesentlichen in zwei Argumentationsketten.

Als Mensch sei der Arbeiter gleichberechtigt mit den Besitzenden, «die Arbeit allein» sei «der wahre Rechtsgrund des Eigentums» und deshalb müsse «eine dem Rechte der Arbeit genügende Organisation aller produktiven Kräfte auf dem Boden der Assoziation» angestrebt, die bisherige «Rechtlosigkeit des Arbeiters als Glied des Produktionsprozesses» durch ein «neues Recht», das im Arbeiter «nicht ein Teilstück der Maschine oder Rad im Betriebs-Automaten erblickt», sondern «seiner Würde als Mensch und Vollbürger» gerecht wird, ersetzt werden.

Die «neue, höhere, vollkommener entwickelte Rechtsordnung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens» sei der Sozialismus, und diese entstehe durch «Umwandlung der Arbeitsmittel aus privaten in gesellschaftliche». Es ging also um den Zusammenhang Menschsein – Gerechtigkeit (gleiches Recht) – Eigentumsordnung.

Zweitens: Das Gerechtigkeitspostulat wurde in der Forderung nach Mitbestimmung der Lohnarbeitenden, zunächst hinsichtlich ihrer betrieblichen Arbeitsbedingungen, konkretisiert, und diese wurde als ein Menschenrecht begründet. Mit dem «Fundamentalirrwahn», der Unternehmer sei alleiniger Herr in seinem Hause, müsse

28 Dabei wird vor allem aus den Beiträgen der «Holzarbeiter-Zeitung» (HZ) geschöpft, Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV), der 1893 als einer der ersten freigewerkschaftlichen Zentralverbände gegründet worden war. Die Ausführungen stützen sich auf Erkenntnisse in der Monografie der Autorin, Ulla Plener: Theodor Leipart (1867–1947). Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten, 1. Halbband: Biographie; 2. Halbband: Dokumente, Berlin 2000. Verweise auf Leipart-Dokumente beziehen sich im Folgenden auf diesen Band. Ausführlicher zu den damals in den deutschen freien Gewerkschaften entwickelten inhaltlichen Vorstellungen über die Wirtschaftsdemokratie vgl. Ulla Plener: Gerechtigkeitspostulat Wirtschaftsdemokratie. Zu Geschichte und Inhalten einer verdrängten Idee (vom Ende des 19. bis Ende des 20. Jahrhunderts), Pankower Vorträge, Hrsg. Helle Panke e. V., Berlin 2000.

aufgeräumt werden – die Parole sei: «Von der politischen Gleichberechtigung zur wirtschaftlichen Gleichberechtigung!»

Der Kampf um Mitbestimmung im Betrieb und über diesen hinaus im Wirtschaftszweig schlug sich nach der Jahrhundertwende im Ringen um Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmern beziehungsweise Unternehmerverbänden nieder – für die Gewerkschaften ein Schritt zur kommenden Gleichberechtigung der Lohnarbeitenden bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen, ihrer beginnenden Mitbestimmung und zugleich Durchbruch zur Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften in der Wirtschaft. Der «Kampf gegen das einseitige Bestimmungsrecht der Unternehmer» wurde als «der Kampf um die Macht» mit diesen verstanden, der weitergeführt – und gesetzlich verankert werden müsse.

Den entscheidenden Durchbruch brachte die Revolution 1918/1919. Erst sie veranlasste das bis dahin vom «unverhüllten Herrschaftsbewusstsein» erfüllte Unternehmertum zum «Kurswechsel um 180 Grad», indem es innerhalb weniger Tage den Gewerkschaften das zugestand, was diese seit mindestens zwei Jahrzehnten gefordert hatten. Dafür stand das November-Abkommen 1918 der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden.²⁹

Drei Themen beherrschten im Verlauf der Revolution unter dem Aspekt der angestrebten Wirtschaftsdemokratie das freigewerkschaftliche Wirken:

Es sollte die *reale Mitbestimmung in Betrieben*, zu deren Trägern die Betriebsräte wurden, durchgesetzt und in Tarifverträgen festgeschrieben werden. Entgegen anderslautenden Urteilen in der Literatur³⁰ haben sich Gewerkschaften (so jedenfalls der Deutsche Holzarbeiter-Verband/DHV) im Verlauf der Revolution darum bemüht, die «wirtschaftliche Demokratie im Betriebe» in Tarifverträgen zu verankern, was zum Beispiel für die Holzindustrie, nach erbittertem Widerstand der Unternehmer, auch erreicht wurde.³¹

Es wurden *erste Ideen zur überbetrieblichen Wirtschaftsdemokratie* unterbreitet – so in den «Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit der Gewerkschaften», die Anfang Juli 1919 dem Kongress der freien Gewerkschaften in Berlin (auf dem sich am Ende der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund/ADGB konstituierte) vorlagen.

29 Vgl. Hans-Joachim Bieber: Zwischen Kasernenhof und Räteystem. Der schwierige Weg zu gesetzlichen Regelungen industrieller Mitbestimmung in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis 1933, in: Hans G. Nutzinger (Hrsg.): Perspektiven der Mitbestimmung. Historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund, Marburg 1999, S. 74 f. Bieber benennt zwar exakt den Zeitpunkt des «Sinneswandels» beim Unternehmertum, erwähnt aber die Revolution nur mehr oder weniger nebenbei. Im genannten Abkommen waren neben dem Achtstundentag die Gewerkschaften «als berufene Vertreter der Arbeiterschaft» anerkannt, die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit zugesichert, Tarifverträge für alle Berufszweige zugestanden, für alle Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten mitbestimmende Arbeiterausschüsse vereinbart u. a. m.

30 Vgl. u. a. ebenda, S. 59 ff., 81 ff.

31 Vgl. Jahrbuch des DHV 1919, Berlin 1920, S. 26 f. Zumindest das Wirken des DHV 1918/1919 widerspricht der Behauptung Biebers (S. 81 f.), «die Gewerkschaften» hätten damals die Regierung ermuntert, «auch mit Waffengewalt», gegen die Betriebsrätebewegung vorzugehen, und sie hätten «Elemente der überbetrieblichen Mitbestimmung zu verhindern gesucht» (S. 83).

Darin war, so ihr Autor Theodor Leipart im Referat dazu, «nur ganz skizzenhaft angedeutet, wie die allgemeine Wirtschaftsorganisation [...] uns vorschwebt», nämlich: «Selbstverwaltung der Volkswirtschaft, entsprechend zusammengesetzt aus Vertretungen der Betriebsleiter, der Gemeinden und des Staates und auch Vertretern der an der Warenherstellung und dem Warenvertrieb interessierten Kreise, Handel, Konsumenten usw.» unter Mitwirkung der Arbeitervertretungen. In Punkt 7 der «Richtlinien» ging es «um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter [...] bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation».³²

Es wurde die von beträchtlichen Teilen der Arbeiterschaft geforderte *Sozialisierung als eine Form und Grundlage der Demokratisierung der Wirtschaft* – und eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus – diskutiert. Sie wurde unter anderem vom Kongress der freien Gewerkschaften im Juli 1919 erörtert und als «die Überführung der privatkapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum» umschrieben. Paul Umbreit, Referent zu diesem Thema, nannte als deren Voraussetzungen: Frieden, eine funktionierende Wirtschaft sowie «Demokratie in Reich, Staat und Gemeinde und nicht zuletzt in den Betrieben»; als Formen der Sozialisierung nannte er: Kommunalisierung, Genossenschaften, Syndikate unter staatlicher Kontrolle, Reichs- und Staatsbetriebe.³³ Ein tragender Gesichtspunkt dieses Konzepts – das ist besonders hervorzuheben – war, das «normale Funktionieren der Wirtschaft» zu sichern, da sonst die arbeitenden Massen in große Not gestürzt werden würden. Deshalb könne die Umgestaltung nur allmählich erfolgen: Die Sozialisierung sei keine Angelegenheit von einigen Wochen oder Monaten, sondern «ein Prozess, der sich nur schrittweise vollziehen kann». Sie könne auch nicht das Werk der Arbeiter allein sein, es müssten dazu die Fachleute – Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter – herangezogen werden. Und: Aufgabe der Gewerkschaften sei es, «sich in der Richtung des Zieles vorzuarbeiten, praktische Tatsachen zu schaffen, auf denen die Gesetzgebung weiterbauen kann».³⁴

Drittens: Mit der Gesetzgebung war der Staat angesprochen. «Der Staat, also das Volksganze [...]» – so brachte Theodor Leipart auf dem Gewerkschaftskongress 1919 das gewerkschaftliche Staatsverständnis auf den Punkt. Ohne den Klassencharakter des Staates zu leugnen (das Wilhelminische Kaiserreich wurde von Gewerkschaftern wie Leipart als Klassenstaat erlebt und so bezeichnet), sprach daraus die Vorstellung vom gesamtgesellschaftlichen Auftrag des Staates. Das sollte durch die Gesetzgebung eingefordert – und diese durch die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation im Sin-

32 Plener: Leipart, Dokumente, Dok. 46.

33 Vgl. Protokoll des Gewerkschaftskongresses in Nürnberg 1919, Berlin 1919, S. 529 ff. Auf dem Gewerkschaftstag des DHV äußerte sich Fritz Tarnow relativ ausführlich und konkret zur Sozialisierung in der von Mittel- und Kleinbetrieben beherrschten Holzindustrie. Vgl. Protokoll des Gewerkschaftstages des DHV 1919, Berlin 1919, S. 67–69, 154–178, 184–187.

34 Vgl. u. a. HZ vom 23. November 1918.

ne der Lohnarbeitenden beeinflusst werden. 1919 ging es vorrangig um den Entwurf des Betriebsrätegesetzes und die Staatsverfassung.

Im Ergebnis der Revolution fanden schließlich die von den Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung in den Betrieben und die demokratische Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter in der Wirtschaft Eingang in die im August 1919 in Weimar angenommene Verfassung.³⁵

Die zwanziger Jahre: Das ADGB-Konzept der Wirtschaftsdemokratie

Der ethische Anspruch: Die freien Gewerkschaften konnten nun ihre Forderung nach Wirtschaftsdemokratie auf die Verfassung stützen – und waren doch stets mit der nach wie vor kapitalistisch bestimmten Wirklichkeit mit all ihren entwürdigenden Konsequenzen für die Lohnarbeitenden konfrontiert. So blieb der Anspruch auf Menschenwürde ein Motiv für ihren Einsatz. Das belegen Verhandlungen und Entschlüsse aller fünf Kongresse des ADGB zwischen 1922 und 1932. Es wurden immer wieder der «Zwang zu Lohnarbeit», die «Abhängigkeit des Proletariats von einer besitzenden Klasse», verbunden mit «der Tyrannei des freien Marktes», Letzteres auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung der zwanziger Jahre, als die Menschenwürde der Lohnarbeitenden verletzend artikuliert. Nach wie vor galt das Argument, dass «aller gesellschaftlicher und privater Reichtum, soweit er nicht von der Natur erzeugt ist, aus der Arbeit stammt», die Wirklichkeit aber von der «Autokratie des Unternehmertums» beherrscht sei, «die auf seinem Eigentum an Produktionsmitteln beruht, das ihn zum selbtherrlichen Führer der Wirtschaft macht und ein Hörigkeitsverhältnis der Arbeiter gegenüber dem Kapital schafft». Die soziale Gesetzgebung sollte den Arbeitenden «ein menschenwürdiges Dasein sichern».³⁶

35 Im fünften Abschnitt – «Das Wirtschaftsleben» – hieß es gleich zu Beginn (Art. 151): «Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit der einzelnen zu sichern.» Art. 153 garantierte «das Eigentum» und bestimmte: «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.» Und: «Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden» – «gegen angemessene Entschädigung». Art. 156 enthielt die Möglichkeit, durch Gesetz «für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum (zu) überführen» sowie «im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammen(zu)schließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln». Im Art. 159 ging es um die rechtliche Voraussetzung der Gewerkschaftsarbeit: «Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.» Art. 165 erklärte Tarifverträge als rechtsverbindlich und bestimmte: «Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.» Es waren Einrichtungen vorgesehen wie Betriebs- und Bezirksarbeiterräte sowie ein Reichsarbeitererrat; Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat, die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse regeln sollten. (Zit. nach Erich Fischer/Werner Künzel: Verfassungen deutscher Länder und Staaten. Von 1816 bis zur Gegenwart, Berlin/DDR 1989, S. 250 ff.)

36 Protokoll des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928, Berlin 1929, S. 191, 175, 184; Plener: Leipart, Dokumente, Dok. 63.

Die ökonomischen Inhalte: Auch inhaltlich war das Problem Wirtschaftsdemokratie auf allen Kongressen des ADGB präsent, 1925 in Breslau und 1928 in Hamburg als selbstständiger Tagesordnungspunkt. Wie schon früher wurde die geforderte Demokratie in der Wirtschaft damit begründet, dass die Wirtschaft Sache aller an ihr Beteiligten sei und deshalb allen Menschen gleichermaßen zu dienen habe. Theodor Leipart, seit 1921 Vorsitzender des ADGB, im Januar 1926: Die Wirtschaft sei nicht eine private Sache der Unternehmer, «sondern eine öffentliche Angelegenheit [...]». Der arbeitende Mensch hat für die Wirtschaft noch eine größere Bedeutung als die Produktionsmittel. Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht mehr länger Untertanen sein, sondern gleichberechtigte Wirtschaftsbürger. Dann wird [...] die Wirtschaft nicht mehr vom Erwerbsinteresse des einzelnen, sondern vom Versorgungsinteresse der Gesamtheit geführt» werden. Am 2. März 1928 sagte er: «Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft.» Die Volkswirtschaft könne «auf die Dauer gar nicht gedeihen, wenn das Besitzrecht der Unternehmer und ihr Profitinteresse noch länger über das Allgemeinwohl gestellt bleiben».³⁷

Auf Initiative Leiparts beschloss der Bundesvorstand des ADGB im Oktober 1927, eine Gruppe von Wissenschaftlern mit einer Gemeinschaftsarbeit zu betrauen. Als Ergebnis lag Anfang September 1928 dem Hamburger Kongress des ADGB das unter Leitung von Fritz Naphtali von elf Autoren erarbeitete Buch «Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel» vor. Naphtali erläuterte es auf dem Kongress in einem eigens diesem Thema gewidmeten Referat.

Den Ausgangspunkt bildete das sozialistische Ziel der freien Gewerkschaften, das nur schrittweise, also evolutionär zu erreichen sei. Als Antwort auf die in Breslau offengebliebene Frage: Ist Wirtschaftsdemokratie erst in einer grundsätzlich neu gestalteten Ordnung möglich oder können noch unter kapitalistischen Bedingungen Schritte in diese Richtung unternommen werden, erläuterte Naphtali das Verhältnis von Ziel und Weg. «Das Ziel der Wirtschaftsdemokratie, ein wirklich demokratischer Aufbau der Wirtschaft» sei innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nicht erreichbar. Da das aber «nicht eines schönen Tages etwa durch eine Verfassungsänderung dekretiert werden» könne, müsse man sich mit dem Weg dorthin beschäftigen, und «dieser Weg ist ein Weg der Demokratisierung»: «Ein neues Wirtschaftssystem, ein neuer sozialer Aufbau, wie es der Sozialismus sein wird, wächst organisch aus der Entwicklung heraus, die geformt werden kann [...]» Dabei sei an die «gewachsene neue kapitalistische Organisationsform» anzuknüpfen – an «die Wandlung des Kapitalismus von einer Wirtschaft der freien Konkurrenz» zum monopolistischen, zum «organisierten Kapitalismus»; die Formbarkeit der kapitalistischen Bedingungen habe sich unter anderem darin gezeigt, dass es der Gewerkschaftsbewegung gelungen sei,

37 Plener: Leipart, Dokumente, Dok. 61 und 68.

«einer entscheidenden kapitalistischen Tendenz entgegenzutreten [...], der Tendenz der Verelendung».³⁸

Zu den schon vorhandenen Ansätzen für eine Demokratisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftsführung zählte Naphtali: die auf die Revolution 1918/1919 zurückgehenden wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper im Kohlen- und Kalibergbau, die öffentlichen Betriebe, die Genossenschaften sowie die gewerkschaftseigenen Betriebe. Im Schlusswort ordnete F. Naphtali die Betriebsräte in das «System der Demokratisierung der Wirtschaft» ein.

Insgesamt, so Naphtali in seinem Referat, komme es den freien Gewerkschaften darauf an, «all diese Einzelercheinungen einzuordnen [...] in das Gesamtbild» der «Umgestaltung des Wirtschaftssystems», und zwar schon jetzt und hier, «wobei sowohl die Größe der einzelnen Schritte als auch das Tempo der Gangart von der Energie unseres eigenen Willens abhängig» seien.³⁹ Die EntschlieÙung fasste die Idee der Wirtschaftsdemokratie so zusammen: «Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.»⁴⁰

Gesonderte EntschlieÙungen nahm der Kongress zur «Förderung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe» und zur gewerkschaftseigenen «Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten» an. Sie sollten den Unternehmern das «Recht der Alleinherrschaft» streitig machen, die Wirtschaft in Richtung der angestrebten Wirtschaftsdemokratie drängen, einen Weg zum Gemeineigentum erschließen und Grundsteine für eine Gemeinwirtschaft legen, also für «ein System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat».⁴¹ Das kann durchaus als ein Versuch der Gewerkschaften gewertet werden, Wirtschaftsdemokratie nicht «nur als Resultat staatlicher Intervention», sondern auch «als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse» zu verwirklichen. Heinrich Potthoff hob diese Bemühungen um gewerkschaftseigene «Inseln des Sozialismus» als Transformationsansätze und einen bemerkenswerten Beitrag zur Sozialisierungsproblematik hervor: Sie hätten die Sozialisierung komplexer als bloÙe Verstaatlichung aufgefasst. Während die «groÙe Sozialisierung in theoretischen Entwürfen verkümmerte, konnten die freien Gewerkschaften bei der zumeist übersehenen Sozialisierung von unten [...] praktische Erfolge vorweisen».⁴²

38 Protokoll des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928, S. 174, 173, 175, 177, 179–183.

39 Ebenda, S. 189.

40 Ebenda, S. 21.

41 Plener: Leipart, Dokumente, Dok. 66 und 68.

42 Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918–1933. Der ADGB in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 187, 190. Vgl. dagegen Bieber: Im Wirtschaftsdemokratie-Konzept von 1928 sei «die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft [...] wie vor 1918 als Resultat staatlicher Intervention gedacht [gewesen], nicht als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse» (Bieber: Kasernenhof, S. 106). Die Vorstellungen von Ellen M. Wool weisen wohl in die gleiche Richtung wie seinerzeit die Bemühungen des ADGB, wenn sie schreibt: «Das Beste ist, wenn Sozialisten darauf hinwirken, das Gesellschaftsleben so weit wie nur möglich aus der Marktabhängigkeit heraus»

Die Aufgaben des Staates: Allerdings war dem Staat tatsächlich eine entscheidende Rolle im Transformationsprozess zugeordnet, denn er blieb für die freien Gewerkschaften auch jetzt der Interessenträger der Allgemeinheit – und das mehr als je zuvor, handelte es sich doch um die von den Arbeitern 1918 erkämpfte Republik, die als «Volksstaat», als Vertreter der «Gesamtheit» verstanden wurde.

Bezogen auf den Staat ging es beim Konzept der Wirtschaftsdemokratie in erster Linie um dreierlei: um den Staat als das die Unternehmermacht im Interesse der Allgemeinheit kontrollierende und beschränkende Organ; um die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und damit an der Wirtschaftspolitik; um die soziale Gesetzgebung zum Schutz der Lohnarbeiterschaft, auch als «Eingriff in die Autokratie der Wirtschaftsführung» seitens der Unternehmer und als Erweiterung der persönlichen Freiheitsräume für die Lohnarbeitenden.

Die erste und die zweite Anforderung sollten nach Vorstellungen der Autoren des Konzepts Veränderungen in der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln bewirken. Dazu Naphthali auf dem Hamburger Kongress: «Die Kontrolle des Staates mit besonderen Organen, in denen die Vertreter der Wirtschaft, das heißt für uns immer: gleichberechtigt die Vertreter der Gewerkschaften, eingeschaltet sind, muss die Handlungsfreiheit der großen wirtschaftlichen Organisationen beschränken unter den Gesichtspunkten des Gemeinwohles. Diese Beschränkung der wirtschaftlichen Verfügungsfreiheit bahnt den Weg zum Wandel in den Funktionen des Eigentums an den Produktionsmitteln.» Der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, der «sich zugleich als ein wirtschaftlicher und als ein politischer Kampf» darstelle, müsse «neben der Staatskontrolle auch um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monopolorganisationen geführt werden». Die «Einschaltung von Kontrollen des Staates und von Kräften der Arbeiterschaft in die Wirtschaftslenkung» stellten «gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte» dar und bedeuteten «immerhin eine Einschränkung der Verfügungsfreiheit der Unternehmer über ihre Produktionsmittel.»⁴³

Zur dritten Anforderung an den Staat, die Gesetzgebung betreffend, sagte Naphthali: «Die wichtigste Schranke, die der Autokratie [des Unternehmertums] durch die kollektive Machtbildung der Arbeiterschaft unmittelbar entgegengestellt wird, findet ihre Ergänzung durch die fortschreitende Durchsetzung von Forderungen der Arbeiterschaft im Staate, in der Gesetzgebung.» Die bis dahin erreichten Fortschritte der

zulösen. Das bedeutet, die Entkommerzialisierung möglichst vieler Lebensbereiche und ihre Demokratisierung anzustreben [...], sie der direkten Kontrolle durch das Kapital und der «unpersönlichen» Kontrolle durch die Marktimperative zu entziehen» (Ellen M. Wool: Die Politik des Kapitalismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/99, S. 17). Ähnlich Edda Seifert: Es sei notwendig, «praktische Kraft in das Entstehen von Keimzellen einer neuen Reproduktionsweise bzw. in die Unterstützung bereits vorhandener zu investieren». – «Die Alternative muss als Realität einer anderen Wirtschaftsweise an der Basis der Gesellschaft wachsen – in Konkurrenz zum globalisierten Kapital.» (Edda Seifert: Sozialisten und Rapsmühlen, in: Neues Deutschland, 8./9.1.2000.)

43 Protokoll des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928, S. 177, 178, 180, 187. Hier (S. 178) war die Mitbestimmung auf Unternehmensebene angesprochen.

sozialen Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitskraft stellten «Stufen des Eingriffes in die Autokratie der Wirtschaftsführung in der Richtung einer Sicherung der Arbeiterschaft dar». Und sie seien zugleich der «Keim für ein neues soziales Güterrecht, der Keim für die Umgestaltung der Verteilungsordnung des kapitalistischen Systems».⁴⁴

So sollte die Demokratisierung der Wirtschaft – mit Hilfe des Staates und aufgrund wachsenden Einflusses der Gewerkschaften zu erreichen – die Interessen der Lohnarbeiterschaft und mit ihr die der Allgemeinheit gegen die autokratische Herrschaft des Unternehmertums in der Wirtschaft durchsetzen. Es sei die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterbewegung, ständig und ohne Unterlass zu drängen auf die öffentliche Meinung, auf die Regierung und die Gesetzgebung, zu drängen auf den Fortschritt der sozialen Entwicklung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft sollte darüber hinaus zugleich den demokratischen Staat stärken. Dazu Th. Leipart: Der demokratische Staat sei nur dann gesichert, wenn die politische Demokratie durch die Demokratie in der Wirtschaft ergänzt werde. «Denn Demokratie im Staate und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muss dafür sorgen, dass auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird.»⁴⁵

An der Wirtschaftsdemokratie hielt der ADGB auch in den Krisenjahren 1930 bis 1932 fest, ja, sie sollte den Weg aus der ökonomischen Krise bahnen. Dafür standen nicht zuletzt der ordentliche Kongress des ADGB vom September 1931 in Frankfurt am Main und der außerordentliche Kongress vom April 1932 in Berlin. Die Verpflichtung des Staates wurde mit großem Nachdruck betont. Stärker als in den Jahren zuvor wurde die Rolle der staatlichen Planung in der Wirtschaftspolitik hervorgehoben.⁴⁶ Darüber, wie – mit welchen konkreten Mitteln – das «Umbauprogramm» umgesetzt und die Regierungen sowie Parlamente veranlasst werden sollten, die Vorstellungen der Gewerkschaften zu verwirklichen, schwiegen sich die Führer des ADGB allerdings aus. An außerparlamentarische Aktionen dachten sie nicht. Letztere wurden als Faktor sozialen Zwanges gegenüber Politik und Unternehmertum weitgehend negiert, vor allem wegen ihres befürchteten Umschlagens in einen Bürgerkrieg.⁴⁷

44 Ebenda, S. 184, 185, 189.

45 Plener: Leipart, Dokumente, Dok. 61.

46 Protokoll des ADGB-Kongresses in Frankfurt a. M. 1931, S. 21, 22. In der Entschließung des a. o. ADGB-Kongresses 1932 in Berlin hieß es: Die hohe Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend forderten von der Reichsregierung, ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm anzuordnen und die 40-Stunden-Woche einzuführen. Aus den katastrophalen Vorgängen in der Wirtschaft müssten Folgerungen gezogen werden, «die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weiter Volkskreise verloren. Der Einfluss des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden.» Der Bundesvorstand wurde beauftragt, seine Vorschläge für den notwendigen Umbau der Wirtschaft der Regierung vorzulegen und sie mit stärkerem Nachdruck zu vertreten. (S. 32.)

47 Ausnahmen bildeten die Abwehr des Kapp-Putsches 1920 und der rechtsgerichteten Anschläge auf die Republik 1922. Vgl. dazu Plener: Leipart, Biographie, S. 92 ff., 190 ff., 253 ff., 268 ff.

In dem Vertrauen auf die Verfassung, das Parlament und die Gesetzlichkeit drückten sich die freigewerkschaftlichen Illusionen über den Weimarer Staat aus – bis in den Februar 1933 hinein. Die Unversöhnlichkeit des profitbestimmten Unternehmertums konnten die Gewerkschaften mit Hilfe des Weimarer «Volksstaates» – bei Verzicht auf Massenmobilisierung! – nicht durchbrechen. Das angestrebte Ziel der Wirtschaftsdemokratie blieb unverwirklicht.

Und doch hatten die Gewerkschaften in den Jahren 1920 bis 1933 einige konkrete, zum Teil bis heute gültige Ergebnisse im Sinne wirtschaftsdemokratischer Ideen erreicht. Dazu gehörten:

- *eine weitere Beschränkung der Autokratie des Unternehmertums – der «Freiheit des Marktes» – im Umgang mit der Arbeitskraft.* Hans Mommsen hatte das 1977 so zusammengefasst: «In allen wesentlichen Punkten ist das sozialstaatliche Instrumentarium der Bundesrepublik während der Weimarer Zeit entwickelt oder institutionalisiert worden. Das gilt für das Arbeits- und Tarifvertragsrecht, das System der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelungen wie den Komplex der Betriebsverfassung.» – «Vergleicht man das, was während jener 14 krisenhaften Jahre der Weimarer Republik, die unter denkbar ungünstigen ökonomischen Bedingungen standen, auf sozialpolitischem Gebiet getan worden ist, mit den entsprechenden Maßnahmen in den mehr als zweieinhalb [und nunmehr fünf] Jahrzehnten bundesrepublikanischer Entwicklung, so ergibt sich für Weimar eine bemerkenswert positive Bilanz [...]»⁴⁸
- *praktisch erprobte Schritte hin zu einer «Sozialisierung von unten», hin zu demokratischen, nicht profitbestimmten, am gesellschaftlichen Interesse orientierten Wirtschaftsformen (gewerkschaftseigene Unternehmen und Bank, Genossenschaften).* Ihre Weiterentwicklung wurde in den Krisenjahren 1930 bis 1932 ökonomisch untergraben und 1933 politisch durch die von den herrschenden Kreisen des Monopol- und Bankkapitals betriebene Machtübergabe an die Nazis abgebrochen. Nach 1945 wiederaufgelebt, wurden sie in den siebziger und achtziger Jahren durch Teile der Gewerkschaftsbürokratie diskreditiert. Sie bleiben aber im «Arsenal produktiver Ideen und Potenzen» für die Lösung «liegendegebliebener Probleme des 20. Jahrhunderts»⁴⁹ und verschränken sich mit Netzwerk- und ähnlichen Ideen der Gegenwart.
- *theoretische und konzeptionelle Überlegungen zur notwendigen Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft.* Darunter waren neben möglichen, von der Staatsverfassung legitimierten Enteignungen vor allem die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an wichtigen, das Leben der gesamten Gesellschaft betreffenden Produktionsmitteln sowie Banken durch wirksame Mitbestimmung der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Kräfte; die Aufga-

48 Hans Mommsen: Staatliche Sozialpolitik und gewerkschaftliche Strategie in der Weimarer Republik, in: Ulrich Borsdorf u. a. (Hrsg.): Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977, S. 64 f.

49 Oskar Negt, Interview in: Neues Deutschland, 31.12.1999.

ben staatlicher Organe (der Parlamente, Exekutivorgane, Kommunen), als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen in dieser Richtung mit entsprechender Gesetzgebung, mit Kontroll- und Planungsorganen u. a. m. aktiv zu sein; die demokratisierende Rolle des öffentlichen – staatlichen, kommunalen – Eigentums und seine demokratische Organisation.

Ausblick

Diese Ideen wurden nach 1945 von den Gewerkschaften und der SPD wieder aufgenommen, zum Teil konkretisiert und bis 1989 mehr oder weniger aktiv verfochten (am ausführlichsten begründet und beschrieben in dem im Jahr 2000 noch gültigen Berliner Grundsatzprogramm der SPD). Dabei wurden Erfahrungen gesammelt, die für Gegenwart und Zukunft produktiv gemacht werden und sich mit (hier und da schon praktizierten) Ideen der «Netzwerke», der «Demokratie von unten», der verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen verschränken könnten. Wie Ulrich Weiss in diesem Heft bemerkt, müssen solche Ansätze nicht mehr scheitern, «weil nunmehr in der kapitalistischen Produktion materielle Voraussetzungen im Entstehen sind, auf deren Basis solche Formen menschlicher Emanzipation geschichtsmächtig werden können». ⁵⁰ Hans-Gert Gräbe hat kürzlich auf ein interessantes Projekt aus dem Bereich der Computersoftware hingewiesen, das ihn zu der Frage veranlasst, «ob die aktuellen technologischen Umbrüche [...] diesmal Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse erschütter[n] werden», weil sie statt auf Konkurrenz (und Konfrontation) auf Solidarität, auf ein «wohlwollendes Miteinander eigentlich konkurrierender Subjekte» hinausliefen. Er hält die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit «für eine programmatische Debatte weniger geeignet als das genauere Ausleuchten der subtilen Sprengkraft» der von ihm angedeuteten solidarischen Konzepte: Gerechtigkeit sei ein konfrontativer, Solidarität ein kooperativer Ansatz. ⁵¹

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit leitet sich aus der – konfrontativen – kapitalistischen Ökonomie ab. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie orientiert auf einen schrittweisen Umbau dieser Ökonomie hin zu einer solidarischen, dem Allgemeinwohl verpflichteten Wirtschaftsordnung. Als Haupthindernis auf diesem Wege erwies sich stets der Widerstand egoistischer Profitinteressen des Großkapitals und der Großbanken. Zu fragen ist nach den Bedingungen und Chancen einer sozialen Bewegung für Wirtschaftsdemokratie, die diesen Widerstand überwinden könnte. Da

50 Ulrich Weiss: Marx und der mögliche Sozialismus, in: Utopie kreativ 120/2000, S. 961. So sehr ich den drei Thesen von Weiss folgen kann, so entschieden muss ich seinem Versuch widersprechen, mit 1/3-Sätzen aus Marx' Schriften der Jahre 1844/45 diesem eine (nämlich die von Weiss) Sozialismus-Auffassung aufzubinden, der Marx angeblich auch später – und im Gegensatz zum «Mystiker Engels» (!) – gefolgt sei, ohne (um nur ein Werk zu nennen) Marx' Kritik des Gothaer Programms (1875) auch nur zu erwähnen. Das Nachdenken über einen erst auf der jetzigen Stufe der Produktivkraft-Entwicklung möglichen Sozialismus bedarf m. E. einer «marxistischen» Begründung dieser Art nicht.

51 Vgl. Hans-Gert Gräbe: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: Utopie kreativ 117/2000.

ist den – positiven wie negativen – Erfahrungen der nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzten Bemühungen um die Demokratisierung der Wirtschaft und den heute vorhandenen Ansätzen dafür nachzugehen. Vielleicht führt das auch praktisch an die von Uli Schöler «theoretisch durchaus denkbaren» (aber nicht näher erläuterten) «gesellschaftlichen Regulierungen und Entscheidungen», die «die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung» zurückdrängen würden, heran? Dazu mehr in einem zweiten Beitrag.

Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland¹

Die Idee einer gerechten Wirtschaftsordnung, die, um eine solche zu sein, demokratisch verfasst sein muss, wurde nach 1945 von den Gewerkschaften sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland aufgegriffen. Im Folgenden geht es – in Memoriam – um Positionen dazu des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der im auch damals kapitalistisch verfassten Teil Deutschlands wirkte.

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie als Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit war inhaltlich in allen drei Grundsatzprogrammen des DGB enthalten, die von diesem im angegebenen Zeitraum angenommen wurden: 1949, 1963 und 1981.² Und es finden sich darin die drei maßgebenden Kettenglieder dieser Idee, von denen im Teil I dieses Beitrags die Rede war, wieder: 1. die Menschenwürde der Lohnarbeitenden, das heißt vor allem deren Freiheit von entwürdigenden Abhängigkeiten, als Ausgangspunkt; 2. der politökonomisch begründete Anspruch der Arbeitnehmer, also der Lohnarbeitenden, auf gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen in der Wirtschaft; 3. die Verantwortung des Staates als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen, soziale Gerechtigkeit zu realisieren. Allerdings waren die entsprechenden Passagen in den drei Programmen unterschiedlich prägnant formuliert. Da der DGB und seine Gewerkschaften die damaligen Aussagen, aus welchen Gründen auch immer, der Vergessenheit anheimfallen lassen, soll an sie erinnert werden.

Demokratische und sozial gerechte Wirtschaftsordnung – ein Erfordernis der Menschenwürde

Die «Wahrung der Würde freier Menschen» stand an der Spitze der wirtschaftspolitischen Grundsatzforderungen des ersten Nachkriegsprogramms von 1949. Die Gewerkschaften setzten sich «für eine Wirtschaftsordnung ein, in der die soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und

1 Zuerst erschienen in: Utopie kreativ 123/2001, S. 52–65.

2 Die genannten Grundsatzprogramme werden im Weiteren nach folgenden Quellen zitiert: Grundsatzprogramm 1949, in: Albert Behrendt (Hrsg.): Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945–1966, Berlin/DDR 1968, S. 584 ff.; Grundsatzprogramm 1963, in: ebenda, S. 613 ff.; Grundsatzprogramm 1981, in: Günter Arndt/Frank Deppe/Werner Petschik/Klaus Pickshaas: DGB-Programm '81, untersucht für die Praxis, Frankfurt a. M. 1981, S. 208 ff.

Existenz gesichert sind»; in der «der arbeitende Mensch Subjekt und nicht nur Objekt wirtschaftlichen Geschehens ist»; die «jedem Menschen [...] ein freies und menschenwürdiges Leben» gewährleistet.

Das Programm von 1963 – mitten im westdeutschen Wirtschaftswunder formuliert – rief dazu auf, «an der sozialen Ausgestaltung und Festigung der Demokratie und an dem Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitzuwirken». Jeder Mensch sollte «ein menschenwürdiges Leben führen», «seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentscheiden» können. Obwohl sich (seit 1949) «vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet» hätten, seien «die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht [!] und die Ungleichheit der Bildungschancen [...] nicht überwunden». Die Entwicklung in der Bundesrepublik habe «zu einer Wiederherstellung der alten [!] Besitz- und Machtverhältnisse geführt»; die «Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel [!] ausgeschlossen».

Auch im 1981er Programm stand das Bekenntnis «zu den unveräußerlichen Rechten des Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung» an der Spitze. Die Gewerkschaften erstrebten «eine Gesellschaftsordnung, in der die Würde des Menschen geachtet wird». Auf die Gegenwart bezogen hieß es, ähnlich wie 1963, die «Unsicherheit der Arbeitsplätze, die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Ungleichheit der Bildungschancen und die Abhängigkeit von Wirtschaftsmacht» seien «nicht überwunden», und dazu seien noch «weitere Belastungen aus der zunehmenden Verschlechterung der Umweltbedingungen sowie der Intensivierung der Arbeit vor allem durch die an Kapitalinteressen ausgerichtete Anwendung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation gekommen». Am Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs infolge der technologischen Entwicklung, die unter anderem eine seit zwanzig Jahren nicht gekannte Massenarbeitslosigkeit nach sich zog, stellte dieses Programm – anders als seine beiden Vorgänger – klar den «Interesengegensatz zwischen Kapital und Arbeit» heraus, der seit Beginn der Industrialisierung die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt habe; es sollten die «wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Macht und dem Einfluss, die die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitsplätze verleiht», gewahrt und durchgesetzt werden. «Die Persönlichkeit des Arbeitnehmers und seine Menschenwürde» seien «auch am Arbeitsplatz zu achten. Seine Arbeitskraft darf nicht als Ware gewertet werden [...]». Die Arbeitnehmer hätten «das Recht auf eine menschenwürdige Arbeit», die Arbeitsbedingungen müssten «diesem Grundrecht der Arbeit gerecht [...] werden». Und: «Jeder Arbeitnehmer braucht ein Mindestmaß an Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, an körperlichen und geistigen Anforderungen sowie an sozialen Kontaktmöglichkeiten».

Für gleichberechtigte Teilhabe des Faktors Arbeit an Entscheidungen in der Wirtschaft

Die Demokratisierung des politischen Lebens müsse «durch die Demokratisierung der Wirtschaft» ergänzt werden, heißt es im Grundsatzprogramm von 1949, denn: «Die Betriebe als Zellen der Volkswirtschaft arbeiten nicht zum Selbstzweck, sondern müssen auf das gemeinsame Wohl der gesamten Bevölkerung abgestellt werden. Ihre Existenz ist nicht in erster Linie eine Frage des vorhandenen Kapitals, sondern entscheidend abhängig vom Faktor Arbeit.» Die dritte von vier Grundsatzforderungen zur Wirtschaftspolitik hieß: «Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute». Sie wurde auf Art. 14 und 15 GG gestützt, war gegen «Zusammenballung von Großunternehmen und damit [...] Schaffung von Machtgebilden» gerichtet, sollte unter anderem «eine demokratische Kontrolle dieser Unternehmungen» sichern und «den politischen Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen, zum Beispiel die Korruption der öffentlichen Meinung, der Parteien und des Staatsapparates mit Hilfe finanzieller Zuwendungen, unmöglich machen». Dabei sollte die Überführung in Gemeineigentum «nur in Ausnahmefällen [...] durch Verstaatlichung erfolgen»; im Allgemeinen sollten «besondere Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung» gebildet werden, in denen «den Gewerkschaften ein maßgeblicher Einfluss einzuräumen» wäre. Außerdem forderte der DGB damals «eine wesentlich erweiterte Publizität der wirtschaftspolitischen und wirtschaftspraktischen Arbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Finanz durch Statistik, ausführliche Bilanzveröffentlichungen und sonstige geeignete Maßnahmen».

Im Programm von 1963 war zu lesen: «Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich. Es darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein [...]» Mit der «Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer» wollten die Gewerkschaften «eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen». Es sollten (1.) die betrieblichen Mitbestimmungsrechte ausgebaut und (2.) die «überbetriebliche Mitbestimmung [...] in paritätisch aus Arbeitnehmervertretern und Unternehmensvertretern besetzten Organen verwirklicht werden».

Die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum wurde nicht mehr verlangt, aber «die Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und seine Weiterentwicklung zu einem sinnvollen System öffentlicher und öffentlich gebundener Unternehmen» gefordert. «Die freie Gemeinwirtschaft» sei «Bestandteil einer am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschaftsordnung» – und diese Letztere wurde von den Gewerkschaften erstrebt.

Den gesamtgesellschaftlichen Auftrag «der Wirtschaft» begründete das Programm von 1981 mit den Geboten des Grundgesetzes. Ähnlich wie 1963 hieß es, die Ge-

werkschaften kämpften «um die Ausweitung der Mitbestimmung», womit sie immer noch «eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten» wollten, die (nunmehr präziser als 1963) «die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen [!] gleichberechtigt [!] beteiligt».

Neben der gleichberechtigten Mitbestimmung der Lohnarbeitenden in Betrieben und Unternehmen (Konzernen) sollte nunmehr (3.) auch «die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich» verwirklicht werden, wozu «in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten» wären. Im DGB-Aktionsprogramm vom Juni 1979 war außerdem (4.) «die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz» explizit genannt.³ Die Grundsätze wirtschaftlicher Mitbestimmung sollten auch in der (West-)Europäischen Gemeinschaft verwirklicht und darüber hinaus «Regelungen für multinationale Unternehmen» angestrebt werden, «die diesen Grundsätzen entsprechen und eine sozial verpflichtete Unternehmenspolitik sichern». Wieder wurde – wie 1963 – eine Lanze für das öffentliche Eigentum gebrochen.

Die Verantwortung des Staates als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen

Am wenigsten bestimmt waren in allen drei Grundsatzprogrammen des DGB vor 1989 die Ausführungen über den Staat. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser immer dann gemeint war, wenn es um Wirtschaftspolitik (und Politik in weiteren gesellschaftlichen Bereichen) ging. Aus den inhaltlichen Zusammenhängen ergibt sich, dass der Staat nach wie vor – und vor allem – als der Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen verstanden wurde und von daher die Ansprüche an ihn abgeleitet wurden.

Das Programm von 1949 – im Oktober, wenige Wochen nach der Konstituierung der ehemaligen Bundesrepublik, angenommen – forderte von der Bundesregierung und weiteren Behörden eine «einheitliche und geschlossene Wirtschaftspolitik». Ohne den Staat ausdrücklich zu benennen (wer sollte aber sonst der Träger sein?), wurde die «volkswirtschaftliche Planung», speziell ein «volkswirtschaftlicher Gesamtplan», gefordert. Geld- und Kreditpolitik sollten in die staatliche Konjunktur- und Investitionsplanung eingeordnet, Gewerkschaften als Vertreter des Produktionsfaktors Arbeit an allen Planungs- und Lenkungsorganen maßgeblich beteiligt, das Bankwesen «entsprechend seiner gemeinwirtschaftlichen Aufgabe» neu geordnet werden. Bewusste Planung und Lenkung sollten die Willkür des chaotischen «freien Spiels der Kräfte» in der Wirtschaft überwinden, das zur Kapitalverschwendung, Verbraucherausbeutung, Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit geführt habe. Um eine demokratische Wirtschaftsführung zu sichern, sollten privatwirtschaftliche Kartell- und monopolartige Einrichtungen unter Beteiligung der Gewerkschaften staatlich kontrolliert werden.

3 Vgl. DGB-Aktionsprogramm '79, in: Arndt u. a.: DGB-Programm '81, S. 253.

Das Programm von 1963 ging nicht explizit auf den Staat ein. Aber kein anderer konnte gemeint sein, wenn von Zielen und Mitteln der Wirtschaftspolitik die Rede war, die den Hauptteil des Programms ausmachten. Unter den fünf Zielen (1. Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum, 2. gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, 3. Stabilität des Geldwertes, 5. internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit) erschien als 4. «Verhinderung des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht», und hier wurde der Staat ausdrücklich genannt: «Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Missbrauch zu verhindern»; die Mittel dafür seien: der volkswirtschaftliche Rahmenplan (nicht Gesamtplan); der öffentliche Haushalt, die Finanz- und Steuerpolitik; Investitionslenkung; öffentliche und freie Gemeinwirtschaft (dazu s. o.); Kontrolle wirtschaftlicher Macht (hier als letzte Punkte der «Ausbau des Systems öffentlich gebundener Unternehmen» und die «Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum»); wirtschaftliche (!) Mitbestimmung; Planung und Wettbewerb (beide dienten dazu, wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen; da Monopole und Kartelle den Wettbewerb in der Marktwirtschaft einschränkten und ausschalteten, sollten «monopolistisch beherrschte oder durchsetzte Märkte [...] durch direkte öffentliche Interventionen im Interesse der Gesamtheit» reguliert werden).

Das Programm von 1981 begründete die Forderungen an den Staat, wie schon diejenigen an die Wirtschaft, mit dem Grundgesetz. Die Grundlagen, Ziele und Mittel des Wirtschaftens betreffend, wiederholte es die Positionen von 1963, eingeschlossen Aussagen zur «Kontrolle wirtschaftlicher Macht», zu «Wettbewerb und Planung» (nunmehr in dieser Reihenfolge) und (ausführlicher als 1963) zum «volkswirtschaftlichen Rahmenplan» (er sei «die Zusammenfassung der Regional- und Branchenprojektionen zu einheitlichen Landesentwicklungsplänen und einem Bundesentwicklungsplan»); die Pläne sollten «alle räumlichen Maßnahmen zusammenfassen und gegeneinander abwägen», «einem qualitativen (!) Wirtschaftswachstum und der Sicherung der Vollbeschäftigung in allen Regionen dienen»). Neu eingefügt war ein Abschnitt über Energiepolitik, und dazu hieß es: «Das Ziel (!) einer Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum hat gerade für den Bereich der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung besondere Bedeutung.»

Für das Programm von 1981 trifft in ganz besonderer Weise zu, dass und wie der DGB seine Zuständigkeit für praktisch alle gesellschaftlichen Lebensbereiche – die in den siebziger Jahren stark sichtbar gewordenen «neuen Felder» wie Humanisierung der Arbeit und Umweltschutz eingeschlossen – verstand.⁴

4 Das Programm gliedert sich in folgende Abschnitte: Präambel, 1. Arbeitnehmerrechte, 2. Arbeitsverhältnis, 3. Humanisierung der Arbeit, 4. Grundlagen des Wirtschaftens, 5. Vollbeschäftigung, 6. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, 7. Kontrolle wirtschaftlicher Macht, 8. Mitbestimmung, 9. Wettbewerb und Planung, 10. Volkswirtschaftlicher Rahmenplan, 11. Investitionslenkung, 12. Öffentlicher Haushalt, Finanz-,

Im Verlauf der achtziger Jahre verfocht besonders die IG Metall die im DGB-Programm von 1981 niedergeschriebenen Ideen der sozialen Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie, verbunden mit einer sehr eindeutigen Kapitalismuskritik. Dafür standen ihr «Aktionsprogramm Arbeit und Technik: Der Mensch muss bleiben!» vom November 1984 und (zuletzt) die «Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform» vom April 1989.⁵ Bezogen auf die gesellschaftliche Reform ging es auch da um die «Dreieinigkeit» von Menschenwürde, demokratischem Anspruch auf Entscheidungsbefugnisse der Lohnarbeitenden in der Wirtschaft und die Verantwortung des Staates.

Die ethische Motivation des politisch gefassten Auftrags war im erstgenannten Dokument schon in der Überschrift enthalten, und dazu hieß es: «Unsere Forderung: ›Der Mensch muss bleiben!‹ – in seinem doppelten Sinn: als jemand, der einen Arbeitsplatz hat und der bei der Arbeit auch noch ›Mensch‹ sein kann, dessen Arbeitsplatz also menschengerecht ist – kann nur politisch erkämpft werden: durch Widerstand in den Betrieben, durch Mobilisierung der Arbeitnehmer, durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, durch Druck auf Unternehmer und Politiker.» In den «Leitlinien», im Ergebnis der 1988 geführten Zukunftsdebatte entstanden, musste zum wiederholten Male festgestellt werden: Auch das bisher nicht gekannte Maß an materiellem Wohlstand habe die Lohnarbeiterschaft «keineswegs in die Lage versetzt, sich frei von sozialer Ungerechtigkeit, von Fremdbestimmung und herrschaftlicher Entmündigung entfalten zu können». Das Mehr an Freizeit durch Arbeitszeitverkürzungen habe zugleich «die Gefahr der Kommerzialisierung der Freizeit, der kulturellen Verflachung» wachsen lassen, was «neue Abhängigkeiten und neue Ausbeutungsverhältnisse schafft». Generell: «Machtausübung ohne demokratische Kontrolle und Begrenzung, ohne Gegenmacht und Gegengewicht führt zu autoritärer Herrschaft und menschenunwürdiger Abhängigkeit.»

Die «Leitlinien» registrierten die eingetretene «Phase rasanter Modernisierung», die «zu neuen sozialen und politischen Strukturen, zur Neugestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zu einer neuen Form industrieller Kultur» führe, und konstatierten zugleich die Konsequenzen der «Globalisierung von Produktions- und Unternehmensstrukturen» für «existenzielle Menschheitsfragen», die «Katastrophe der

Steuer- und Geldpolitik, 13. Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft, 14. Energiepolitik, 15. Internationale wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, 16. Ausbau des Systems der sozialen Sicherung, 17. Gesundheitswesen, 18. Leistungen der sozialen Sicherung, 19. Finanzierung der sozialen Sicherung, 20. Soziale Selbstverwaltung, 21. Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, 22. Sicherung der Wohnungsversorgung, 23. Umweltschutz, 24. Bildungsgrundsätze und Bildungsplanung, 25. Berufliche Bildung, 26. Weiterbildung, 27. Schule, Hochschule und sonstige Bildungseinrichtungen, 28. Wissenschaft und Forschung, 29. Presse, Funk und Fernsehen, 30. Kunst und Kultur.

5 Vgl. Vorstand der IG Metall (Hrsg.): Aktionsprogramm Arbeit und Technik: «Der Mensch muss bleiben!», Frankfurt a. M. 1984; IG Metall Vorstand (Hrsg.): Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform, Frankfurt a. M. 1989. Die folgenden Zitate sind diesen zwei Quellen entnommen.

Umweltzerstörung», Ausbeutung und Abhängigkeiten eingeschlossen, unter anderem im «Skandal der Massenarbeitslosigkeit» und im «Skandal der Verteilungsungerechtigkeit» sichtbar.

Die «Ur-Idee» der sozialen, das heißt in erster Linie der Wirtschaftsdemokratie war auch in diesem Zusammenhang immer noch präsent: «Wer spezifische Gefährdungen für die Arbeitnehmerschaft und globale Gefahren für die Menschheit eingrenzen und überwinden will, der muss für die Verteidigung der politischen Demokratie und für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie eintreten. Überlebensfragen und Klassenfragen sind gleichermaßen Machtfragen.» In den Bereichen Arbeit und Wirtschaft sei «die Beteiligung aller an der Gestaltung und Kontrolle der sie betreffenden Entscheidungen [!] noch kaum verwirklicht»; die IG Metall forderte daher «vor allem die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse». Ökonomische Machtkonzentrationen sowie Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten aufgrund neuer Techniken würden «die Gefahr neuer Abhängigkeit» schaffen – und auf der anderen Seite «das Beteiligungsinteresse der arbeitenden Menschen» fördern. Gerade darum sei «der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie und die Verwirklichung demokratischer Arbeitspolitik von größter Bedeutung für die Zukunft». Deshalb wurde, dem DGB-Grundsatzprogramm von 1981 folgend, gefordert, «Wirtschafts- und Sozialräte unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften als zentrale wirtschaftspolitische Beratungs- und Steuerungsgremien» einzurichten.

Dem Staat wurde nach wie vor eine aktive Rolle bei der Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Anliegen zugesprochen: Die «bittere Realität» der «Spaltung unserer Gesellschaft» werde «durch die kapitalistische Marktwirtschaft verursacht» – und das «kann vom Staat zementiert oder abgebaut werden». – «Der grundgesetzlich verankerte Sozialstaat ist und bleibt die Voraussetzung der Wohlfahrt für alle.» Eine «gerechte Einkommenspolitik» sei «allein mit den Mitteln der Tarifpolitik ebenso wenig zu erreichen wie die Integration von Erwerbs- und Familienarbeit. Hier, wie auf vielen Feldern, ist die staatliche Politik gefordert.» Deshalb wollte die IG Metall «politisch werden»: «Wer [...] die Arbeits- und Lebensinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrnehmen will, muss sich einmischen in die Politik und muss Standpunkte beziehen in dieser Gesellschaft.»

Schließlich kann, wenn von Präsenz der Idee «Wirtschaftsdemokratie als Gerechtigkeitspostulat» in der ehemaligen BRD die Rede ist, das Berliner Programm der SPD vom Dezember 1989 nicht unerwähnt bleiben. Darin ist im Kapitel «Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften» der Wirtschaftsdemokratie ein eigener Abschnitt gewidmet.⁶ Den Ausgangspunkt bildet der Gemeinwohl-Auftrag allen Wirtschaftens.

6 Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlüssen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, Bonn 1990, S. 41 ff. Dieses Programm wurde – in dem hier zitierten Text unverändert – vom Parteitag der SPD in Leipzig 1998 bestätigt.

Und es wird sogleich das «historische Grundproblem» des (kapitalistischen) «Wettbewerbssystems» artikuliert, nämlich «seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel», die «zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt» habe. Die demokratische Kontrolle dieser Macht verlange «einen handlungsfähigen Staat, starke Gewerkschaften und Mitbestimmung». Und: «Wettbewerb» könne, «ohne Leistungsfähigkeit einzubüßen, auf die Interessen des Gemeinwohls hingelenkt werden, wenn es gelingt, Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen» durch «staatliche Steuerung, die Gegenmacht der Gewerkschaften, Dezentralisierung von Entscheidungen und gesellschaftlichen Konsens auf der Grundlage eines breiten Reformbündnisses».

Im Abschnitt «Wirtschaftsdemokratie» ist diese sozialdemokratische Ur-Idee prägnant zusammengefasst (in Sätzen, die den Schriften eines Theodor Leipart aus den zwanziger Jahren entnommen sein könnten): «Die Würde des Menschen und die soziale [!] Gerechtigkeit verlangen Demokratisierung der Wirtschaft.» In der demokratisch verfassten Wirtschaft «haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung». Sie sei selbst ein Ziel und zugleich Instrument, um «Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen zu ermöglichen». Und sie erfülle «die Forderung des Grundgesetzes: «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.» Es geht dann im Einzelnen um «demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung» durch den Staat; um «Markt und Lenkung» und verschiedene Formen des (auch öffentlichen und gemeinschaftlichen sowie genossenschaftlichen) Eigentums; um Mitbestimmung der Arbeitnehmer «bei wirtschaftlichen [!] und sozialen Entscheidungen» am Arbeitsplatz, in Betrieben, Konzernen und «überbetrieblich in Wirtschafts- und Sozialausschüssen» (im nationalen Rahmen) sowie (west-)europaweit; um «Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen»; um Bodenrecht, um Mitwirkung der Verbraucher und um öffentliche Finanzen.

Es ging also der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik auch in den Jahrzehnten 1949 bis 1989 wie schon vor 1933 programmatisch um die Dreieinigkeit von Menschenwürde, gleichberechtigter Teilhabe der Lohnarbeitenden an wirtschaftlichen Entscheidungen und gesamtgesellschaftliche Verantwortung des Staates; die politische Demokratie (die Gleichheit der Menschen als Staatsbürger) sollte durch Demokratie in der Wirtschaft (die Gleichheit der lohnarbeitenden Menschen als «Wirtschaftsbürger») ergänzt und der Vorrang gesellschaftlicher Ziele vor privatkapitalistischer Verwertung und Aneignung erreicht werden. In diesem Sinne wurde in Fortführung wirtschaftsdemokratischer Ideen aus den zwanziger Jahren daran gedacht: 1. die Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft unter anderem durch Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln sowie demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des (Groß-)Kapitals (auch) mit Hilfe des Staates zu demokratisieren;

2. nicht zuletzt zu diesem Zweck eine gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenplanung seitens staatlicher Gremien in die Wege zu leiten (in den siebziger/achtziger Jahren mit dem Ruf nach Investitionslenkung ergänzt);

3. die Mitbestimmungsrechte der Lohnarbeitenden auf den einzelnen Ebenen des Wirtschaftens (Arbeitsplatz, Betrieb, Konzern, nationale Gesamtwirtschaft, (West-) Europäische Union) sowie auf weiteren Feldern des gesellschaftlichen Lebens (Verwaltung, Bildung, Gesundheitswesen, Medien usw.) ständig zu erweitern.

Im Vergleich zum ADGB-Konzept der Wirtschaftsdemokratie in den zwanziger Jahren wurde die Idee unter anderem in folgenden Punkten modifiziert:

a) der Ruf nach Kontrolle wirtschaftlicher Macht der Großkonzerne und Großbanken durch staatliche Institutionen bei Teilnahme der Gewerkschaften rückte stärker in den Vordergrund;

b) das Mitbestimmungskonzept – für verschiedene Ebenen konkretisiert und auf weitere Gesellschaftsfelder ausgeweitet – wurde zum absoluten Schwerpunkt der konzeptionellen und praktischen Aktivität, sodass darin die umfassendere Idee der Wirtschaftsdemokratie zunehmend aufging;

c) das öffentliche Eigentum als ein Instrument für und Bestandteil der angestrebten Demokratisierung der Entscheidungsprozesse und -befugnisse in der Wirtschaft sollte erhalten und ausgeweitet werden;

d) dagegen rückten die in den zwanziger Jahren versuchten Ansätze einer nicht auf staatliche Intervention setzenden «Sozialisierung von unten» (über gewerkschaftseigene Betriebe, Förderung von Produktions- und Konsumgenossenschaften usw.) weitgehend aus dem Blick.

An dieser Stelle kann nicht auf den praktischen Umgang der DGB-Gewerkschaften (und der SPD) mit der Idee, die Wirtschaft zu demokratisieren, eingegangen werden.⁷ Seinen Rahmen bildeten die Gesetze, die die «industriellen Beziehungen» gestalten. Dazu gehören das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951, nicht zuletzt nach Streikandrohung der Gewerkschaften angenommen, ergänzt 1956; das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, 1972 – unter einer SPD-geführten Regierung – zugunsten der Betriebsräte novelliert; sowie das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das die Unternehmens-/Konzernerbene betrifft. Der DGB konzentrierte sich auf den weiteren Ausbau der Mitbestimmung.

Die Mitbestimmungsforderung war und ist Ausdruck des hohen Grades der Vergesellschaftung der Produktion, der die Mitverfügung der Lohnarbeitenden über die Produktionsmittel und entsprechende demokratische Organisationsprinzipien, auch entsprechende Eigentumsverhältnisse, erfordert. So sehen das auch einige soziallibe-

7 Über das praktisch-politische Agieren der SPD in Bezug auf die sozialökonomische Gestaltung der damaligen Westzonen Deutschlands und einige gewerkschaftliche Aktionen in diesem Zusammenhang im Vorfeld der BRD- und DGB-Gründung vgl. Ulla Plener: Die SPD in den deutschen Westzonen 1945–1948, in: Utopie kreativ 107/1999.

rale Wissenschaftler. Zum Beispiel verwies in den siebziger Jahren C. B. Macpherson, vom humanistischen Ansatz des «klassischen» Demokratiebegriffs ausgehend, auf die bestimmende Rolle des Eigentums für «das Ausmaß und die Verteidigung des Zugangs [...] zu den Mitteln zum Leben und zum Arbeiten». Er charakterisierte den «in westlichen Gesellschaften vorherrschenden Eigentumsbegriff» – identisch mit Privateigentum an Produktionsmitteln und folglich mit dem Recht, anderen den Gebrauch oder den Nutzen von etwas zu verweigern – als nur einer «kapitalistischen Marktgesellschaft voll angemessen». Er machte auf den beginnenden Wandel des Eigentumsbegriffs aufmerksam, bei dem Eigentum zunehmend als «Recht des Zugangs zu den Arbeitsmitteln» verstanden werde und dem im 20. Jahrhundert das zunehmende Bewusstsein des Menschen als tätiges, produktives Individuum zugrunde liege. Daraus schloss er: Jede Gesellschaft, die den Anspruch erhebe, «demokratisch zu sein (d. h. jedem Einzelnen gleichermaßen die Möglichkeit zu geben, seine menschlichen Anlagen zu verwenden und zu entwickeln)», müsse anerkennen, dass niemand vom Zugang zu den Arbeitsmitteln ausgeschlossen werden dürfe. Aber auch dieser Eigentumsbegriff werde im Zuge der sich heute vollziehenden technologischen Veränderung, die «heutige Arbeit weniger notwendig macht», überholt werden und, «soll er mit einer wirklichen Demokratie vereinbar sein [...], sich vom Zugang zu den Arbeitsmitteln zum Zugang zu den Mitteln für ein vollkommen menschliches Leben wandeln». Er müsse daher werden: «[a] ein Recht auf Teilhabe an politischer Macht, um die Verwendungsweisen des akkumulierten Kapitals und der natürlichen Ressourcen der Gesellschaft zu kontrollieren, und [b] darüber hinaus ein Recht auf eine Art von Gesellschaft, die für ein vollkommen menschliches Leben wesentlich» ist. Für die Durchsetzung eines solchen Wandels sei allerdings «positiver sozialer Druck» vonnöten, den heute schon große Teile der organisierten Arbeiterschaft sowie zunehmendes öffentliches Bewusstsein um die Umweltgefährdung (als «Verweigerung eines Menschenrechts auf eine annehmbare Umwelt betrachtet») ausübten.⁸

In diese Sicht ordnete sich das Bemühen des DGB um den Ausbau der Mitbestimmung in den sechziger bis achtziger Jahren ein.

1960 und 1968/1969 trat der DGB mit eigenen Gesetzesvorlagen hervor, die die Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen übertragen und auf die Betriebsverfassung ausdehnen sollten. Dazwischen startete er 1965 mit einer Mitbestimmungsinitiative eine Kampagne in der Öffentlichkeit, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. 1971 folgte eine weitere solche Initiative; im Oktober 1975 eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema «Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz», wo es um die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ebenso ging wie um deren Beteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungen im Pro-

8 Vgl. Crawford B. Macpherson: *Demokratiethorie. Beiträge zu ihrer Erneuerung*, München 1977, S. 127, 134, 198 f., 209–224.

duktionsprozess als ein Erfordernis der «Selbstachtung und Selbstverwirklichung».⁹ In den Jahren 1982 bis 1985 ergriff der DGB wieder eine Mitbestimmungsinitiative und legte 1984 präzisierte Vorschläge vor allem zur gesamtnationalen wirtschaftlichen Mitbestimmung vor. Die auf vier Ebenen des Wirtschaftens und weitere gesellschaftliche Felder ausgedehnte Mitbestimmungsforderung stand damit im Zentrum der konzeptionellen und Öffentlichkeitsarbeit des DGB, wenn es um die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft (und darüber hinaus) ging.

Mehrere Untersuchungen zwischen 1976 und 1987 hatten ergeben, dass die Mitbestimmung von der Mehrheit der Lohnarbeitenden als notwendig anerkannt wurde, da sie mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in der Wirtschaft schaffen und die Alleinherrschaft der Unternehmer einschränken würde; von ihr wurde mehr Einfluss der Beschäftigten auf das Betriebsgeschehen und die Verteilung der Gewinne erwartet; Teile der Facharbeiterschaft, besonders in der Montanindustrie, waren auch bereit, für mehr Mitbestimmung zu streiken.

Die Forderung besaß also ein gewisses Mobilisierungspotenzial. Doch nahm sie in der Rangfolge der Anliegen keinen vorderen Platz ein; dort rangierte, besonders seitdem sich zu Beginn der achtziger Jahre die Krisensituation ausgebreitet hatte, die Sorge um die Arbeitsplätze und den erreichten «Besitzstand». Eine Ursache war offenbar, dass gewerkschaftliche Führungskräfte diese Sorge nicht direkt mit der geforderten Mitbestimmung, geschweige mit den darüber hinausgehenden Inhalten der «Wirtschaftsdemokratie als Gerechtigkeitspostulat» verbanden. Schreckten sie vor der eigenen Courage zurück?

Und trotzdem waren auch diese weitergehenden Inhalte – zunehmend in den achtziger Jahren – in der Lohnarbeiterschaft der damaligen BRD präsent. So forderte zum Beispiel der Gewerkschaftstag der HBV 1980 die Mitbestimmung als «Kontrolle der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel».¹⁰ Während der Kämpfe in der Stahlindustrie wurde in den achtziger Jahren die Überführung der Stahlwerke in öffentliches Eigentum wieder diskutiert, als zwar nicht der DGB, anfänglich auch nicht die IG Metall, aber ihre Vertrauensleute in den Hoesch-Stahlwerken Dortmund und anderswo forderten, die Stahlindustrie in Gemeineigentum (Gemeinde-, Länder- oder Bundeseigentum) bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften und Gewerkschaften zu überführen. Dabei wurden Wege angedacht, wie die «öffentliche Hand» (staatliche Institutionen, Kommunen) in die Verfügungsgewalt der Konzerne eingreifen könnte, um gesamtgesellschaftliche Interessen in Industriezweigen und der ganzen Wirtschaft wahrzunehmen.¹¹

9 Vgl. Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz des DGB in Frankfurt a. M., Köln 1976, S. 44, 96, 246.

10 Materialien des 10. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft HBV, Wiesbaden, 14. bis 20.9.1980.

11 Dazu vgl. S. 87 ff. in diesem Band.

Zeitweise konnte von einer wirtschaftsdemokratischen Intentionen folgenden Bewegung in den Stahlregionen der damaligen Bundesrepublik gesprochen werden. In drei Dutzend Fällen war sie von Betriebsbesetzungen begleitet.¹² In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verschränkte sie sich mit einer Vielzahl örtlicher Bürgerinitiativen. Ihren Höhe- (und Schluss-)punkt bildete der Kampf um die Stahlstandorte Hattingen und Rheinhausen. Dieser von Gewerkschaftern, Betriebsräten und Bürgerbewegten gemeinsam geführte Kampf kann als ein – auf einen Wirtschaftsbereich bezogener – «Versuch der Demokratie von unten» bezeichnet werden, dessen Erfahrungen für die Zukunft noch produktiv zu erschließen wären.

Roland Roth, der die Erfahrungen und Wirkungen der neuen sozialen Bürgerbewegungen analysierte, gestand 1994 ein, relativ wenig «über die Effekte der neuen sozialen Bewegungen auf die Gewerkschaften» zu wissen, «die ja unter dem Gesichtspunkt der Verschränkung [sic!] bzw. Abgrenzung von «alten» und «neuen» Bewegungsthemen besonders relevant» seien. Kein Wunder: In seinem umfangreichen Buch kamen Hattingen und Rheinhausen nicht einmal als Stichworte vor. Er verwies unter anderem auf zwei «besonders gewichtige» strukturelle Gründe dafür, dass die von ihm analysierten «Demokratisierungsversuche hierzulande eher spärlich und ohne nennenswerten Einfluss geblieben sind»: (1) Das Gros der Proteste und Initiativen sei an die lokale Ebene adressiert gewesen; und (2) die Bewegungsakteure seien nicht politikfähig geworden. Für die Kämpfe um Hattingen und Rheinhausen trafen diese Gründe so nicht zu. Da überzeugt schon eher Roths Verweis darauf, dass die bundesrepublikanische Demokratie «eben nicht auf demokratische Bewegungen zurückgeführt werden kann, sondern durch westlichen Institutionenimport nach einem verlorenen Angriffskrieg etabliert wurde», was «die extreme Bewegungsfeindlichkeit der «politischen Klasse»» erkläre; «am etatistischen Politikverständnis» habe sich «innerhalb dieser Zone der offiziellen Politik wenig geändert». Seine bilanzierenden Schlussfolgerungen sind auch heute gültig: Die demokratischen Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen – und, so wäre hinzuzufügen, der «alten» sozialen Bewegung der Lohnarbeiterschaft – «sind bislang unabgegolten» geblieben und zwingen dazu, die «demokratische Frage» radikaler zu stellen.¹³

Die demokratische Frage radikaler zu stellen hieß aber auch in den achtziger Jahren wohl vor allem, die Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft immer wieder öffentlich zu fordern und das mit «positivem sozialen Druck» (Macpherson) zu verbinden, auch mit dem Ziel, das gesellschaftliche Bewusstsein entsprechend zu beeinflussen. Aktionen wie die erwähnten – die Mitbestimmungsinitiative des DGB 1983 bis 1985 oder «Arbeit und Technik: Der Mensch muss bleiben!» der

12 Zwischen 1972 und 1984 gab es mindestens 37 solcher Aktionen (davon 26 von 1980 bis 1984) mit 23 098 Beteiligten und 379 Tagen Gesamtdauer.

13 Vgl. Roland Roth: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln 1994, in der Reihenfolge der Zitate: S. 259, 260, 265, 256.

IG Metall – sollten vermutlich in diesem Sinne wirken, reichten aber angesichts des Widerstands des Unternehmertums nicht aus.

1977 reichten die Unternehmerverbände beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 ein. Das Gericht wies die Klage mit seinem Urteil vom 1. März 1979 zwar ab, stellte aber fest: «Der Gesetzgeber hält sich jedenfalls dann innerhalb der Grenzen zulässiger Inhalts- und Schrankenbestimmung, wenn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht dazu führt, dass über das im Unternehmen investierte Kapital gegen den Willen aller Anteilseigner entschieden werden kann, wenn diese nicht aufgrund der Mitbestimmung die Kontrolle über die Führungsauswahl im Unternehmen verlieren und wenn ihnen das Letztentscheidungsrecht belassen wird.»¹⁴ Damit wurden die Grenzen der gesetzlich zugebilligten Mitbestimmung deutlich markiert: Das Letztentscheidungsrecht verbleibt beim Kapital.

Gegen die Mitbestimmungsinitiative des DGB der Jahre 1983 bis 1985 argumentierten die Unternehmervertreter in den Medien, indem sie unter anderem den Begriff Demokratie ausschließlich der politischen Ebene zugeordnet wissen wollten. Demokratische Gleichheit auf politischer Ebene und wirtschaftliche Ungleichheit seien vereinbare Ordnungsprinzipien, hieß es da, denn Letztere basiere auf «realen Leistungsunterschieden» der Menschen. Das Unternehmen dürfe um der wirtschaftlichen Effizienz willen zwar menschlicher, aber nicht demokratisch sein.¹⁵ Es sei die Meinung weit verbreitet, «über die verschiedenen Stufen der Mitbestimmung stehe es den Arbeitnehmern zu, auch vermehrt über das Kapital zu entscheiden. Dies ist grundsätzlich abzulehnen. Das Kapital gehört nicht den Arbeitnehmern und schon gar nicht den Gewerkschaften [...]. Was, wo, wie und wann produziert wird, ist die ausschließliche Angelegenheit der Unternehmer und jener Manager, die vom Kapital dazu eingesetzt sind.»¹⁶ Da hätten die Gewerkschaften nachdrücklich an das erinnern sollen, was Friedrich Engels 1881 über die (Lohn-)Arbeit als Quelle des Reichtums – und des Kapitals – geschrieben hatte ...¹⁷

Von der kapitalistischen Logik ausgehend, wurden alle Versuche, die Wirtschaft zu demokratisieren, abgelehnt. Mitbestimmung sei unvereinbar mit der privaten Verfügung über Eigentum. Die gewerkschaftliche Mitbestimmungskonzeption wurde – nicht zu Unrecht – als eine Position gewertet, «die nicht nur das Unternehmen, den Betrieb, das Verhältnis von Arbeitgeber, Betriebsräten und Arbeitnehmern erfasst, sondern das politische Gemeinwesen als Ganzes. Mitbestimmung heißt im politischen Verständnis der Gewerkschaften Wirtschaftsdemokratie als ein System umfassender [...] Mitwirkungs- und Gestaltungsansprüche für alle Lebensbereiche des

14 Zit. nach Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 4/1979, S. 26.

15 Blick durch die Wirtschaft, 6. April 1984.

16 Welt am Sonntag, 17. Juni 1984.

17 Vgl. S. 30 f. in diesem Band.

Menschen.»¹⁸ Den i-Punkt setzte *Die Welt* vom 2. November 1985. Unter der Überschrift «Es geht um die Macht» hieß es: «Die Forderung nach einem erzwingbaren Mitbestimmungsrecht, nach einem Vetorecht für den Betriebsrat in wirtschaftlichen Angelegenheiten, endet in einer anderen Wirtschaftsordnung, in der Betriebsräte oder Gewerkschaften die Entscheidungen treffen.» Da waren sich die Unternehmerverbände mit der damaligen CDU-geführten Regierung einig: Für einen vom DGB geforderten Ausbau der Mitbestimmung gebe es keinen Spielraum.¹⁹ Die gewerkschaftlichen Führungskräfte blieben demgegenüber eher passiv.

Kompromissbereit bei der Gestaltung der «industriellen Beziehungen» im Rahmen der Mitbestimmungsgesetzgebung zeigte sich das Unternehmertum in der Bundesrepublik lediglich wenige Jahre nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg. Gerade zu jener Zeit erlebte die Mitbestimmung einen Durchbruch. Das wird in der Literatur nicht zuletzt auf die nach 1945 in der Arbeiterschaft verbreiteten «antikapitalistischen Gesellschaftsbilder» und die damit verbundene unternehmerische «Furcht vor Enteignung» verbunden.²⁰ Ein wesentlicher Faktor war die damalige Stärke der DGB-Gewerkschaften, ihre zeitweise offensive Aktionsbereitschaft eingeschlossen. Auch wird damals das Beispiel der SBZ/DDR seine Rolle gespielt haben, wo aufgrund eines Volksentscheids 1946 die Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet wurden.²¹ Anerkennungsmäßig war «die DDR» mit den auf das Volkseigentum gestützten sozialen Rechten als «dritter Verhandlungspartner» in den Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in der damaligen Bundesrepublik präsent ...

Die Erfahrungen des Umgangs mit wirtschaftsdemokratischen Ideen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1989/1990 könnten – mit Blick auf das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts – so zusammengefasst werden:

1. Die dreiteilige Idee der Wirtschaftsdemokratie als Erfordernis sozialer Gerechtigkeit war Bestandteil der Programme und Konzepte von DGB und SPD, entsprechende Gesetzesinitiativen und öffentliche Kampagnen eingeschlossen, hat aber in nur begrenztem Maße die Wirklichkeit geprägt und kaum das allgemeine gesellschaftliche Bewusstsein erfasst.
2. Sie wurde von Zeit zu Zeit – so am Beginn der 1950er Jahre und zuletzt im Auslauf der 1980er Jahre – von (vorwiegend regionalen) Aktionen und Bewegungen getragen, die zum Teil politisch wirksam wurden (Gesetzgebung; Positionen/Maßnahmen von

18 Neue Ordnung 6/1984, S. 465, 472.

19 So Norbert Blüm im März 1983 – und fast gleichzeitig und gleichlautend der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Vgl. Christian Götz: Für eine Wende zur sozialen Demokratie, Köln 1984, S. 70.

20 So Hans-Joachim Bieber: Zwischen Kasernenhof und Rätssystem. Der schwierige Weg zu gesetzlichen Regelungen industrieller Mitbestimmung in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis 1933, in: Hans G. Nutzinger (Hrsg.): Perspektiven der Mitbestimmung. Historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund, Marburg 1999, S. 115 ff.

21 77,6 Prozent der Teilnehmer stimmten dafür; ähnlich sprachen sich bei der – auf Verlangen der amerikanischen Militärregierung gesondert erfolgten – Abstimmung über den Sozialisierungsartikel der Hessischen Landesverfassung 1947 71,9 Prozent der Wahlberechtigten dafür aus.

Parteien, Landes- und Bundesregierungen) und verschiedene Formen der «Demokratie von unten» praktizierten.

3. Weitergehende Gesetze und Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft scheiterten am Widerstand der Unternehmerverbände, die die unumschränkte Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionseinheiten verteidigten und dabei staatlicherseits, Justiz eingeschlossen, unterstützt wurden.

Die Gewerkschaften vermochten es nicht, durch «Widerstand in den Betrieben» und «öffentlichkeitswirksame Kampagnen» die Arbeitnehmer zu mobilisieren und so «Druck auf Unternehmer und Politiker» auszuüben, was nach ihrer eigenen Erkenntnis notwendig gewesen wäre, um ihre Anliegen «politisch zu erkämpfen» (vgl. IG Metall 1984). Die SPD hatte weder als Regierungs- noch als Oppositionspartei etwas Wirksames unternommen, um durch «staatliche Steuerung, die Gegenmacht der Gewerkschaften, Dezentralisierung von Entscheidungen und gesellschaftlichen Konsens auf der Grundlage eines breiten Reformbündnisses» auch nur annähernd «Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen» (vgl. Berliner Programm 1989).

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts haben sich die Probleme, aus denen vor nunmehr über einhundert Jahren die sozialdemokratische «Ur-Idee», Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft der sozialen Gerechtigkeit wegen zu demokratisieren, hervorgegangen war, alles andere als entschärft – und neue sind hinzugekommen. Eine dem nationalen und internationalen Allgemeinwohl verpflichtete Wirtschaftsordnung bleibt ein dringendes Erfordernis. Ihre notwendigen Inhalte, die dafür vorhandenen Ansätze und die Bedingungen für deren Ausbau sollten registriert und diskutiert werden. Dabei geht es um Fragen wie: Menschenwürde bei Massenarbeitslosigkeit? Eigentumsproblem nicht mehr zentral? Primat der Unternehmensinteressen – genannt «die Wirtschaft» – oder der Politik? Aktiver oder «aktivierender» Staat? Massenaktionen als sozialer Zwang – ja oder nein? Welcher Art «gesellschaftliche Regulierungen und Entscheidungen» können «die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung» (U. Schöler) zugunsten des Allgemeinwohls zurückdrängen?

In einem abschließenden Beitrag soll versucht werden, zwei Dinge zusammenzuführen: schon heute praktizierte Elemente von Wirtschaftsdemokratie und theoretische Ansätze, die in den 1990er Jahren von verschiedenen Autoren formuliert wurden. Vielleicht gelingt es so, zu weiterführenden Antworten zu gelangen.

Teil III: Nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990–2000)¹

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war von einem doppelten Umbruch gekennzeichnet: dem seit Mitte der siebziger Jahre in erhöhtem Tempo fortschreitenden technologischen Umbau der kapitalistischen Produktionsweise mit den bekannten ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Folgen und dem Abgang des Realsozialismus von der historischen Bühne in Europa. Beide Vorgänge steigerten die Aggressivität des global agierenden Kapitals, nicht zuletzt gegenüber den Lohnarbeitenden und ihren gewerkschaftlichen Vertretungen. Vor diesem Hintergrund wird der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit immer lauter – und eine gemeinwohlorientierte und demokratisch strukturierte Wirtschafts- und Sozialordnung national, regional und international immer dringender.

Mit dem Scheitern des sozialistischen Versuchs blieben auch viele Kapitalismuskritische Konzepte – so auch die sozialdemokratische Ur-Idee der Wirtschaftsdemokratie als Weg, soziale Gerechtigkeit und schließlich eine am Gemeinwohl orientierte Gesellschaftsordnung zu verwirklichen – auf der Strecke. Aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein scheint sie vollständig verdrängt zu sein. Sie ist aber noch nicht tot; sie wird noch immer von Gewerkschaften und linken Parteien sowie einigen mit diesen verbundenen Wissenschaftlern verfochten. Und es gibt sogar nicht wenige praktische Ansätze, die in Richtung eines am Gemeinwohl orientierten demokratischen Wirtschaftens weisen.²

Gewerkschaften, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie

Träger der Wirtschaftsdemokratie-Idee als Erfordernis sozialer Gerechtigkeit waren bisher vor allem die Gewerkschaften. Im jüngsten Grundsatzprogramm des DGB, das 1996 in Dresden angenommen wurde,³ sind Aussagen dazu immer noch enthalten, und zwar in der «Dreieinigkeit» der ethischen Motivation, der politökonomischen Begründung und der Ansprüche an den Staat als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen.

Ein wichtiges Ziel des DGB bei der «Gestaltung der Ökonomie» ist dabei «mehr soziale Gerechtigkeit» zu verwirklichen. Damit unmittelbar verbunden ist die Idee der *Demokratisierung der Wirtschaft*. «Politische Demokratie muss durch wirtschaftliche und soziale Demokratie auch in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden» (DGB-Programm: S. 14; ähnlich auch S. 3 und 7). Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet dabei die *Mitbestimmung*. Ihr Ausbau gehöre «zum Kern einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung» (DGB-Programm: S. 21). Weitere Mitbestimmungsrechte werden auf vier Ebenen angepeilt: am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen/Konzern und auf europäischer Ebene. Herausgefallen

1 Zuerst erschienen in: Utopie kreativ 127/2001, S. 441–456.

2 Der beschränkte Platz erlaubt hier nur eine exemplarische Dokumentation der Befunde.

3 Vgl. DGB: Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13.–16. November 1996 in Dresden, Düsseldorf 1997.

ist die im Programm von 1981 geforderte Mitbestimmung auf (nationalstaatlicher) gesamtwirtschaftlicher Ebene in der dort konkret benannten Form der nationalen und regionalen Wirtschafts- und Sozialräte. Nach wie vor wird, wenn auch unverbindlicher als noch 1981, *die öffentliche Wirtschaft* als «ein wichtiges Instrument einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik» bezeichnet (DGB-Programm: S. 24).

Dem Staat bleibt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung übertragen. In verschiedenen Zusammenhängen bezieht sich das Programm immer wieder auf den Sozialstaat, der «als Fundament einer gerechteren Gesellschaftsordnung verteidigt werden» müsse (DGB-Programm: S. 7). Hier liegt der Akzent auf der *Sozialpflichtigkeit des Staates*. Von der Sozialpflichtigkeit des *Eigentums* ist jedoch nur verborgen und von der Verantwortung des Staates, diese durchzusetzen, nur verhalten die Rede. Ziemlich unbestimmt heißt es: «Betriebswirtschaftliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft, Markt und Staat und gesellschaftliche Regulation dürfen in Zukunftsentwürfen keine unüberwindbaren Gegensätze sein» (DGB-Programm: S. 20). Da schleicht die DGB-Katze um den heißen Brei «Staat und Wirtschaft» sehr vorsichtig herum ...

Die im Grundsatzprogramm des DGB immer noch enthaltenen wirtschaftsdemokratischen Ideen werden von seinen Gewerkschaften und Repräsentanten nicht thematisiert. Es gibt auch keine Initiativen, die die Idee am Leben erhalten, sie – und darum geht es zunächst vor allem – ins gesellschaftliche Bewusstsein heben würden. In den Bildungsprogrammen der Einzelgewerkschaften finden sich keine Themen explizit zur Wirtschaftsdemokratie, weder historisch noch aktuell.

Eine *Ausnahme* bildete die *Gewerkschaft HBV*. In ihren *Programmatischen Grundlagen* vom Mai 2000 für den Diskussionsprozess im Vorfeld der ver.di-Gründung (März 2001) heißt es: «Unsere gewerkschaftliche Vision beinhaltet eine durchgängige Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft», was bedeute, «dass die Bürgerinnen aktiv an politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen teilnehmen können» und «dass die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen für alle gesellschaftlichen Bereiche gilt, auch am Arbeitsplatz, im Betrieb und in den Unternehmen». Es geht auch explizit um «Kontrolle wirtschaftlicher Macht». Inwieweit diese Forderungen von ver.di übernommen und aktiv verfochten werden, bleibt abzuwarten.

Überlegungen zur Demokratisierung der Wirtschaft äußerte *Horst Schmitthenner*, für Sozialpolitik zuständiges geschäftsführendes Mitglied des IG Metall-Vorstands, der dort allerdings ein Einzelkämpfer zu sein scheint.⁴ Ansonsten gehen Gewerkschaft-

4 Auf der Konferenz im April 1999 zur 100-Jahres-Bilanz der Sozialdemokratie referierte Schmitthenner zum Thema Wirtschaftsdemokratie. Er erklärte zwar, das Konzept sei eine sympathische, aber unrealistische bzw. problematische Lösung, trug aber immerhin einige Überlegungen dazu vor, vgl. Horst Schmitthenner: Ein sozialdemokratischer Weg zur Wirtschaftsdemokratie?, in: Arno Klönne/Eckart Spoo/Rainer Butenschön (Hrsg.): Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999, S. 143 ff.

ten und ihre Führungskräfte bei Aktionen und Initiativen, die der Zukunft gewidmet sind, an der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie als Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit vorbei. So zum Beispiel das «Flaggschiff» des DGB, die IG Metall, bei der am 10. Oktober 2000 eingeleiteten Aktion «*fair*teilen. Initiative für soziale Gerechtigkeit». In der dazu herausgegebenen Denkschrift⁵ wird soziale Gerechtigkeit auf «Beteiligung an allen gesellschaftlichen Entwicklungen [die im Einzelnen nicht benannt werden] [...] als grundsätzliches Recht jedes und jeder Einzelnen» reduziert. Die dabei «in jedem Fall» erforderlichen «materiellen Voraussetzungen für gleiche Rechte» (erst dann bestünde «eine «soziale Demokratie») würden «durch die kritisierten Schieflagen bei der Verteilung von Volkseinkommen und -vermögen» sabotiert, und die Ursachen dafür lägen «sowohl in der herrschenden Politik als auch in den bestehenden Strukturen», die einige Zeilen weiter als «unzeitgemäß» bezeichnet, aber an keiner Stelle benannt oder gar erläutert werden (*fair*teilen: S. 10).

Gewerkschaftliche Positionen zu sozialer Gerechtigkeit und Demokratie, die ihre Wurzel – die Ökonomie, die Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln – offenlegen und damit *wirtschaftsdemokratische Ideen* aufgreifen, werden in der Bundesrepublik im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert vor allem im Rahmen des «Forums Gewerkschaften» der Hamburger Zeitschrift *Sozialismus* vertreten. So unter anderem von Thomas Adler und Bernd Rixinger in ihren 1998 vorgelegten Thesen zur Bildung einer organisierten linken Strömung in den Gewerkschaften. Sie wollen «eine Öffnung der gewerkschaftlichen Diskussion über neue Eigentumsformen, gesellschaftliche Regulierung, demokratische Kontrolle der Ökonomie, ein neues Verhältnis von Markt und Plan, kurz über neue fortschrittliche Formen der Vergesellschaftung auf dem heutigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte».⁶

Die aktuellen gewerkschaftlichen Positionen zum Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie in der Wirtschaft können wie folgt zusammengefasst werden:

Erstens: Der *ethische Aspekt der Menschenwürde* als eine Grundlage der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist noch präsent. Aber der gewichtigste Inhalt, der für die «alte» Arbeiterbewegung immer auch und vor allem in der *Freiheit von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten* bestand, wird kaum noch thematisiert.

Zweitens: Die *politökonomische Begründung* der sozialen Gerechtigkeit, in deren Zentrum die demokratischen Grundsätzen widersprechenden ungerechten Eigentumsverhältnisse standen und die deshalb auf eine veränderte – demokratische – Ver-

5 IG Metall-Vorstand: *fair*teilen. Initiative für soziale Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 2000 (Text: Gisela Pettersson); vgl. auch die Rezension von Heinz Schäfer, in: *Utopie kreativ* 126/2001.

6 *Sozialismus* 9/1998; vgl. auch Ewald Wehner: Mitbestimmung oder Mitgestaltung? Die Auseinandersetzungen um ein neues Betriebsverfassungsgesetz und die Rolle der Hans-Böckler-Stiftung, in: *Sozialismus* 10/1999; ders.: Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft. Thesen zur aktuellen Mitbestimmungsdiskussion, in: *Sozialismus* 2/2000; Bernd Rixinger: Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften, in: *Utopie kreativ* 111/2000.

teilung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln zielte, ist weitgehend aus dem Blick gerückt. Es geht nicht mehr um eine andere Verteilung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern vorwiegend um Verteilungsprobleme sekundärer Art. Es geht auch nicht mehr um demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des Großkapitals, auch wird kaum noch an das im Grundgesetz festgeschriebene Gebot der Sozialpflichtigkeit dieses Eigentums erinnert, geschweige denn diese energisch – durch öffentliche, das Alltagsbewusstsein beeinflussende Aktionen und Initiativen – eingefordert. Das öffentliche Eigentum wird einigermaßen zahm noch verteidigt, aber ohne dafür die Öffentlichkeit zu mobilisieren.⁷

Als einzige Säule der Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft wird noch die Mitbestimmung der Lohnarbeitenden am Arbeitsplatz, im Betrieb und Konzern/Unternehmen gefordert. Unter Verweis auf Europäisierung und Globalisierung wurde die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung im nationalstaatlichen Rahmen fallengelassen. Ideen einer «Sozialisierung von unten» werden von gewerkschaftlicher Seite nicht unterbreitet; Idee und Praxis der Genossenschaften öffentlich nicht artikuliert und nicht unterstützt.

Drittens: Die *Verantwortung des Staates* ist inzwischen weitgehend auf die soziale Sicherung reduziert worden. Zwar wird seinem vollkommenen Rückzug aus der Wirtschaft widersprochen, aber seine Aufgabe, gegenüber dieser die gesamtgesellschaftlichen Anliegen (die gesamtwirtschaftliche Vernunft statt der eigensüchtigen Interessen der einzelnen Großkapitale) zu vertreten, bleibt diffus. Die diesbezüglichen konkreten Forderungen der früheren DGB-Grundsatzprogramme, insbesondere die nach Kontrolle der Konzern- und Bankenmacht durch staatliche und gesellschaftliche Gremien, werden nicht mehr öffentlich vertreten.

Alles in allem scheint der überwiegende Teil gewerkschaftlicher Führungskräfte das (offizielle) sozialdemokratische «Modernisierungskonzept» übernommen zu haben. Anstelle der bis 1989 verfochtenen Emanzipation der Lohnarbeitenden und mit ihnen der Gesellschaft vertreten viele von ihnen die «vertrauensvolle Zusammenarbeit» mit Vertretern des Kapitals im Sinne einer «Mitgestaltung des wirtschaftlichen Standorts Deutschlands».⁸ Die dazu kritisch eingestellten Gewerkschafter haben bis

7 Zur «Politik zum Erhalt der öffentlichen Wirtschaft» hatte der Landesbezirk des DGB Berlin-Brandenburg (1999) ein lesenswertes Memorandum «Für einen zukunftsorientierten und leistungsfähigen öffentlichen Wirtschaftssektor in Berlin» vorgelegt, in dem es abschließend heißt: «Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern die Politik in der Stadt auf, im Sinne des Gemeinwohls verantwortlich mit öffentlichem Eigentum – dem Eigentum aller Bürgerinnen und Bürger – umzugehen, öffentliche Unternehmen nicht zu privatisieren, sondern sie stattdessen zu einem regional starken Wirtschaftssektor zu entwickeln, der die ökonomische Entwicklung der Stadt fördert, damit auch einer soliden Finanzpolitik nutzt und dem Gemeinwohl dient.» Jedoch hat das Memorandum (ebenso wie die von Dieter Scholz vorgelegten Thesen zur sozialen Gerechtigkeit) in der Berliner und Brandenburger Öffentlichkeit, auch in den Gewerkschaften, keine Rolle gespielt.

8 Vgl. Riexinger: Auswege; Jens Becker/Harald Jentsch: Mitbestimmungsidee und Gewerkschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Utopie kreativ 111/2000; vgl. auch Frank Deppe: Zäsuren im Übergang in das 21. Jahrhundert. Neue Herausforderungen für die Konstituierung einer gewerkschaftlichen Linken, in:

jetzt, von Einzelideen abgesehen, noch keine «eigenen Konzepte» mit dem «Mut zur Utopie» (Detlef Hensche) vorgelegt.

Die SPD: für «modernisierte Gerechtigkeit durch Ungleichheit»

Im noch gültigen Berliner Programm der SPD von 1989 heißt es, dass «die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit [eine] Demokratisierung der Wirtschaft [verlangen]», und in der Wirtschaftsdemokratie «gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung [haben]. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen» (SPD-Programm: S. 41).

Von alledem ist bei der offiziellen SPD heute keine Rede mehr. Dafür steht ein Kommentar zum Blair-Schröder-Papier⁹ der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD vom September 1999.¹⁰ Darin bildet nicht mehr die im Berliner (wie schon im Godesberger) Programm enthaltene ethische Wertetrias «Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität» den Ausgangspunkt.

Nummehr ist es ein «magisches Vieleck»: «Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung», das ebenso ernst genommen werden soll wie «wirtschaftliche Effizienz und ökologische Nachhaltigkeit» (Kommentar: S. 28). Bei einer solchen Verlagerung der Motivation und des Schwerpunkts sozialdemokratischen Wirkens muss «ein modernes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit» her, und dieses lautet: «Unterschiede in Einkommen und Vermögen sind in dem Maße gerechtfertigt, wie sie Leistungen fördern, die letzten Endes den Freiheitschancen aller [...] zugutekommen und die daher auch der freien Zustimmung aller fähig sind» (Kommentar: S. 30). Soziale Gerechtigkeit könne nicht bedeuten «die schlichte Herstellung von Vermögens- und Einkommensgleichheit» oder «die simple Formel, dass sozial gerecht ist, was die Einkommens- und Vermögensungleichheit verringert» (Kommentar: S. 29).¹¹ Wirtschaftsmacht aufgrund ungerechter, undemokratischer Eigentumsverhältnisse als Boden von Chancengleichheit und Ungerechtigkeit werden von der SPD offiziell nicht mehr vertreten. Zur «Modernisierung der Wirtschaft» gehört nicht mehr deren Demokratisierung – entsprechend ist *Wirtschaftsdemokratie kein Thema* (selbst der Begriff kommt nicht vor).

Redaktion Sozialismus/Redaktion express (Hrsg.): Perspektiven der Gewerkschaftslinken – Diskussionen, Positionen, Materialien, Beilage zur Zeitschrift Sozialismus 7–8/1999.

9 Vgl. Horst Dietzel: Über den dritten Weg zur neuen Mitte? Eine Zäsur in der Entwicklung der SPD, in: Utopie kreativ 107/1999.

10 Vgl. Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD: Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung, Bonn/Berlin 1999.

11 Birgit Mahnkopf hat diese gewundenen Sätze prägnant zusammengefasst in: Birgit Mahnkopf: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: Prokla 4/2000.

Dem entspricht bezeichnenderweise eine unbestimmte, fast verschämte Begrifflichkeit des Dokuments: Es geht um «weniger Begüterte», um «untere soziale Schichten», «Privilegierte», «Bessergestellte», «Reiche», «Vermögende», «Starke». Die Begriffe «Kapitalismus», «Konzerne», «Eigentum an Produktionsmitteln» kommen nicht vor, dafür stehen: «Markt», «Marktwirtschaft», «Produktivvermögen».¹²

Die SPD sieht sich noch immer in der Tradition der Linken, indem sie verbal am *Primat der Politik* festhält (Kommentar: S. 32). Aber die politische Verantwortung des Staates wird nun eingeschränkt auf die Gebiete Recht und Bürgersicherheit, Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur und Kultur sowie soziale Sicherheit.¹³ Für die heutige Führung der SPD gilt offenbar, dass sie sich von der sozialdemokratischen Ur-Idee verabschiedet hat, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen und dafür eine grundlegende, die Eigentumsverhältnisse einschließende Demokratisierung der Gesellschaft, darunter in erster Linie der Wirtschaft, anzustreben.

Gegen die Revision sozialdemokratischer Grundideen durch heutige Führungskräfte der SPD wenden sich nicht wenige in dieser Partei aktive, ihr nahestehende oder mit ihr früher verbundene Wissenschaftler und Publizisten. Sie halten an der Tradition der Arbeiterbewegung fest, die Gesellschaft als Ganzes, das Wohl des Gemeinwesens, der Allgemeinheit im Blick zu haben und Partei zu ergreifen für die «politische Ökonomie der Arbeitskraft».¹⁴ Sie widersetzen sich dem Paradigmenwechsel, den die SPD-Führung vom Berliner Programm zu neoliberalen Positionen vollzogen hat,¹⁵ und verbinden auch und gerade angesichts der Probleme, die der Umbruch in den Produktivkräften auf allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens hervorruft, die geforderte soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftsdemokratischen Ideen. So wird in den Bremer Beiträgen zum neuen Grundsatzprogramm der SPD festgestellt, dass «Wirtschaftsdemokratie [...] die zentrale Herausforderung des vor uns liegenden Jahrhunderts [ist]».¹⁶

Wirtschaftsdemokratische Ideen vom traditionell angestrebten Allgemeinwohl und der Emanzipation des Einzelnen gegen das egoistische Profitstreben auf Kosten der

12 Um so reichhaltiger werden Fremdwörter gebraucht, so dass die Verfasser sich veranlasst sahen, ein Glossar anzufügen.

13 Vgl. auch Michael Felder: Verwaltungsmodernisierung, die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie, in: *Utopie kreativ* 121–122/2000.

14 Vgl. Oskar Negt: Warum SPD? 7 Argumente für einen nachhaltigen Macht- und Politikwechsel, Göttingen 1998; Rudolf Hickel, Interview, in: *Ausblick, Mitgliedermagazin der HBV* 3/2000.

15 Birgit Mahnkopf: Formel 1. Susi Möbbeck: Was bleibt vom Berliner Programm?, in: *spw* 99/1998; Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff gesellschaftlicher Vernunft. Kritische Anmerkungen zum Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm, in: *spw* 89/1996; Peter v. Oertzen: Zwischen Tradition und Modernisierung. Otto Brenner und die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1/1998.

16 Bremer Beiträge zum neuen Grundsatzprogramm der SPD, Bremen (November) 2000, S. 25; vgl. auch Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer Minimalalternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren, in: Fritz Helmedag/Norbert Reuter (Hrsg.): *Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn*, Marburg 1999: Wirtschaftsdemokratie sei «der Inbegriff ökonomischer Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten» (S. 189), legitimiert durch Partizipation Betroffener und des Staates; sie sei kein Gegenkonzept zur Marktwirtschaft, aber primär am Gemeinwohl orientiert.

Vielen bleiben *ethisch* motiviert.¹⁷ Die konkreten Aussagen linksorientierter sozialdemokratischer Wissenschaftler zur Demokratisierung der Wirtschaft stehen in diesem Zusammenhang. Sie drehen sich vor allem um die notwendige staatliche und/oder gesellschaftliche Kontrolle und Regulation wirtschaftlicher Abläufe und um den weiteren Ausbau der Mitbestimmung.

Joachim Schuster hält das Konzept der Wirtschaftsdemokratie für ein wesentliches Element alternativer Regulation, auch unter heutigen Bedingungen der weiteren Internationalisierung und der fortschreitenden neuen («postfordistischen») Produktions- und Arbeitsweise, die «die gewachsenen Ansprüche der Bevölkerung an umfassender Partizipation mit den Anforderungen des neuen Akkumulationsregimes verbindet und gleichzeitig die Notwendigkeit der Gegenmachtbildung gegen die vorherrschenden Kapitalinteressen im Blick behält».¹⁸ Joachim Schuster und Uwe Kremer plädieren dafür, die Idee der Wirtschafts- und Sozialräte, 1981–1989 von DGB-Gewerkschaften als zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Beratungs- und Steuerungsgremien gefordert, wieder aufzunehmen, wobei es darum ginge, nicht neue Gremien oder Bürokratien zu bilden, sondern vorhandene Strukturen – vor allem die Industrie- und Handelskammern – zu demokratisieren, «um Bereiche wie Innovationsberatung, Technologieförderung und Weiterbildung, aber auch die Tätigkeit von staatlichen Regionalbehörden [...] einem regional-demokratischen Einfluss zu unterwerfen und damit den Unterbau für eine demokratische Modernisierung der Volkswirtschaft zu schaffen».¹⁹

Andere sozialdemokratische Wissenschaftler befassen sich vor allem mit der Verpflichtung und den Möglichkeiten des nationalen Staates, soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftsdemokratischen – und gesetzlichen – Mitteln herbeizuführen. Susi Möbbeck will im Programm der SPD am emanzipatorischen Charakter des Sozialstaates festhalten; Oskar Negt meint, «die Erfüllung der Ideen der Gerechtigkeit muss staatlich legalisiert» werden; Rudolf Hickel spricht von der «Pflicht des Staates», die Wirtschaft – auch europaweit – zu koordinieren und ihr einen Gesamtrahmen vorzugeben.²⁰ Generell meint Oskar Negt, dass die Veränderungen in der «Arbeitswelt» und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit nicht anders zu bewältigen seien als «durch schwerwiegende Eingriffe in die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen».²¹ Frank Deppe hält politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Kapitaleigentum für nötig – gesetzliche Regelungen zur Demokratisierung

17 Vgl. Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff, S. 19; Rudolf Hickel: Interview.

18 Vgl. Joachim Schuster: Wirtschaftsdemokratie – Kernelement einer linken Reformalternative, in: Utopie kreativ 93/1998.

19 Vgl. Uwe Kremer: Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie, in: spw 100/1998, S. 25.

20 Vgl. Susi Möbbeck: Was bleibt; Oskar Negt: Wir müssen noch einmal von vorn anfangen (Interview), in: Neues Deutschland, 31.12.1999; Rudolf Hickel: Neuverschuldung – um die Konjunktur nicht zu killen (Interview), in: Neues Deutschland, 10.11.1998.

21 Oskar Negt: Die fünf großen Krisen. Verwerfungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2000, S. 605.

der Wirtschaft, der nationalen Ökonomie und der transnational wirkenden Konzerne für erforderlich.²² In die gleiche Richtung zielen die Aussagen von Rudolf Hickel und Michael R. Krätke.²³

Die zitierten Wissenschaftler plädieren nicht nur dafür, den öffentlichen Wirtschaftssektor zu erhalten,²⁴ sondern auch für eine konkrete Utopie.²⁵ In den Zusammenhang einer solchen, ohne demokratische Veränderungen in der Wirtschaft nicht denkbaren Utopie ordnen sich ihre Gedanken über die notwendige «Umkehr der Blickrichtung» ein. «Es ist notwendig, die ökonomischen Vorgänge [...] von unten her zu betrachten; vom Schicksal der lebendigen Arbeitskraft, den Bedürfnis- und Interessenstrukturen lebendiger Menschen», meint Oskar Negt. Wir seien aufgefordert, darüber nachzudenken, «wie sich ein neues Gemeinwesen von unten bilden kann», darüber, wie über «neue Lebensformen» die Gesellschaft umgekrempelt, gerechter gestaltet werden kann.²⁶ Von einer anderen Überlegung her, aber wohl in die gleiche Richtung denkt Detlev Albers: Im wirtschaftsdemokratischen Europa müsse der Beteiligung, Aktivierung und Mitbestimmung der Bürger ein zentraler Platz eingeräumt werden, wofür die Informationsgesellschaft neue Möglichkeiten erschließe; eine «vitale europäische Bürgergesellschaft» sei nötig, um den «Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft» zu erreichen.²⁷

In einer Rede im Dezember 1995 forderte Oskar Negt die Gewerkschaften auf, zwischen zwei Ökonomien zu unterscheiden: Neben der vom egoistischen Profitstreben bestimmten Ökonomie, die einer Minderheit dient und «von der Plünderung des Gemeinwesens» lebt, gibt es eine zweite, die «zu ihrer regulativen Idee das Wohl und Wehe des Gemeinwesens» hat, eine «Ökonomie des ganzen Hauses ist».²⁸ Nichts anderes meint Wirtschaftsdemokratie.

22 Vgl. Fank Deppe: *Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 192 f.

23 Vgl. Hickel: *Neuerschuldung*; Michael R. Krätke: *Nach 20 Jahren – Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken* (1. Teil), in: *spw* 107/1999, S. 59.

24 Vgl. Kremer: *Moderner Sozialismus*, S. 24; Schuster: *Wirtschaftsdemokratie*; Rudolf Hickel plädiert dafür, öffentliche Investitionen, auch einen öffentlichen Beschäftigungssektor, vom Staat zu schaffen und zu finanzieren (zit. nach: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2000, S. 638); Frank Deppe fordert unter Bezug auf Robert Heilbroner, dass aus dem öffentlichen Sektor Lösungen und Gegenmaßnahmen für Probleme kommen müssen, die im privaten Sektor entstehen (Deppe: *Fin de Siècle*, S. 129).

25 Vgl. Deppe: *Fin de Siècle*, S. 176; Negt: *Wir müssen noch einmal*; ders.: *Die fünf großen Krisen*, S. 605; Krätke: *Nach 20 Jahren*, S. 59.

26 Vgl. Negt: *Wir müssen noch einmal*; *Ende oder Anfang einer Utopie?* fragt Oskar Negt, in: *Frankfurter Rundschau*, 17. März 1990. Er sei überall, wo er redete, auf «ein intensives Interesse an Perspektiven, an utopischen Entwürfen, an unkonventioneller Organisationsphantasie» getroffen; die Menschen wollten in dem «fragmentierten Durcheinanderverändern der Gesellschaft die Vorstellung eines Ganzen angeboten bekommen. Selbst ein nicht ganz schlüssiges und zutreffendes Ganzes ist besser als die zerfaserte Wirklichkeit, wie sie die Welt der Medien anbietet und wie sie jeder in seinem Alltag ohnehin erfährt. Herstellung von Zusammenhang ist eine Anforderung, die an die politische Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft zu stellen ist» – Oskar Negt: *Für einen alternativen Begriff*, S. 20.

27 Detlev Albers: *Sozialdemokratie und der Handlungsraum Europa. Über Not und Notwendigkeit der neuen Programmatik*, in: *Frankfurter Rundschau*, 29. November 1999.

28 Negt: *Für einen alternativen Begriff*, S. 19.

Die PDS: für soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung der Wirtschaft

Wie steht die PDS zur sozialdemokratischen «Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie»? Diese Frage erhält ihre besondere Spannung vor allem daraus, dass die PDS wie die SPD aus der Arbeiterbewegung kommt und sich – anders als die SPD heute – ausdrücklich als demokratisch-sozialistische Partei versteht.

Das gültige Programm der PDS vom Januar 1993²⁹ enthält Aussagen mit Bezug auf die Ur-Idee, nur sind sie nicht so prägnant und konzentriert formuliert wie im Berliner Programm der SPD von 1989.

Der *ethische Gesichtspunkt* der Menschenwürde bildet hier nicht den Ausgangspunkt, es sind die gegenwärtigen *Bedrohungen der Zivilisation*, die der *kapitalistischen* Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise entspringen. Es müsse «darum gehen, die von Profit(streben) und Kapitalverwertung bestimmte Entwicklung der Volkswirtschaften und der Gesellschaften zugunsten einer Entwicklung zu überwinden, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt ist», wobei besonders «die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums» zugunsten der «Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen» überwunden werden müsse.³⁰ Die «alternativen Entwicklungswege» (Kapitel 4) setzen auf *allseitige Demokratisierung der Gesellschaft*. Die Wirtschaft sei «sozial und ökologisch» umzugestalten; die dafür notwendige Voraussetzung – die Entscheidungsstrukturen in ihr zu demokratisieren – ist nicht ausdrücklich genannt. Inhaltlich taucht die Forderung, sehr allgemein formuliert, auf: Die wirtschaftliche Entwicklung soll demokratisch kontrolliert und gesteuert werden – von wem und wie, bleibt offen. Die *Anforderungen an den Staat*, speziell die Wirtschaft betreffend, sind nicht explizit, eher versteckt formuliert.

Viel präziser und konkreter im Sinne der Ur-Idee sind die Thesen der Programmkommission der PDS zur programmatischen Debatte vom November 1999.³¹

Der *ethische Aspekt* der Menschenwürde ist angesprochen im Zusammenhang mit dem Sozialismusverständnis und der angestrebten Emanzipation des Menschen, die die verwirklichte Einheit seiner politischen und sozialen Rechte verwirklicht. Deshalb ist soziale Gerechtigkeit im Verständnis der Thesen der Grundwert des Sozialismus und soziale Gleichheit deren Kern – diese verstanden nicht als Gleichmacherei, sondern als überwundene soziale Ungleichheit.

Den *politökonomischen Aspekt* einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft verbinden die Thesen-Autoren, wie schon das PDS-Programm (und gewerkschaftliche Äußerungen), mit «mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in Betrieben und Unternehmen», wobei die Mitbestimmung der Betriebsräte auch auf wirtschaftliche

29 Hier zitiert nach: Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm, Berlin 1998.

30 Auf welchem Wege das geschehen soll, ob durch Demokratisierung («Vergesellschaftung») der «Verfügung über das Eigentum» – an Produktionsmitteln – oder durch «Umwandlung [...] in gesamtgesellschaftliches Eigentum» (Nationalisierung/Verstaatlichung auf dem Wege der umfassenden Enteignung), ist in der Partei umstritten.

31 Hier zitiert nach: Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes der PDS, Berlin, Sonderheft, (23.) November 1999.

Angelegenheiten ausgeweitet werden soll. Ohne Mitbestimmung in Unternehmen bleibe die Demokratie unvollständig, aber – und da bleiben die PDS-Thesen den vormaligen Vorstellungen der Gewerkschaften und der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie treu: «Demokratisierung der Wirtschaft geht über Mitbestimmung von Belegschaften in ihren Unternehmen hinaus. Sie muss letztlich darauf zielen, die Eigentumsstrukturen zu verändern, um die Ungleichverteilung wirtschaftlicher Macht und die daraus resultierende Dominanz der Kapitalinteressen einzuschränken und die Basis für gesellschaftliche Kontrolle und Regulierung im Interesse der Menschen zu eröffnen und zu erweitern» (Thesen: S. 22).

Im Abschnitt Neue Regulationsweise (Thesen: S. 20 f.) geht es (ohne dass es so gesagt wird) um *weiterentwickelte Ideen zur Wirtschaftsdemokratie*. Eine für das Überleben der Menschheit und die Lösung anstehender sozialer und ökologischer Probleme notwendige «neue Entwicklungsweise» bedürfe «einer veränderten wirtschaftlichen Regulation und institutioneller Reformen, ohne die neue Trends eines sozialen und ökologischen Umbaus nicht gestaltbar sind. Der ökonomische Kern des Übergangs zu einer neuen Regulationsweise ist die Überwindung der Profitdominanz.» Nichts anderes meint die Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie. Es geht um eine demokratische, am Allgemeinwohl orientierte Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftstätigkeit. Sie kann auch «neue (demokratische) Regulationsweise» genannt werden.

In diesem Zusammenhang sind in den Thesen (auch im Vergleich zum Berliner SPD-Programm) weiterführende Aussagen zur Demokratisierung der Verfügung über Kapitaleigentum formuliert: «Jeglicher Einfluss von Staat und gesellschaftlichen Akteuren auf die Verfügung über das Kapitaleigentum, über die Mittel der Wirtschaft, auf die Ziele ihrer Anwendung, auf die Bedingungen von Produktion und Dienstleistungen sowie auf die Verteilung ihrer Ergebnisse ist Eingriff in den kapitalistischen Aneignungsprozess, in das Kapitaleigentum.» Die «heute zugunsten der ökonomisch Mächtigen vorherrschende Richtung solcher Eingriffe» müsse umgekehrt werden (Thesen: S. 20). Im Maße erfolgreicher Reformen wird eine neue Regulierung möglich. Es werden drei Richtungen solcher Regulationsweise umrissen, darunter Zuwachs staatlichen Handelns sowie «Stärkung und rechtliche Institutionalisierung des Einflusses von unten auf [Entscheidungen in] Staat und Wirtschaft» (Thesen: S. 21).

Es geht beim «Aufbrechen von Herrschaftsstrukturen», der «Vorherrschaft der Kapitalverwertung» unter anderem darum, mit den (dort beschriebenen) «Maßnahmen zur Wirtschaftsdemokratie» Schritte zu einer wirksamen Kontrolle internationaler Konzerne, auch auf europäischer Ebene, zu gehen. Dabei bleibe «der nationalstaatliche Rahmen nach wie vor und auch noch auf absehbare Zeit maßgebliche Handlungsebene sozialistischer Politik». Dem entsprechend erhalte staatliches Handeln einen Bedeutungszuwachs und müsse «mit emanzipatorischen Gestaltungsansprüchen» verbunden sein.

Im Jahr 2000 gab die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung den Band «ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil» heraus, dessen Aussagen mit denen der Thesen

vom November 1999 weitgehend übereinstimmen.³² Die Grundintention linker Alternativen – demokratisch – fehlt im Titel. Zu den Eigentumsfragen heißt es dort, dass es wahrscheinlich auf diese «nicht eine einzige Antwort» gebe. «Wir halten für das Entscheidende, die Verfügung über das Kapitaleigentum in demokratischen Reformen nach und nach einschneidend zu verändern. Dies ist Veränderung der Eigentumsverhältnisse» (ReformAlternativen: S. 76). Gegen Ende des Bandes – im vorletzten Kapitel – wird schließlich am Kapitelschluss Wirtschaftsdemokratie (auch in der Abschnittsüberschrift) ausdrücklich thematisiert – als «Ausdehnung der Partizipation über die staatliche Ebene hinaus» (ReformAlternativen: S. 320 ff.). Wirtschaftsdemokratie bedeute, heißt es da ganz in der Tradition «klassischer» wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen, «demokratische Rechte, Einflussnahme und Teilhabe nicht auf die politische Sphäre und auf die Bereiche außerhalb der Wirtschaft zu begrenzen, sondern sie auch auf die Wirtschaft, auf die Erwerbsarbeit als entscheidende Lebenssphäre der Menschen zu erweitern und inhaltlich auszufüllen» (ReformAlternativen: S. 321).

Mitbestimmung könne als Hauptinhalt der Wirtschaftsdemokratie angesehen werden, Letztere gehe aber vor allem in zweifacher Beziehung über die Erstgenannte hinaus: Sie sehe Veränderungen in den Eigentumsstrukturen vor, «um die Ungleichverteilung wirtschaftlicher Macht und die darauf beruhende Dominanz der Kapitalinteressen einzuschränken und die Basis für eine gesellschaftliche Kontrolle und Regulierung im Interesse der Menschen zu erweitern» – hierzu gehöre «die Stärkung verschiedener Formen des öffentlichen oder Gemeineigentums». Und es gehe bei ihr um gesamtwirtschaftliche Ziele und Lösungen (ReformAlternativen: S. 322, 324).

In der weiteren Diskussion wäre diese Aussage mit den Ausführungen zur «neuen Regulationsweise» zusammenzuführen und nicht zuletzt die immer wieder auftauchenden Begriffe «gesellschaftliche Regulierung» und «gesellschaftliche Akteure» zu konkretisieren, wobei möglicherweise *eine moderne Variante der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie* unter dem Begriff «*gemeinwohlorientiertes demokratisches Wirtschaften*» formuliert werden könnte.

In weiteren Publikationen stehen bei wirtschaftspolitischen Themen im Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie besonders zwei Themen im Vordergrund: das Eigentumsproblem und demokratisches «Wirtschaften von unten».

Bezogen auf das Eigentumsproblem meint Uli Schöler (SPD), heute verliere «die von Marx und Engels [...] in den Mittelpunkt gestellte «Eigentumsfrage» ihre Zentralität». Er argumentiert zum einen mit der nach dem Scheitern des Realsozialismus erwiesenen Unabdingbarkeit und Reformfähigkeit von Marktsystemen «auf der Basis von gemischten Eigentumsformen, das heißt vor allem auch von privatem Eigentum

32 Vgl. Dieter Klein (Hrsg.): ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000, S. 70.

an Produktionsmitteln»,³³ und zum anderen mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion in kapitalistischen Großunternehmen, an der «das Individuum mit einem entwickelten Wissens-, Kenntnis- und Ausbildungsstand [...] beteiligt» sei.³⁴

Während dem ersten Argument grundsätzlich zugestimmt werden kann – mit der notwendigen Präzisierung, dass beim «privaten Eigentum an Produktionsmitteln» zwischen kleinem, mittlerem und Großeigentum zu unterscheiden ist und es beim Letzteren um gesamtgesellschaftlich relevantes Eigentum an/in (alten und neuen) Schlüsselindustrien geht –, wird das zweite von der Wirklichkeit infrage gestellt. «Die Möglichkeit zur Gestaltung des Arbeitsprozesses» usw. ist nur dem «eingerräumt», der Arbeit hat, und das hängt auch heute davon ab, ob er ökonomisch abhängiger Lohnarbeitender oder in seinen Entscheidungen, auch über Vergabe oder Entzug von Arbeitsplätzen, weitgehend freier Eigentümer an Produktionsmitteln (beziehungsweise dessen Vertreter oder Beauftragter) ist. Der «Skandal der Massenarbeitslosigkeit» zeigt an, wie zentral das Eigentumsproblem heute nach wie vor ist. Und übrigens lernen die Ostdeutschen seit zehn Jahren nichts so gründlich und so hautnah wie die absolute Zentralität des Eigentums, und das sowohl aufgrund der Arbeits- (weil Eigentums-)losigkeit als auch des (gegen Uli Schöler schlagenden) Prinzips «Rückgabe [des Eigentums] vor Entschädigung».

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt der PDS-Positionen zum Eigentum ist (hier stimmen sie mit Schöler und Genossen überein) die Akzeptanz der Vielfalt von Eigentumsformen, wobei besonders Genossenschaften und öffentliches (kommunales, Länder- und Bundes-)Eigentum als gemeinschaftliche Eigentumsformen – und darüber hinaus kleine und mittlere Unternehmen – unterstützt und gefördert werden sollen.³⁵ In diese Überlegungen reiht sich auch das Konzept eines öffentlich finanzierten/geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) ein, der zugleich unter wirtschaftsdemokratischen Aspekten als Form öffentlichen, gemeinschaftlichen Wirtschaftens, verbunden mit «Engagement von unten», gesehen wird.³⁶

Beim demokratischen «Wirtschaften von unten» geht es um die «Verlagerung der Steuerungs- und Entscheidungsbefugnisse in die Gesellschaft». Berührungspunkte beziehungsweise inhaltliche Übereinstimmungen mit der von sozialdemokratischen Autoren beschriebenen «Bürgergesellschaft», «Blick von unten» sind unübersehbar. Um anstehende ökologische und soziale Umbauprozesse zu realisieren, müsse durch Demokratisierung der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft «mehr gesellschaftliche Kreativität und Dynamik» erschlossen werden, und dafür sei die aktive Teilnahme

33 Vgl. Uli Schöler: Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens, in: Utopie kreativ 120/2000, S. 957.

34 Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999, S. 177.

35 Vgl. Workshop der Bundestagsfraktion der PDS, in: Neues Deutschland, 13.3.2000; Hans Luft: Das Eigentum und ein Einspruch gegen den Verkauf öffentlicher Unternehmen, in: Neues Deutschland, 23./24.1.1999.

36 Vgl. AG Wirtschaftspolitik beim PV der PDS (Hrsg.): Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Positionen der PDS zur Wirtschaftspolitik. Analysen und Vorschläge 5–6/1999, darin Harry Nick zur Eigentumspolitik, S. 73 ff.

breitester Kreise der Bevölkerung notwendig. «Institutionen dieses Demokratietyps [müssen] letztendliche Entscheidungsorgane über öffentlich vorbereitete Alternativen sein.»³⁷

Konkreter werden da einige Wortführer der Debatte: Edda Seifert fordert zum Beispiel, «praktische Kraft in das Entstehen von Keimzellen einer neuen Produktionsweise beziehungsweise in die Unterstützung bereits vorhandener zu investieren». «Die Alternative muss als Realität einer anderen Wirtschaftsweise an der Basis der Gesellschaft wachsen.»³⁸

Unter einem etwas anderen Aspekt plädiert Judith Dellheim für eine «Wirtschaftspolitik der PDS von unten»: Man sollte sich «darüber verständigen, wie die Wirtschaftspolitik zu gestalten ist, um Gruppen, Akteure und Initiativen zu organisieren und zu unterstützen, die konkrete soziale, ökologische und globale Probleme lösen wollen».³⁹ Nach Harry Nick sind «Strategien [...] einer ›Wirtschaft von unten‹ [nötig], die ganz selbstverständlich sowohl gemeinwesenorientierte Unternehmen wie auch die kleinen und mittleren Unternehmen einschließen».⁴⁰

Verallgemeinernd meinen Joachim Bischoff und Hasko Hüning, dass es sowohl für die PDS als auch für die Gewerkschaften darum ginge, gemeinsam mit der Sozialdemokratie, deren Reformpotenzial freizusetzen wäre, und den durch sie repräsentierten sozialen Schichten eine andere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft – Kontrolle ökonomischer Macht und gemeinwohlorientierte Regulierung der Ökonomie – zu eröffnen.⁴¹

Reale Chancen und Ansätze für wirtschaftsdemokratische Ideen und Praxis

Wirtschaftsdemokratische Überlegungen können sich auf objektive Tendenzen und Realitäten in der kapitalistisch bestimmten Gegenwartsgesellschaft stützen. Nach Uli Schöler: Es lasse sich heute «schon feststellen, dass im Schoße dieser alten Gesellschaft Voraussetzungen heranreifen, die über sie hinausweisen – ›Vergesellschaftungstendenzen‹ von oben wie von unten». Mit «von oben» beschreibt er «eine Tendenz, die zwingend gesellschaftliche Entscheidungen erheischt»; «von unten» heißt bei ihm «in den gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen». Nicht zuletzt deshalb hält er die «Neuvermessung des ›Gesellschaftlichen‹»⁴² für notwendig. Die folgenden vier

37 Harald Werner: Anmerkungen über Gesellschaftsvertrag, Klassenkompromiss und Wirtschaftsdemokratie am Ende einer Epoche, in: Harald Werner (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt, Bonn 1994, S. 72.

38 Edda Seifert: Sozialisten und Rapsmühlen, in: Neues Deutschland, 8.1.2000.

39 Judith Dellheim: Wirtschaftspolitik der PDS «von unten». Konzepte sind daran zu messen, ob sie konkrete Veränderungen ermöglichen, in: Neues Deutschland, 25.2.2000.

40 Harry Nick: Zur Eigentums politik der PDS (Thesen vom Februar/März 2000 für die Diskussion in der Grundsatzkommission der PDS), S. 4 f. (Mimeo).

41 Vgl. Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Zwischen Sozialdemokratie und Deutschtümelei? Die neue PDS nach Cottbus, in: Sozialismus 11/2000, S. 9.

42 Schöler: Ein Gespenst verschwand, S. 266 ff.

Tendenzen beziehungsweise Realitäten sollten in einem solchen Zusammenhang gesehen werden.

Zum *Ersten* sind es *Tendenzen in der modernen Produktivkräfteentwicklung*, die – nach Marx⁴³ – in Richtung auf die Herausbildung von Keimen einer sozialistischen Alternative innerhalb des heutigen Kapitalismus weisen. Hans-Gert Gräbe verweist zunächst generell auf die «Austrocknung des zivilgesellschaftlichen Substrats» durch den Neoliberalismus in den neunziger Jahren, was die Frage aufwerfe, «ob neoliberale Politik nicht eher das auf die Spitze getriebene Alte als der Beginn einer neuen Epoche ist», der «große Krach» also nicht hinter uns liege, sondern noch bevorstünde; und weiter: «ob die aktuellen technologischen Umbrüche noch einmal in primär am Profit orientierten Formen der Produktionsorganisation stabil aufgefangen werden können oder diesmal Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse erschüttert werden». Es gebe genügend Anzeichen dafür, «dass der Stand der Produktivkräfte die Transzendierung dieser Strukturen auf die Tagesordnung» stelle.⁴⁴

Uwe Kremer stellt noch weitere «sozialistische Potentiale» im heutigen Kapitalismus fest, worunter er vor allem «Elemente gemeinschaftlicher Regelungen» versteht. Auch er geht von Veränderungen in der Produktivkraftentwicklung beziehungsweise in der kapitalistischen Akkumulation aus. Der moderne Kapitalismus bringe auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie, der Qualifikation und der kulturellen Kompetenz, der individuellen Ansprüche wie auch der ökonomischen Regulierung Potentiale hervor, die eine demokratische und verantwortlich-bewusste Gestaltung von Produktion und Konsumtion erfordern und ermöglichen. Formationstheoretisch betrachtet, scheinen «erst jetzt die Elemente und Potentiale einer sozialistischen Produktionsweise heranzureifen».⁴⁵

Zum *Zweiten*: *Die soziale Basis für demokratische Veränderungen in der Wirtschaft wird breiter*. Nicht wenige Autoren beziehungsweise Gruppen ziehen aus den Problemen, vor denen die Menschheit steht, den Schluss, dass die kapitalistische Produktionsweise an ihre physischen Grenzen stößt mit der Folge, dass die soziale Basis für demokratische (gemeinschaftliche) Veränderungen breiter werde – breiter als die traditionelle Arbeiterbewegung. Damit werden *gemeinsame, kollektive* Bedürfnisse reflektiert, die nur gemeinsam befriedigt werden können; sie steigern das Verlangen, das gesellschaftliche Leben nach neuen Normen zu gestalten. Es wachse das Verlangen nach weiteren Bürgerrechten, besonders nach Mitentscheidung bei Problemlösun-

43 «Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.» Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 9.

44 Vgl. Hans-Gert Gräbe: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: Utopie kreativ 117/2000.

45 Vgl. Kremer: Moderner Sozialismus, S. 21; ähnlich auch Ulrich Weiss: Marx und der mögliche Sozialismus, in: Utopie kreativ 120/2000. Zu demokratischen Potenzen der Regionalwirtschaft vgl. Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Münster 2000; zur Mitbestimmung in der regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik Klein (Hrsg.): ReformAlternativen, S. 325.

gen, und nach universellen sozialen Rechten. Sie stützten die Logik der gemeinsamen menschlichen Entwicklung auf der Grundlage des Allgemeinwohls, in der der Mensch Subjekt, nicht Objekt der Entwicklung ist.⁴⁶

Es ist auch auf das in der Literatur der neunziger Jahre vielfach festgestellte (und schon in den siebziger und achtziger Jahren bei den DGB-Gewerkschaften registrierte) ansteigende Beteiligungsinteresse der geistig und materiell produktiv tätigen Menschen zu verweisen – als Ergebnis und Bestandteil der fortschreitenden Individualisierungsprozesse einerseits und der wachsenden, nur «kollektiv» zu lösenden Probleme andererseits.

Ein Zeichen der breiter werdenden sozialen Basis für demokratisches Wirtschaften ist die Vielzahl der konkreten, auf gemeinschaftlicher Arbeit gründenden, nicht profitorientierten Projekte.⁴⁷ In diese Reihe gehören Genossenschaften verschiedenster Art, «Non-Profit-Organisationen» innerhalb des «zwischen Markt und Staat» angesiedelten nichtprofitorientierten «Dritten Sektors» sowie weitere gemeinschaftlich betriebene Unternehmen.⁴⁸ Möglicherweise ergeben sich daraus in Zukunft ideelle und reale Berührungspunkte zur Idee der «Freien Kooperation» von Christoph Spehr, in der Freiheit und Gleichheit des Einzelnen in der Gemeinschaft zusammenfallen sollen.⁴⁹

Zum *Dritten* können sich die Forderungen in Richtung demokratischen Wirtschaftens auf *kritische Einstellungen zur profitbestimmten Wirklichkeit* nicht geringer Bevölkerungsteile und damit verbundene positive Meinungen über Gemeinschaftlichkeit oder auch Sozialismus stützen. Aus Umfrageergebnissen der letzten Jahre schlussfolgert zum Beispiel Michael Brie, dass «bei breiten Schichten der Bevölkerung (insbesondere in Ostdeutschland) ein Modell von Demokratie» zu identifizieren sei, «das man im Unterschied zum Modell liberaler [...] Demokratie als demokratischen Sozialismus bezeichnen kann.»⁵⁰ Ulrich Eith dokumentierte Umfrageergebnisse über Einstellungen zum Staat. Danach meinen 66 Prozent der Ostdeutschen und 42 Prozent der Westdeutschen, der Staat sei «auf jeden Fall» dafür verantwortlich, Arbeitsplätze zu schaffen; völlig unzufrieden mit der Wahrnehmung dieser Verantwortung sind im Osten 48 Prozent, im Westen 25, eher unzufrieden im Osten 34, im Westen 36 Prozent.⁵¹

46 Vgl. Manifest «Für eine Soziale Republik Europa und internationale Solidarität» der sozialistischen und sozialdemokratischen Linken vom 7. November 1999, in: spw 110/1999.

47 Vgl. Carola Möller/Brigitte Bleibaum/Ulla Peters/Lilo Steitz/Alena Wagnerowa: Wirtschaften für das «gemeine Eigene». Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin 1997.

48 Vgl. Interessengemeinschaft Arbeit, Gesundheit und Soziales bei der PDS (Hrsg.): Anders leben, anders arbeiten – Genossenschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung (Tagungsbericht), Berlin 2000. Zum ÖBS vgl. «Bete und Arbeite», in: Neues Deutschland, 29./30.5.1999; Mehr Masse oder mehr Klasse (Diskussion), in: Neues Deutschland, 11.2.2000; Jörg Nielandt/Mathias Brodtkorb: Ausbau der Zivilgesellschaft. Non-Profit-Organisationen und Dritter Sektor. Beilage zur Zeitschrift Sozialismus 9/2000; Bettina Parry: Wenn die Kumpel ihre Zeche selbst betreiben, in: Neues Deutschland, 29./30.5.1999.

49 Vgl. Christoph Spehr: Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation, Berlin 2001.

50 Vgl. Michael Brie: Ein Grundkonsens ist möglich!, in: Disput 6/2000, S. 4.

51 Ulrich Eith: Renaissance der sozialen Frage?, in: Michael Brie/Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteien-

Nach einer Studie aus dem Allensbach-Institut, so Detlef Hensche, wünschen sich gute 72 Prozent der Deutschen einen fürsorglichen Staat, eine solidarische Umverteilung.⁵² Längsschnittstudien des Leipziger Jugendforschers Peter Förster ergaben in Sachsen zehn Jahre nach dem Anschluss der DDR an die ehemalige Bundesrepublik, dass von den ostdeutschen Jugendlichen (heute um 27 Jahre alt) die Vereinigung zunehmend akzeptiert, das heutige gesellschaftliche System aber als kaum zukunftsfähig bezeichnet wird.⁵³ Schließlich soll noch auf die Erkenntnisse von Thomas Gensicke über die in den letzten Jahren zu beobachtende starke Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements hingewiesen werden, worunter er «vielfältige, über die Erwerbstätigkeit hinausgehende, freiwillige und unentgeltliche oder nur mit geringer Aufwandsentschädigung verbundene Tätigkeiten [versteht], die ihren Schwerpunkt nicht im privat-familiären Raum haben und die nicht hauptsächlich dem Spaß und der Erholung gewidmet sind».⁵⁴

Zum *Vierten* enthalten *internationale Aktionen sozialer Bewegungen*, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften gegen die neoliberal bestimmte Globalisierung, für eine menschenwürdige Weltordnung im letzten Jahrfünft des vergangenen Jahrhunderts Ansätze für wirtschaftsdemokratische Ideen – und Ermutigung, dafür öffentlich einzutreten. Sie können hier nur aufgezählt werden:

- die Bewegung der Zapatisten in Mexiko (seit 1994);⁵⁵
- die Protestbewegung gegen das von den OECD-Staaten im Interesse der international agierenden Konzerne verhandelte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), die 1998 zum Scheitern des MAI führte;⁵⁶
- die am 3. Juli 1998 in Paris gegründete ATTAC-Bewegung, die für die Einschränkung der Macht internationaler Konzerne, für die demokratische Kontrolle des

system, Berlin 2000, S. 67. Robert Lederer stellt (unter Berufung auf Noelle-Neumann) in der FAZ, vom 25. Februar 1998 fest, dass relative bzw. große Mehrheiten von befragten West- und Ostdeutschen den Staat für verantwortlich sowohl bei Arbeitslosigkeit, als auch für die Absicherung von Altersversorgung und Krankheitsfolgen erklärten. 1994 gaben 60 Prozent der befragten Westdeutschen der Freiheit einen klaren Vorsprung gegenüber 30 Prozent für möglichst große Gleichheit und soziale Gerechtigkeit; 1998 stimmten 47 Prozent für den Vorrang der Freiheit, 42 Prozent für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit; in Ostdeutschland waren 1994 50 und 1998 60 Prozent für den Vorrang der Gleichheit – vgl. Robert Lederer: Freiheit und Sozialismus, Münster 2000, S. 218.

52 Ich meine unverändert, dass Solidarität mehrheitsfähig ist. IG-Medien-Vorsitzender Detlef Hensche zu ver.di, linker Gewerkschaftspolitik, dem Zeitwohlstand und dem Bündnis für Arbeit, in: Neues Deutschland, 17./18.3.2001.

53 Beim Vergleich der politischen Systeme von DDR und BRD schneidet erstere bescheiden ab, erhält im sozialen Bereich aber immer noch die besseren Noten. Fast jeder Zweite hegt weiterhin sozialistische Ideale (aber nur neun Prozent glauben an deren Verwirklichung). Eine reformsozialistische Alternative zum gegenwärtigen System würde ein Drittel der Befragten bevorzugen, ein weiteres Drittel lehnt sie strikt ab; aktiv einsetzen würden sich dafür die wenigsten: die Bereitschaft zur politischen Teilnahme sank seit 1990 auf neun Prozent – vgl. Neues Deutschland, 29.9.2000 (zu ähnlichen Ergebnissen kommt die seit 1990 unter Ostdeutschen unter Leitung von Jürgen Hofmann laufende Untersuchungsreihe «ident»).

54 Thomas Gensicke: Bürgerschaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands, in: Utopie kreativ 93/1998, S. 34, vgl. Frigga Haug: Kampf gegen den Neoliberalismus, in: spw 100/1998, S. 29.

55 Vgl. Haug: Kampf gegen den Neoliberalismus, S. 29.

56 Vgl. Jens Martens: MAI – die dritte Säule weltwirtschaftlicher (De-)Regulierung, in: spw 100/1998.

- Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) kämpft;⁵⁷
- die Massenproteste gegen die Gipfeltreffen der G7, der EU, des IWF und der Weltbank in Seattle, Köln, Prag, Nizza und anderen Orten sowie jüngst gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Davos;
 - die Initiative des französischen Soziologen Pierre Bourdieu für die Einberufung von «Generalständen der sozialen Bewegungen in Europa», die anstrebt, in Europa wirkende soziale Bewegungen – der Gewerkschaften, Arbeitslosen, Obdachlosen, Staatenlosen, Frauengruppen, Homosexuellen, Umweltvereinigungen usw. – in einem Netzwerk zu sammeln;⁵⁸
 - die «Weltversammlung der Städtebewohner» Ende Oktober 2000 in Mexiko-Stadt – das erste große internationale Treffen der Nichtregierungs- und Basisorganisationen im Wohnbereich gegen neoliberale Globalisierung;⁵⁹
 - das erste Weltsozialforum unter dem Motto «eine andere Welt ist möglich» in Porto Alegre (Brasilien) vom 25. bis 30. Januar 2001 – der bisherige Höhepunkt der weltweiten Bewegung gegen neoliberale Globalisierung.⁶⁰

Zusammengefasst mit André Gorz: «Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, in der – wie vor 150 Jahren – «alles Feste verdampft» (Kommunistisches Manifest). Institutionelle Politik und politische Institutionen wirken kaum gestaltend auf die selbstläufigen Prozesse ein, die der Neoliberalismus in Gang gesetzt hat. Was sich entwickelt, sind soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, Zehntausende von Selbsthilfegruppen, Tausende von Gruppierungen, die sich transnational vernetzen, die Autorität, Legitimität, Zuständigkeit und Politik offizieller Experten bestreiten, politischen Druck ausüben, der selbst für die größten Konzerne und die mächtigsten Staaten gelegentlich unwiderstehlich wird.

57 ATTAC – Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens (Vereinigung für eine Besteuerung finanzieller Transaktionen zugunsten der Hilfe für Bürger). Sie ist mittlerweile in Frankreich in 150 regionalen oder lokalen Verbänden organisiert und in mehr als 20 weiteren Ländern aktiv. In Deutschland wurde sie im Mai 2000 als «Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte» konstituiert.

58 Diese Initiative soll «Staaten und Regierungen bedrängen und wirksame Maßnahmen durchsetzen für eine Kontrolle der Finanzmärkte und eine gerechtere Verteilung des Reichtums der Nationen – und zwar im Innern ebenso wie zwischen ihnen». Eine solche Sammlung könnte «einen gemeinsamen schöpferischen Prozess in Gang bringen und so den vielen Menschen, die sich in dieser Welt nicht mehr erkennen, eine realistische Utopie eröffnen, in der sich durchaus manchmal unterschiedliche und eigenständige, aber dennoch auf gemeinsame Ziele hinwirkende Bemühungen im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben wiederfinden und verbünden könnten» – Das Manifest: Charta 2000. Vgl. auch Pierre Bourdieu: Gegen die Politik der Entpolitisierung. Für eine organisierte Mobilisierung internationaler gesellschaftlicher Kräfte, in: Sozialismus 3/2001.

59 Vgl. Knut Unger: Städtische Sozialbewegungen verschaffen den «Geistern» Gehör. Internationales Netzwerk will den Folgen der Liberalisierung entgegenwirken, in: Neues Deutschland, 2.11.2000; Manifest für eine Soziale Republik Europa vom November 1999 über die steigende Urbanisierung in der Welt und die wachsenden kollektiven Ansprüche in diesem Zusammenhang, in: spw 110/1999.

60 Es zählte über 4 700 Delegierte und mehr als 15 000 Teilnehmer in 400 Workshops, mehreren Camps. Die wichtigsten gemeinsamen Forderungen waren: Schuldenerlass für die Entwicklungsländer, Tobinsteuer, Abschaffung der «inoffiziellen Weltregierung» aus IWF, Weltbank und WTO.

All das genügt noch nicht, um den Zusammenbruch ganzer Gesellschaften, neue und alte Formen von Barbarei, von Versklavung, von Raub- und Religionskriegen und «ethnischen Säuberungen» usw. zu verhindern. Man kommt aber zu nichts, wenn man nicht versucht, hinter den widersprüchlichen Tendenzen der gegenwärtigen Entwicklung latente Möglichkeiten zu erkennen, eine ganz andere weltweite Zivilisation aufzubauen.»⁶¹

Zusammenfassung: Für ein Konzept gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens

Soziale Gerechtigkeit als eine zentrale Forderung der sozialistisch orientierten Linken umfasst dreierlei:

Erstens: Ihr ethisches, allgemeinmenschliches Anliegen ist, dem emanzipatorischen Ansatz der sozialistischen Idee entsprechend, die *gleiche Würde aller Menschen*, ihr Freisein von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten eingeschlossen, und das Wohl des ganzen Gemeinwesens, das Allgemeinwohl.

Zweitens: *Soziale Gerechtigkeit* ist – im Unterschied zur moralisch (oder auch juristisch) bestimmten Gerechtigkeit – *eine politökonomische Kategorie*. In die «gerechte Verteilung» schließt sie – über die Verteilung von «Gütern für gutes Leben» hinaus – die «Verteilung» (Demokratisierung) der Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln ein, ganz nach Friedrich Engels: «Was moralisch gerecht ist, ja selbst was dem Gesetz nach gerecht ist, kann weit davon entfernt sein, sozial gerecht zu sein. Über soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit wird durch eine einzige Wissenschaft entschieden – durch die Wissenschaft, die sich mit den materiellen Tatsachen von Produktion und Austausch befasst, die Wissenschaft von der politischen Ökonomie.»⁶² Deshalb kann soziale Gerechtigkeit nicht anders realisiert werden als durch eine Wirtschaftsordnung, in der die Würde jedes einzelnen Menschen auch im oben genannten Sinne gewahrt (in der also seine Einflussnahme auf Entscheidungen am Arbeitsplatz und bei wirtschaftlichen Abläufen gewährleistet) und das Ziel allen Wirtschaftens das Allgemeinwohl ist.

Drittens: Dem Staat als Träger gesamtgesellschaftlicher Anliegen (des Allgemeinwohls) kommt die Aufgabe zu, *soziale Gerechtigkeit, auch durch entsprechende Gesetze, zu «organisieren»*.

Das Wirtschaftsdemokratiekonzept, wie es sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikern in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts vorschwebte, enthielt diese Gesichtspunkte. Es sollten die Prinzipien der (politischen) liberalen Demokratie mit Erfordernissen der sozialen (auf die Ökonomie ausgeweiteten) Demokratie politisch praktikabel verbunden werden; es war ein evolutionärer Weg hin zu einer Gesellschaft

61 André Gorz: Eine ganz andere Weltzivilisation denken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2000, S. 617.

62 Friedrich Engels: Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk, in: MEW, Bd. 19, S. 247.

vorgesehen, in der soziale Gerechtigkeit, eine alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens umfassende Demokratie und das solidarische Miteinander der Gesellschaftsmitglieder dominieren sollten. «Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet», so hieß es, «die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich aus dem Kapitalbesitz [also Eigentum an Produktionsmitteln] aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit».⁶³ Entsprechende Erwartungen wurden an den Staat gerichtet und praktische Schritte «von unten» aus der Gesellschaft heraus eingeleitet.

Die Erfahrungen des letzten Jahrhundertviertels und der Gegenwartszustand der Welt machen diese Art Demokratisierung der Wirtschaft dringender denn je erforderlich, wenn die Menschheit überleben soll. In diese Richtung zielende Überlegungen in den Gewerkschaften, in der SPD und bei der PDS lassen sich davon leiten. Bei allen dabei auftretenden Unterschieden: Auf einen Nenner gebracht, geht es um eine andere als die heutige, nämlich demokratische, am Allgemeinwohl orientierte Regulationsweise der Wirtschaft – um ein *gemeinwohl-orientiertes demokratisches Wirtschaften* –, die sowohl «von oben» (mit staatlichen Mitteln) als auch «von unten» (aus der Gesellschaft heraus) zu gestalten ist. Besonders (aber nicht nur) bei der PDS schließen Vorschläge zur Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft das Eigentum an Produktionsmitteln von gesamtgesellschaftlichem Gewicht mit ein und werden mit den (noch bis 1989 vertretenen) gewerkschaftlichen Überlegungen, die Verfügung über dieses Eigentum zu demokratisieren, verbunden.

Die von linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten sowie Sozialisten außerhalb und in der PDS bezüglich der Wirtschaft unterbreiteten Vorschläge und Forderungen ergeben zusammen *Konturen eines Konzepts gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens* für die Gegenwart und nahe Zukunft. Dazu gehören unter anderem:

- der Schutz und die Mehrung öffentlichen Eigentums bei demokratischer Kontrolle;
- die staatliche Beteiligung an den von der öffentlichen Hand subventionierten Unternehmen;
- verbindliche, demokratisch legitimierte Rahmenvorgaben gegenüber der Wirtschaft;
- gesetzliche Regelungen für Kontrolle, Regulierung und Demokratisierung der Wirtschaft (politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Großeigentum an Produktionsmitteln, wenn es die Sozialpflichtigkeit verletzt, nach Artikel 14 und 15 GG);
- die praktische Umsetzung des Konzepts eines öffentlich geförderten, nicht profitorientierten Beschäftigungssektors;
- die Unterstützung von Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und anderen Formen kollektiven Wirtschaftens in allen Bereichen als Wirtschaftsdemokratisierung «von unten»;

63 Protokoll des Hamburger ADGB-Kongresses 1928, Berlin 1928, S. 21.

- die Ausweitung der Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung, einschließlich der Aufsicht über und der Beteiligung an finanziell gestützten Unternehmen;
- die Förderung des regionalen – sozial und ökologisch orientierten – Wirtschaftens, auch durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung;
- die Ausweitung der Mitbestimmung auf allen Ebenen (Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen/Konzern, im öffentlichen Dienst, Medien usw.);
- die Konkretisierung der Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten als beratende, kontrollierende, gestaltende Einrichtungen für die regionale, Landes- und Branchenebene – nicht als bürokratische, sondern von gesellschaftlichen Kräften/ Verbänden getragene, offene und transparent arbeitende Gremien.

Vermutlich sind diese (und ähnliche weitere) Vorschläge, wenn sie – schrittweise – realisiert werden, geeignet, «der Machtzusammenballung des ‹Kapitalismus› des obersten Stockwerks [...] durch gesellschaftliche Regulierung und Grenzsetzungen entgegenzuwirken» und «die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung durch gesellschaftliche Regulierungen und Entscheidungen» so weit zurückzudrängen, dass das kapitalistische Profitprinzip seine Dominanz verliert.⁶⁴

Die Vorschläge und Forderungen werfen eine Vielzahl von Fragen zum Nachdenken und Diskutieren auf. Eine sei herausgegriffen. Da die konfrontative (sich auf die kapitalistische Produktionsweise gründende) Entwicklung die Grundlagen der menschlichen Existenz zerstört, heißt die zivilisatorische Forderung: von der Konfrontation zur Kooperation. Wie gehen da die Linken mit einem Grundgedanken des geltenden DGB-Grundsatzprogramms um, der da heißt: Vorrang der gesellschaftlichen, der gesamtwirtschaftlichen Vernunft und deshalb Setzen auf Dialog- und Konsensfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen, auf das Bestreben, soziale Gegensätze und Konflikte auszugleichen?⁶⁵ Sollte er nicht (auch) im Zusammenhang mit der ethischen Motivation und der angestrebten Gewaltlosigkeit gewerkschaftlichen Wirkens seit dem 19. Jahrhundert gesehen werden? Im «Zeitalter der Extreme» (Hobsbawm) hat diese Position die Aggressivität des Großkapitals nicht zu bändigen vermocht. Trotzdem sollte die von Gewerkschaften verfochtene, heute mehr denn je überlebenswichtige gesamtgesellschaftliche Vernunft der nach wie vor konfrontativen Kapitalstrategie entgegengehalten und ständig der Öffentlichkeit vor Augen geführt werden, um ihr bewusst zu machen, auf welcher Seite die Verantwortung für das Nichtzustandekommen eines dem Gemeinwohl dienenden Konsenses bei wirtschaftlichen, ökologischen, sozialpolitischen Entscheidungen liegt – nämlich auf der des Kapitals.

Fritz Vilmar meint zu Recht: Heute sind «weit und breit keine Bataillone, ist keine solide Machtbasis erkennbar für eine wirtschafts-demokratische Strategie, obgleich die [...] Fehlleistungen des Kapitalismus nach einer alternativen Wirtschaftspolitik geradezu schreien». Aber «gute, glaubwürdig vertretene Konzepte [verleihen] auch

⁶⁴ Vgl. Schöler: Ein Gespenst verschwand, S. 263 f.

⁶⁵ Vgl. Grundsatzprogramm des DGB 1996, S. 3, 5, 20.

Macht, wie schon Marx [...] wusste: Ideen können zur materiellen Gewalt werden. Daher rufen wir sie in dieser Zeit in Erinnerung».⁶⁶

Es wird Zeit, die Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie, das *demokratische gemeinwohlorientierte Wirtschaften*, als ein dringendes gesellschaftliches Bedürfnis in das *öffentliche Bewusstsein* zu heben, damit sie zu einer breiten demokratischen Bewegung führt, die gesellschaftsverändernd wirksam wird. Denn, um mit Frank Deppe zu schließen, die Erfahrung lehrt, «dass die Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft des Kapitals und seiner Funktionäre nur durch Kampf und den Druck sozialer und politischer Auseinandersetzungen hergestellt werden kann» und «dass alle Fortschritte der Demokratisierung, der Humanisierung und der Zivilisierung, der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, die im 20. Jahrhundert im und gegen den Kapitalismus realisiert wurden, immer auch Resultate des Klassenkampfes und der Intervention der sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen sind». «Ohne solche sozialen Kämpfe und Bewegungen, die erst dann hegemonial werden, wenn sie sich mit einem – auch von Intellektuellen konzipierten – Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation verbinden, sind Veränderungen bestehender Herrschafts- und Machtverhältnisse überhaupt nicht denkbar.»⁶⁷ Ein solches Projekt könnte (sollte) das Konzept der Wirtschaftsdemokratie – des gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens – sein.

66 Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff, S. 215.

67 Deppe: Fin de Siecle, S. 93, 185, 176.

IN MEMORIAM: HATTINGEN UND RHEINHAUSEN 1987/1988

VERSUCH EINER DEMOKRATIE VON UNTEN¹

Wer erinnert sich heute noch an den 10. Dezember 1987?

An diesem Tag ruhte in allen größeren Stahlstandorten des Ruhrgebiets für längere Zeit die Arbeit. In Duisburg wurden die Rheinbrücken an 25 Stellen besetzt, Straßenkreuzungen und Autobahnauffahrten sowie der Hafen blockiert. Ein aktiver Teilnehmer, damals stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Krupp-Rheinhausen, beurteilte diesen Tag ein halbes Jahr später so: «Ich meine, dass uns Rheinhausen so etwas wie eine (das Wort stammt von Fahrtmann²) revolutionäre Situation beschert hat, einen historischen Moment, den wir seit Langem schon nicht mehr gehabt haben, ein Vorgefühl von politischer Macht bei den Leuten, die das Empfinden hatten: Wenn wir alle hier zusammen aufstehen, dann können wir auch was bewegen. Das war der 10. Dezember. Er ist für mich ein ganz entscheidender historischer Tag, weil er deutlich gemacht hat: Es gibt so was wie Umbruchsituationen, Chancen einer großen Veränderung, was bei vielen durch Wirtschaftswunder und Wiederaufbau völlig aus dem Bewusstsein verschwunden war.»³

Dieser 10. Dezember 1987 war der Höhepunkt einer ungewöhnlichen Bewegung, die sich in den 1980er Jahren in der ehemaligen Bundesrepublik in Teilen der Lohnarbeiterschaft und über sie hinaus in der Bevölkerung der von Krisenprozessen bedrohten Stahlregionen gegen die Politik der Konzerne und der Bundesregierung formiert hatte. Sie konzentrierte sich besonders in den Auseinandersetzungen um die Stahlstandorte Hattingen und Rheinhausen. Diese demokratische Bewegung «von unten» setzte sich für eine lebenswerte Zukunft traditioneller Industrieregionen ein und vertrat soziale und politische Anliegen. Ihr qualitativ neues Kennzei-

1 Zuerst erschienen in: Utopie kreativ 93/1998, S. 16–28.

2 Friedrich Fahrtmann, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Nordrhein-Westfalen.

3 Deutsche Volkszeitung/Die Tat, 20. Mai 1988.

chen war, dass sie die Erfahrungen der «alten» Kämpfe und die neuen Forderungen von Industriearbeitern ebenso in sich aufgenommen hatte wie die politischen und sozialen Bedürfnisse ganzer Bevölkerungsteile, die sich seit Ende der 1960er, dann besonders in den 1970er Jahren in kirchlichen, Frauen-, Jugend-, Umweltschutz- und anderen Bürgerinitiativen manifestierten: Die soziale und politische Aktivität der Arbeiterbewegung als Vertreterin besonders der Lohnarbeitenden, also der Arbeiter und Angestellten der Großbetriebe, verband sich mit einer breiten Bürgerbewegung, in der sich Angehörige verschiedener sozialer Klassen, Schichten und Gruppen zusammengeschlossen hatten und die klassen- und schichtenübergreifende Ziele verfolgt hatte.

Die «alte» *Arbeiterbewegung*, repräsentiert von einigen Gewerkschaften des DGB und den Interessenvertretungen der Großbetriebe, brachte in diese Bewegung unter anderem folgende Inhalte und Forderungen ein:⁴

Sie kämpfte gegen ersatzlose Entlassungen – für neue Arbeitsplätze am Ort im Falle strukturbedingten Arbeitsplatzabbaus und wandte sich damit an die Verantwortung der Konzerne und der «öffentlichen Hand», also staatliche Institutionen der verschiedenen Ebenen, darunter die Bundesregierung. Der von technischen Neuerungen bedingte wirtschaftliche Strukturwandel sollte sozial und ökologisch gestaltet werden. Es sollten vorhandene Ausbildungsplätze erhalten und neue Ausbildungsmöglichkeiten sowie Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen geschaffen werden – auf Kosten der Konzerne, unter Teilnahme der «öffentlichen Hand». Vor allem trat sie dafür ein, dass der Strukturwandel nicht ohne die Belegschaften, ihre Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute vollzogen wurde – sie sollten an *Entscheidungen* beteiligt werden, wenn es darum ging, Produktionsanlagen zu schließen, weiterzuführen, zu verlagern oder umzubauen.⁵ Dafür wurden eigene Modelle für die Weiterführung der Produktion unter sozialen, ökologischen und humanen Aspekten vorgelegt, wobei auch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, die Finanzierbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen und Ähnliches mehr berücksichtigt waren.⁶ Das wurde mit der Perspektive verbunden, in die Verfügungsgewalt der Konzerne über Produktion und Produktionsmittel einzugreifen. Nur defensiv kann dieses damalige Agieren – auch aus heutiger Sicht – wohl nicht bezeichnet werden.⁷

4 Vgl. Ulla Plener (Hrsg.): *Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Meinungen, Forderungen, Aktionen für mehr Demokratie in der BRD. Dokumente*, Berlin 1990. Darin sind die Vielfalt der Forderungen und der damit verbundenen Aktionen um Hattingen und Rheinhausen dokumentiert.

5 Vgl. *Stahlindustrie sozial neu ordnen und demokratisieren. Forderungen der IG Metall (Hattingen) an Politik und Wirtschaft*, in: Plener (Hrsg.): *Wer sich nicht wehrt*, S. 14/15; *Petition der IG Metall an den Deutschen Bundestag (Mai 1987)*, in: ebenda, S. 16 f.

6 Vgl. dazu u. a.: *Das Hattinger Modell*, in: ebenda, S. 27 ff.

7 Vgl. Frank Deppe: *Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 165.

Die Merkmale als *übergreifende Bürgerbewegung* zeigten sich unter anderem im Folgenden:

Es war eine Bewegung großer Bevölkerungskreise, eine Bürgerbewegung im Sinne des Wortes, an der sich die verschiedensten sozialen Kräfte beteiligten: neben den Beschäftigten der betroffenen Betriebe, eingeschlossen die ausländischen Arbeiter, – deren Frauen und Kinder, Arbeitslose, Gewerbetreibende, Händler, Kirchenvertreter, Künstler, Sportler, Angehörige der verschiedensten Berufsgruppen (darunter Techniker, Ingenieure), Einzelpersönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Es konstituierten sich Bürgerkomitees, in denen Bürgerinitiativen dieser Gruppen aktiv mitwirkten. Neben den besonders seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre von den damals neuen demokratischen Bewegungen (Friedens-, Umweltschutz-, Frauenbewegungen) initiierten Kampfformen (Bürgerinitiativen für konkrete Anliegen, Umweltprojekte vor Ort u. a.) wurden neue Aktionsformen praktiziert wie zum Beispiel Mahnwachen vor Konzernvorständen, vor Sitzen der Landes- und der Bundesregierung; ein «Dorf des Widerstandes» u. a. m.

Die Bewegung artikulierte den inneren Zusammenhang der Bereiche «Arbeit» (Erwerbsarbeit) und «Leben» (Freizeit, Wohnort, Bildung und Ausbildung, Kultur im weiten Sinne) und bezog friedenspolitische, ökologische, jugend-, frauenspezifische und andere Gesichtspunkte ein.⁸

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der betroffenen Betriebe bildeten bei Höhepunkten der Bewegung meistens den aktiven, inhaltlich weitgehend bestimmenden Kern.

Die *politischen* Merkmale der Bewegung ließen sich darin erkennen, dass sie ein hochpolitisches Ziel – die Sicherung von traditionellen Industrieregionen des Landes – verfolgte; dass sie in die regionale und bundesweite Industriestrukturpolitik eingriff, deren Veränderung forderte, konstruktive Vorschläge dafür unterbreitete und die Regierungen der Länder und besonders die des Bundes in die Pflicht nahm; dass sie entsprechende Erwartungen an die politischen Parteien formulierte; dass sie zu einem politischen Faktor in der Bundesrepublik wurde, politisch einiges in ihr bewegt und damit in das politische Kräfteverhältnis eingegriffen hatte. Der *demokratische Charakter* der Bewegung zeigte sich darin, dass sie inhaltlich demokratische, also im Interesse der Bevölkerungsmehrheit liegende Anliegen verfolgte und Aktionsformen praktizierte, die breite Teile der Bevölkerung einbezog.

Ihren Kern bildete die «alte» Arbeiterbewegung, in erster Linie einige *Gewerkschaften* des DGB. Diese wandten sich, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, den

8 Vgl. Wir wollen Brot und Rosen! Flugblatt zum Internationalen Frauentag; Jugendinitiative Hattingen «Wir schlagen Krach für unsere Zukunft»; Es geht um das ganze Revier. Rheinhausener Aufruf vom Dezember 1897; Schüler fragen: Was soll aus uns werden?; Bürgerversammlung in Rheinhausen am 8. Februar 1988; Aufruf zum politischen Aschermitwoch in Rheinhausen am 17. Februar 1988, alle in: Plener (Hrsg.): Wer sich nicht wehrt, in der angegebenen Reihenfolge S. 32 f., 43 ff., 56, 59 f., 74 ff., 81.

Fragen zu, die die wissenschaftlich-technische Umwälzung (Stichwort Mikroelektronik) seit Mitte der 1970er Jahre – mit ihren seit Mitte der 1980er Jahre zunehmenden Folgen für die Strukturpolitik – aufwarf.

Der Verlauf der Aktionen führte seit dem Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren schrittweise von der Verteidigung angesichts der Konzernangriffe zu einer zunehmend offensiven und politischen Position. Belegschaften und Gewerkschaften legten konstruktive Lösungen vor, die die Belange der von Entlassung bedrohten Stahlwerker ebenso berücksichtigten wie die Zukunft der damit verbundenen Regionen. Zusammen mit der Bürgerbewegung und als deren Kern erwiesen sie sich so als die Verfechter der demokratischen Bestrebungen der Arbeitenden und der politischen wie sozialen Menschenrechte.

Die Etappen des Widerstandes gegen das Abwälzen unsozialer Folgen technischer Entwicklung allein auf die abhängig Beschäftigten, die Lohnarbeitenden, und deren Lebenszusammenhänge in den Regionen lassen sich wie folgt skizzieren.

Nach der zyklischen und Strukturkrise 1974/1975 (die zugleich die erste Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit war) weiteten sich die Inhalte gewerkschaftlicher Kämpfe über die – bis dahin dominierenden – berechtigten Lohnforderungen hinaus aus und richteten sich unter anderem darauf, Arbeitsplätze, die infolge von Rationalisierungsmaßnahmen wegfielen, durch neue zu ersetzen, notwendige Qualifizierungen dafür zu gewährleisten, die Arbeitsbedingungen zu verbessern (Stichwort «Humanisierung») und die Mitbestimmungsmöglichkeiten in diesen Fragen (also beim *Wie* der Produktion) zu erweitern. Damit wurden stärker und umfassender als bei den Lohnkämpfen der Jahre zuvor *gesellschaftliche Zusammenhänge* erfasst. Alle großen Streiks der zweiten Hälfte der 1970er Jahre – in der Druck- und Metallindustrie und in den Häfen 1978, im Stahlbereich 1978/1979, bei der Post 1980 – gingen von «qualitativen» Forderungen aus mit dem Anspruch, den Produktionsablauf und den Einsatz neuer Techniken zu beeinflussen: gegen unsoziale Rationalisierungsfolgen, für kürzere Arbeitszeit und humanere Arbeitsbedingungen, gegen die unzureichenden wirtschaftspolitischen «Krisenlösungen» der (noch sozialdemokratisch geführten) Bundesregierung.

Diese Tendenz setzte sich in den 1980er Jahren fort. DGB-Gewerkschaften kämpften um Rahmentarifverträge, die Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen und – das war ein wesentliches *neues* Moment – die *Arbeitsinhalte* miterfassen sollten. Sie erhoben *Rechtsansprüche* auf Umschulungsmaßnahmen, die von Unternehmern bezahlt werden sollten, auf Kündigungsschutz bei Rationalisierungsmaßnahmen, auf mehr Mitbestimmung bei der Arbeitsorganisation. Besonders seit der zyklischen Krise 1980 bis 1983 rückte die Forderung, die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden (bei vollem Lohnausgleich) zu verkürzen, um der Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, in den Mittelpunkt. Auch hierbei ging es – so sahen es auch die Herrschenden – «nicht nur um quantitative Größen», sondern «um ein Stück realer Machtverschiebung», wie die *Frankfurter Rundschau* am 23. Februar 1985 schrieb, weil damit «die unum-

schränkte Verfügungsgewalt der Arbeitgeber» eingeschränkt würde. In diesem Zeichen standen die machtvollen Streiks der IG Metall und der IG Druck und Papier 1984.

In diese Zeit fällt der Beginn des Stahlarbeiterwiderstandes. Dazu gehörte zum Beispiel die Bewegung «Stahlwerk jetzt!», die sich 1981 an den Hösch-Konzern in Dortmund wandte. Zugleich entfalteten sich seit Beginn der 1980er Jahre die neuen demokratischen Bewegungen, die vielfach als Bürgerinitiativen wirkten. Dabei entstanden viele Initiativen, die sich für verschiedene örtliche Belange einsetzten. Und zu solchen, ganze Ortschaften und Städte betreffenden Problemen gehörte zunehmend die Massenarbeitslosigkeit, unter anderem und besonders in der Stahlindustrie. So kam es schon in den ersten 1980er Jahren zu Bürgeraktionen, die zusammen mit den Belegschaften und deren gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeitsplätze stritten – zum Beispiel die Fraueninitiative bei Hösch-Stahl in Dortmund.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erreichten die Kämpfe eine neue Qualität. Schon die Aktionen der Stahlwerker der Maxhütte in Oberbayern, der Salzgitter AG in Niedersachsen, von ARBED-Stahl an der Saar, der Thyssen-Stahl AG in Oberhausen im Ruhrgebiet und andere hatten um die Mitte der 1980er Jahre neue Zeichen des Widerstandes gesetzt. Die Stahlarbeiter der Henrichshütte in Hattingen (Thyssen-Konzern) 1987 und der Krupp-Stahlwerke in Duisburg-Rheinhausen 1988 hoben den Kampf auf eine höhere Stufe – und das in mehrfacher Hinsicht.

Es wurde zu einer gesamtnationalen Angelegenheit von gesellschaftspolitischer Bedeutung, der sich keine politische Kraft – weder die politischen Parteien, noch die Unternehmerverbände, weder der Bundestag, noch die Bundesregierung – entziehen konnte. Es ging um das Menschenrecht auf Arbeit ebenso wie um demokratische Einflussnahme auf Entscheidungen, auf das, was in den Konzernen und im Staat geschieht oder nicht geschieht. Es sollten bestehende Arbeitsplätze erhalten und vor allem neue Arbeitsplätze – für die aus Rationalisierungsgründen notwendig wegfallenden – an den betreffenden Orten geschaffen werden. Sie sollten durch Qualifizierungsmaßnahmen – von den Konzernen getragen und finanziert – gesichert sein. Kurzum, es sollte kein Beschäftigter in die Arbeitslosigkeit entlassen werden können. Die Forderungen richteten sich an die Konzerne und die Bundesregierung gleichermaßen. Es ging – und darin bestand die neue politische Qualität der Kämpfe – um die Lebensfähigkeit ganzer Regionen, in diesem Fall besonders des Ruhrgebiets, und eigentlich um die Gestaltung der gesellschaftspolitischen Situation der ganzen damaligen Bundesrepublik. Von der Bundesregierung wurde gefordert, ihre deklarierte «Verantwortung für das Ganze» wahrzunehmen.

Im Verlaufe dieses Kampfes erreichte das Zusammenwirken der Stahlbelegschaften und ihrer Betriebsräte und Vertrauensleute mit den vielen anderen Kräften in den betreffenden Städten und Ortsteilen – Vertretern demokratischer Parteien und Verbände, Kirchen, Künstler- und Sportvereinigungen, Einzelpersonlichkeiten, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinhändlern – eine neue Qualität. Sie zeigte sich im Wirken der dabei entstandenen Bürgerkomitees – den Inhalten ihrer Tätigkeit, der sozialen und politischen Breite der Zusammenarbeit in ihnen.

Zu einem Höhepunkt gestaltete sich der eingangs beschriebene Aktionstag der IG Metall am 10. Dezember 1987, der von der Bürgerbewegung voll mitgetragen wurde.

Die Aktionen der Hattinger und Rheinhausener Stahlarbeiter und Bürger brachten einiges in Bewegung in der damaligen Bundesrepublik.

Ende 1987 und Anfang 1988 befasste sich der Bundestag mehrfach mit der Lage in der Stahlindustrie. Wenn auch für Stahlarbeiter dabei wenig Konkretes herauskam, unterstrich der – ungewöhnliche – Vorgang die gesamt nationale Bedeutung ihres Kampfes. Als die Gegenwehr der Stahlarbeiter und der Bürgerbewegung 1987/1988 bedrohliche Ausmaße für den «sozialen Frieden» anzunehmen begann, sahen sich sowohl die Stahlunternehmer als auch – in deren Gefolge – die Bundesregierung veranlasst, auf Zugeständnisse einzugehen.

Am 10. Juli 1987 unterzeichneten die IG Metall und die Unternehmervereinigung Eisen- und Stahlindustrie die «Frankfurter Vereinbarung»,⁹ die im Oktober desselben Jahres von der Bundesregierung akzeptiert wurde. Darin hatten sich Unternehmer unter anderem verpflichtet, an den Stahlstandorten neue Arbeitsplätze zu schaffen. Anfang Mai 1988 kam es zur «Rheinhausener Vereinbarung» zwischen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, dem Krupp-Konzern und dem Betriebsrat des Krupp-Stahlwerkes in Duisburg-Rheinhausen,¹⁰ nach der die Stilllegung der Hütte hinausgezögert wurde und der Konzern versprach, für neue Arbeitsplätze an diesem Ort zu sorgen. Die Ersatzarbeitsplätze entstanden dann aber zum größten Teil nicht, weil die Maßnahmen sich als schwer umsetzbar und nicht kontrollierbar erwiesen hatten.¹¹

Die Bundesregierung sah sich gezwungen, zwischen März und Oktober des Jahres 1987 fünf «Stahlrunden» und am 24. Februar 1988 eine «Ruhrgebietskonferenz» einzuberufen, an denen Vertreter der Stahlbelegschaften und der IG Metall sowie Beauftragte der Stahlkonzerne und der Banken teilnahmen und die zu einigen – allerdings sehr unzureichenden – konkreten Zusagen für das Ruhrgebiet hinsichtlich der finanziellen «Abfederung» des Strukturwandels führten. Im Juli 1987 initiierte die SPD-geführte Regierung von Nordrhein-Westfalen ein bundesweites «Zukunftsinvestitionsprogramm Montanregionen (ZIM)», mit dem rund zwei Milliarden DM in den nächsten Jahren für neue Arbeitsplätze mobilisiert werden sollten. Ende Februar 1989 wurde – großspurig als «Großaktion der Wirtschaft» und «beispiellose Eigeninitiative» bezeichnet – die Aktion von 35 Konzernen und 31 sogenannten Wirtschaftsführern «Initiativkreis Ruhrgebiet» bekannt gegeben, die «einen substanziellen Beitrag zum Strukturwandel und zur Klimaverbesserung des Ruhrgebiets leisten» wollte.

Pressemeldungen des Jahres 1989 verlautbarten, das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen befände sich wieder «im Bundesdurchschnitt», und an der Ruhr

9 Vgl. ebenda, S. 47.

10 Vgl. ebenda, S. 93 ff.

11 Vgl. Hermann Bömer: Neue Dimensionen im globalen Konkurrenzkampf. Thyssen-Krupp AG – Gewerkschaften ohne Alternativkonzept?, in: Sozialismus 3/1998, S. 39.

begänne «der Druck auf die Arbeitsplätze» langsam nachzulassen. Sowohl die CDU/CSU-geführte Bundesregierung als auch die SPD-Landesregierung schrieben sich dieses – bis dahin noch sehr vage – Ergebnis zu. In Wirklichkeit hatte, das gestand die *Frankfurter Allgemeine* am 17. März 1989, «die neue positive Grundstimmung [...] etwas mit dem Stichwort Rheinhausen zu tun».

Die wenigen Ergebnisse des großartigen Kampfes standen für das Kräfteverhältnis in der damaligen BRD: Die Banken und Konzerne hatten das Land nach wie vor fest im Griff, aber ihre Kahlschlagpolitik konnten sie damals nicht wie geplant durchsetzen.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen und aufgrund der dabei gesammelten Erfahrungen sind die *Gewerkschaften*, ganz besonders die IG Metall, *konstruktiv im Sinne gesamtgesellschaftlicher Interessen* aktiv geworden, das heißt vor allem: für die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Einflussnahme der Lohnarbeitenden auf Wirtschaft und Staat sowie der politischen und sozialen Menschenrechte, besonders des Rechts auf Arbeit. Sie hatten die Inhalte ihres Wirkens in beachtlichem Maße erweitert und ihr Selbstverständnis, nicht nur soziale Schutzfunktionen, sondern auch soziale und politische *Gestaltungsaufgaben* wahrzunehmen, präzisiert. Dafür steht besonders das Dokument der IG Metall «Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen [sic!] und gewerkschaftlichen Reform» vom April 1989.¹²

Über «Das neue Gesicht des Kapitalismus» war darin zu lesen: «Trotz des erkämpften sozialen Fortschritts leben wir immer noch in einer kapitalistischen Gesellschaft und sind mit einer kapitalistischen Wirtschaft konfrontiert [...]. Traditionelle Klassenfragen sind dabei keineswegs in den Hintergrund getreten. Ausbeutung und Abhängigkeit sind in den industriellen Staaten gemildert, aber keineswegs abgeschafft. Es gibt weiterhin den Skandal der Arbeitslosigkeit [...]. Es gibt den Skandal der Verteilungsgerechtigkeit, der für die Beschäftigungskrise in den Industrieländern mit verantwortlich ist.» Unter «Zielsetzungen» hieß es – neben «Arbeit für alle statt Arbeitslosigkeit für viele» – «Solidarität statt Konkurrenz» und «Internationalität und Nationalität» – «Lebendige Demokratie statt autoritärer Herrschaft».

Für viele der bedrohten Stahlstandorte und Betriebe wurden in enger Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern, darunter Ingenieuren, Technikern und einigen Leitungskadern, technisch und ökonomisch begründete Konzepte für die Weiterführung der Produktion erarbeitet mit dem Ziel, alte Arbeitsplätze umzubauen und neue – unter ökologischen und humanen Gesichtspunkten – zu schaffen. Zugleich wurde über viele Fragen der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Technikgestaltung konkret nachgedacht, so zum Beispiel: Wie kann Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellt werden? Konkrete Projekte der Konversion wurden in einigen Großbetrieben von entsprechenden Arbeitskreisen ausgearbeitet. Wie kann das

12 IG Metall Vorstand (Hrsg.): Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform. Frankfurt a. M. 1989.

Wirtschaften durch entsprechenden Um- und Ausbau von Industrien und Branchen ökologisch und sozial werden? Wie kann Technik durch Arbeitszeitverkürzung, Umweltschutz am Arbeitsplatz, Arbeitserleichterungen, schöpferische Arbeitsinhalte human gestaltet werden? Wie können die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut, im Besonderen die neuen flexiblen Arbeitsformen sozial geschützt und Wege zur effektiven Bildung, Qualifizierung, Umschulung gefunden werden? Wie kann sich die Individualität des Arbeitnehmers durch kollektiven Zusammenschluss und gewerkschaftliche Interessenvertretung entfalten? Individuelle Bedürfnisse sollten verstärkt aufgegriffen werden. Wie ist die Gleichstellung der Frauen in der Erwerbsarbeit, Freizeit, Familie, Politik zu erreichen? Welche neuen Möglichkeiten für Arbeit und Freizeit können besonders für die Jugendlichen erschlossen werden? Wie können Staat und Wirtschaft demokratisiert werden, unter anderem durch erweiterte Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und Konzern, in den Kommunen, regional und auf Bundesebene?

Bei all diesen Fragen ging es den Gewerkschaften, an ihrer Spitze die IG Metall, nicht zuletzt, ja sogar sehr vordergründig darum, *Entscheidungsstrukturen* in der Arbeitswelt und in der Politik zugunsten der Lohnarbeitenden zu verändern. Sie forderten mehr Demokratie gerade in diesem Sinne, auch und besonders gegen Konzernvorstände, die im Zuge der Umstrukturierung von Industrien und Produktion über Schicksale von Familien und ganzer Regionen ausschließlich im Sinne der eigenen Profitsteigerung entschieden.

Ein Kennzeichen dieser gewerkschaftlichen Überlegungen war: «Wer die Zukunft gestalten will, der kommt an bestehenden ökonomischen Zwängen, am real existierenden Kapitalismus nicht vorbei.» Und: «Wenn wir die Entwicklung dieser Gesellschaft allein den Marktprozessen und den Gewinninteressen [des Kapitals] anheimstellen, dann ist dies gleichbedeutend mit der Aufgabe von Politik, mit dem Verzicht auf bewusste Gestaltung von Gegenwart und Zukunft.»¹³

Von zukunftssträchtiger Bedeutung war die in den Kämpfen um die Stahlindustrie in der IG Metall geborene und zum Teil konkret ausgearbeitete Idee der *Beschäftigungsgesellschaften*, deren *Inhalt damals weiter gefasst* war, als wir es heute von den so bezeichneten Gebilden kennen. Auch damals sollten sie die Entlassung von Tausenden der Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit verhindern; aber die betreffenden Konzerne sollten verpflichtet werden, neue Arbeitsplätze an den Standorten zu schaffen, Übergangsbeschäftigungen und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen zu sichern und zu finanzieren – und das mit Unterstützung der «öffentlichen Hand», auf die die Gewerkschaften Einfluss nehmen können müssten. So sollte in die Strukturpolitik der Konzerne und der Regierungen eingegriffen werden. Über das unmittelbare Anliegen (Massenarbeitslosigkeit verhindern) und das mittelfristige Ziel (sozial und ökologisch zukunftsfähigen Strukturwandel einleiten) hinaus enthielt das Konzept lang-

13 Franz Steinkühler: Referat auf dem Zukunftskongress der IG Metall (Oktober 1988), Manuskript, S. 6.

fristige Vorstellungen, die in Richtung der – schrittweisen – gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung von Interessen in Industriezweigen und der Gesamtwirtschaft wiesen: Unter anderem über die Mitfinanzierung von Übergangsmaßnahmen für neue Beschäftigungen sollte für die «öffentliche Hand» (staatliche Institutionen, Kommunen) der Weg geöffnet werden, in die Verfügungsgewalt der Konzerne einzugreifen; und das hätte – je nach Kräfteverhältnis mehr oder weniger – Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle über Abläufe bestimmter Prozesse in den Konzernen geschaffen. Zugleich wurde gefordert, die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und der Gewerkschaften vom «Wie» zum «Was» der Produktion zu erweitern. Dabei gingen Verfechter dieser Vorstellungen in der IG Metall von der klaren Erkenntnis aus, dass es eines harten Kampfes bedarf, wenn diese (wie auch die kurz- und mittelfristigen) Ziele realisiert werden sollten.

Ein Ergebnis der gemeinsam von Bürgerbewegungen und Gewerkschaften getragenen Aktionen waren neuartige Formen bei der Suche nach Lösungen für das Recht auf Arbeit und für die Lebensfähigkeit der Städte und Regionen. So bildete sich im Mai 1988 auf der Basis des damaligen Bürgerkomitees der «Verein Leben und Arbeiten in Rheinhausen». Unterstützt von Teilen der Bevölkerung, von Zukunftsforschern und Fachleuten der verschiedenen Branchen, waren seine Teilnehmer dabei, ein realistisches Bild von der Zukunft ihrer Stadt nach ihrem Geschmack zu entwerfen, initiierten sie sinnvolle Projekte für Umwelt und Arbeit.¹⁴ Nach diesem Vorbild entstand in Duisburg-Huckingen der «Verein Aufbruch – solidarisches Leben und Arbeiten im Duisburger Süden». Ähnliche Initiativen gab es in anderen Ortschaften und Städten.

Und 1998? Pressemeldungen zufolge haben die Aktionen, an die hier erinnert wurde, nicht viel gebracht. Das Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen ist 1993 endgültig geschlossen worden, ohne dass die versprochenen neuen Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden – die Arbeitslosenrate betrug in diesem Stadtteil im November 1997 17 Prozent. Eine Berliner – sich als links verstehende – Tageszeitung glaubte im Dezember 1997 über den von «einer Handvoll Gewerkschaftsaktivisten inszenierten Arbeitskampf» 1987/1988 ironisieren zu können: «Ein bisschen Klassenkampf» sei geübt worden. Drei im November 1997 angeschriebene Akteure der damaligen Ereignisse (zwei Gewerkschafter, ein Betriebsrat) zogen es vor, sich in Schweigen zu hüllen ...

Der «ökonomische Trendbruch» und der «gesellschaftliche Umbruch», von denen in den oben zitierten Leitlinien der IG Metall vom April 1989 die Rede war, dauern an.¹⁵ Der damit verbundene neoliberal bestimmte Zeitgeist erhielt seit 1989/1990 weiteren

14 Über ein solches Projekt berichtete die Zeitung der DKP Unsere Zeit am 21. April 1989: Ein «Deutsches Institut für Holographie (dreidimensionale, mit Laser hergestellte Photographie) soll nach Rheinhausen, nicht nur wegen privater Fotofreunde, sondern auch für die Werkstoffprüfung in der Industrie. Einige Teilnehmer brüten über ein Werkstatt- und Reparaturzentrum. Jugendliche sollen hier Arbeit bekommen, Autos, Fahrräder und elektrische Geräte reparieren und verfallene ehemalige Villen von Krupp-Direktoren in Kindergärten, Bürgertreffs und Vereinszentren verwandeln.»

15 Vgl. IG Metall: Die andere Zukunft, S. 10.

Auftrieb mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, in Deutschland wurde er von den Folgen des Anschlusses der DDR an die ehemalige Bundesrepublik gestärkt.

Die Gewerkschaften scheinen von diesen Brüchen weitgehend überrollt. «Die IG Metall», schreibt Hermann Bömer, «reagierte in den 1980er Jahren auf die drohende private Einheitsgesellschaft mit dem Konzept der Vergesellschaftung der Stahlindustrie [...]. Dies war ein vernünftiges demokratisches Konzept [...]. Es war eingebettet in ein umfassendes Programm der Arbeitszeitverkürzung und der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch aktive Struktur- und Regionalpolitik. Dagegen gab es vonseiten der Gewerkschaft 1997/1998 keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Vollfusion von Thyssen und Krupp.»¹⁶ Auch darin findet die seit 1987/1988 gewandelte Situation ihren Ausdruck. Frank Deppe schreibt: «Die Gewerkschaften sind in den meisten Ländern extrem geschwächt, und vor allem in der BRD profiliert sich die überwiegende Mehrheit der DGB-Gewerkschaften durch ein subalternes Anpassungsverhalten», und sie geben dabei «mehr und mehr das ‹politische Mandat› zur Vertretung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse – auch der am meisten diskriminierten Teile» auf.¹⁷

Doch stehen die damaligen Fragen an die Zukunft, darunter an die Gestaltung der Produktion, der Struktur- und Wirtschaftspolitik wie der staatlichen Politik im Ganzen nicht auch heute? Und stehen sie nicht, wie die Frage nach dem Verhältnis von privatem Profit- und dem gesamtgesellschaftlichen Interesse, heute noch dringlicher? Geht es nicht heute vor allem darum, die Bevölkerungsmehrheit, die Lohnarbeitenden und ihre Organisationen, an den *Entscheidungsprozessen* in Produktion, in Struktur- und Wirtschaftspolitik und in anderen Bereichen (Bildung! Kultur im umfassenden Sinne!) wirklich zu beteiligen?

In den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der 1980er Jahre waren diese «qualitativen» Fragen der unmittelbare Aktionsgegenstand in der damaligen Bundesrepublik Deutschland. Es waren in diesem Land Teile der «alten» Arbeiterbewegung in Gestalt einiger Gewerkschaften des DGB, die – zusammen mit demokratischen Bürgerbewegungen – konstruktive Antworten darauf formulierten und sich für ihre Umsetzung einsetzten. Sie haben keinen Grund, sich dieses Versuchs einer gestaltenden Praxis und der aktiven Wahrnehmung eines «politischen Mandats» für die lohnarbeitende Bevölkerungsmehrheit zu schämen. Wie in der Vergangenheit geht es auch heute und in Zukunft um «die Demokratisierung der Institutionen – der privaten Unternehmen wie der Staatsapparate» ebenso wie um «politische [...] Eingriffe in die unumschränkte Verfügung über das Kapitaleigentum».¹⁸ Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, sollte dafür streiten, dieses Erfordernis der Zeit vor allen anderen und mit den anderen demokratischen Kräften zu realisieren?

16 Vgl. dazu u. a.: Das Hattinger Modell, in: ebenda, S. 27 ff.

17 Frank Deppe: Die Prognose ist richtig. Die Barbarei des entfesselten Kapitalismus (150 Jahre Kommunistisches Manifest), in: Neues Deutschland, 24.2.1998.

18 Ders.: Fin de Siècle, S. 147, 192 f.

DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT - KERN EINER STRATEGIE FÜR RADIKALE DEMOKRATIE¹

Der Kampf um Demokratie, verstanden als Prozess fortschreitender Demokratisierung aller politischen, ökonomischen und geistigen Bereiche der Gesellschaft, war das zentrale Problem der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Die Demokratisierung war ein Kernstück der sozialistischen Idee und bleibt auch im 21. Jahrhundert zentral für die Zukunft der Menschheit und für die politische Linke.

Vom Beginn an war das Demokratieverständnis der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung gekennzeichnet von der *Einheit* der realisierten *individuellen* (liberal-) demokratischen Freiheiten/Rechte der Persönlichkeit/des Staatsbürgers – «die Gleichheit aller vor dem Gesetz» (Hermann Klenner) – und der über diese politische Freiheit hinausgehenden *sozialen* Freiheit, das heißt des Freiseins des Einzelnen von der ökonomischen Abhängigkeit (Unfreiheit) als Lohnarbeitender, die seine Menschenwürde verletzt, nicht zuletzt durch die ständige Unsicherheit der sozialen Existenz. Heute geht es auch noch um andere Formen der ökonomischen Abhängigkeit, also der Unfreiheit, zum Beispiel der Klein- und Mittelunternehmer von Großkonzernen und Banken. Es geht um kollektive/soziale Rechte und Freiheiten, die jedem einzelnen Menschen als Mitglied der Gesellschaft zustehen. Sie erst schaffen die Voraussetzung für die *ganze Freiheit* aller Menschen auch «unter dem Gesetz» (Klenner) – erst dann ist die Würde aller Menschen wirklich gewahrt.

Der Kampf um die Einheit von politischer und sozialer Freiheit begleitete alle Revolutionen seit 1789, so auch im 19. Jahrhundert. 1848 und 1871 hatte er sich in der Forderung nach der «sozialen Republik» niedergeschlagen.²

1 Zuerst erschienen in: Ulla Plener/Julia Müller/Heinz J. Bontrup: Wirtschaftsdemokratie wieder aktuell. Pankower Vorträge 89, Hrsg. Helle Panke e. V., Berlin 2006.

2 Vgl. u. a. MEW, Bd. 17, Berlin 1962, S. 338.

Es geht also um ein radikales, da an die Wurzel – die Ökonomie, die Eigentumsverhältnisse – reichendes Verständnis von Demokratie, die auch soziale Freiheit, soziale Gerechtigkeit, soziale Gleichheit schafft.

Voraussetzung dieser radikalen Demokratie ist die Demokratisierung der Wirtschaft, weil hier, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, aufgrund der undemokratischen Eigentumsverhältnisse soziale Unfreiheit, soziale Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit begründet sind. In der Erkenntnis dieses Zusammenhangs wurzelt die von der sozialistisch bzw. sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts verfochtene Idee der Wirtschaftsdemokratie.

Was heißt Wirtschaftsdemokratie?

Das ADGB-Konzept der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts

Es waren vor allem sozialdemokratische Gewerkschafter, die diese Idee und ein entsprechendes Konzept in den 20er Jahren (u. a. Theodor Leipart und Fritz Naphtali) und in den 40/60er Jahren (u. a. Otto Brenner) des 20. Jahrhunderts begründeten.

Ihr allgemeiner Ausgangspunkt, der auch heute gilt, war: Die Wirtschaft ist keine private, sie ist eine öffentliche Angelegenheit; sie hat die materielle und geistige Existenz der ganzen Gesellschaft zu sichern; an ihr nehmen alle aktiven Mitglieder der Gesellschaft teil, sie wird von den Lohnarbeitenden ebenso wie von Unternehmern in Bewegung gesetzt. (Im Unterschied dazu hat sich heute im öffentlichen Bewusstsein festgesetzt: «die Wirtschaft» = Unternehmertum). Deshalb forderte Theodor Leipart schon im Januar 1926: «Die Wirtschaft ist nicht eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit. Jeder, der in der Wirtschaft wirkt und arbeitet, soll seine Tätigkeit als einen Dienst am Volke betrachten. Der arbeitende Mensch hat für die Wirtschaft eine noch größere Bedeutung als die Produktionsmittel. Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht mehr länger Untertanen sein, sondern gleichberechtigte Wirtschaftsbürger. Dann wird auch eintreten, dass die Wirtschaft nicht mehr vom Erwerbsinteresse des Einzelnen, sondern vom Versorgungsinteresse der Gesamtheit geführt wird.» Und 1928: «Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft.» Im Beschluss des ADGB-Kongresses von 1928, auf dem Fritz Naphtali im Auftrage Leiparts das Konzept der Wirtschaftsdemokratie begründete, hieß es: «Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich aus dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.»³ Verallgemeinernd heißt es im bis 2007 gültigen Berliner Grundsatzzprogramm der SPD von 1989: «In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht

3 Protokoll des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928, S. 21.

wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen.»⁴

Es ging und geht um einen transformatorischen Prozess – um die demokratische Umgestaltung des Wirtschaftssystems, beginnend schon jetzt und hier, wobei, so Naphtali 1928, «sowohl die Größe der einzelnen Schritte als auch das Tempo der Gangart von der Energie unseres eigenen Willens abhängig» sind.⁵

Diese Gewerkschafter verbanden ihr Konzept mit hohen Anforderungen an den Staat. Bezogen auf diesen ging es ihnen vor allem um dreierlei: 1. um den Staat als das die Unternehmermacht im Interesse der Allgemeinheit kontrollierende und beschränkende Organ; 2. um die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und damit an der Wirtschaftspolitik; 3. um die soziale Gesetzgebung zum Schutz der Lohnarbeiterschaft, auch als «Eingriff in die Autokratie der Wirtschaftsführung» seitens der Unternehmer und als Erweiterung der persönlichen Freiheitsräume der Lohnarbeitenden.

Die erste und die zweite Anforderung sollten nach Vorstellungen der Autoren des Konzepts Veränderungen in der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln bewirken. Dazu Naphtali auf dem Hamburger Kongress 1928: «Die Kontrolle des Staates mit besonderen Organen, in denen die Vertreter der Wirtschaft, das heißt für uns immer: gleichberechtigt die Vertreter der Gewerkschaften, eingeschaltet sind, muss die Handlungsfreiheit der großen wirtschaftlichen Organisationen beschränken unter den Gesichtspunkten des Gemeinwohles. Diese Beschränkung der wirtschaftlichen Verfügungsfreiheit bahnt den Weg zum Wandel in den Funktionen des Eigentums an den Produktionsmitteln.» Zur dritten Anforderung an den Staat, die Gesetzgebung betreffend, sagte Naphtali: «Die wichtigste Schranke, die der Autokratie [des Unternehmertums] durch die kollektive Machtbildung der Arbeiterschaft unmittelbar entgegengestellt wird, findet ihre Ergänzung durch die fortschreitende Durchsetzung von Forderungen der Arbeiterschaft im Staate, in der Gesetzgebung.» Die bis dahin erreichten Fortschritte der sozialen Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitskraft stellten «Stufen des Eingriffs in die Autokratie der Wirtschaftsführung in der Richtung einer Sicherung der Arbeiterschaft dar»; und sie seien zugleich der «Keim für ein neues soziales Güterrecht, der Keim für die Umgestaltung der Verteilungsordnung des kapitalistischen Systems».⁶

So sollte die Demokratisierung der Wirtschaft – mit Hilfe des Staates und aufgrund wachsenden Einflusses der Gewerkschaften zu erreichen – die Interessen der Lohnarbeiterschaft und mit ihr die der Allgemeinheit gegen die autokratische Herrschaft des

4 Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen am 20. Dezember 1989, Bonn 1990, S. 41.

5 Protokoll des ADGB-Kongresses 1928, S. 189.

6 Ebenda, S. 184 ff.

Unternehmertums in der Wirtschaft durchsetzen. Es sei die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterbewegung, ständig und ohne Unterlass zu drängen auf die öffentliche Meinung, auf die Regierung und die Gesetzgebung, zu drängen auf den Fortschritt der sozialen Entwicklung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft sollte darüber hinaus zugleich den demokratischen Staat stärken. Dazu Leipart: «Demokratie im Staate und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muss dafür sorgen, dass auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird.»⁷

Wirtschaftsdemokratie sollte auch «von unten» praktiziert werden – durch gewerkschaftseigene Banken, Betriebe, Wohnungsbau- und andere Unternehmen, Genossenschaften (vom ADGB in mehreren Fällen gegründet). Sie sollten den kapitalistischen Unternehmern «das Recht der Alleinherrschaft» in der Wirtschaft streitig machen, durch demokratische Formen des Wirtschaftens dieses in Richtung Wirtschaftsdemokratie drängen, einen Weg zu Gemeineigentum erschließen und Grundsteine für Gemeinwirtschaft legen. Heinrich Potthoff nannte das zutreffend «Sozialisierung von unten».⁸

Alles in allem wollten diese Gewerkschafter die Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft, und dazu gehörten – neben von der Weimarer Verfassung legitimierten Enteignungen – vor allem Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an wichtigen, das Leben der gesamten Gesellschaft betreffenden Produktionsmitteln sowie Banken durch wirksame Mitbestimmung der Gewerkschaften und Erweiterung des öffentlich kontrollierten Wirtschaftssektors. Als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen sollten die staatlichen Organe (Parlamente, Regierungen, Kommunen) in dieser Richtung mit entsprechender Gesetzgebung, mit Kontroll- und Planungsorganen aktiv werden.

Wirtschaftsdemokratische Forderungen in den 1940er bis 1980er Jahren

Die Idee einer gerechten Wirtschaftsordnung, die, um eine solche zu sein, demokratisch verfasst sein muss, wurde nach 1945 in Ost- und Westdeutschland wieder aufgegriffen. In der nach wie vor kapitalistisch verfassten BRD fand sie in den Grundsatzprogrammen des DGB von 1949, 1963 und 1981 wie auch in Programmen der SPD von 1946, 1959 und 1989 ihren Niederschlag.⁹

Auch in den Jahrzehnten 1949–1989 ging es der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik wie vor 1933 programmatisch um die Dreieinigkeit von Menschenwürde,

7 Zit. nach Ulla Plener: Theodor Leipart (1867–1947). Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten, 2. Halbband: Dokumente, Berlin 2000, Dok. 61.

8 Vgl. Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918–1933, Düsseldorf 1987, S. 190.

9 Vgl. dazu Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2006, S. 27–49.

politökonomischer Begründung der gleichberechtigten Teilhabe der Lohnarbeitenden an wirtschaftlichen Entscheidungen und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung des Staates: Die politische Demokratie sollte durch Demokratie in der Wirtschaft ergänzt und der Vorrang gesellschaftlicher Ziele vor privatkapitalistischer Verwertung und Aneignung erreicht werden. Im Vergleich zum ADGB-Konzept der 1920er Jahre war die Idee unter anderem in folgenden Punkten modifiziert:

a) Der Ruf nach *Kontrolle* wirtschaftlicher Macht der Großkonzerne und Großbanken durch staatliche Institutionen bei Teilnahme der Gewerkschaften rückte stärker in den Vordergrund; eine gesamtwirtschaftliche *Rahmenplanung* sollte seitens staatlicher Gremien realisiert werden (in den 1970/80er Jahren mit der Forderung nach Investitionslenkung ergänzt); dafür sollten Wirtschafts- und Sozialräte, zusammengesetzt aus Vertretern des Staates, der Unternehmer und der Gewerkschaften, eingerichtet werden.

b) Die *Mitbestimmungsrechte* der Lohnarbeitenden auf den einzelnen Ebenen des Wirtschaftens (Arbeitsplatz, Betrieb, Konzern, nationale Gesamtwirtschaft, Europäische Union) sowie auf weiteren Feldern des gesellschaftlichen Lebens (Verwaltungen, Bildung, Gesundheitswesen, Medien usw.) sollten erweitert werden. Die Mitbestimmung wurde zum absoluten Schwerpunkt der konzeptionellen und praktischen Aktivität, so dass darin die umfassendere Idee der Wirtschaftsdemokratie zunehmend aufging.

c) Das *öffentliche Eigentum* als ein Instrument für die angestrebte Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft und zugleich als ihr Bestandteil sollte erhalten und ausgeweitet werden.

d) Dagegen *rückten* die in den 1920er Jahren versuchten Ansätze einer nicht auf staatliche Intervention setzenden «Sozialisierung von unten» weitgehend aus dem Blick.

Besonders die Forderung nach Mitbestimmung wurde von Gewerkschaften zum Teil in öffentlichen Kampagnen artikuliert.¹⁰ Die weitergehende Idee der Wirtschaftsdemokratie hat aber in nur begrenztem Maße die Wirklichkeit geprägt und kaum das allgemeine *gesellschaftliche* Bewusstsein erfasst. Sie wurde von Zeit zu Zeit – so am Beginn der 1950er Jahre und zuletzt im Auslauf der 1980er Jahre – von Aktionen und Bewegungen getragen, die zum Teil politisch wirksam wurden (Gesetzgebung; Positionen/Maßnahmen von Parteien, Landes- und Bundesregierungen) und verschiedene Formen der «Demokratie von unten» praktizierten. Weitergehende Gesetze und Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft scheiterten am Widerstand der Unternehmerverbände, die die unumschränkte Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionseinheiten verteidigten und dabei seitens der Justiz unterstützt wurden.¹¹

¹⁰ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Heinz Bontrup in: ders./Plener/Müller: Wirtschaftsdemokratie wieder aktuell.

¹¹ Vgl. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 1.3.1979 zur Klage der Unternehmerverbände gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976: «Der Gesetzgeber hält sich jedenfalls dann innerhalb der Grenzen zulässiger

Die Gewerkschaften vermochten es nicht, durch Widerstand in den Betrieben und öffentlichkeitswirksame Kampagnen die Arbeitnehmer zu mobilisieren und so nachhaltigen Druck auf Unternehmer und Politiker auszuüben, was nach ihrer eigenen Erkenntnis notwendig gewesen wäre, um ihre Anliegen «politisch zu erkämpfen».

Die SPD hatte weder als Regierungs- noch als Oppositionspartei etwas wirksames unternommen, um durch «staatliche Steuerung, die Gegenmacht der Gewerkschaften, Dezentralisierung von Entscheidungen und gesellschaftlichen Konsens auf der Grundlage eines breiten Reformbündnisses» auch nur annähernd «Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen».¹² 1990/1991 unternahm sie (ebenso wie der DGB) nichts, um im Sinne ihres gerade angenommenen Berliner Grundsatzprogramms die Volkseigenen Betriebe (VEB) der DDR in öffentliches Bundes- oder Ländereigentum zu überführen und so die staatlichen Möglichkeiten für demokratische Eingriffe in die wirtschaftlichen Abläufe zu erweitern und zu stärken.

Seit den 1990er Jahren: Die Idee von SPD und DGB verdrängt

Im Gegenteil: Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus wurden wirtschaftsdemokratische Ideen von SPD und DGB fallengelassen. Sie wurden aus dem öffentlichen Bewusstsein völlig verdrängt.

Die SPD-Führung hat sich in den 1990er Jahren – vollends seit die SPD 1998 Regierungspartei wurde – von der sozialdemokratischen Ur-Idee verabschiedet, soziale Gerechtigkeit vermittelt einer grundlegenden, die Eigentumsverhältnisse einschließenden Demokratisierung der Gesellschaft, darunter in erster Linie der Wirtschaft, herbeizuführen.¹³ Am Beginn des neuen Jahrhunderts kam von den SPD-Führungskräften nichts Neues im Vergleich zum Jahrzehnt davor.¹⁴ Die sozialdemokratische Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie bleibt versenkt.

Bei den Linken in der SPD waren in den 1990er Jahren Ideen der Wirtschaftsdemokratie – der Ökonomie des ganzen Hauses (Oskar Negt) – noch lebendig.¹⁵ Sollte es am Beginn des neuen Jahrhunderts in dieser Partei noch Linke geben – sie schweigen ...

Inhalts- und Schrankenbestimmung, wenn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht dazu führt, dass über das im Unternehmen investierte Kapital gegen den Willen der Anteilseigner entschieden werden kann, wenn diese nicht aufgrund der Mitbestimmung die Kontrolle über die Führungsauswahl im Unternehmen verlieren und wenn ihnen das Letztentscheidungsrecht belassen wird.» (Zit. nach Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 4/1979, S. 26.)

12 Grundsatzprogramm der SPD, S. 42.

13 Vgl. Plener: Wirtschaften, S. 80–83.

14 Vgl. Wolfgang Thierse: Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm, Redetypuskript (23.6.2003); Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD (6.11.2003), vorgelegt von Mitgliedern der «Redaktionsgruppe Programmkommission» der SPD; Programmimpuls. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD (7.11.2003), vorgelegt von Netzwerk Berlin, einer Gruppe jüngerer MdB und Politiker der SPD; Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD (24.4.2006), Sonderdruck; Das neue Grundsatzprogramm der SPD. Herausforderungen und Perspektiven, in: Policy, Politische Akademie 9/2006.

15 Vgl. Plener, Wirtschaften, S. 83–96.

Die mehr oder weniger offiziellen gewerkschaftlichen Positionen zum Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie in der Wirtschaft reduzierten sich seit den 1990er Jahren auf folgende Aussagen:

1. Der *ethische Aspekt* der Menschenwürde als Ausgangspunkt der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist noch präsent. Aber der Menschenwürde gewichtigster Inhalt, der für die «alte» Arbeiterbewegung immer auch und vor allem in der Freiheit von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten bestand, wird kaum noch artikuliert.

2. Die *politökonomische Begründung* der sozialen Gerechtigkeit, in deren Zentrum demokratischen Grundsätzen widersprechende ungerechte Eigentumsverhältnisse standen und die deshalb auf eine veränderte – demokratische – Teilung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an volkswirtschaftlich relevanten Produktionsmitteln zielte, ist weitgehend aus dem Blick gerückt: Es geht nicht mehr um eine Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an diesen Produktionsmitteln (heute als «Produktivvermögen» oder «Vermögensbestand» umschrieben), sondern vorwiegend um Verteilungsprobleme sekundärer Art, die zweifellos wichtig sind, aber nicht an die Wurzel der festgestellten Übel rühren. Es geht auch nicht mehr um demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht der Großkapitale, auch wird kaum noch an das im Grundgesetz festgeschriebene Gebot der Sozialpflichtigkeit dieses Eigentums erinnert, geschweige denn diese energisch – durch öffentliche, das Alltagsbewusstsein beeinflussende Aktionen und Initiativen – eingefordert. Das öffentliche Eigentum wird verbal noch verteidigt, aber die Öffentlichkeit dafür nicht mobilisiert. Als einzige Säule der Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft bleibt der Ausbau der *Mitbestimmung* der Lohnarbeitenden am Arbeitsplatz, im Betrieb und Konzern/Unternehmen (zum Teil auch bei Entscheidungen um das Was und Wie der Produktion). Die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung im nationalstaatlichen Rahmen wurde unter Verweis auf Europäisierung und Globalisierung fallengelassen.

3. Die *Verantwortung des Staates* wurde weitgehend auf das Feld der *sozialen Sicherung zurückgeschraubt*. Zwar wird seinem vollkommenen Rückzug aus «der Wirtschaft» widersprochen, aber seine Aufgabe, gegenüber dieser die gesamtgesellschaftlichen Anliegen zu vertreten, bleibt diffus. Die diesbezüglichen konkreten Forderungen der früheren DGB-Grundsatzprogramme, insbesondere die nach Kontrolle der Konzern- und Bankenmacht durch staatliche und gesellschaftliche Gremien, werden nicht mehr öffentlich vertreten.

4. Ideen eines *demokratischen Wirtschaftens «von unten»* werden von offizieller gewerkschaftlicher Seite nicht unterbreitet; auch nicht Idee und Praxis der Genossenschaften öffentlich artikuliert und nachdrücklich unterstützt.

Alles in allem: Der überwiegende Teil gewerkschaftlicher Führungskräfte unterwarf sich nach dem Antritt der rot-grünen Regierung 1998 dem SPD-«Modernisierungskonzept» und übernahm dessen entpolitisierte Sprache. Anstelle

der bis 1989 verfochtenen Demokratisierung der Wirtschaft vertreten seitdem viele von ihnen die einseitige, Interessen der Lohnarbeitenden zurückstellende, «vertrauensvolle Zusammenarbeit» mit Vertretern des Kapitals im Sinne der «Mitgestaltung des wirtschaftlichen Standorts Deutschland». ¹⁶ Eine solche Zusammenarbeit schlägt aber – so jedenfalls die historische Erfahrung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg – bei Ausbleiben eines starken sozialen Drucks, den vor allem Massenaktionen verschiedenster Art ausüben, schließlich zugunsten der Kapitaleseite aus.

Den seit 2001 vorliegenden mehr oder weniger offiziellen Dokumenten des DGB nach zu urteilen, zeichnet sich auch am Beginn des neuen Jahrhunderts keine Rückkehr zu Ideen der Wirtschaftsdemokratie ab. Wie schon nach 1990 umgehen Veröffentlichungen aus dem DGB auch in den letzten fünf Jahren die politökonomischen Grundlagen des heutigen Kapitalismus, selbst der Begriff taucht nur selten auf – die Rede ist von «Wirtschaft», «Unternehmen», «Unternehmern», «Arbeitgebern». Wirtschaftsdemokratie (auch dieser Begriff kommt kaum vor) wird auf betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung reduziert, und nur auf diese bezogen werden die Herausforderungen der neuen Phase des Kapitalismus im Zusammenhang mit dem Thema Demokratie reflektiert. Mitbestimmung wird auch jetzt nicht als ein Standbein der Wirtschaftsdemokratie und als Gegenmacht der Lohnarbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum gehandhabt, sondern als ein das gegebene Wirtschaftssystem in der BRD erhaltende, ja befördernde Instrument gepriesen. Es wird stolz darauf verwiesen, dass die BRD die niedrigste Streikintensität unter den westeuropäischen Staaten aufweise, die heute praktizierte Mitbestimmung den Burgfrieden in diesem Lande sichere. ¹⁷

Prononciert kam das auf der Jubiläumsveranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung zum 30. Jahrestag des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 am 30. August 2006 in Berlin zum Ausdruck. Jürgen Peters, Vorsitzender der IG Metall, behauptete sogar, es sei «das System unserer Mitbestimmung, das Deutschland wirtschaftlich und sozial stark gemacht hat», und: «Dieses System ist tief verwurzelt in unserer demokratische [!] Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.» ¹⁸ Wenn das so ist, braucht die Demokratisierung der Wirtschaft (zumal in ihrem umfassenden Sinn) heute kein Thema mehr zu sein.

16 Vgl. ebenda, S. 51–69.

17 Vgl. Hans-Böckler-Stiftung: Pro Mitbestimmung. Für eine moderne Unternehmensverfassung, Düsseldorf 2004; Karl Lauschke: Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die Entstehungsgeschichte des Mitbestimmungsgesetzes von 1976, herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2006; Jürgen Peters: Zukunft fairteilen. Verteilungspolitik in der Zukunftsdebatte der IG Metall, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/2001; Mehr erkennen. Weiter denken. Zukunft leben. Die Zukunftsdebatte der IG Metall: Offensive 2010. Chancen für eine bessere Zukunft. Zukunftsmanifest, beschlossen vom Vorstand der IG Metall am 8.10.2002.

18 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung vom 30.8.2006. 30 Jahre Mitbestimmungsgesetz von 1976, Düsseldorf 2006, S. 77.

Anders als die Führungskräfte des DGB und seiner Einzelgewerkschaften vertreten viele traditionsbewusste Gewerkschafter auch nach 1989/1990 und bis heute weitergehende Positionen:

1. Diese sind ethisch motiviert, gründen sich – auch angesichts der neuen Bedingungen des «Informationskapitalismus» und der neoliberalen Strategien der Globalisierung – auf die politökonomische Bestimmung der heutigen Gesellschaft als kapitalistisch und vertreten gegen deren menschenfeindliche und nichtdemokratische ökonomische, soziale und politische Folgen die politische Ökonomie der Lohnarbeitenden.

2. Sie artikulieren nach wie vor klar die bestehende Konzentration wirtschaftlicher Macht bei international agierenden Konzernen und Banken und fordern deren Kontrolle, Beschränkung und durchgehende Demokratisierung mit politischen (staatlichen, Gesetzgebung eingeschlossen) und gesellschaftlichen Mitteln. Sie begleiteten kritisch die neoliberalen Dogmen folgende Politik der – bis 2005 rot-grünen – Bundesregierungen.

3. Sie haben nach wie vor das kapitalistische Großeigentum als die Grundlage für Demokratiegefährdungen im Blick.

4. Sie orientierten auf Aktionen und Mobilisierung, nicht zuletzt auch deshalb, um das gesellschaftliche Bewusstsein für Ideen der Wirtschaftsdemokratisierung zu öffnen und zu beeinflussen.¹⁹

Diese Gewerkschafter verstehen Gewerkschaften wie im 20. Jahrhundert als Gegenmacht gegen das Unternehmertum. Sie wollen die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erweitern und über die Mitbestimmung hinaus gesellschaftliche und staatliche Kontrolle, Regulierung, Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe, vor allem dort, wo die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in eklatanter Weise verletzt wird; sie verlangen nach Gesetzen und Sanktionen seitens des Staates, also der Parlamente und Regierungen, im Sinne des Allgemeinwohls, das heißt eine konkrete gesetzliche Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Produktionsmitteln – die Beschränkung der Freiheit aus dem Eigentumsrecht, seine Bindung an soziale, am Allgemeinwohl orientierte Kriterien.²⁰

19 Vgl. Plener, *Wirtschaften*, S. 69–79.

20 Vgl. Chancen für die Zukunft der Arbeit? Zum Entwurf eines Zukunftsmanifests der IG Metall, in: *Sozialismus* 7–8/2002; Forum Gewerkschaften: Müllhaufen der Geschichte oder wirtschaftsdemokratische Perspektive? Angriffe auf die Mitbestimmung, in: *Sozialismus* 3/2005; Klaus Ahlheim/Horst Mathes: Plädoyer für eine kritische politische Bildung, in: *Sozialismus* 5/2005; Werner Dreibus: Wer sich im Kreis bewegt, kommt nicht wirklich voran. Die IG Metall Bildungsdebatte nähert sich ihrem Ende, in: *Sozialismus* 9/2006.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts:

Wirtschaftsdemokratie bei der Linken wieder in der Diskussion

Programmatisch wurden Ideen der Wirtschaftsdemokratie in den 1990er Jahren von Sozialisten in und außerhalb der PDS vertreten.²¹ Seit Beginn des neuen Jahrhunderts zeichnet sich bei Linken eine neue Diskussion über die Notwendigkeit demokratischen Wirtschaftens für das Allgemeinwohl – also der Wirtschaftsdemokratie – ab. Der Hintergrund: die Realitäten des entfesselten Kapitalismus beim Übergang zum 21. Jahrhundert.

Seit 2002 fanden europaweit und in der Bundesrepublik Deutschland mehrere direkt diesem Thema gewidmete Tagungen statt, darunter 2002 in Herne, 2003 in Stockholm, 2004 in Brüssel, 2005 bei der Bundesverwaltung von ver.di in Berlin, 2006 in Hamburg und Berlin. Parallel dazu wurde Wirtschaftsdemokratie im letzten Jahrfünft wieder zu einem Thema in der linken wissenschaftlichen Literatur.²²

Seit dem Sommer 2005 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland etwas Neues: Die PDS (die seit dieser Zeit Linkspartei.PDS heißt) und die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), ein Zusammenschluss linker Sozialdemokraten, Gewerkschafter und anderer Linker, führten gemeinsam – und mit Erfolg – den Wahlkampf zu den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 und streben nun gemeinsam eine gesamtdeutsche, links von der SPD verortete Partei an, die 2007 konstituiert werden soll. In der dafür begonnenen programmatischen Diskussion spielen auch Idee und Forderung nach Wirtschaftsdemokratie eine Rolle – wenn auch nicht als Kern einer zentralen strategischen Orientierung auf eine radikale Demokratie.

Im «Aufruf zur Gründung einer neuen Linken»²³ (2.6.2006) heißt es knapp und bündig: «Die Linke will die Wirtschaftsdemokratie», und diese wird an mehreren Stellen mit den bekannten wirtschaftsdemokratischen Forderungen, auch mit Bezug auf das Grundgesetz, Art. 14.2 und 15, inhaltlich umschrieben. Unklar bleiben die Stellung zum und die Anforderungen an den Staat, der explizit nur genannt wird, wenn es um den Sozialstaat geht, oder im Zusammenhang mit der Finanz- und Steuerpolitik. Seine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und die Gesetzgebung werden nicht eindeutig angesprochen.

Ähnlich in den drei (Februar, September, Oktober 2006) von den Vorständen der Linkspartei.PDS und der WASG vorgelegten Entwürfen für «Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland».²⁴ Während im

21 Vgl. Plener: Wirtschaften, S. 96–110.

22 Ebenda; Jörg Huffschmid: Die Zähmung der Konzerne. Wirtschaftsmacht braucht demokratische Gegenmacht, in: Rudolf Hickel/Frank Strickstroock (Hrsg.): Brauchen wir eine andere Wirtschaft? Reinbek bei Hamburg 2001; Michael R. Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, in: Widerspruch 43/2002; Heinz J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Köln 2005; Heinz J. Bontrup/Julia Müller u. a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006.

23 Vgl. Neues Deutschland, 3./4.6.2006.

24 Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland. Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Entwürfe, verabschiedet auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22.10.2006 in

1. Entwurf bei der Zielbestimmung an erster Stelle «die Unterordnung der Wirtschaft unter soziale und ökologische Zielsetzungen einer gerechten Politik, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse» genannt und der Wirtschaftsdemokratie ein eigenständiger Abschnitt gewidmet war, werden die entsprechenden Gedanken in den beiden späteren Entwürfen zwar inhaltlich gleichgerichtet, aber sehr viel kürzer gehalten. In allen drei Fassungen der «Eckpunkte» taucht das demokratische Wirtschaften «von unten» (als Bestandteil der Demokratisierung der Wirtschaft) nur ganz am Rande auf.

Alle drei Fassungen der «Eckpunkte» enthalten keine klaren Aussagen zum Staat. Auch hier taucht dieser explizit nur als *Sozialstaat* auf, und es ist *Staat* zu vermuten, wenn von *Politik* auf den verschiedensten Gebieten die Rede ist. Über den parlamentarischen und außerparlamentarischen Umgang der Linken mit der grundgesetzlich gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14.2 GG) sagen die «Eckpunkte» nichts aus.

In der begonnenen Programmdiskussion wurden aber bemerkenswerte und zum Teil konstruktive, ergänzende Gedanken geäußert.

Dabei bilden wie schon in den 1990er Jahren das Problem Eigentum und die *Alternativen* zum heutigen Kapitalismus als Voraussetzung für die Mobilisierungsfähigkeit der Linken besondere Schwerpunkte. Da wurden auch die Anforderungen an den Staat teilweise konkreter formuliert.

Hinsichtlich des Eigentums wird auf die verschiedenen Formen des Eigentums und der Verfügbarkeit darüber hingewiesen: Es gehe um einen «bunten Mix an Eigentumsverhältnissen» bei «qualitativ neuer Selbst- und Mitbestimmung in Großbetrieben und strategisch aufgewerteten Gewerkschaften». ²⁵ Kurzfristig gehe es darum, eine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums zu verhindern, genossenschaftliches und kommunales Eigentum zu fördern, Klein- und Mittelunternehmer zu unterstützen, u. ä. m. ²⁶

Es werden Überlegungen speziell zum öffentlichen Eigentum angestellt, wobei es um die Staatsproblematik auf kommunaler Ebene geht: Es sei Aufgabe linker Politik gegenüber öffentlichem Eigentum, die Eigentümerfunktion zu demokratisieren durch Transparenz, Offenlegung unterschiedlicher Interessenlagen und Vorschläge für deren Ausgleich, klare Aufträge an öffentliche Unternehmen, Zielvereinbarungen mit den Betriebsführungen und so weiter. ²⁷ Das Eigentum in öffentlicher Hand

Erfurt. Beilage zur Tageszeitung Neues Deutschland, 28./29.10.2006. (1. Entwurf in: Die Linke.PDS-Pressedienst 9/2006, Berlin; 2. Entwurf in: Die Linke.PDS-Pressedienst 39/2006).

25 Vgl. Diether Dehm/Wolfgang Gehrcke/Paul Schäfer: Gegenmacht in Opposition – und Regierung. Antikriegspolitik, wirtschaftsdemokratischer Umstieg und prinzipielle Bereitschaft zum Regieren. Beitrag zur Linkspartei-Debatte, in: Neues Deutschland, 4./5.2.2006.

26 Vgl. Klaus Steinitz: Bedingungen und Chancen alternativer Wirtschaftspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 85, Berlin 2006.

27 Vgl. Horst Kahrs: Von der Anti-Privatisierungspolitik zur Politik der »Ökonomie des Gemeinwesens«. Acht Näherungen, März 2006, Manuskript für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

(darunter öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser u. ä. m.) sollte plausibel begründet werden, Steuergelder sollten als Gemeineigentum gefasst werden, das für die Allgemeinheit und nicht für Subventionen der Konzerne einzusetzen ist. Es gehe «nicht gegen das Privateigentum schlechthin, sondern gegen die Privatisierung von Naturgütern, gegen den ungezügelteten Verkauf öffentlichen Vermögens an Private, gegen Monopolmacht, die sich demokratischer Kontrolle entzieht, und gegen soziale Entwertung des Unternehmertums».²⁸

In der linken Diskussion wird immer wieder – wie schon von den oben zitierten Gewerkschaftern – auf das bisher nicht ausgeschöpfte Gebot des Grundgesetzes Art. 14.2 – «Eigentum verpflichtet» (wie auch Art. 15 und 74.16) – und damit auf die entsprechenden Anforderungen an den Staat und die Gesetzgebung verwiesen.

Die Linke sollte Vorschläge unterbreiten, wann die Vergesellschaftungsoption zum Wohle der Allgemeinheit Anwendung finden muss, etwa in Fällen der Gefährdung der Allgemeinheit durch Chemie- und Pharmakonzerne, oder der rund 800 Millionen Hektar ehemals volkseigener Acker- und Waldflächen der DDR, die in Bundes- oder Landeseigentum zu belassen und langfristig an Bauern zu verpachten wären, statt sie zu verkaufen.²⁹

Jobvernichtung müsse bestraft, statt gefördert werden: Die von einem Unternehmen zu zahlenden Sozialabgaben müssen die Anzahl der vernichteten Arbeitsplätze in Rechnung stellen und gleichzeitig die gesamte Wertschöpfung im Konzern berücksichtigen; bei Entlassungen müsse seitens der Unternehmer überproportional in den Sozialfonds eingezahlt werden.³⁰

Die Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten Mindestanteil ihrer Einlagen in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an kleine und mittelständische Unternehmen zu vergeben; das öffentliche Sparkassenwesen muss gegenüber privaten Banken gestützt werden, um die Umsetzung solcher Forderungen zu erleichtern.³¹ Ebenso bei der Energiewirtschaft: «Die Energiepreise müssen wieder staatlich reguliert und kontrolliert werden.»³²

Jede angeführte Überlegung wäre im Falle der Verwirklichung ein realer Schritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie.

28 Vgl. Christa Luft: Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus suchen, in: Ulrich Maurer/Hans Modrow (Hrsg.): Überholt wird links, Berlin 2005.

29 Vgl. Luft: Entwicklungspfade, S. 147.

30 Vgl. Sahra Wagenknecht/Nele Hirsch/Tobias Pflüger: Für eine antikapitalistische Linke. Thesen für die programmatische Debatte der neuen Linken, 26. März 2006.

31 Vgl. Ebenda.

32 Vgl. Oskar Lafontaine: Rede auf dem Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle, 29./30.4.2006, in: Disput/Presse- dienst (Hrsg. Die Linke.PDS) 18/19.5.2006, Berlin.

Zusammen mit weiteren Vorschlägen und Forderungen, die zum Teil schon in den 1990er Jahren unterbreitet worden waren, ergeben sie *Konturen eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl jetzt und heute*. Dazu gehören Forderungen nach

- Gesetzlichen Regelungen, Transparenz, Kontrolle, Regulierung der Wirtschaft; politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Großeigentum an Produktionsmitteln und Finanzkapital, wenn es die Sozialpflichtigkeit verletzt, nach GG Art. 14.2, 15 und 74.16; darunter: deutliche Verschärfung des deutschen und europäischen Kartellrechts bis hin zur Möglichkeit, Konzerne und Banken zu entflechten oder zu enteignen;
- Verankerung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums im EU-Vertrag;
- Schutz und Mehrung öffentlichen (kommunalen, Länder-, Bundes-)Eigentums bei demokratischer Kontrolle seitens Gewerkschaften und anderer demokratischer gesellschaftlicher Kräfte;
- neuen Regelungen für gemeinwohlorientierte Verfügung über Grund und Boden; Überwindung der Bodenspekulation;
- staatlicher Beteiligung an den vom Staat (Kommunen, Ländern, dem Bund) subventionierten Unternehmen;
- Einschränkung der Macht von Banken und Versicherungen, zum Beispiel durch Abschaffung des Depotstimmrechts der Banken, Erweiterung der Rechte von Minderheitenaktionären, Stärkung der Rechte der Verbraucher durch Einführung von Verbandsklagerechten;
- Verbindlichen, demokratisch (durch Parlamente, Runde Tische) legitimierten Rahmenvorgaben gegenüber wirtschaftlichen Unternehmen, wenn es um gesamtgesellschaftliche Anliegen geht (Auflagen, Gebote, Verbote, Steueranreize usw.);
- einem öffentlich geförderten, nicht profitorientierten Beschäftigungssektor (ÖBS), auch als Möglichkeit der demokratischen Verfügung über (Kontrolle des, Einflussnahme auf, Eingriff in) das Eigentum an grundlegenden Produktionsmitteln und Form demokratischen Wirtschaftens;
- Unterstützung von Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und anderen Formen gemeinschaftlichen solidarischen Wirtschaftens in allen Bereichen: Produktion, Konsum, Handel, Kunst, Presse, Verlagswesen als Wirtschaftsdemokratisierung «von unten»;
- Ausweitung der Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung, Aufsicht, Beteiligung an finanziell gestützten Unternehmen;
- Förderung des regionalen, sozial und ökologisch orientierten Wirtschaftens, auch durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung;
- Konkretisierung der Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten als beratende, kontrollierende, gestaltende Einrichtungen für die regionale, eventuell auch Landes- und Bundes- bzw. Branchenebene, und zwar nicht als bürokratische, sondern von gesellschaftlichen Kräften/Verbänden getragene, offene und transparent arbeitende Gremien; Ausbau der Beteiligung der Gewerkschaften, Umweltschutz-

verbände und anderer gesellschaftlicher Gremien an der Regional- und Strukturpolitik;

- Ausweitung der Mitbestimmung, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten, auf allen Ebenen: am Arbeitsplatz, im Betrieb, Unternehmen/Konzern; und in allen Bereichen: im öffentlichen Dienst, bei Medien usw. – und gesamtgesellschaftlich in den Grenzen des Nationalstaates, was in Tarifverträgen festzuschreiben ist;
- Prüfung der Idee und Praxis der Teilhaberechte von Arbeitnehmern am Produktivvermögen (Produktionsmitteln) hinsichtlich der Möglichkeit, die Verfügungsgewalt über das Eigentum daran zu demokratisieren;
- Herausnahme öffentlicher Güter wie Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungswesen, Wasser- und Energieversorgung aus der Regulierung durch das Profitsystem.

Zusammengenommen ergeben die in der linken Diskussion vorgetragenen Vorschläge und Forderungen *Konturen eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl jetzt und hier*. So könnte ein «Zustand des Übergangs» erreicht werden, wo – nach Marx – «auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der anderen Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Übergangsmaßregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen».³³

Ohne den – demokratisierten – Staat (Parlamente, Regierungen, Gesetzgebung) und ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Neoliberalismus – für Wirtschaftsdemokratie werden diese Forderungen und Vorschläge nicht zu verwirklichen sein. Um die hier wiedergegebenen Schritte in Richtung eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl gehen zu können, ist eine breite Bewegung und dafür Mobilisierung der Öffentlichkeit durch außerparlamentarische und parlamentarische Kampagnen und Aufklärung, nicht zuletzt politökonomische Alphabetisierung breiter Schichten der Bevölkerung über den Kapitalismus – gegen die Mythen der neoliberalen Ideologie, die diesen als Endpunkt der Geschichte darstellen – dringend notwendig.

In der wieder beginnenden neuen Diskussion über Wirtschaftsdemokratie als Kern der Demokratisierung der Gesellschaft und Weg zur sozialen Gerechtigkeit lassen sich aus dem hier Referierten folgende Schwerpunkte/Forderungen ableiten, die weiter zu diskutieren, zu konkretisieren und – durch parlamentarische Initiative und Aktivitäten, außerparlamentarische Aktionen, Publikationen, Werbekampagnen – *in die Öffentlichkeit zu tragen* sind:

- Die Unantastbarkeit der *Menschenwürde* (GG Art. 1) verträgt sich nicht mit den gegebenen undemokratischen Machtverhältnissen in der Wirtschaft, in der das große Kapital und seine grenzenlose Profitjagd auf Kosten der gesamten Gesellschaft absolut dominieren. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist der Weg zur Veränderung, auch im Sinne des Grundgesetzes.

33 Karl Marx: Bericht des Generalrats über das Erbrecht (1869), in: MEW, Bd. 16, S. 368 f.

- Demokratisierung der Wirtschaft erfordert die *Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum* an volkswirtschaftlich entscheidenden Produktions- und Reproduktionsmitteln. Dazu gehören Schutz und Mehrung des öffentlichen Eigentums in allen gesellschaftlichen Bereichen, Medien, Bildung, Gesundheitswesen eingeschlossen, von der Kommune bis zum Bund – auch im Widerstand gegen die entgegengesetzten, neoliberal bestimmten Weisungen der EU-Kommission. Dazu gehört die demokratische Kontrolle der gesamtgesellschaftlich relevanten Abläufe in der Wirtschaft, auch im Rahmen des Nationalstaates.
- Die *paritätische Mitbestimmung* der Belegschaften ist zu verteidigen, auf alle Betriebe und Unternehmen auszuweiten und auf wirtschaftliche Entscheidungen auszuweiten. Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können.
- *Vom Staat* – Regierungen/Parlamenten in Kommunen/Ländern/Bund – ist die *Sozialpflichtigkeit des Eigentums* (GG Art. 14.2) *einzufordern*. Das Primat der Politik ist gegenüber den in der Wirtschaft Mächtigen staatlicherseits durchzusetzen. Eine gemeinwohlorientierte staatliche Wirtschaftspolitik hat «von oben» die erforderlichen Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum und öffentlich geförderte Dienstleistungen zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue einzurichten. Der Staat hat, auch gestützt auf Art. 1, 14.2, 15, 74.16 des Grundgesetzes, zum Wohl der Menschen mit Gesetzen, gezielter Förderung und Sanktionen regulierend die Wirtschaft mitzugestalten. Über die Möglichkeiten der Demokratisierung des Staates – der Erweiterung des Einflusses der Bevölkerungsmehrheit auf staatliche Entscheidungen – muss weiter diskutiert werden.
- Eine *demokratisierte Wirtschaft ist auch* durch Erschließen gesellschaftlicher Potenziale «von unten» *anzustreben, indem gemeinwohlorientierte, demokratisch verwaltete solidarische Wirtschaftsformen* – Genossenschaften, autonome Betriebe, Netzwerke – von Kommunen, Gewerkschaften, Konsumenten-, Umweltschutzverbänden unterstützt und gefördert werden.

Die Fahne der neuen Linken im 21. Jahrhundert sollte die konkrete Utopie der konsequenten, radikalen Demokratie mit ihrem Kern Wirtschaftsdemokratie sein. Die Forderung nach dem gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaften sollte – von Parlamentstrüben aus und durch außerparlamentarische Aktionen – ins Zentrum der öffentlichen Debatte über eine realistische Alternative zum menschenverachtenden Raubkapitalismus gerückt werden. Diese Forderung kann das «Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation» (Frank Deppe) werden, das – verbunden mit der ökonomischen und politischen Alphabetisierung – als Leitidee soziale Kämpfe und Bewegungen der Gegenwart hegemoniefähig machen würde. Ohne solche Kämpfe und Bewegungen werden – dies sei noch einmal wiederholt – die bestehenden, die Menschenwürde täglich millionenfach verletzenden Herrschaftsverhältnisse nicht zugunsten der großen Mehrheit der Menschen und der Völker umgewandelt werden können.

Die auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft *verwirklichte radikale Demokratie* würde die von den Linken erstrebte Gesellschaft, die sich auf Kooperation statt auf Konfrontation gründet, die demokratisch, sozial gerecht, friedlich und naturverträglich, solidarisch und nichtpatriarchal ist, in der jeder Mensch und jedes Volk am allgemeinen Wohlstand teilhat und sich frei entfalten kann, verwirklichen. Das wäre eine Gesellschaft, die auch eine *sozialistische* genannt werden könnte.

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IN DER PROGRAMMDISKUSSION DER NEUEN LINKEN

EINE ÜBERSICHT (2006)¹

Im Jahr 2000/2001 veröffentlichte diese Zeitschrift eine dreiteilige Studie zum Thema «Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie». Es ging um Wirtschaftsdemokratie als eine Ur-Idee der Arbeiterbewegung, die mit der heute von vielen Seiten geforderten sozialen Gerechtigkeit unmittelbar verbunden war und in Deutschland von der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung (SPD, Gewerkschaften) spätestens seit der vorletzten Jahrhundertwende programmatisch artikuliert, aber seit der Zeitenwende 1989/1990 weitgehend verdrängt wurde.² In der aktuellen Diskussion um soziale Gerechtigkeit und die Lösung weltweit anstehender Probleme der Menschheit sollte diese Idee wiederbelebt und neu angeeignet werden. Der Appell verhallte damals weitgehend ungehört.

Doch seit 2002 scheint die Idee bei der politischen Linken in Deutschland wieder salonfähig zu werden. Den Hintergrund bilden ganz offensichtlich die Realitäten des Kapitalismus der Gegenwart: «Der entfesselte, neoliberalisierte, globalisierte, die Gesellschaft polarisierende Kapitalismus bringt – dialektisch gesprochen – seinen eigenen Widerspruch hervor, setzt die alte soziale Frage, nämlich die nach der Klassengesellschaft und nach sozialer Gerechtigkeit, wieder auf die Tagesordnung [...]». Der Neoliberalismus diskreditiert sich zunehmend selbst. Der Ruf nach einer aktiveren Rolle des Staates, nach dem staatlichen Eingriff in Wirtschaft und Gesellschaft wird lauter. Oder anders und abstrakter formuliert: Der Widerspruch von Kapital und

1 Zuerst erschienen in: Utopie kreativ 195/2007, S. 31–40.

2 Vgl. die drei Beiträge «Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung» in diesem Band ab S. 27 ff. Zusammengefasst und erweitert in: Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2001, ergänzt um eine Übersicht des Umgangs mit der Idee Wirtschaftsdemokratie in DGB, SPD und der LINKEN in den Jahren 2001–2006 in: dies.: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2006.

Arbeit hat sich nicht verflüchtigt, auch wenn die Produktionsgesellschaft [...] an ihr Ende kommt.»³

Seit 2002 fanden europaweit und in der Bundesrepublik Deutschland mehrere direkt dem Thema Wirtschaftsdemokratie gewidmete Tagungen statt, darunter 2002 in Herne, 2003 in Stockholm, 2004 in Brüssel, 2006 in Hamburg.⁴ Parallel dazu wurde Wirtschaftsdemokratie in den letzten Jahren wieder zu einem Thema in der linken wissenschaftlichen Literatur, darunter 2006 ein Sammelband, der den Begriff Wirtschaftsdemokratie auch im Haupttitel führt.⁵

Demgegenüber beharren SPD- und DGB-Führungskräfte auf dem Schröderschen «Modernisierungskonzept», wie es von der SPD als Regierungspartei seit 1998 praktiziert wird. In der seit 1999 geführten Programmdiskussion der SPD ist nicht einmal mehr von Kapitalismus die Rede, die Idee Wirtschaftsdemokratie bleibt entsprechend versenkt.⁶ Und die Linken in der SPD (in den 1990er Jahren gab es aus ihren Reihen zu diesem Thema noch konstruktive Gedanken)⁷ – sollte es sie in dieser Partei noch geben – schweigen.

Nicht viel anders bei den Spitzen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Prononciert kam das auf der Jubiläumsveranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung zum 30. Jahrestag des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 am 30. August 2006 in Berlin zum Ausdruck. Sie stand zwar unter dem Motto «Mehr Demokratie in der Wirtschaft», beschränkte sich aber in der Fragestellung auf die betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung, und zwar im Sinne der realisierten «Sozialpartnerschaft». Jürgen Peters meinte hier: Es sei «das System unserer Mitbestimmung, das Deutschland wirtschaftlich und sozial stark gemacht hat»; und: «Dieses System ist tief verwurzelt in unserer demokratischen [!] Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.»⁸

3 Peter Lösche: Sozialdemokraten im Niedergang? Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2003, S. 215 f.

4 Vgl. Alessandra Pelloni: Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke, in: Utopie kreativ 159/2004; Juri Hälker/Claudius Vellay: Wirtschaftsdemokratie in schwerer See, in: Utopie kreativ 173/2005 sowie Juri Hälker/Stephan Heidbrink: Wirtschaftsdemokratie zwischen «Roll-back» und neuer Aktualität, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 61/2005.

5 Vgl. Jörg Huffschild: Die Zähmung der Konzerne. Wirtschaftsmacht braucht demokratische Gegenmacht, in: Rudolf Hickel/Frank Strickstroch (Hrsg.): Brauchen wir eine andere Wirtschaft? Reinbek bei Hamburg 2001; Michael R. Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, in: Widerspruch 43/2002; Heinz J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Köln 2005; Heinz J. Bontrup/Julia Müller u. a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006.

6 Vgl. Wolfgang Thierse: Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm. Gesellschaftliche Umbrüche und Herausforderungen, Redemanuskript (23. Juni 2003); Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD (6. November 2003), vorgelegt von ehemals z. T. links orientierten Mitgliedern der «Redaktionsgruppe Programmkommission» der SPD; Programmimpuls. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD (7. November 2003), vorgelegt von «Netzwerk Berlin», einer Gruppe jüngerer MdB und Politiker der SPD; Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD (24. April 2006), Sonderdruck; Das neue Grundsatzprogramm der SPD. Herausforderungen und Perspektiven, in: Policy. Politische Akademie 9/2006.

7 Vgl. S. 64 ff. in diesem Band.

8 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung vom 30.8.2006. 30 Jahre Mitbestimmungsgesetz von 1976, Düsseldorf 2006, S. 40. Ausführlicher zu Positionen im DGB 2002–2006 in Plener: Wirtschaften, 2006, S. 145–159.

Wenn das so ist, braucht die Demokratisierung der Wirtschaft heute kein Thema mehr zu sein.

Anders als die Führungskräfte vertreten viele traditionsbewusste Gewerkschafter bis heute weitergehende Positionen. Sie wollen die Mitbestimmung in Betrieben und Konzernen auch auf wirtschaftliche Entscheidungen ausweiten und über die Mitbestimmung hinaus gesellschaftliche und staatliche Kontrolle, Regulierung, Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe, vor allem dort, wo die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in eklatanter Weise verletzt wird. Für diese Fälle fordern sie Gesetze und Sanktionen seitens des Staates, also der Parlamente und Regierungen, im Sinne des Allgemeinwohls, also eine konkrete gesetzliche Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Produktionsmitteln – die Beschränkung der Freiheit aus dem Eigentumsrecht, seine Bindung an soziale, am Allgemeinwohl orientierte Kriterien.⁹

Wirtschaftsdemokratie in linken Programmwürfen

Programmatisch wurden Ideen der Wirtschaftsdemokratie in den 1990er Jahren von Sozialisten in und außerhalb der PDS vertreten.¹⁰ Nachdem Linkspartei.PDS (so seit Sommer 2005) und Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) gemeinsam – und mit Erfolg – den Wahlkampf zu den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 geführt haben und nun eine gesamtdeutsche, links von der SPD verortete Partei anstreben, die 2007 konstituiert werden soll, ist seit Anfang 2006 die programmatische Diskussion im Gange. Als Entwürfe für programmatische Grundsätze liegen dazu der «Aufruf zur Gründung einer neuen Linken»¹¹ und «Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland»¹² vor, auf die sich die folgende Übersicht – bezogen auf Idee und Forderung nach Wirtschaftsdemokratie – konzentriert. Dabei bleiben die vier in der oben genannten Studie von 2001 formulierten Kriterien der Maßstab: die ethische Motivation; die politökonomische, also an Eigentumsverhältnisse gebundene Begründung der notwendigen Demokratie in der Wirtschaft; die Anforderungen an den Staat in diesem Zusammenhang; sowie die Vorstellungen über die Demokratisierung (Sozialisierung) der Wirtschaft von unten, aus der Gesellschaft heraus.

9 Vgl. Chancen für die Zukunft der Arbeit? Zum Entwurf eines Zukunftsmanifests der IG Metall, in: Sozialismus 7–8/2002; Forum Gewerkschaften: Müllhaufen der Geschichte oder wirtschaftsdemokratische Perspektive? Angriffe auf die Mitbestimmung, in: Sozialismus 3/2005; Klaus Ahlheim/Horst Mathes: Plädoyer für eine kritische politische Bildung, in: Sozialismus 5/2005; Werner Dreibus: Wer sich im Kreis bewegt, kommt nicht wirklich voran. Die IG Metall Bildungsdebatte nähert sich ihrem Ende, in: Sozialismus 9/2006.

10 Vgl. Plener: Wirtschaften (2006), S. 96–110.

11 Neues Deutschland vom 3./4.6.2006.

12 Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland. Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Entwürfe, verabschiedet auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt. Beilage zur Tageszeitung Neues Deutschland, 28./29.10.2006 (3. Entwurf). 1. Entwurf in: Die Linke.PDS-Pressedienst 9/2006, Berlin; 2. Entwurf in: Die Linke.PDS-Pressedienst 39/2006, 29.9.2006; vgl. auch «Sozialistische Linke: realistisch und radikal!», 19. August 2006, www.sozialistische-linke.de, auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen wird. Vgl. dazu Plener: Wirtschaften (2006), S. 166–190.

Gemeinsam ist den Autoren der Dokumente das ethisch motivierte Streben nach einer friedlichen, demokratischen, sozial gerechten Gesellschaft, in der jeder Mensch selbstbestimmt und in Würde leben kann. Und sie begründen das durchweg politökonomisch, indem sie von der gegebenen kapitalistisch strukturierten Wirtschaftsordnung ausgehen, die sich auf undemokratische und sozial ungerechte Eigentumsverhältnisse gründet.

Im «Aufruf» heißt es knapp und bündig: «Die Linke will die Wirtschaftsdemokratie.» Diese wird inhaltlich an mehreren Stellen umschrieben: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung führe zur «Konzentration des Vermögens in den Händen einer Minderheit [...]». Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gefährdet die Demokratie. Macht, die demokratisch nicht legitimiert ist, darf die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht bestimmen»; die Kapitalverwertung müsse dem Gemeinwohl verpflichtet sein, «wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik verlangt. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.» Die Mitbestimmungsrechte der Lohnarbeitenden in den Unternehmen müssen erweitert werden: «Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können.»

Der 1. Entwurf der «Eckpunkte» war in der Ausdrucksweise prägnanter. Ohne Umschweife war darin von der kapitalistischen Klassengesellschaft die Rede, in der «ein Klassenkampf von oben» geführt werde. (In der 3. Fassung fällt der Begriff Klassenkampf nur im Zusammenhang mit der Europäischen Union, in der «ein neuer Raum für Klassenkämpfe entstanden» sei.) Unter den Zielen, um die angestrebte Gesellschaft zu erreichen, war hier an erster Stelle die notwendige Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse genannt: Man wolle «eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums sozialen Kriterien zu unterwerfen» (gemeint war wohl die Verfügung über Eigentum an volkswirtschaftlich bestimmenden Produktionsmitteln). Öffentliches Eigentum sei die «unverzichtbare Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge». Der Wirtschaftsdemokratie war ein eigenständiger Abschnitt mit eindeutigem Bezug zum Eigentum gewidmet: «Wirtschaftsdemokratie setzt neue Antworten auf die sich zuspitzende Eigentumsfrage voraus.» Auch in der 3. Fassung geht es um das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft: Die Wirtschaft soll nachhaltig dem Gemeinwohl verpflichtet statt kapitaldominiert und umweltzerstörend sein. Der Begriff Wirtschaftsdemokratie fällt im Abschnitt über die Wirtschaft nicht – er taucht erst im Kapitel «Politik» auf, wo es nach dem Absatz über die Stärkung der individuellen Rechte heißt: «Wirtschaftsdemokratie: Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen der Wirtschaftsmacht an. [Wirtschaftsmacht meint hier vermutlich ebenfalls die Konzerne und Großbanken.] Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet

werden.» Im Weiteren geht es um «die Stärkung demokratischer Mitwirkung: Für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte sowie Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte.» Den Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie folgend darf angenommen werden, dass das auch auf die Wirtschaft bezogen wird. Forderungen nach einer demokratischen Kontrolle in der Wirtschaft werden im 3. Entwurf explizit nur mit Bezug auf die Europäische Zentralbank und die internationalen Finanzmärkte erhoben.

Im «Aufruf» und in den «Eckpunkten» geht es also inhaltlich dem Sinne nach übereinstimmend um die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse, um Kontrolle wirtschaftlicher Macht, um Schutz des öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge sowie um erweiterte Mitbestimmung der Lohnarbeitenden, zum Teil auch um staatliche Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe. So weit so gut. Nur: In den Dokumenten bleiben die Stellung zum und die Anforderungen an den Staat diffus. Im «Aufruf» heißt es in aller Kürze: «Die Linke will das Primat der Politik.» Wer soll das wie realisieren? Die Wirtschaftspolitik soll sich am Vorbild skandinavischer Staaten orientieren. Also ist der Staat gemeint, so auch wenn es um Politik auf anderen Gebieten geht. Ebenso wenn von «Gesetzen und Regeln» die Rede ist, die die Schwachen vor der Willkür der Starken schützen sollen. Explizit wird der Staat nur genannt, wenn es um das «Leitbild eines demokratischen *Sozialstaates*» geht, oder im Zusammenhang mit der Finanz- und Steuerpolitik, «die es dem Staat ermöglicht, seinen Aufgaben [welchen Aufgaben? nur der sozialen Sicherung?] nachzukommen». Ebenso in allen drei Fassungen der «Eckpunkte». Auch hier taucht der Staat explizit nur als *Sozialstaat* auf, und es ist *Staat* zu vermuten, wenn von *Politik* auf den verschiedensten Gebieten die Rede ist. *Wer/wie* demokratische Politik in der/gegenüber der Wirtschaft realisieren soll, bleibt ungenannt. «Neoliberale Kräfte fordern weniger Staat und bauen den Sozialstaat zugunsten eines repressiven Wettbewerbsstaates ab», heißt es bei der Beschreibung der heutigen Realität. Wollen die Linken mehr Staat? In welchen Bereichen? Und – was für einen Staat? *Wer/wie* soll die geforderte demokratische Politik – auch gegenüber der Wirtschaft – ausüben? Muss nicht «der Staat» – wo und wie – demokratisiert werden? Nur im Zusammenhang mit der EU heißt es (zu Recht), die Nationalstaaten würden durch diese nicht überflüssig gemacht, beide müssten «ein neues Verhältnis» (auf was bezogen? auch auf die Wirtschaft in nationalen Grenzen?) eingehen, und der Schlüssel dafür sei die Demokratisierung sowohl der EU wie der Nationalstaaten. Was heißt das konkret?

Zum parlamentarischen und außerparlamentarischen Umgang der Linken mit der grundgesetzlich gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14.2 GG) enthalten die «Eckpunkte» keine Aussagen.

Ebenso unbefriedigend der Umgang mit der Idee der Demokratisierung der Wirtschaft von unten, aus der Gesellschaft heraus. Im «Aufruf» fehlt sie ganz. In den drei Fassungen der «Eckpunkte» taucht sie nur ganz am Rande auf. Im 1. Entwurf war unter Regionalisierung lediglich zu lesen: «Alternative Wirtschaftspolitik schließt –

besonders dringlich für Ostdeutschland und wirtschaftsschwache westdeutsche Gebiete – die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung von Handwerksbetrieben, kleiner und mittlerer Unternehmen und Genossenschaften ein»; in der 2. und 3. Fassung heißt es gleichlautend ganz knapp, zur Einleitung einer wirtschafts- und umweltpolitischen Umkehr setzte man sich auch für «die Förderung von Genossenschaften und anderer Formen solidarischer Ökonomie» ein.¹³

Zusammengefasst: Die Autoren der genannten Dokumente halten Wirtschaftsdemokratie für notwendig – diese erscheint aber als eine Aufgabe neben vielen anderen. Es wird nicht strategisch auf die radikale Demokratie – mit ihrem Kern Wirtschaftsdemokratie – auf dem Weg zur angestrebten demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft orientiert.

Gemeinsam ist den Dokumenten die Erkenntnis, dass ohne eine *breite Bewegung*, ohne «eine große Mehrheit [...] in einem breiten *Reformbündnis*» («Aufruf») demokratischer Fortschritt gegen die Übermacht des Kapitals nicht zu erreichen ist. Die strategische Kernaufgabe der Linken sei es, heißt es in den «Eckpunkten», zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft beizutragen. Deshalb gehe es um die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie und die Entwicklung von Alternativen. Um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Neoliberalismus zu erreichen, seien außerparlamentarische und parlamentarische Mobilisierung notwendig. Diese, das sei hinzugefügt, kann und muss auch ethisch motiviert werden. Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, breit angelegte Bildungsarbeit, Bildung von Netzwerken und das Eingreifen in wissenschaftliche Diskussionen sind dafür dringlich.

Wirtschaftsdemokratie in der Programmdebatte

Der 3. «Eckpunkte»-Entwurf lud zu einer Programmdebatte ein, unter anderem über die Fragen: «Welche Möglichkeiten und Instrumente einer Demokratisierung der Wirtschaft und der Unterwerfung der Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien gibt es? Inwieweit müssen dazu auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse aufgehoben werden? Wie soll eine demokratische Steuerung der Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung realisiert werden?» Auch: Wie kann das öffentliche Eigentum gesichert, erweitert und sowohl sozial als auch effizient genutzt werden?

Dazu wurden in der im Frühjahr 2006 begonnenen Diskussion bemerkenswerte und konstruktive Gedanken geäußert.

Dabei bilden wie schon in den 1990er Jahren das Problem *Eigentum* und *Alternativen* zum heutigen Kapitalismus als Voraussetzung für die Mobilisierungsfähigkeit der Linken besondere Schwerpunkte. Da wurden auch die Anforderungen an den Staat zum Teil konkreter formuliert.

13 Vgl. dazu Materialien des Kongresses «Solidarische Ökonomie im globalen Kapitalismus», 24.–26. November 2006 in Berlin.

Hinsichtlich des Eigentums wird auf die verschiedenen Formen des Eigentums hingewiesen: Es gehe um einen «bunten Mix an Eigentumsverhältnissen».¹⁴ Kurzfristig gehe es darum, eine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums zu verhindern, genossenschaftliches und kommunales Eigentum zu fördern, Klein- und Mittelunternehmer zu unterstützen und Ähnliches mehr.¹⁵

Es werden Überlegungen speziell zum öffentlichen Eigentum auf kommunaler Ebene angestellt – eine konkrete Annäherung an das Staatsproblem: Es sei Aufgabe linker Politik gegenüber öffentlichem Eigentum, die Eigentümerfunktion zu demokratisieren durch Transparenz, Offenlegung unterschiedlicher Interessenlagen und Vorschläge für deren Ausgleich, klare Aufträge an öffentliche Unternehmen, Zielvereinbarungen mit den Betriebsführungen usw.¹⁶ Auch Länder- und Bundeseigentum sollte demokratischer Kontrolle seitens Gewerkschaften und anderer demokratischer gesellschaftlicher Kräfte unterliegen. Die Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung sind zu erweitern, darunter ihr Aufsichtsrecht in und Beteiligung an von ihnen finanziell gestützten Unternehmen.

Das Eigentum in öffentlicher Hand (darunter öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser u. ä. m.) müsse geschützt und plausibel begründet, Steuergelder sollten als Gemeineigentum gefasst werden, das für die Allgemeinheit und nicht für Subventionen der Konzerne einzusetzen ist. An den vom Staat (Kommunen, Ländern, Bund) subventionierten Unternehmen muss der Staat beteiligt sein und bei wirtschaftlichen Entscheidungen Mitspracherecht haben. Es gehe «nicht gegen das Privateigentum schlechthin, sondern gegen die Privatisierung von Naturgütern, gegen den ungezügelter Verkauf öffentlichen Vermögens an Private, gegen Monopolmacht, die sich demokratischer Kontrolle entzieht, und gegen soziale Enthemmung des Unternehmertums».¹⁷

In der linken Diskussion wird immer wieder, wie schon von den oben erwähnten Gewerkschaftern, auf das bisher nicht ausgeschöpfte Gebot des Grundgesetzes Art. 14.2 (wie auch Art. 15 und 74.16), also auf die entsprechenden Anforderungen an den Staat und die Gesetzgebung, verwiesen und das mit konkreten Vorschlägen verknüpft. Die Linke sollte Vorschläge unterbreiten, wann die Vergesellschaftungsoption zum Wohle der Allgemeinheit Anwendung finden muss: zum Beispiel in Fällen der Gefährdung der Allgemeinheit durch Chemie- und Pharmakonzerne, oder der rund 800 Millionen Hektar ehemals volkseigener Acker- und Waldflächen der DDR, die

14 Vgl. Dieter Dehm/Wolfgang Gehrke/Paul Schäfer: Gegenmacht in Opposition – und Regierung. Antikriegspolitik, wirtschaftsdemokratischer Umstiege und prinzipielle Bereitschaft zum Regieren. Beitrag zur Linkspartei-Debatte, in: Neues Deutschland, 4./5.2.2006.

15 Vgl. Klaus Steinitz: Bedingungen und Chancen alternativer Wirtschaftspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 85, Berlin 2006.

16 Vgl. Horst Kahrs: Von der Anti-Privatisierungspolitik zur Politik der «Ökonomie des Gemeinwesens». Acht Näherungen, März 2006, Manuskript für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

17 Christa Luft: Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus suchen, in: Ulrich Maurer/Hans Modrow (Hrsg.): Überholt wird links, Berlin 2005.

in Bundes- oder Landeseigentum zu belassen und langfristig an Bauern zu verpachten wären, statt sie zu verkaufen und damit Spekulationen zu fördern.¹⁸

Es geht um gesetzliche Regelungen, Transparenz, Kontrolle, Regulierung der Wirtschaft, um politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Großesigentum an Produktionsmitteln und Finanzkapital, wenn es die Sozialpflichtigkeit verletzt, darunter: deutliche Verschärfung des deutschen und europäischen Kartellrechts bis hin zur Möglichkeit, Konzerne und Banken zu entflechten oder zu enteignen. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums sollte in der EU-Verfassung verankert werden.

Weitere Anforderungen an die Gesetzgebung sind unter anderen: Die Jobvernichtung müsse staatlicherseits bestraft statt gefördert werden. Die von einem Unternehmen zu zahlenden Sozialabgaben müssen die Anzahl der vernichteten Arbeitsplätze in Rechnung stellen und dabei die gesamte Wertschöpfung im Konzern berücksichtigen; bei Entlassungen müsse seitens der Unternehmer überproportional in den Sozialfonds eingezahlt werden.

Die Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten Mindestanteil ihrer Einlagen in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an kleine und mittelständische Unternehmen zu vergeben; das öffentliche Sparkassenwesen muss gegenüber privaten Banken gestützt werden, um die Umsetzung solcher Forderungen zu erleichtern.¹⁹ Ebenso bei der Energiewirtschaft: Die Energiepreise müssen wieder staatlich reguliert und kontrolliert werden.²⁰ Die Macht von Banken und Versicherungen ist einzuschränken, zum Beispiel indem das Depotstimmrecht der Banken eingeschränkt und die Rechte von Minderheitenaktionären erweitert, indem die Rechte der Verbraucher durch Einführung von Verbandsklagerechten gestärkt werden.

Es sollten verbindliche, demokratisch (durch Parlamente, Runde Tische) legitimierte Rahmenvorgaben gegenüber wirtschaftlichen Unternehmen eingeführt werden, wenn es um gesamtgesellschaftliche Anliegen geht (Auflagen, Gebote, Verbote, Steueranreize usw.). Das regionale, sozial und ökologisch orientierte Wirtschaften sollte durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung gefördert werden.

Ein öffentlich geförderter, nicht profitorientierter Beschäftigungssektor (ÖBS) sollte geschaffen werden, auch als Möglichkeit der demokratischen Verfügung über (Kontrolle des, Einflussnahme auf, Eingriff in) das Eigentum an grundlegenden Produktionsmitteln und Formen demokratischen Wirtschaftens. Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und andere Formen gemeinschaftlichen solidarischen Wirtschaftens sollten in allen Bereichen (Produktion, Konsum, Handel, Kunst,

18 Vgl. ebenda, S. 147. Vgl. auch Hermann Klenner: Eine Linkspartei im gesamtdeutschen Interesse? Ansichten eines Juristen, in: ebenda, u. a. zu Art. 74.16 (S. 163).

19 Vgl. Sahra Wagenknecht/Nele Hirsch/Tobias Pflüger: Für eine antikapitalistische Linke. Thesen für die programmatische Debatte der neuen Linken, 26. März 2006.

20 Vgl. Oskar Lafontaine: Rede auf dem Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle, 29./30. April 2006, in: Disput/ Pressedienst (Hrsg. Die Linke.PDS) 18./19.5.2006, Berlin.

Presse, Verlagswesen u. a.) als Wirtschaftsdemokratisierung «von unten» unterstützt werden.

Die alte gewerkschaftliche Idee, Wirtschafts- und Sozialräte als beratende, kontrollierende, gestaltende Einrichtungen für die regionale, eventuell auch Landes- und Bundes- bzw. Branchenebene einzurichten, und zwar nicht als bürokratische, sondern von gesellschaftlichen Kräften/Verbänden getragene, offene und transparent arbeitende Gremien sollte von Neuem geprüft und konkretisiert werden. Die Gewerkschaften, Umweltschutzverbände und andere gesellschaftliche Gremien sollten an der Regional- und Strukturpolitik beteiligt werden.

Die Mitbestimmung, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten, muss auf allen Ebenen: am Arbeitsplatz, im Betrieb, Unternehmen/Konzern; in allen Bereichen: im öffentlichen Dienst, bei Medien usw. – und gesamtgesellschaftlich in den Grenzen des Nationalstaates ausgeweitet werden, was in Tarifverträgen festzuschreiben ist.

Idee und Praxis der Teilhaberechte von Arbeitnehmern am Produktivvermögen (Produktionsmitteln) sollte hinsichtlich der Möglichkeit, die Verfügungsgewalt über das Eigentum daran zu demokratisieren, auch von Linken geprüft werden.

Die öffentlichen Güter wie Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungswesen, Wasser- und Energieversorgung sind aus der Regulierung durch das Profitsystem herauszunehmen.

Jede der angeführten Überlegungen wäre im Falle der Verwirklichung ein realer Schritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie. *Zusammengenommen ergeben sie Konturen eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl jetzt und hier.*²¹

Es würde zu einem (nach Karl Marx) «Zustand des Übergangs» führen, «wo auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der anderen Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Übergangsmaßregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen.»²²

Ohne den – demokratisierten – Staat (Parlamente, Regierungen, Gesetzgebung) werden diese Forderungen und Vorschläge nicht zu verwirklichen sein.²³

Ein «Zustand des Übergangs» wird nur erreicht werden können, darin sind sich die Linken einig, wenn es zu einer breiten Bewegung kommt, die dieses Konzept und diese Schritte mitträgt; wenn ein *starker gesellschaftlicher Druck als soziale Gewalt* entsteht, der die politisch und wirtschaftlich Herrschenden zwingt, auf diese Forderungen, die immer wieder öffentlich artikuliert werden müssen, einzugehen und die Verhältnisse – auch in der Wirtschaft – zu demokratisieren, also die Macht – auch die

21 Vgl. S. 102 f.

22 Karl Marx: MEW, Bd. 16, S. 368 f. Vgl. auch Engels, ebenda, Bd. 19, S. 258: «Die herrschende Klasse verteidigt ihre politische Vorherrschaft, das heißt ihre sichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften; die untere Klasse kämpft zuerst um einen Anteil an dieser Macht, später um die ganze Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern.»

23 Vgl. Michael R. Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, in: Widerspruch 43/2002, S. 66.

wirtschaftliche – mit demokratischen Institutionen, die die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit repräsentieren, zu teilen.²⁴

Diese notwendige gesellschaftliche Bedingung ist zurzeit nicht gegeben. Sie muss außerparlamentarisch – und von Parlamenten aus – vorbereitet werden. Und dazu ist nicht zuletzt, ja heute vor allem *Aufklärung* notwendig – Aufklärung über ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge und Ursachen der sozialen Ungerechtigkeiten, der Massenarbeitslosigkeit, des uferlos wachsenden Reichtums auf der einen, der steigenden menschenunwürdigen Armut auf der anderen Seite. Notwendig ist, so Christa Luft, die «Aufklärung über Mythen und Legenden neoliberaler Politik» und deshalb auch die «ökonomische Alphabetisierung der Massen».²⁵ Dehm und Genossen: Es komme darauf an, bereits im Heute diese (wirtschaftsdemokratische) Perspektive programmatisch zu benennen und sie breit in der Gesellschaft zu diskutieren.²⁶ Dafür werben auch Sahra Wagenknecht und Genossen: Die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus müsse in die öffentliche Debatte gebracht werden, und wenn dann «mehr als nur eine kleine Minderheit über die Möglichkeit einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Kapitalverwertung immerhin nachzudenken beginnt, haben wir einen ersten wichtigen Schritt zur Veränderung von Kräfteverhältnissen getan».²⁷ Ähnlich und noch nachdrücklicher die «Sozialistische Linke».

Michael Krätke brachte die Notwendigkeit der Aufklärung über den heutigen Kapitalismus prägnant zum Ausdruck: «Das Ende des Kapitalismus kommt erst, wenn die Legitimität und die scheinbare Alternativlosigkeit dieses Wirtschaftssystems auf breiter Front durchbrochen worden sind. Wenn also die «Rationalität» und die daraus folgenden Imperative dieser Wirtschaftsform nicht mehr fraglos akzeptiert werden, sondern ihre Absurdität, ihre Unsinnigkeit, ja ihre Ungehörigkeit begriffen werden. Das Ende des Kapitalismus kommt mit dem «enormen Bewusstsein», dass dies nicht die beste aller möglichen Welten ist, sondern im Gegenteil – eine Welt, die weit hinter ihren zivilisatorischen Möglichkeiten zurückbleibt, und eine Ordnung, die das «gute Leben» und die «wirkliche Freiheit» für alle gerade verhindert und schädigt. Eine ökonomische Weltordnung zudem, die die [politische und soziale] Demokratie immer wieder im Kern bedroht [und die Wirtschaftsdemokratie ausschließt]. In seinem ziel- und maßlosen Selbstlauf sorgt der Kapitalismus dafür, dass die ökonomischen Krisen, die sozialen und ökologischen Katastrophen, die er erzeugt, den Leuten dies Bewusstsein schon näher bringt. Das geschieht natürlich nicht von allein, nicht automatisch. Die ständige, radikale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse und ihrer Folgen ist dazu nötig – und diese Kritik braucht Kraft und einen langen Atem.»²⁸ Krätke

24 Vgl. Dehm u. a.: *Gegenmacht*.

25 Vgl. Luft: *Entwicklungspfade*, S. 143.

26 Vgl. Dehm u. a.: *Gegenmacht*.

27 Vgl. Wagenknecht/Hirsch/Pflüger: *Für eine antikapitalistische Linke*.

28 Michael R. Krätke: *Neun vorläufige Antworten auf neun schwierige Fragen*, in: *Utopie kreativ 189–190/2006*, S. 747. Vgl. auch Erhard Crome: *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft*, Berlin 2006.

übt (wie der oben erwähnte Heinz Bontrup, Anm. 4) diese Kritik und Aufklärung politökonomisch fundiert, indem er, auch im hier zitierten Beitrag, Fragen stellt und beantwortet wie: Was ist und seit wann gibt es eigentlich Kapitalismus? Profit und seine Vermehrung: woher und wie viel? Was ist der neoliberale Kapitalismus?

In der nunmehr beginnenden neuen Diskussion über Wirtschaftsdemokratie als Kern der Demokratisierung der Gesellschaft und Weg zur sozialen Gerechtigkeit lassen sich aus dem hier Referierten unter anderem folgende Schwerpunkte/Forderungen ableiten, die weiter zu diskutieren, zu konkretisieren und – von Parlamenten aus, durch außerparlamentarische Aktionen, durch Publikationen, Werbekampagnen – *in die Öffentlichkeit zu tragen* sind:

- Die Unantastbarkeit der *Menschenwürde* (GG Art. 1) verträgt sich nicht mit den gegebenen undemokratischen Machtverhältnissen in der Wirtschaft, in der das große Kapital mit seiner grenzenlosen Profitjagd absolut dominiert. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist der Weg, Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes für alle zu verwirklichen.
- Demokratisierung der Wirtschaft erfordert die *Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum* an volkswirtschaftlich entscheidenden Produktions- und Reproduktionsmitteln. Dazu gehören *Schutz und Mehrung des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Güter* in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Kommune bis zum Bund – auch im Widerstand gegen die entgegengesetzten, neoliberal bestimmten Weisungen der EU-Kommission. Dazu gehört auch *demokratische Kontrolle* der gesamtgesellschaftlich relevanten Abläufe in der Wirtschaft, auch im Rahmen des Nationalstaates.
- Die *paritätische Mitbestimmung* der Belegschaften ist zu verteidigen, auf alle Betriebe und Unternehmen auszuweiten und auf wirtschaftliche Entscheidungen auszuweiten. Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können.
- Vom Staat – *Regierungen/Parlamenten* in Kommunen/Ländern/Bund – ist die *Sozialpflichtigkeit des Eigentums*, GG Art. 14.2, *einzufordern*. Das Primat der Politik ist gegenüber den in der Wirtschaft Mächtigen staatlicherseits durchzusetzen. Der Staat hat, auch gestützt auf Art. 1, 14.2, 15, 74.16 GG, zum Wohl der Menschen mit Gesetzen, gezielter Förderung und Sanktionen regulierend die Wirtschaft mitzugestalten.
- Eine gemeinwohlorientierte staatliche Wirtschaftspolitik hat *«von oben»* die erforderlichen Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum und öffentlich geförderte Dienstleistungen zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue einzurichten, unter anderem indem ein öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) geschaffen wird.
- Eine demokratisierte Wirtschaft ist auch durch Erschließen gesellschaftlicher Potenziale *«von unten»* anzustreben, indem gemeinwohlorientierte, demokratisch verwaltete solidarische Wirtschaftsformen – Genossenschaften, autonome Betriebe,

Netzwerke – von Kommunen, Gewerkschaften, Konsumenten-, Umweltschutzverbänden und parlamentarisch durch entsprechende Gesetzesinitiativen unterstützt und gefördert werden.

- Um Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie gehen zu können, ist eine breite Bewegung und dafür die *Mobilisierung der Öffentlichkeit* durch parlamentarische (!) und außerparlamentarische *Kampagnen* und *Aufklärung*, nicht zuletzt politökonomische Alphabetisierung breiter Schichten der Bevölkerung über den Kapitalismus – gegen die Mythen der neoliberalen Ideologie, die diesen als Endpunkt der Geschichte darstellen, dringend notwendig.

Der Fortschritt der Menschheit zeigte sich seit dem Untergang der Sklavenhalterordnung in der *fortschreitenden Demokratisierung* gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese bildete die Achse der sozialistischen Idee der alten Arbeiterbewegung, deren Demokratieverständnis ein radikales war, da es an die Wurzel der kapitalistischen Gesellschaft – deren Ökonomie, die Eigentumsverhältnisse – ging. Der Realsozialismus ist letztlich gerade deshalb gescheitert, weil sich in ihm der «der Menschheit angeborene Drang nach Freiheit», ein Drang, der sich – nach Engels – in der «Explosivkraft demokratischer Ideen» äußert,²⁹ nicht dauerhaft verwirklichen konnte. Auch deshalb *sollte die Fahne der neuen Linken im 21. Jahrhundert die konkrete Utopie der konsequenten, radikalen Demokratie mit ihrem Kern Wirtschaftsdemokratie sein*. Die Forderung nach dem gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaften sollte – von Parlamentstribünen aus und durch außerparlamentarische Aktionen – ins Zentrum der öffentlichen Debatte über eine realistische Alternative zum menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Raubkapitalismus gerückt werden. Diese Forderung kann das «Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation» (Frank Deppe) werden, das – verbunden mit der ökonomischen und politischen Alphabetisierung – als Leitidee soziale Kämpfe und Bewegungen der Gegenwart hegemoniefähig machen würde. Sie enthält das reale Potenzial, die als strategische Kernaufgabe der Linken benannte Veränderung der Kräfteverhältnisse für einen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft zu realisieren, *weil gerade sie die übergreifende Idee für ein breites Bündnis*, für demokratische Kämpfe und Bewegungen heute und in naher Zukunft sein kann. Ohne solche Kämpfe und Bewegungen werden, dies sei noch einmal wiederholt, die bestehenden, die Menschenwürde täglich millionenfach verletzenden Herrschaftsverhältnisse in der Wirtschaft nicht zugunsten der großen Mehrheit der Menschen und der Völker umgewandelt werden können.

Die auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft *verwirklichte radikale Demokratie* würde die von den Linken erstrebte Gesellschaft, die sich auf Kooperation statt auf Konfrontation gründet, die demokratisch, sozial gerecht, friedlich und naturverträglich, solidarisch und nichtpatriarchal ist, in der jeder Mensch und jedes

29 Friedrich Engels: Worum es in der Türkei in Wirklichkeit geht, in: MEW, Bd. 9, S. 17.

Volk am allgemeinen Wohlstand teilhat und sich frei entfalten kann, verwirklichen. Das wäre eine Gesellschaft, die *sozialistischen Vorstellungen entsprechen* würde. Mit Wolfgang Abendroth: «Der Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.»³⁰

30 Wolfgang Abendroth: Demokratie als Institution und Aufgabe, in: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1975.

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IM 21. JAHRHUNDERT? MÖGLICHKEITEN DER SOZIALISIERUNG VON UNTEN?¹

Bei dem Thema geht es um mögliche *Wege der allmählichen Transformation* der kapitalistisch organisierten Gesellschaft in eine andere – demokratische, sozial gerechte, humane – Gesellschaft, die das Überleben der Menschheit als Gattung sichern würde. Die Überlegungen zu Wirtschaftsdemokratie und «Sozialisierung von unten» im 21. Jahrhundert können unter anderem an die Gedankengänge des deutschen Politikwissenschaftlers Joachim Hirsch² und der argentinischen Philosophin Isabel Rauber³ anknüpfen.

Joachim Hirsch beschreibt in dem Essay «Vom Veralten des Kapitalismus und der Notwendigkeit einer anderen Gesellschaft», dass «das kapitalistische Wirtschaftssystem daran ist, seine eigenen gesellschaftlichen Grundlagen aufzuheben» (die modernen «Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse»). Das äußere sich (im Gefolge der Globalisierung) unter anderem darin, «dass sich das Verhältnis von Kapital und Staat entscheidend verschoben hat», sodass «die herrschenden gesellschaftlich-politischen Institutionen, nicht zuletzt das nationalstaatliche System, immer schlechter funktionieren und vor allem kaum noch geeignet sind, als Rahmen für eine demokratische Gestaltung der Gesellschaft zu dienen». Die Gesellschaft könne «nicht mittels des Staates verändert werden». Es habe sich «die kapitalistische Arbeits-, Markt- und Konkurrenzgesellschaft historisch überlebt», es komme darauf an, «eine völlig neue Form der Vergesellschaftung zu entwickeln», und diese «setzt voraus, dass sich neue soziale Praktiken und Beziehungen, Lebensverhältnisse und Konsum-

1 Zuerst erschienen in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 76/2008, S. 121–132.

2 Vgl. Joachim Hirsch: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg 2002 und ders.: Vom Veralten des Kapitalismus und der Notwendigkeit einer anderen Gesellschaft, in: Globalisierung – Neoliberalismus – Alternativen, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2003.

3 Vgl. Isabel Rauber: Die demokratisch-kulturelle Revolution – Weg der sozialen Transformation im 21. Jahrhundert? Betrachtungen aus Lateinamerika, in: Utopie kreativ 206/2007.

weisen entwickeln». Und das sei schon im Gange: «In dem Bewegungsgeflecht, das als ‚globalisierungskritisch‘ bezeichnet wird, gibt es bereits wichtige Ansätze dazu. Zu wünschen wäre die Entstehung vielfältiger gesellschaftlicher Experimentierfelder, aus denen die materielle Basis eines neuen gesellschaftlichen Projekts entsteht. Wenn Marx sagt, der Kommunismus sei kein Zustand, sondern eine ‚reale Bewegung‘, so muss vor allem dies gemeint sein.»⁴ Und: Es wachse «die Forderung nach der Realisierung von Demokratie und Menschenrechten weltweit», wobei «die ‚demokratische Frage‘ heute neu und radikaler formuliert wird [...]. Weltweit besteht ein komplexes und heterogenes Geflecht von Projekten, Initiativen, Bewegungen und Netzwerken, das nationalstaatliche Grenzen überschreitet.»⁵

Hier wären die verschiedenen weltweit anzutreffenden Formen des demokratischen Wirtschaftens «von unten» – eben im marxischen Sinne als *Bewegung* – einzuordnen.

Einem «heterogenen Geflecht» von demokratischen Bewegungen und Netzwerken mit transformatorischer Tendenz begegnen wir heute am sichtbarsten in Lateinamerika. Die Prozesse dort zugrunde gelegt, beschreibt Isabel Rauber «eine neue Art sozialer Transformation: von unten und aus der [kapitalistischen] Gesellschaft heraus» – im Unterschied zu Marx, dem aufgrund des hohen Niveaus der kapitalistischen Entwicklung in Westeuropa ein «unmittelbarer Übergang zum Sozialismus» vorschwebte, und zu Lenin, der, vom weniger entwickelten Russland ausgehend, den «Übergang zum Sozialismus nach einer Zwischenetappe, die an Sozialismus heranführt», begründete; beide seien von der Voraussetzung ausgegangen, die gesellschaftliche Transformation würde/müsste mit der Eroberung der Macht durch das Industrieproletariat bzw. die seine Interessen vertretende Partei beginnen. Dagegen stützt sich Isabel Rauber besonders auf zwei Erfahrungen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Lateinamerika der letzten Jahrzehnte: zum einen auf die Existenz und das Wirken der verschiedensten sozialen – örtlichen, regionalen, auch landesweiten – Basisbewegungen (gegen Nahrungs-, Wohnungs-, Bildungs-, Landmangel, gegen Betriebsschließungen u. a. m.), die überwiegend antikapitalistisch orientiert sind, deren Entstehen aber nicht die Existenz eines hochentwickelten Industrieproletariats voraussetzt; und zum anderen auf die in vielem gleichgerichtete Praxis demokratisch entstandener Regierungen in einer Reihe der lateinamerikanischen Länder. Es gehe hier um den eventuellen Beginn eines *langwierigen* Transformationsprozesses *von unten* in Richtung eines «neuen Sozialismus», der als Gesellschaftsordnung nicht im Voraus zu definieren sei. In diesem Prozess verschränkten sich basisdemokratische und parlamentarische Aktionsformen; seine Achse bilde die *umfassende demokratische Beteiligung* der Bürger

4 Hirsch, Vom Veralten des Kapitalismus, S. 38, 40, 43, 47. Hirsch bezieht sich auf Karl Marx/Friedrich Engels: «Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.» (Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 35)

5 Hirsch, Herrschaft, S. 204.

an Entscheidungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Im Verlauf dieses Prozesses werde sich das/die «Subjekt[e] der Veränderungen» herausbilden und seine/ihre «Macht von unten aufbauen».

Inwieweit sind diese «Betrachtungen aus Lateinamerika» auf die Bedingungen in Westeuropa, in Deutschland gar, anwendbar? Da stellt sich zum einen das Problem des politischen (parlamentarischen) Kräfteverhältnisses, der zu verändernden (veränderbaren?) Regierungspraxis auf den verschiedenen administrativen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen), die Gesetzgebung eingeschlossen; zum anderen die Frage nach vorhandenen realen Ansätzen einer Transformation «von unten», aus der Gesellschaft heraus. Zunächst soll es um diesen zweiten Aspekt gehen.

Da ist daran zu erinnern, dass es in der Geschichte der westeuropäischen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts Überlegungen dieser Art gab und (noch) gibt. In der deutschen Arbeiterbewegung wurden sie im Zusammenhang mit der «sozialdemokratischen Ur-Idee» (Oskar Negt) über die *Wirtschaftsdemokratie* entwickelt. Dazu ein kurzer Exkurs in die Geschichte dieser Idee.⁶

Ihr *Ursprung* war (durchaus konform mit der heutigen lateinamerikanischen Erfahrung) die Bewegung der sozialdemokratisch orientierten Lohnarbeiterschaft für *soziale Gerechtigkeit*. Diese sollte auf dem Wege der Demokratisierung der Wirtschaft erreicht werden. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie (Demokratie in der Wirtschaft) war *ethisch motiviert*, also aus der Gleichheit aller Menschen und ihrer Würde von Natur aus abgeleitet; sie wurde – mit Marx – *politökonomisch begründet*, fragte also nach der – ungerechten, undemokratischen – Verfügung über das *Eigentum* an den Produktionsmitteln; sie wurde *an den Staat* als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen (der dieser sein sollte), an die Gesetzgebung «von oben» gerichtet. Und es wurden von den freien Gewerkschaften in den 1920er Jahre eigene *Schritte* in Richtung eines *demokratischen Wirtschaftens* «von unten» eingeleitet: Gewerkschaftsbank, Wohnungsbau- u. a. Unternehmen sowie Genossenschaften und anderes mehr gegründet. Sie sollten den kapitalistischen Unternehmern «das Recht der Alleinherrschaft» in der Wirtschaft streitig machen, durch demokratische Formen des Wirtschaftens dieses in Richtung Wirtschaftsdemokratie drängen, einen Weg zu Gemeineigentum erschließen und Grundsteine für Gemeinwirtschaft legen. Heinrich Potthoff nannte diese Unternehmungen zutreffend «Sozialisierung von unten».⁷

Unter *Sozialisierung von unten* wird hier demokratisches gemeinschaftliches Wirtschaften im Interesse der Gemeinschaft – des Allgemeinwohls – verstanden, was gemeinschaftliches Eigentum bzw. die gemeinschaftliche – demokratische – Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln und öffentlichen Gütern erfordert. Es geht also im Grunde um *demokratische Eigentumsverhältnisse*.

6 Vgl. dazu ausführlich Ulla Plener: *Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie*, 2. Auflage, Berlin 2006.

7 Heinrich Potthoff: *Freie Gewerkschaften 1918–1933*, Düsseldorf 1987, S. 190.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus wurden Ideen der Wirtschaftsdemokratie in den 1990er Jahren von DGB und SPD praktisch fallengelassen und aus dem öffentlichen – auch gewerkschaftlichen – Bewusstsein so gut wie verdrängt. Lediglich die Verteidigung, eventuell Ausweitung der gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen – beschränkt auf Betriebe und Unternehmen, nicht mehr für die gesamtstaatliche Ebene gefordert – blieb in der Diskussion. Ideen eines demokratischen Wirtschaftens «von unten» werden (wie schon vor 1990) nicht mehr unterbreitet, auch Idee und Praxis der Genossenschaften kaum artikuliert.⁸

Seit Beginn des neuen Jahrhunderts scheint Wirtschaftsdemokratie wieder zu einem Thema in der Diskussion unter den Linken, linke Gewerkschafter eingeschlossen, zu werden.⁹ In der Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Politik wurden Forderungen und konkrete Vorschläge formuliert, die, sollten sie – bei entsprechendem Druck «von unten», aus der Gesellschaft heraus – verwirklicht werden, heute schon reale Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie bedeuten würden. In der mehrfach erwähnten Studie «Wirtschaften fürs Allgemeinwohl» wurden diese (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zusammengetragen.¹⁰ Dazu gehören unter anderem Forderungen danach, die Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung, ihre Beteiligung an den von ihnen finanziell gestützten Unternehmen auszuweiten, sowie danach, das regionale, sozial und ökologisch orientierte Wirtschaften zu fördern, auch durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung von Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und anderen Formen gemeinschaftlichen solidarischen Wirtschaftens in allen Bereichen: Produktion, Konsum, Handel, Kunst, Presse, Verlagswesen als Wirtschaftsdemokratisierung «von unten».

Alle Vorschläge und Forderungen berühren so oder anders, direkt oder indirekt das Problem *Eigentum*, die Forderung nach der *Demokratisierung der Verfügungsgewalt* über dieses. Zusammengenommen ergeben sie *Konturen eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl jetzt und hier*. Sollten diese Forderungen und Vorschläge, auch einzeln, nach und nach verwirklicht werden, wären das Schritte hin zu einem «Zustand des Übergangs», wo – nach Marx – «auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der anderen Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Übergangsmaßnahmen durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen.»¹¹

8 Vgl. Plener: Wirtschaften, Kapitel IV und VI.

9 Vgl. ebenda, Kapitel VI.4, S. 166–190; dies.: S. 106–118 in diesem Band; dies./Julia Müller/Heinz-J. Bontrup: Wirtschaftsdemokratie wieder aktuell. Pankower Vorträge 89, Hrsg. Helle Panke e. V., Berlin 2006; Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Köln 2005; ders.: Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus, in: Utopie kreativ 186/2006; dies./Julia Müller u. a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006; Stefan Sjöberg: Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, in: Utopie kreativ 186/2006.

10 Vgl. Plener: Wirtschaften, S. 126–128 sowie dies./Müller/Bontrup: Wirtschaftsdemokratie, S. 17 f.

11 Karl Marx: Bericht des Generalrats über das Erbrecht (1869), in: MEW, Bd. 16, S. 368/369.

An dieser Stelle soll es um den zuletzt genannten Punkt gehen: um Formen des gemeinschaftlichen, solidarischen, nicht an Profitmaximierung orientierten Wirtschaftens als Schritte zur (Bestandteil der) Demokratisierung der Wirtschaft (des Wirtschaftens) «von unten». Dazu gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur, in der die Grundzüge und Formen der solidarischen und sozialen – also nicht profitorientierten – Ökonomie beschrieben werden, wie sie sich seit den 70er und besonders seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika, in Afrika, in Europa (so in Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, in der Schweiz) zu konstituieren begannen.¹² Das sind Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Wohn- und Selbsthilfefunternehmen, Frauen-, Jugend- und Stadtteilprojekte und vieles Ähnliche mehr.¹³

Bei der Diskussion über Möglichkeiten eines demokratischen Wirtschaftens von unten sollte an verschiedene Modelle der Arbeiter (-mit oder) -selbstverwaltung von Betrieben in mehreren europäischen Ländern in den 1970er/80er Jahren angeknüpft werden, an die unter anderen Christoph Spehr erinnert hat.¹⁴ Solche Betriebe gab es damals auch in der alten Bundesrepublik. Die Erfahrungen der jüngsten Betriebsbesetzung in Deutschland wären unter diesem Aspekt noch zu analysieren.¹⁵

Anknüpfungspunkte für das Thema demokratisches Wirtschaften von unten bietet auch die Bewegung in westdeutschen Stahlregionen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, die sich besonders in den Auseinandersetzungen um die Stahlstandorte Hattingen und Rheinhausen für den Erhalt der Arbeitsplätze konzentriert hatte. Sie entfaltete sich von unten und wurde zu einer breiten politischen Bürgerbewegung von gesamtnationaler Bedeutung. In ihr wirkten Gewerkschaften, Betriebsräte und örtliche Initiativen zusammen und konstruktiv im Sinne gesamtgesellschaftlicher Interessen. Es ging – vergleichbar mit heutigen Entwicklungen in Lateinamerika – besonders um Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in Arbeitswelt und Politik, verbunden mit der Perspektive, in die Verfügungsgewalt der Konzerne über Produktion und Produktionsmittel einzugreifen, diese zu beschränken. Es wurde

12 Die dazu in den letzten Jahren erschienene Literatur ist recht umfangreich. Vgl. u. a. Elmar Altvater/Nicola Sekler (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie*, Hamburg 2006; Sven Giegold/Dagmar Embshoff (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie im globalen Kapitalismus*, Hamburg 2008; Roland Klautke/Brigitte Oerlein (Hrsg.): *Prekariat – Neoliberalismus – Deregulierung. Beiträge des «kritischen Bewegungsdiskurses»*, Hamburg 2007; Wolfgang Jahn/Irmtraud Schlosser/Günter Buhlke: *Solidarische Ökonomie und alternative Wirtschaftspolitik. Grundsätze – Landwirtschaftliche Genossenschaften – Erfahrungen und Beispiele in Lateinamerika*, Pankower Vorträge 105, Hrsg. Helle Panke e.V., Berlin 2007; Dieter Kirchhöfer: *Toleranz – die Basis einer solidarischen oder sozialen Ökonomie*, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin*, Bd. 91, Berlin 2007. In allen angeführten Titeln auch weitere Hinweise auf Literatur zum hier angesprochenen Thema.

13 Vgl. Plener: *Wirtschaften*, S. 113–115.

14 Vgl. Klautke/Oerlein (Hrsg.): *Prekariat*.

15 Vom 8. Juli bis 30. Oktober 2007 hielten die Beschäftigten des Fahrradwerkes Bike Systems in Nordhausen/Thüringen 115 Tage ihren insolventen Betrieb besetzt und hatten vom 22. bis 30. Oktober 1 800 Fahrräder in eigener Regie produziert. Sie konnten den Betrieb zwar nicht weiterführen, erkämpften aber eine berufliche Perspektive, den Wechsel der kompletten Belegschaft in eine Auffanggesellschaft mit Bezahlung und Möglichkeiten der Weiterbildung und Umschulung. Es wurde der Verein «Bike in Nordhausen» gegründet, der das Projekt einer Art Fahrradmanufaktur verfolgen will.

die Überführung der Stahlproduktion in Gemeineigentum, also in öffentliches, das heißt Gemeinde-, Landes- oder Bundeseigentum, gefordert.¹⁶ Unter anderem wurde damals die Idee der Beschäftigungsgesellschaften geboren, deren Inhalt weitergefasst war, als wir es später erfuhren und heute kennen, nämlich auch als Eingriff in die Eigentumsverhältnisse, in die Verfügungsgewalt über Eigentum an Produktionsmitteln.¹⁷ Die IG Metall formulierte damals in ihrem Grundsatzdokument vom April 1989 «Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform»: «Wer spezifische Gefährdungen für die Arbeitnehmerschaft und globale Gefahren für die Menschheit eingrenzen und überwinden will, der muss für die Verteidigung der politischen Demokratie und für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie eintreten. Überlebensfragen und Klassenfragen sind gleichermaßen Machtfragen.» Sie forderte «die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse» und zeigte «notwendige Schritte zu mehr Demokratie und gesellschaftlicher Vernunft» auf. Inzwischen hat die IG Metall die Grundgedanken dieses Dokuments, die nach wie vor gültig sind, fallen gelassen. Ihr damaliger Vorsitzender Jürgen Peters nannte am 30. August 2006 anlässlich des 30. Jahrestages des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik «unsere demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung»!

Heute bieten sich für die Diskussion über mögliche Schritte zur Demokratisierung der Wirtschaft von unten *Idee und Praxis der sozialen solidarischen Ökonomie* an. Im November 2006 fand dazu in Berlin der Kongress «Solidarische Ökonomie» mit 1 500 Teilnehmern aus ganz Deutschland statt: In 200 Foren wurde über Theorie und Praxis, Kultur und Soziologie der solidarischen Ökonomie diskutiert, standen Erfahrungen älterer europäischer und aktueller südamerikanischer und afrikanischer – wie auch bundesrepublikanischer deutscher – Projekte zur Debatte.¹⁸ 2006 wurde das «Bündnis für Solidarische und Soziale Ökonomie in Berlin» gebildet.¹⁹

Günther Lorenz, einer der Aktivisten dieses Bündnisses, beschreibt solidarische Unternehmen folgendermaßen: Sie sind *Wirtschaftsunternehmen*, die soziale und/oder Gemeinwesen bezogene Zielsetzungen verfolgen; sie werden *von Bürgern organisiert*, die sich und andere mit Gütern und Dienstleistungen versorgen wollen; ihre Arbeit *dient sozialen Zwecken*, die Erträge werden nicht privat angeeignet; das unternehmerische Handeln ist *kollektiv und kooperativ organisiert*.²⁰ Die Grundsätze und Anlie-

16 Vgl. S. 80 ff. in diesem Band; vgl. auch: Ulla Plener (Hrsg.): Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Meinungen, Forderungen, Aktionen westdeutscher Gewerkschafter für mehr Demokratie in der BRD. Dokumente 1984–1990, Berlin 1990.

17 Vgl. ebenda sowie Dies.: Arbeiterbewegung – demokratische Hauptkraft im Kapitalismus, Berlin 1988, Kapitel II.

18 Vgl. Giegold/Embschhoff (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalen Kapitalismus.

19 Weitere Informationen unter: www.technet-berlin.de.

20 Vgl. Technologie-Netzwerk Berlin e.V. (Hrsg.): Was sie schon immer über soziale Unternehmen wissen wollten, bisher aber nicht zu fragen wagten, Flugschrift, Berlin, Juni 2003.

gen der solidarischen Ökonomie charakterisiert Irmtraud Schlosser so: «Solidarität als gemeinschaftliches ökonomisches Handeln in gegenseitigem Vertrauen ist eine der wichtigsten Handlungsgrundlagen. In diesem Verständnis von Ökonomie dient wirtschaftliches Handeln dazu, soziale, kulturelle oder ökologische Ziele als erklärte Bedürfnisse zu verwirklichen; (es geht) um die Einlösung von Forderungen nach mehr Lebensqualität. Es geht um die Wiederaneignung eines oft verlorengegangenen oder zerstörten sozialen Zusammenhalts, um Ökonomie als Mittel zum sozialen Zweck, nicht als Selbstzweck.»²¹ Das waren auch Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie in den 1920er Jahren.

Auf die Frage, «Wo gibt es soziale Unternehmen?» antwortet Günther Lorenz: Sie gebe es fast überall; in Deutschland existiere «eine große Vielzahl solcher Unternehmenstypen», von denen sich die meisten als Verein, einige wenige als (g)mbH organisierten. – «Sie umfassen Teile der Genossenschafts- und Stiftungsbewegung, bestimmte Wohlfahrtsorganisationen und ideelle Vereinigungen, die Integrationsunternehmen benachteiligter Gruppen, Freiwilligendienste und -agenturen, Unternehmen der Alternativ-, Frauen-, Umwelt- und Selbsthilfebewegung, soziokulturelle Zentren, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, Tauschsysteme auf Gegenseitigkeit, Nachbarschafts- und gemeinwesenökonomische Initiativen.»²² Dazu auch Bernd Hamm, der in diesem Zusammenhang vom «Potenzial der Zivilgesellschaft» spricht, «das für die Zukunft unendlich wichtig sein wird, weil viele der traditionellen Institutionen versagen».²³

Nach Lorenz stellen solche Unternehmen in Europa bisher etwa acht Millionen Vollzeit Arbeitsplätze. Obwohl in Deutschland die solidarische Ökonomie, so Irmtraud Schlosser, «in der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit bisher weitgehend unsichtbar» ist, sei ihre volkswirtschaftliche Bedeutung auch hier nicht unerheblich: Schon vor zehn Jahren – 1997 – gab es in Betrieben und Projekten der solidarischen Ökonomie 1,86 Millionen Vollzeitbeschäftigte (= 6,5 Prozent der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft). – «In Regionen, die von ökonomischen Wachstumsprozessen abgekoppelt sind, wie viele ländliche und altindustrielle Regionen, ist der Ansatz der solidarischen Ökonomie oft die einzige Chance», eine selbsttragende Entwicklung in

21 Irmtraud Schlosser: Solidarische Ökonomie. Bemerkungen zu Grundlagen, aktuellem Entwicklungsstand und Perspektiven, in: Jahn/Schlosser/Buhlke: Solidarische Ökonomie, S. 8.

22 Wie Anm. 19. Vgl. auch als konkrete Einzelbeispiele: Los geht's 2007. Kommunetreffen in Waltershausen, in: Politik, Kultur, Programm im Osten/neuland 5/2007, in: Neues Deutschland, 27.4.2007; auch: Kunstprojekt in Hoyerswerda. «Die 3. Stadt»; Der Verödung entgegenwirken. Genossenschaften als Alternative?; Lieber tausend Freunde im Rücken als eine Bank im Nacken. Ein Aufruf zum «ethischen Investment» in die soziale Zukunft, in: ebenda, 10/2007, 28.9.2007, oder: Zur Miete im eigenen Haus. «Mietshäuser-Syndikat», in: Berliner Mietermagazin 1–2/2007; Willy Achter(s) Vision von der «Sprenghaus»-Genossenschaft, in: Mittendrin (Informationen DieLinke/Berlin-Mitte) 10/2007.

23 Bernd Hamm: Die soziale Struktur der Globalisierung. Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft, Berlin 2006, S. 336. Vgl. dort den Abschnitt «Selbstorganisation», S. 336 ff. U. a. enthält dieser die Auskunft, dass es in Deutschland 2002 insgesamt 8 633 Genossenschaften verschiedener Art (landwirtschaftliche, gewerbliche, Konsum-, Wohnungsgenossenschaften u. a.) mit 21,8 Millionen Mitgliedern gab.

Gang zu setzen. Und: «In Ostdeutschland sind Betriebe dieser Art mittlerweile vielfach die größten und oft auch die einzigen kommunalen Arbeitgeber.»²⁴

Es ist auch das *öffentliche Eigentum* vor allem auf *kommunaler Ebene* ins Auge zu fassen, wenn es um demokratisches Wirtschaften von unten geht. Hier ist es am ehesten möglich (und sollte eine Aufgabe aktiver linker Politik in kommunalen Vertretungen sein), «die Eigentümer-Funktion zu demokratisieren durch Transparenz, Offenlegung unterschiedlicher Interessenlagen und Vorschläge für deren Ausgleich, klare Aufträge an kommunale Unternehmen, Zielvereinbarungen mit den Betriebsführungen usw.»²⁵

Ähnlich wie die eingangs zitierten Joachim Hirsch und Isabel Rauber setzt Bernd Hamm, dessen Ausgangspunkt die soziale und ökologische Zerstörung der Welt durch bestehende politische und ökonomische Machtverhältnisse ist, auf das Handeln von unten als Ausweg. Er schreibt zurecht, die heute bestehenden Machtverhältnisse verhinderten, dass die vielen Ideen, «wie man aus der Falle herauskommt», realisiert werden; unsere politischen und wirtschaftlichen Institutionen taugten nicht, um die anstehenden Aufgaben zu lösen: «Diejenigen, die von ihnen profitieren, werden das nicht von selber einsehen und sie verändern. Die Alternative: Reform von unten nach oben. Wir müssen in einer Unzahl einzelner Handlungen und kleiner Projekte das System unterminieren, die Strukturen aufweichen, es mit Geduld, Beharrlichkeit und Phantasie zu Fall bringen, [...] unsere Sache selber in die Hand nehmen.»²⁶

Also am Staat vorbei? So auch Joachim Hirsch (siehe Zitat oben): Die Gesellschaft könne nicht mittels des Staates verändert werden.

An dieser Stelle sollten wir zu den Vorgängen in *Lateinamerika* zurückkehren, wo der hier interessierende Transformationsprozess von unten, aus der Gesellschaft heraus – folgt man den (widersprüchlichen) Berichten – stärker als anderswo im Gange ist.

Einen informativen Überblick über Beispiele solidarischer Ökonomie in ausgewählten Ländern Lateinamerikas (Argentinien, Mexiko, Bolivien, Brasilien, Venezuela) gibt Günter Buhlke.²⁷ Die Formen, die sich zum Teil auf überlieferte Traditionen der Dorfgemeinschaften stützen, sind hier vor allem Genossenschaften und Kooperativen in der Landwirtschaft, im Bergbau, im Dienstleistungssektor; Gemeindebetriebe; Land- und Betriebsbesetzungen mit anschließenden Enteignungen und Fortführung der Produktion in Regie der Belegschaften.

Eine herausragende *Spezifik* solidarischer Ökonomie in dieser Region ist die Tatsache, dass sie von den gegenwärtigen demokratischen *Regierungen unterstützt* wird – so in Bolivien, Brasilien, Venezuela. In Bolivien erfolgt das unter anderem durch

24 Schlosser: Solidarische Ökonomie, S. 9.

25 Horst Kahrs: Von der Anti-Privatisierungspolitik zur Politik der «Ökonomie des Gemeinwesens». Acht Näherungen, März 2006, Manuskript für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

26 Hamm, Die soziale Struktur, S. 321.

27 Vgl. Günter Buhlke: Probleme einer solidarischen Ökonomie und ihre spezifische Ausprägung in Lateinamerika, in: Jahn/Schlösser/Buhlke: Solidarische Ökonomie.

steuerliche Vorzugsbehandlung. In Venezuela unterstützt die Regierung Chaves Belegschaften besetzter Betriebe oder Ländereien und betreibt eine Wirtschaftspolitik zugunsten der kleinen und mittelständischen Wirtschaft (47 Gesetze wurden in diesem Sinne neu geschaffen oder verändert). In Brasilien wurde von der Regierung eine spezielle Behörde für solidarische Ökonomie gegründet: das Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie im Arbeitsministerium – neben dem Nationalen Rat für Solidarische Ökonomie. Der Nationale Rat setzt sich paritätisch aus Vertretern der Regierung, der Privatwirtschaft und der NGOs, darunter Gewerkschaften, und Kirchen zusammen und hat die Vollmacht, verbindliche Beschlüsse zu fassen.²⁸ (Das erinnert an die programmatische Forderung des DGB vor 1990 nach Wirtschafts- und Sozialräten.)

Auf die lateinamerikanische Erfahrung gestützt, schreibt Isabel Rauber: «In der Strategie der sozialen Transformation von unten ist die Regierung ein Schlüsselinstrument», um «durch die Öffnung und/oder Erweiterung demokratischer partizipativer Prozesse die Herausbildung des kollektiven Akteurs für den Wandel zu aktivieren» und zugleich «damit – von unten – die Umgestaltung der Regierung selbst (!) und ihrer institutionellen Tätigkeit [...] zu fördern».²⁹ Also: a) Regierung als ein Instrument (Schlüsselinstrument!) bei der sozialen Transformation und b) die (notwendige) Umgestaltung der Regierung selbst in der und für diese Transformation. Rauber spricht in diesem Zusammenhang von der «Modifizierung der Konzeption des Staates und seiner Rolle in den Prozessen des gesellschaftlichen Wandels». (Siehe ebenda.)

Damit ist die Frage nach der *Rolle des Staates* im sozialen Transformationsprozess und nach der Beschaffenheit des Staates (Parlamente, Regierungen, Justiz von oben nach unten, von unten nach oben) und nach dem Inhalt seiner Tätigkeit gestellt.

Denn: Demokratisches Wirtschaften von unten (Sozialisierung) ist – örtlich und regional vernetzt oder auch als Einzelprojekte – möglich, dafür sprechen Tatsachen, auch in Deutschland. Aber: Sollte diese Art des Wirtschaftens zur dominierenden Form des Wirtschaftens im nationalen (auch EU-)Rahmen werden, bedurfte das vermutlich einer gesamtgesellschaftlichen Koordinierung. Und dafür hat die Zivilisation bisher keine andere als die Staatsform hervorgebracht. Wird also das flächendeckende, die gesamte Gesellschaft umfassende demokratische Wirtschaften ohne Staat möglich sein?

Klar ist: mit dem Staat, wie er heute beschaffen ist, nicht. Es ist also über eine Reform des Staates der repräsentativen parlamentarischen (Parteien-)Demokratie nachzudenken – in Richtung seiner Vergesellschaftung.

Stichworte dazu gibt Michael Krätke (unter Verweis auf andere Autoren): Er spricht von der «notwendig[en] Ergänzung und Erweiterung der tradierten Formen der repräsentativen Demokratie» hin zu «Formen der «assoziativen» (oder zivilgesell-

28 Ausführlicher vgl. ebenda.

29 Rauber: Die demokratisch-kulturelle Revolution, S. 1118.

schaftlichen) Demokratie», wobei «Formen der Selbstregierung und Beteiligung an komplexen, kollektiven Entscheidungsprozessen» gemeint sind. – «Um der Vielzahl freiwilliger Assoziationen (Verbände, Vereine), die es gibt, sowie denen, die es geben kann (Wirtschaftsverbände aller Art, einschließlich der Gewerkschaften, aber auch Verbraucherverbände, Umweltschutzverbände), in der Tat eine politische Rolle zu geben, muss die Rolle des Staates bzw. der zentralen Institutionen der repräsentativen Demokratie neu definiert werden. Was nichts anderes heißt als Aufgeben bzw. Aufbrechen des tradierten staatlichen Politikmonopols, Übertragen von Souveränitätsrechten (bis hin zur Gesetzgebungsinitiative) an kleinere politische Einheiten, die Assoziationen eben. Gewollt sind eine Politisierung der Zivilgesellschaft und eine Pluralisierung des Staates, die den Charakter der Marktwirtschaft durchaus verändern kann – in Richtung auf eine Verhandlungsökonomie. Darin würden Spielregeln ebenso wie Ziele und Pläne öffentlich verhandelt und kollektiv beschlossen (werden), in einem Prozess, der für viele organisierte und organisierbare Interessen offen ist und bleiben soll. Übergreifende Wirtschaftsparlamente oder -kammern [...], die auf regionaler oder sektoraler Ebene alle relevanten Assoziationen zusammenbringen, können darin durchaus eine Rolle spielen. Der Markt würde sich wandeln: Austauschprozesse bleiben, aber die berühmten Marktkräfte verlieren ihre Anonymität und Verantwortungslosigkeit, sie werden durchschaubar, kontrollierbar und korrigierbar – und zwar von den direkt und indirekt Beteiligten selbst.»³⁰ An anderer Stelle argumentiert Krätke überzeugend gegen den «Mythos vom ‚machtlosen‘ Staat» unter Bedingungen der Globalisierung («Nachrichten von der Impotenz des Staates und der Politik sind reichlich übertrieben») und hebt hervor: «Für alles, was die globalisierungskritische Linke weltweit propagiert, braucht sie einen starken Staat.»³¹ Auch im nationalen Rahmen wird sie wohl kaum ganz ohne Staat auskommen.

Krätkes Gedankengang zur Reform des Staates korrespondiert mit Überlegungen von Isabel Rauber. Eine konkretisierende Diskussion darüber ist empfehlenswert. Dabei wäre der Hinweis von Frank Deppe einzubeziehen, dass alle neuzeitlichen «revolutionären Prozesse einer radikalen Demokratisierung auf der einen Seite und einer Umwälzung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse auf der anderen Seite [den] Widerspruch zwischen Basisorganisationen der Selbstverwaltung (die zugleich den Rahmen für eine öffentliche Debatte über Ziele und Wege der Revolution bildeten) und einer Zentralisierung der staatlichen Macht (die schließlich durch eine Staatspartei ausgeübt wurde) mehr oder weniger intensiv und dramatisch ausgetragen haben».³²

30 Michael Krätke: Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus, in: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hrsg.): Mut zur konkreten Utopie – Alternativen zur herrschenden Ökonomie, Kritische Interventionen 8, Hannover 2003 (hier nach Online-Manuskript, S. 28 f.).

31 Michael Krätke: Der alte Staat, die neue Weltordnung und die Linke, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 68/2006, S. 76 f., 81.

32 Frank Deppe: Hannah Arendt und das politische Denken im 20. Jahrhundert, in: Utopie kreativ 201–202/2007, S. 692.

Es ist klar: Ohne ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Neoliberalismus – für Wirtschaftsdemokratie, für die Ausweitung und Stärkung der solidarischen sozialen Ökonomie und für eine entsprechende Reform des gegebenen Staates – wird es nicht möglich sein, nachhaltige Schritte hin zu einem Wirtschaften für das Allgemeinwohl zu gehen. Und das erfordert die *Mobilisierung der Öffentlichkeit* durch außerparlamentarische und parlamentarische *Kampagnen*. Dafür ist *Aufklärung*, nicht zuletzt politische und politökonomische (!) Alphabetisierung breiter Schichten der Bevölkerung über den Kapitalismus und den heute in seinen Diensten stehenden Staat – gegen die Mythen der neoliberalen Ideologie, die diese als Endpunkt der Geschichte darstellen, – dringend notwendig.³³ Denn: Ohne breite *außerparlamentarische Bewegungen*, ohne den *starken Druck der Straße* auf «den Staat» (Parlamente, Regierungen aller Ebenen, Gesetzgebung) werden Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie «von oben» nicht möglich sein. Diese sind aber notwendig, wenn Unternehmungen der solidarischen sozialen Ökonomie «von unten» ausgeweitet und im wirtschaftlichen Geschehen dominant werden sollen.

Ein Fazit: Wirtschaftsdemokratie, darin eingeschlossen die solidarische soziale Ökonomie als «Sozialisierung von unten», ist der Kern der von der alten Arbeiterbewegung und vielen neuen sozialen und politischen Bewegungen geforderten radikalen – also auch sozialen – Demokratie. Um es zu wiederholen:³⁴ Die Forderung nach der radikalen Demokratie sollte die Strategie der neuen Linken sein auf dem Weg zu einer friedlichen, wirklich demokratischen, sozial gerechten, umweltverträglichen, nichtpatriarchalen Gesellschaft, in der jeder Mensch und jedes Volk sich frei entfalten kann. Eine solche Gesellschaft könnte auch eine sozialistische genannt werden. Die Orientierung an der radikalen Demokratie mit ihrem Kern Wirtschaftsdemokratie entspricht der marxischen Definition des Sozialismus (Kommunismus) als Bewegung und seinem Hinweis auf «Übergangsmaßregeln [...], die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen».³⁵ Wir blieben also – mit Rosa Luxemburg – bei Marx, unter seinem Banner.

33 Dazu Plener, *Wirtschaften*, S. 129–133.

34 Vgl. S. 117 f. in diesem Band.

35 Vgl. Anm. 3 und MEW, Bd. 16, S. 368 f.

SPONTANITÄT - RADIKALE DEMOKRATIE - WEG ZUR SOZIAL GERECHTEN, DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT¹

Zum Thema «Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächtnisse» im Folgenden vier Thesen.

1. Die Grunderfahrung: Demokratische Basisbewegungen entstanden stets spontan, wurden von verschiedenen sozialen Schichten getragen und spielten eine schöpferische Rolle in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Demokratische Basisbewegungen entwickelten sich immer «von selbst», «aus der Gesellschaft heraus», «von unten», sie wurden nicht von einer Institution, Organisation, Partei vorgedacht und organisiert.² Sie waren und sind in allen Gesellschaften eine natürliche Erscheinung, ohne sie ist gesellschaftlicher Fortschritt undenkbar. Fritz Behrens nannte die Spontanität «die wichtigste schöpferische Kraft der werktätigen Klassen».³ Rosa Luxemburg hatte das so formuliert: «Ob große Volkskundgebungen und Massenaktionen, sei es in dieser oder jener Form, wirklich stattfinden, darüber entscheidet die ganze Menge ökonomischer, politischer und psychischer Faktoren, die jeweilige Spannung der Klassegegensätze, der Grad der Aufklärung, die Reife der Kampf Stimmung der Massen, die unberechenbar sind und die keine Partei künstlich erzeugen kann. [...] Die geschichtliche Stunde heischt jedesmal die entsprechenden Formen der Volksbewegung und *schafft sich selbst neue*, improvisiert vorher unbekannte Kampfmittel, sichtet und bereitet das Arsenal des Volkes, unbekümmert um die

1 Zuerst erschienen in: Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S. 224–234.

2 Vgl. Ulla Plener: Über Spontanität, zwei Demokratietraditionen in der Arbeiterbewegung und die Position Kurt Schumachers, in: Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg Lesebuch, Schkeuditz 1997, S. 227 ff.

3 Fritz Behrens: Antworten auf ein Interview im Frühjahr 1980, erstmals veröffentlicht in Günter Krause/Dieter Jahnke (Hrsg.): Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein. Texte von und über Fritz Behrens, Hamburg 2010, S. 196.

Vorschriften der Parteien.»⁴ Ähnlich Lenin 1920: «Die Geschichte im allgemeinen und die Geschichte der Revolutionen im Besonderen ist stets inhaltsreicher, mannigfaltiger, vielseitiger, lebendiger, «vertrackter» als die besten Parteien, die klassenbewusstesten Avantgarden der fortgeschrittensten Klassen es sich vorstellen. Das ist auch verständlich, denn die besten Avantgarden bringen das Bewusstsein, den Willen, die Leidenschaft, die Phantasie von Zehntausenden zum Ausdruck, die Revolution aber wird in Augenblicken eines besonderen Aufschwungs und einer besonderen Anspannung aller menschlichen Fähigkeiten durch das Bewusstsein, den Willen, die Leidenschaft, die Phantasie von Millionen verwirklicht.»⁵

Diese Millionen setzten sich aus verschiedenen sozialen Kräften zusammen: Hier waren Lohnarbeitende (Arbeiter und Angestellte), Angehörige städtischer Mittelschichten (Handwerker, Kleinhändler u. a.), der Intelligenz (Volks- und Hochschullehrer, Ärzte usw.) aktiv.⁶

2. Eine zweite Erfahrung: Das Anliegen dieser Bewegungen war und ist immer ein demokratisches, wobei es um Demokratie als radikale Idee und Praxis geht, die das auf den politischen Bereich reduzierte liberale Demokratieverständnis aufnimmt und es über dieses hinausführt hin zur sozialen, also radikalen Demokratie; entsprechend sind Formen und Inhalte ihrer Organisation.

Spontane Volksbewegungen und Massenaktionen der Lohnarbeitenden verein(ten) das Streben nach Demokratie mit dem nach sozialer Gerechtigkeit. Sie waren und sind der direkt ausgeübte *soziale Zwang* und so die *unmittelbarste Form der demokratischen Einflussnahme der Mehrheit* (als relativer Begriff gefasst) *auf Entscheidungen in der Politik*. Sie erwiesen sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts als *Beschleuniger* des politischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Diese Rolle schlug sich in der Demokratisierung und der «sozialen Ausgestaltung» («Zähmung») des Kapitalismus in Westeuropa seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nieder. In Deutschland stehen dafür vor allem Ablauf und Ergebnisse der Novemberrevolution von 1918/1919⁷ sowie die Folgen der gewerkschaftlichen Kämpfe in der BRD seit den 1950er Jahren. Auch der Staatssozialismus übte einen solchen Einfluss auf den realen Kapitalismus im 20. Jahrhundert aus.⁸

4 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 149. Hervorhebung im Original.

5 Wladimir Iljitsch Lenin in: Werke, Bd. 31, S. 82 f. Diese Sätze könnten auch von Rosa Luxemburg stammen, meinte Oskar Negt. Vgl. Oskar Negt: Rosa Luxemburg. Zur materialistischen Dialektik von Spontaneität und Organisation, in: Claudio Pozzoli (Hrsg.): Rosa Luxemburg oder Die Bestimmung des Sozialismus, Frankfurt a. M. 1974, S. 183.

6 Marx schrieb in einem solchen Zusammenhang über «Volksmassen, d. h. die produzierenden Massen», «arbeitende Klassen» und «Klassen der Gesellschaft, die nicht von fremder Arbeit leben». Vgl. MEW, Bd. 17, S. 536 f., 553, 556.

7 Vgl. dazu u. a. Werner Bramke/Silvio Reisinger: Leipzig in der Revolution von 1918/1919, Leipzig 2009; Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte, Berlin 2009.

8 Vgl. dazu Eric J. Hobsbawm: Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung, in: ders.: Zwischenwelten und Übergangs-

Zu den Erfahrungen gehört: Spontan entstehende demokratische Bewegungen *organisieren sich immer in Formen der direkten (der Basis-)Demokratie*, ohne hierarchische Funktionsapparate. So die Pariser Kommune 1871 in Frankreich, so die Sowjets 1905 und 1917 in Russland, die Räte 1918 und die Aktionsausschüsse 1945 in Deutschland, die Bürgerinitiativen seit den 1960er Jahren in der BRD, die Bürgerbewegungen und die Runden Tische gegen Ende der 1980er Jahre in der DDR, die Ostdeutsche Initiative der Betriebs- und Personalräte in den Jahren 1992/1993.

Ein *Kennzeichen dieser basisdemokratischen Formen*: Spontan entstanden, verein(t)en sie – von sich aus! – stets die legislative und die exekutive Gewalt, waren sie *arbeitende Körperschaften*. Das hoben Marx für die Pariser Kommune und Lenin – nicht anders als Marx! – für die Sowjets als positive Erfahrung hervor.

Dafür sei Marx viel gescholten worden, stellt Neuhaus fest.⁹ Und kürzlich war in einer Rezension des MEGA-Bandes I/32 mit Arbeiten von Friedrich Engels der Jahre 1891 bis 1895 zu lesen: Nachfolgende sozialistische Theoretiker und Politiker räumten «nicht mit dem folgenschwersten Fehler des Marxismus [!] [auf]: Bei aller Kritik an einzelnen Momenten der Pariser Kommune sanktioniert[e] Engels – wie zuvor schon Marx – deren politisches Modell; damit [schrieb] er die Aufhebung der Gewaltenteilung fest und zementiert[e] eine der Vorbedingungen, dass in den späteren sozialistischen Gesellschaften die Machtkonzentration auf keine wirksamen Hindernisse stieß.»¹⁰

Das Gegenteil dieser Aussage ist richtig: In dem «politischen Modell» der arbeitenden, weil legislative und exekutive Gewalt vereinigenden Körperschaft schlug sich gerade das demokratische Wesen dieser spontan entstandenen Organe nieder – das Streben der werktätigen Mehrheit nach Selbstbestimmung, nach Entscheidungsmacht bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse. Volksvertretungen in der DDR und anderen Staaten des damaligen sozialistischen Lagers sollten ursprünglich gerade so sein. Das Undemokratische des politischen Systems im Staatssozialismus nach dem Vorbild der stalinisierten (Nota bene!) Sowjetunion wurzelte nicht in der Zusammenführung von Legislative und Exekutive, sondern in der *Entmachtung* der Räte, der Volksvertretungen als arbeitende Körperschaften durch das Dogma und die Praxis der «führenden Rolle der Partei», die alle Macht bei deren Politbüro konzentrierte.

Im Unterschied zum basisdemokratischen «politischen Modell» war und ist der von konkurrierenden Parteien getragene *Parlamentarismus* eine Form der politischen/staatlichen Organisation, die in Westeuropa auf der Basis der konfrontativen kapitalistischen Produktionsverhältnisse entstanden war. Sein Kennzeichen sind hierarchi-

zeiten. Interventionen und Wortmeldungen, Köln 2009, S. 118 f.; Peter Brandt: Soziale Bewegung und politische Emanzipation. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, Bonn 2008, S. 457.

9 Vgl. Manfred Neuhaus: Die Himmelsstürmer von der Seine. Vor 140 Jahren wurde die Pariser Kommune proklamiert – spontane Regierung des Volkes durch das Volk, in: Holze/Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung.

10 Uwe Dathe: Neuer MEGA-Band ruft Verwunderung und Staunen über den alten Friedrich Engels hervor, in: Neues Deutschland, 25.11.2010, S. 17.

sche und bürokratische Machtstrukturen. In der liberal-demokratischen Version als Parteien-, also einer (indirekten) *Vertreterdemokratie* schließt er Massenaktionen als Form direkter Demokratie, direkter Einflussnahme auf Entscheidungen aus. Seine Repräsentanten lehnen spontane Bewegungen als «chaotisch», weil bedrohlich für die kapitalistischen Machtstrukturen ab.¹¹

Die Trennung der legislativen und der exekutiven Gewalt im politischen System des kapitalistischen Parlamentarismus führt heute zur fortschreitenden Entmachtung der Parlamente und zunehmenden Konzentration aller Macht bei den Regierungen – auch in der Bundesrepublik Deutschland. Oder sind die heutigen Parlamente – ob in der BRD, in anderen Staaten der EU und in dieser selbst – «wirksame Hindernisse» gegen die ökonomische und politische Machtkonzentration bei den kapitalistischen Konzernen und Banken? Man denke allein an das Agieren der ökonomisch und der politisch Herrschenden während der letzten Krise 2008 bis 2010, in Deutschland außerdem an «Stuttgart 21» und die Proteste gegen Castortransporte im Wendland und anderswo 2010, an denen viele Zehntausende Bürger teilnahmen – und von der Staatsgewalt niedergeknüppelt wurden.¹²

Und: Sind die heutigen Genossenschaften, Unternehmen des alternativen, solidarischen Wirtschaftens, selbstverwaltete Betriebe, Projekte, Vereine undemokratisch organisiert? Sie funktionieren gerade als arbeitende Körperschaften, indem sie Beschlussfassung (Legislative) und Ausführung (Exekutive) in einem praktizieren.

Zugleich bietet die *parlamentarische Form* des Regierens *Möglichkeiten* für die werktätige Mehrheit, über ihre politischen Vertreter – sozialistische und sozialdemokratische Parteien – das politische Geschehen zu beeinflussen, politische und soziale Rechte zu erobern oder auszuweiten. Auf parlamentarische Mittel kann also nicht verzichtet werden, solange diese die bestimmende Form der politischen Organisation sind und demokratische Potenzen innehaben. Da geht es vor allem um die Einflussnahme (den sozialen Zwang) der außerparlamentarischen – spontanen und organisierten – Bewegungen und Aktionen auf parlamentarische Entscheidungen.

Auf dem Weg zu einer humanen, sozial gerechten, demokratischen Gesellschaft wird es wohl um die notwendige *Verschränkung* parlamentarischer und basisdemokratischer Formen/Mittel der politischen Organisation gehen, gehen müssen.

11 So erklärte Bundesinnenminister de Maizière (CDU) während einer Aktuellen Stunde im Bundestag der BRD zu den Protesten gegen den Castortransport im November 2010 im Wendland, an denen Zehntausende Bürger teilgenommen hatten, weder die Opposition noch Demonstranten hätten das Recht, «gegen demokratisch getroffene Entscheidungen zu zivilem Ungehorsam aufzurufen», und: «Die StraÙe hat keine höhere demokratische Legitimation als Parlament und Gesetz.» Vgl. Neues Deutschland, 11.11.2010, S. 1.

12 Vgl. Demokratisierung der Demokratie. Die Stuttgarter Protestszene verlässt das Bahnhofsthema und wird grundsätzlicher, in: Neues Deutschland, 2.3.2011. Es geht um den Demokratiekongress in Stuttgart am 27. Februar 2011. Hier hieß es u. a.: Nach einer Forsa-Umfrage 2010 bezweifelten 79 Prozent der Bürger, dass ihre Interessen von der repräsentativen Demokratie ausreichend berücksichtigt würden; es müsse den Bürgern erst einmal klar gemacht werden, dass sie der Souverän sind; viele sähen in mehr direkter Mitbestimmung den Ausweg. Der Berliner Politologe Peter Grottian äußerte hier: Nur mit zivilem Ungehorsam, den er als Motor für Modernisierungsprozesse ansieht, werde es Veränderungen geben.

Die *Inhalte der spontanen basisdemokratischen Bewegungen* waren und sind stets *radikaldemokratisch*: Neben der individuellen politischen Freiheit der Bürger gegenüber dem Staat erstreb(t)en sie – getragen vielfach von unmittelbaren Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums – immer auch die kollektive, die soziale Freiheit in der Wirtschaft, also die Einheit von liberaler und sozialer Demokratie. Wieso das?

Die Quelle dieser Bewegungen ist der dem Menschen als arbeitendes – schöpferisches – Wesen eigene Drang nach Freisein von jedweden, auch ökonomischen, Abhängigkeiten und damit nach Demokratie – diese verstanden als Einflussnahme der arbeitenden, der Volksmehrheit auf die sie betreffenden Entscheidungen –, verbunden mit dem urwüchsigen Streben nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Und das ganz nach Engels, der 1853 von dem «der Menschheit angeborenen Drang nach Freiheit», von der «Explosivkraft demokratischer Ideen» schrieb, die «die große Bewegung 1789 [...] voll mächtiger Tatkraft» getragen hatten.¹³ So auch die Bewegung der Lohnarbeitenden. Schon 1846 betonte Engels die «völlige Verschiedenheit von Liberalismus und Demokratie»: Der Liberalismus, die Fahne der Bourgeoisie, erstrebe die Emanzipation der bürgerlichen Klassen, das heißt die Freiheit des Geldes; die *Demokratie* werde von den *arbeitenden* Klassen verfochten, sie erstrebten die Emanzipation der arbeitenden Klassen – die Freiheit des arbeitenden Menschen. Engels sprach in diesem Zusammenhang von der «wirklichen Demokratie», «die eine ganz besondere Demokratie ist», bei der man sich «durchaus nichts bloß Politisches zu denken» hätte: «In der Wirklichkeit haben diese Worte [Demokratie, Fraternalisierung der Nationen] jetzt einen sozialen Sinn, in dem die politische Bedeutung aufgeh.» Dies sei so schon seit der Großen Französischen Revolution, die «von Anfang bis zu Ende eine soziale Bewegung» war, denn alle genaueren Untersuchungen und Tatsachen zeigten, «wie sehr die damalige Demokratie etwas ganz anderes war als eine bloße politische Organisation». Engels weiter: «Die Demokratie ist proletarisches Prinzip, Prinzip der Massen geworden. Die Massen mögen über diese einzig richtige Bedeutung der Demokratie mehr oder weniger klar sein, aber für alle liegt wenigstens das dunkle Gefühl der sozialen gleichen Berechtigung in der Demokratie.»¹⁴

So begründete auch Marx die schon 1789 geborene, 1848 wieder aufgenommene Forderung nach der sozialen Demokratie, nach der sozialen Republik.¹⁵

Das Streben nach Freiheit und Demokratie wird bei der arbeitenden Mehrheit vom Bewusstsein/Gefühl der Menschenwürde, der Gleichheit aller Menschen von Natur aus gespeist. Ihm liegt das urwüchsige Bedürfnis nach Emanzipation des einzelnen Menschen zugrunde. Es ist *ethisch motiviert*. Und es ist *sozial-ökonomisch fundiert*, wird vom Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, in dem sich das undemokratische Wesen des Kapitalismus äußert, stimuliert: Im Arbeitsprozess schafft der

13 MEW, Bd. 9, S. 17.

14 MEW, Bd. 2, S. 579 f.; S. 611–615.

15 Vgl. MEW, Bd. 17, S. 338.

Arbeitende materielle und geistige Werte, um seine und anderer Menschen Bedürfnisse zu befriedigen, aber Ziel der Produktion ist nicht das, sondern der Profit. Dabei war und ist bei dem Arbeitenden stets das mehr oder weniger klare Bewusstsein der eigenen Rolle als Schöpfer des menschlichen Reichtums vorhanden, und so rebelliert er bewusst oder spontan gegen seine abhängige soziale Lage.¹⁶ Das Demokratiestreben der Arbeitenden wurzelt im Kapitalismus auch im zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte, in der Vergesellschaftung der Produktion.¹⁷ Auf ökonomischer Ebene reflektiert sich das in *Forderungen nach öffentlichem und Gemeineigentum, nach Vergesellschaftung* der volkswirtschaftlich bestimmenden Produktionsmittel.

3. *Eine dritte Erfahrung: Das Verhältnis der organisierten Arbeiterbewegung – der ihr verbundenen Parteien und der Gewerkschaften – zur spontanen Massenbewegung war immer widersprüchlich.*

Die organisierte Arbeiterbewegung war infolge des objektiv begründeten, spontanen Demokratiestrebens der Lohnarbeitenden entstanden und blieb – zuweilen mehr, zuweilen weniger konsequent – in Westeuropa dessen Träger bis tief in die 1980er Jahre (bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa im vorigen Jahrhundert) hinein. Eben deshalb kamen gerade aus ihr die meisten Akteure und Kämpfer gegen antidemokratische – so auch gegen faschistische – Bestrebungen und Regime unter kapitalistischen Bedingungen. Und doch war ihr Verhältnis zur Spontanität oft ablehnend.

Einerseits waren Organisationen der Arbeiterbewegung an ihrem Beginn selbst Ergebnis der spontanen sozialen Bewegungen von Lohnarbeitenden, und sie blieben diesen immer verwandt. Sie waren vielfach der mobilisierende Faktor, wenn es darum ging, politische und/oder soziale Rechte zu erobern oder zu verteidigen. Andererseits – von notwendigen, aber sich fortschreitend verselbstständigenden und bürokratisierenden Apparaten getragen – suchten sie (genauer: die meisten ihrer Führer und bezahlten Funktionäre, die Apparate eben) die außerhalb ihrer selbst agierenden, immer wieder neu entstehenden spontanen Aktionen «einzubinden». Die schöpferische Rolle des Spontanen im historischen Prozess war als Thema sowohl bei Sozialdemokraten als auch bei regierenden Kommunisten weitgehend an den Rand gedrückt oder generell negiert worden.

16 Friedrich Engels in: MEW, Bd. 2, S. 344 f. Engels geht an dieser Stelle auf den Widerspruch der sozialen Lage der Lohnarbeitenden ein, indem er auf die zugleich wirkende Tendenz der Anpassung an die im Kapitalismus gegebenen Umstände verweist. Zu den gegen das Demokratiestreben der Lohnarbeitenden in der Vergangenheit und heute wirkenden Faktoren siehe u. a. Ulla Plener: Arbeiterbewegung – demokratische Hauptkraft im Kapitalismus, Berlin 1988, S. 126–134, 182 f.

17 Vgl. Friedrich Engels 1876: In der kapitalistischen Produktionsweise «drängten die Produktivkräfte selbst mit steigender Macht [...] nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftliche Produktivkräfte.» Eine Auswirkung dessen sei auf «einer gewissen Entwicklungsstufe» die Verwandlung der «großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen» in Staatseigentum, MEW, Bd. 20, S. 258 f. Zu Marx, Engels, Lenin über Quellen und Spezifik des demokratischen Kampfes der Arbeiterbewegung im Kapitalismus siehe u. a. Plener: Arbeiterbewegung, Viertes Kapitel.

Sozialdemokratische Parteien – so jedenfalls die SPD – begegneten spontanen, außerparlamentarischen Bewegungen stets mit Misstrauen und versuchten, diesen die Spitze zu nehmen und sie zu vereinnahmen. Anders als bei Kommunisten lag und liegt diesem Verhalten das liberale Verständnis der parlamentarischen Parteiendemokratie als einzig legitimer Form der Demokratie und der staatlichen Organisation zugrunde.¹⁸ In der Beschränkung auf nur parlamentarische Mittel zeigte sich im 20. Jahrhundert die Grenze der von der Sozialdemokratie verfochtenen Nur-Reformorientiertheit. Sie war es wohl, die *Tempo, Umfang und Tiefe der gesellschaftlichen Veränderungen* im Kapitalismus in Richtung einer humanen, sozial gerechten, demokratisch organisierten und solidarischen Gesellschaft an bestimmten Schnittpunkten – in Umbruchsituationen – *gehemmt, ja verhindert* hat. So war das um und nach 1918/1919; so war es 1945 bis 1948; so war es 1990/1991 und danach.¹⁹

Nach der Parteidoktrin der *regierenden SED* wurde Spontanität für den Realsozialismus generell ausgeschlossen, denn diese vereinbarte sich nicht mit dem Führungsanspruch und dem Wahrheitsmonopol einer in der Tradition der stalinisierten KPdSU und von dieser dominierten Kommunistischen Internationale stehenden Partei. Und gerade damit wurden *dem Schöpfertum der Volksmassen Grenzen gesetzt*, konnte es sich nicht voll entfalten, verarmte die gesellschaftliche Realität, wurden mögliche Lösungswege für anstehende Probleme verbaut.²⁰ Spontanität wurde immer nur zusammen mit Bewusstheit genannt und als «mangelhaft organisiertes und zielloses Handeln» erläutert.²¹ Sie wurde nicht als selbstständige – und für den historischen Prozess grundlegende, ja diesen zum großen Teil bestimmende – Kategorie gefasst.

Als sich 1917/18 die organisierte sozialistische Arbeiterbewegung in zwei Hauptströme gespalten hatte, da erfolgte das entlang ihres Demokratieverständnisses. Zum einen ging es um den Stellenwert von Massenaktionen als Faktor gesellschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung: Während Kommunisten besonders auf sie setzten, schworen Sozialdemokraten vorwiegend auf das Parlament und stellten sich gegen Aktionen. Zum anderen ging es um den «Grad der sozialen Radikalität», besonders bezogen auf das Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. Kommunisten wollten die Lösung sofort: den schnellen Bruch, die «Abschaffung des Kapitalismus» durch vollständige Enteignung der Produktionsmittel, was praktisch viele Opfer kosten und die auch für Lohnarbeitende unerlässliche Funktionsfähigkeit der Wirtschaft zerstören musste. Sozialdemokraten orientierten auf einen langen, Opfer möglichst vermeidenden Weg schrittweiser Reformen, die ursprünglich im Großen und Ganzen

18 Vgl. dazu Plener: Über Spontanität, S. 233 ff.

19 Vgl. dazu dies.: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, u. a. S. 136–163, 236–249; dies. (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland, Berlin 2009.

20 Vgl. dazu Behrens: Antworten auf ein Interview, S. 196 ff.

21 Vgl. Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, Leipzig 1976, S. 1160. Vgl. auch Sachwortregister zu den Werken von Marx, Engels und Lenin.

antikapitalistisch ausgerichtet waren und die Eigentumsproblematik nicht aussparten. In diesem Sinne war in den 1920er Jahren von sozialdemokratischen Gewerkschaftern das *Konzept der Wirtschaftsdemokratie* angedacht worden, in dessen Mittelpunkt öffentliche Kontrolle und Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an volkswirtschaftlich wichtigen Produktionsmitteln und verschiedene Formen öffentlichen oder Gemeineigentums standen. Es verband die Prinzipien der liberalen Demokratie mit den Ideen der sozialen Demokratie in einem – ein entsprechendes gesellschaftliches Kräfteverhältnis vorausgesetzt – politisch praktikablen Konzept.²² Das sollte der *evolutionäre Weg* sein hin zu einer Gesellschaft, in der das Allgemeinwohl, also umfassende Demokratie, soziale Gerechtigkeit und das solidarische Miteinander der Gesellschaftsglieder die herrschenden Prinzipien sind. Das Konzept war noch im Berliner Programm der SPD von 1989 enthalten, wurde aber von ihr (mit und nach Gerhard Schröder) mit der Annahme des neuen Grundsatzprogramms 2007 fallen gelassen. So nach 1990 auch vom DGB und seinen Gewerkschaften.²³

Und das Vermächtnis?

4. *Entstehung, Formen, Inhalte und Wirkungen der demokratischen Basisbewegungen weisen sie aus als das ausschlaggebende Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen in Richtung der allumfassenden – radikalen – Demokratie. Und diese ist Weg sowie Voraussetzung und Inhalt einer humanen, sozial gerechten, demokratischen Gesellschaft.*

Transformationsprozesse, die aus dem menschenverachtenden, auch die liberale Demokratie aushöhlenden und stets die natürliche Umwelt und den Frieden gefährdenden Kapitalismus in Richtung einer solchen Gesellschaft führen, werden nur mit den und durch die basisdemokratischen Bewegungen «von unten» möglich sein. Und wenn sie in historisch absehbarer Zeit reale Veränderungen realisieren sollen, wird ihre «Verschränkung» mit parlamentarischen Aktionsformen «von oben» notwendig sein.

Heute sprechen dafür besonders die Erfahrungen der demokratischen Veränderungen in mehreren Ländern Lateinamerikas. Hier begegnen wir einem heterogenen Geflecht von demokratischen Bewegungen mit transformatorischer Tendenz. Die argentinische Philosophin Isabel Rauber beschreibt sie und hebt dabei besonders zwei Erfahrungen hervor: zum einen die Existenz und das Wirken der verschiedensten sozialen – örtlichen, regionalen, landesweiten – demokratischen Basisbewegungen (gegen Nahrungs-, Wohnungs-, Bildungs-, Landmangel, gegen Betriebsschließungen u. a. m.), die überwiegend antikapitalistisch orientiert sind; und zum anderen die in vielem gleichgerichtete Praxis demokratisch entstandener Regierungen in mehreren lateinamerikanischen Ländern. Es gehe hier um den eventuellen Beginn eines *lang-*

22 Vgl. dazu u. a. Ulla Plener: *Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie*, Berlin 2006; vgl. auch dies.: *Demokratisierung der Wirtschaft – Kern einer Strategie für radikale Demokratie*, in: dies./Julia Müller/Heinz J. Bontrup: *Wirtschaftsdemokratie wieder aktuell. Pankower Vorträge 89*, Hrsg. Helle Panke e. V., Berlin 2006, S. 6–8.

23 Vgl. dazu Plener: *Wirtschaften*, S. 50–95.

wierigen Transformationsprozesses von unten in Richtung eines «neuen Sozialismus». Dabei verschränkten sich basisdemokratische und parlamentarische Aktionsformen; die Achse bilde die *umfassende demokratische Beteiligung der Bürger an Entscheidungen* in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens, die von den demokratischen Regierungen gefördert wird.²⁴

Gibt es reale Ansätze einer Transformation von unten, aus der Gesellschaft heraus auch in Westeuropa, in Deutschland gar?²⁵ Ja, in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts gab es Überlegungen und Aktionen dieser Art. In Deutschland war es unter anderem das oben erwähnte *Konzept der Wirtschaftsdemokratie*. Es war ethisch motiviert, wurde politökonomisch begründet (fragte nach der ungerechten, undemokratischen Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln), richtete sich an den Staat als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen (der dieser sein sollte) – an die Gesetzgebung «von oben» – und war mit Schritten in Richtung eines demokratischen Wirtschaftens «von unten» verbunden.

Produktive Anknüpfungspunkte zum Thema «Demokratie von unten» bot in der vergangenen Bundesrepublik zuletzt die *Bewegung in westdeutschen Stahlregionen in den 1980er Jahren*, die sich besonders in den Kämpfen um die Stahlstandorte Hattingen und Rheinhausen konzentriert hatte. Sie entfaltete sich von unten und wurde zu einer breiten politischen *Bürgerbewegung* von gesamtnationaler Bedeutung. In ihr wirkten Gewerkschaften, Betriebsräte und vielschichtige örtliche Initiativen zusammen im Sinne gesamtgesellschaftlicher Interessen. Es ging besonders um Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in Arbeitswelt und Wirtschaftspolitik, verbunden mit der Perspektive, in die Verfügungsgewalt der Konzerne über Produktion und Produktionsmittel einzugreifen, diese zugunsten der Lohnarbeitenden zu beschränken. Es wurde die Überführung der Stahlproduktion in Gemeineigentum, also in öffentliches, das heißt Gemeinde-, Landes- oder Bundeseigentum, gefordert. Die IG Metall forderte außerdem auch «die Verbesserung und Verbreiterung politischer Demokratie durch verstärkte Bürgerbeteiligung und institutionalisierte Bürgerrechte über den Rahmen der parlamentarischen Demokratie hinaus».²⁶ Wie in der Massenbewegung 1918/19 für Demokratie und Sozialisierung schlug sich hier das Verlangen der Arbeitenden nach Selbstbestimmung nieder.²⁷ Bundestag, Bundesregierung, die NRW-Landesregierung, die Unternehmerverbände waren gezwungen, sich damit zu befassen, über Kompromisse nachzudenken.²⁸

24 Isabel Rauber: Die demokratisch-kulturelle Revolution – Weg der sozialen Transformation im 21. Jahrhundert? Betrachtungen aus Lateinamerika, in: Utopie kreativ 206/2007.

25 Vgl. S. 119 ff. in diesem Band.

26 Vgl. dazu IG Metall Vorstand (Hrsg.): Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform, Frankfurt a. M. 1989, S. 19.

27 Zu diesem Inhalt der Massenbewegung 1919 vgl. Brandt: Soziale Bewegung und politische Emanzipation, S. 59–73, bes. S. 70 f.

28 Vgl. S. 80 ff. in diesem Band; vgl. auch: Ulla Plener (Hrsg.): Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Aktionen westdeutscher Gewerkschafter für mehr Demokratie in der BRD, Dokumente 1984–1990, Berlin 1990.

Auf andere Art warf die rigorose *Privatisierung der volkseigenen Betriebe der DDR 1990 bis 1994* ebenfalls die Frage nach fehlenden demokratischen Entscheidungsstrukturen in Politik und Wirtschaft auf.²⁹

Seit Beginn des neuen Jahrhunderts ist Wirtschaftsdemokratie wieder ein Thema bei den Linken.³⁰ Gegen die vorherrschende Politik werden Forderungen und konkrete Vorschläge formuliert, die, sollten sie verwirklicht werden, heute schon reale Schritte in Richtung radikale Demokratie bedeuten würden.³¹ Da geht es unter anderem darum, die Befugnisse kommunaler Selbstverwaltungen, ihre Beteiligung an den von Kommunen finanziell gestützten Unternehmen auszuweiten; das regionale, sozial und ökologisch orientierte, Wirtschaften zu fördern, auch durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung von Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und anderen Formen gemeinschaftlichen Wirtschaftens in allen Bereichen: Produktion, Konsum, Handel, Kunst, Presse, Verlagswesen – als Wirtschaftsdemokratisierung «von unten». Heute bieten sich für die Diskussion über mögliche Schritte zur Demokratisierung der Wirtschaft von unten *Ideen und Fakten der solidarischen Ökonomie* an.³² Bei alledem geht es um die *Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum* an Produktionsmitteln. Zusammengenommen ergeben die Vorschläge *Konturen eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl jetzt und hier*.³³

Demokratisches Wirtschaften von unten ist – örtlich und regional vernetzt – möglich, dafür sprechen Tatsachen, auch in Deutschland. Aber: Sollte diese Art des Wirtschaftens zur dominierenden Form im nationalen (auch EU-)Rahmen werden, bedurfte das einer gesamtgesellschaftlichen Koordinierung. Und dafür hat die Zivilisation bisher keine andere als die staatliche Form hervorgebracht. Das flächendecken-

29 Vgl. dazu Judith Dellheim: Ostdeutsche Initiative von Betriebs- und Personalräten. Kritik an bornierten Gewerkschaftsstrukturen, in: Richard Krumpf (Hrsg.): *Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919–1994*, Bonn 1994, S. 108 ff.; Willibald Jacob: *Der Ostwind weht, wo er will*, Kückenshagen 1995; Helmut Höge: *Berliner Ökonomie*, Berlin 1997; Wolfgang Richter (Hrsg.): *Unfrieden in Deutschland. Weißbuch: Enteignung der Ostdeutschen*, Berlin 1999; Helmut Höge: *Die ostdeutsche Betriebsräteinitiative*, in: *telegraph* 120–121/2010; Annette Jensen: *Im Osten was Neues. Unterwegs zur sozialen Einheit*, Berlin August 2010; Ulla Plener (Hrsg.): *Treuhand – Widerstand in Betrieben der DDR – Gewerkschaften*, Berlin 2011.

30 Vgl. S. 106 ff. in diesem Band; Plener: *Wirtschaften*, S. 166–190; dies./Müller/Bontrup: *Wirtschaftsdemokratie*; Heinz J. Bontrup: *Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft*, Köln 2005; ders.: *Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus*, in: *Utopie kreativ* 186/2006; ders./Julia Müller u. a.: *Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus*, Hamburg 2006; Stefan Sjöberg: *Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*, in: *Utopie kreativ* 186/2006; Alex Demirović: *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*, Münster 2007.

31 Vgl. Plener: *Wirtschaften*, S. 126–128.

32 Vgl. u. a. Irmttraud Schlosser: *Solidarische Ökonomie. Bemerkungen zu Grundlagen, aktuellem Entwicklungsstand und Perspektiven*, in: Wolfgang Jahn/Irmttraud Schlosser/Günter Buhlke: *Solidarische Ökonomie und alternative Wirtschaftspolitik. Grundsätze – Landwirtschaftliche Genossenschaften – Erfahrungen und Beispiele in Lateinamerika*, Pankower Vorträge 105, Hrsg. Helle Panke e. V., Berlin 2007; Gisela Notz: *Theorien des alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*, Stuttgart 2010.

33 Vgl. Plener: *Demokratisierung der Wirtschaft*, S. 17–19; Richard Detje/Helmut Martens/Horst Schmitthener: *Neue Wirtschaftsdemokratie. Ansätze zur Überwindung der System- und Demokratiekrise des Kapitalismus*, in: *Sozialismus* 2/2011.

de, die gesamte Gesellschaft umfassende demokratische Wirtschaften wird wohl ohne eine solche Form nicht auskommen. Klar ist: Der heutige Staat ist diese Form nicht. Es ist also über eine *Reformierung dieses Staates in Richtung seiner Vergesellschaftung* nachzudenken.³⁴ Anzuknüpfen wäre auch da wieder an die Erfahrung in Lateinamerika, wo es um «die Dialektik zwischen Staat und Bewegung» geht, «die den Staat beispielsweise im Sinne des «kommunalen Staates» in Venezuela von unten her neu konstituieren kann».³⁵

Sollten die Forderungen und Vorschläge zur Demokratisierung von Staat und Wirtschaft nach und nach verwirklicht werden, wären das Schritte hin zu einem «Zustand des Übergangs», wo – nach Marx – «auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der anderen Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Übergangsmaßregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen».³⁶

Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts lassen erkennen: Der Weg zur humanen, sozial gerechten, demokratischen Gesellschaft führt über die umfassende Demokratisierung des Staates und aller gesellschaftlichen Bereiche, die Wirtschaft eingeschlossen. Und das muss sowohl mit parlamentarischen als auch mit außerparlamentarischen Mitteln, über die Verschränkung politischer Aktionen und wirtschaftlicher Aktivität «von oben» und «von unten» angestrebt werden.

Die Strategie der Linken im 21. Jahrhundert sollte die konkrete Utopie der umfassenden, der radikalen Demokratie mit ihrem Kern Wirtschaftsdemokratie sein. Die Forderung nach dem gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaften sollte von Parlamentstribünen aus und durch außerparlamentarische Aktionen ins Zentrum der öffentlichen Debatte über eine realistische Alternative zum menschenverachtenden Raubkapitalismus gerückt werden. Diese Forderung kann «das Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation» (Frank Deppe) werden, das als Leitidee soziale Kämpfe und Bewegungen der Gegenwart zusammenführen und hegemoniefähig machen könnte.

Die auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft verwirklichte Demokratie würde die von den Linken erstrebte Gesellschaft verwirklichen, die sich auf Kooperation statt auf Konfrontation gründet, die wirklich demokratisch, sozial gerecht, friedlich und umweltverträglich, solidarisch und nichtpatriarchal ist, in der jeder Mensch und jedes Volk am allgemeinen Wohlstand teilhat und sich frei entfalten kann. Das wäre eine Gesellschaft, die auch eine sozialistische genannt werden könnte.

34 Stichworte dazu gibt Michael Krätke: Der alte Staat, die neue Weltordnung und die Linke, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 68/2006.

35 Helge Buttke: Möglichkeiten eines «neuen Sozialismus». Der Franzose Eric Toussaint wirft einen ökonomischen Blick nach Lateinamerika, in: Neues Deutschland, 8.2.2011.

36 MEW, Bd. 16, S. 368 f.

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IN BESCHLÜSSEN DES DGB, SEINER GEWERKSCHAFTEN UND IN GEWERKSCHAFTLICHER DISKUSSION ZU BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS

Der DGB und seine Gewerkschaften IG Metall und ver.di (2001–2009)

Auf die grundsätzlichen Positionen der *DGB-Führung* strahlte die zu Beginn des neuen Jahrhunderts unter Linken in Gang gekommene Diskussion über Wirtschaftsdemokratie offensichtlich nicht aus. Wie schon nach 1990 umgingen Veröffentlichungen aus ihrer Mitte die politökonomischen Grundlagen des heutigen Kapitalismus, selbst der Begriff tauchte nur selten auf – die Rede war von «Wirtschaft», «Unternehmen», «Unternehmern», «Arbeitgebern». Wirtschaftsdemokratie (auch dieser Begriff kam kaum vor) wurde nach wie vor auf betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung reduziert, und nur auf diese bezogen wurden die Herausforderungen der neuen Phase des Kapitalismus im Zusammenhang mit dem Thema Demokratie reflektiert.¹ Auch jetzt wurde Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen nicht mehr als ein Standbein der Wirtschaftsdemokratie und – das vor allem – als Gegenmacht der Lohnarbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum behandelt, sondern als ein das gegebene Wirtschaftssystem in der BRD erhaltende, ja befördernde Instrument gepriesen. Es wurde stolz darauf verwiesen, dass die BRD unter den westeuropäischen Staaten die niedrigste Streikintensität aufweise, dass die praktizierte Mitbestimmung den Burgfrieden in diesem Lande sichere.

Prononciert kam das auf der Jubiläumsveranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung zum 30. Jahrestag des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 am 30. August 2006 in Berlin zum Ausdruck. Die Tagung mit ca. 800 Teilnehmern, darunter Vertreter mehrerer deutscher Großkonzerne und die Bundeskanzlerin Angela Merkel als Festrednerin, stand zwar unter dem Motto «Mehr Demokratie in der Wirtschaft»,

¹ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung: Pro Mitbestimmung. Für eine moderne Unternehmensverfassung, Düsseldorf 2004. Hier ging es vor allem um die Abwehr der unternehmerischen Angriffe auf die Mitbestimmung mit dem Nachweis, die Mitbestimmung sei ein Standortvorteil für Deutschland.

beschränkte sich aber in der Fragestellung ganz und gar auf die betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung, und zwar im sozialpartnerschaftlichen Sinne. Ebenso in den von der Böckler-Stiftung herausgegebenen zwei Bänden zur Vorgeschichte des 1976er-Gesetzes.² Im Vorwort stellte der Vorsitzende des DGB Michael Sommer fest, «nach zwei Jahrzehnten Burgfrieden» werde «heute wieder intensiv die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Aufsichtsräten» debattiert, die «ein Stück Demokratie» sei. Die Arbeitgeber, die nach Annahme des Gesetzes im Bundestag am 18. März 1976 (389 Abgeordnete stimmten dafür, nur 22 dagegen) mit einer Klage dagegen vor das Bundesverfassungsgericht gezogen waren, hätten von diesem «eine klare Absage» erhalten. Die Klage wurde tatsächlich abgewiesen – aber die Grenzen der gesetzlich zugebilligten Mitbestimmung in Unternehmen wurden mit diesem Urteil ebenfalls deutlich markiert: Das Letztentscheidungsrecht verbleibe bei den Unternehmern, die auch «nicht aufgrund der Mitbestimmung die Kontrolle über die Führungsauswahl im Unternehmen verlieren» dürften.³ Trotz dieser Klarstellung (die Sommer nicht erwähnte) – und trotz der skandalösen Praxis der ausschließlich profitorientierten Konzerne – pries Sommer in seiner Begrüßungsrede auf der Festveranstaltung das Gesetz von 1976 (ähnlich wie Angela Merkel) als «Kernstück gelebter Demokratie in der Arbeitswelt», als «wirksames und anerkanntes Instrument des Interessenausgleichs zwischen Arbeit und Kapital», als «austarierte Symmetrie zur sinnvollen Ordnung und Befriedung des Arbeitslebens», «eingebettet in das Gesamtkonzept des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems, in ein soziales Europa». Im Gesetz sei verwirklicht, «dass Menschen in Freiheit, also auf gleicher Augenhöhe, Verantwortung für ihren unmittelbaren Lebens- und Arbeitsraum übernehmen!» – «Die deutsche Unternehmensmitbestimmung steht für Demokratie, Gerechtigkeit und Beteiligung!»⁴

Damit hatte der DGB mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 die angestrebte Wirtschaftsdemokratie schon erreicht. Allerdings: Vor 1990 ging es ihm immer noch um ein anderes Prinzip des Wirtschaftens – das Wirtschaften für das Allgemeinwohl, also um das Primat gesamtgesellschaftlicher Interessen gegenüber eigennützigen und menschenverachtenden Profitinteressen einer Minderheit, und Mitbestimmung sollte ein Schritt in diese – gesellschaftsverändernde – Richtung sein. Nun wurde sie vom

2 Vgl. Karl Lauschke: Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die Entstehungsgeschichte des Mitbestimmungsgesetzes von 1976, herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2006. Darstellung (ein Band) und Dokumente (ein zweiter Band) setzen mit dem Grundsatzprogramm des DGB 1963 ein, und lediglich diesem auszugswise wiedergegebenen Dokument – im darstellenden Band nur kurz zitiert – ist zu entnehmen, dass es dem DGB damals noch um «eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft» ging, «die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen»; dass es ihm auch um wirtschaftliche Mitbestimmung und um mehr «Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft» (!) ging, die «die politische Demokratie ergänzen» müsse (Dokumente, S. 8).

3 Zit. nach Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 4/1979, S. 26.

4 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung vom 30.8.2006. 30 Jahre Mitbestimmungsgesetz von 1976, Düsseldorf 2006, S. 12 ff.

DGB-Vorsitzenden als systemerhaltend und den Burgfrieden zwischen Arbeit und Kapital stiftend gefeiert.

Auch bei der *Spitze der IG Metall* (IGM), des vormaligen DGB-Flaggschiffs, gab es seit 2001 kaum Neues zum Thema Wirtschaftsdemokratie.

In einem 2001 erschienenen Buchbeitrag erinnerte sich Jürgen Peters (damals 2. Vorsitzender der IGM) noch an den – sich weiter zuspitzenden, wie er schrieb, – «strukturellen Widerspruch der kapitalistischen Ökonomie zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der individuellen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel», aus dem der «Umstand» resultiere, «dass Entscheidungen über Investitionen, Beschäftigung, Standorte und Produktlinien vorrangig nach Kriterien des privaten Profits statt nach Kriterien des gesellschaftlichen Bedarfs getroffen» würden; noch erinnerte er sich an die Worte von Fritz Naphtali 1928, dass «die politische Demokratie noch keineswegs die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit bedeutet»; noch meinte er: «Vor diesem Hintergrund kommt der von den Gewerkschaften in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelten Konzeption der Wirtschaftsdemokratie unverminderte Aktualität zu!» Noch wusste er, «dass das Konzept der Wirtschaftsdemokratie viel mehr umfasst als die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen allein», und deshalb jeder, der «nicht will, dass das Diktat der Ökonomie die Gesellschaft auf den Entwicklungsstand des 19. Jahrhunderts zurückwirft, sich für eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen» muss; auch von «Kontrolle und Begrenzung wirtschaftlicher Macht» war noch die Rede; die Frage laute «nicht: Wie viel Demokratie brauchen Unternehmen?», es gehe «um eine andere Dimension: Wie viel Demokratie in den Unternehmen braucht die Gesellschaft?»⁵

Demgegenüber führte Peters – ebenfalls 2001 – im Zusammenhang mit der von der IG Metall im Januar d. J. eingeleiteten Zukunftsdebatte und deren «kleiner Schwester», der Initiative *fairteilen*, aus, die Verteilung des Volkseinkommens (des «gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands») habe sich in den letzten 20 Jahren zu Lasten der Arbeitnehmer und zugunsten der Gewinne verschoben, aber «man» (?) verweigere es, «die gesellschaftlichen Strukturen der Verteilung den Anforderungen größerer Flexibilität anzupassen». Ganz im Gefolge der «neuen Sozialdemokratie» wollte Peters immer noch «durch entsprechende Aufteilung des gesellschaftlichen Wohlstands [...] die sozialen Ungleichheiten in einer akzeptablen Spannweite (!) halten» und für alle die materiellen Voraussetzungen, ohne diese zu benennen, zur politischen Beteiligung gewährleisten; auch war von «demokratischer Symmetrie sozialer Ungleichheiten» die Rede.⁶ Kein Wort der politökonomischen Aufklärung, nichts

5 Jürgen Peters: *Wirtschaften ist kein Selbstzweck. Die Gesellschaft braucht Mitbestimmung und Demokratie in Unternehmen*, in: Rudolf Hickel/Frank Strickstroch (Hrsg.): *Brauchen wir eine andere Wirtschaft?*, Reinbeck bei Hamburg 2001, S. 165 ff., hier S. 170–172, im Folgenden S. 176–180.

6 Ders.: *Zukunft fair teilen. Verteilungspolitik in der Zukunftsdebatte der IG Metall*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6/2001, S. 332 f., 334 f.

über die Eigentumsverhältnisse, über die ökonomischen Grundlagen der «Verteilungsschieflage» – der materiellen Voraussetzung der ungleichen Teilhabe, über Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und wachsenden Armut. Der Begriff Kapitalismus war kein einziges Mal gefallen.

Am 8. Oktober 2002 nahm der Vorstand der IG Metall das Manifest «Offensive 2010. Chancen für eine bessere Zukunft» an, das, zuvor im Entwurf veröffentlicht, auf dem Zukunftskongress der IG Metall im Juni 2002 in Leipzig diskutiert wurde und die im Januar 2001 begonnene Zukunftsdebatte abgeschlossen hatte.⁷ Erklärter politischer Wille sei es gewesen, so der Vorstand an die Mitglieder am 15. Januar 2003, «dass die Ergebnisse unserer offenen und breit angelegten Zukunftsdebatte in die [...] Programmatik und Praxis der IG Metall einfließen». Dem Manifest zufolge sollten damit gesellschaftliche Debatten wieder belebt und «auch grundlegende Gestaltungsalternativen in Wirtschaft und Gesellschaft zum Thema» gemacht werden.

Im Abschnitt «Nationale Wirtschaftspolitik» des Manifests hieß es nunmehr (Abs. 76): «Darüber hinaus muss das Konzept der Wirtschaftsdemokratie neu belebt werden. Es ist Ausdruck der Einbettung von Unternehmen in die Zivilgesellschaft. [!?] Wirtschaftsdemokratie zielt nicht in erster Linie auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, sondern auf die umfassende Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften über unternehmerische und wirtschaftliche Entscheidungen. Wirtschaftsdemokratie konkretisiert die Allgemeinverpflichtung des Grundgesetzes [«Eigentum! verpflichtet, heißt es im GG, Art. 14.2]. Gerade in einer globalisierten Ökonomie bietet dieses Konzept die Möglichkeit, Mitbestimmung und Emanzipation der Beschäftigten sowie Kooperation der Betriebs- und Tarifparteien miteinander zu verbinden. Das setzt voraus, Mitbestimmung vom Arbeitsplatz über den Betrieb und die Wirtschaftskammern bis hin zum transnationalen Unternehmen ausüben zu können. Wirtschaftsdemokratie umfasst die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung durch die Beschäftigten, Betriebsräte und Gewerkschaften auf allen Ebenen sowie die Erweiterung der individuellen Beteiligungsrechte. Sie ist heute um die Interessen von Umwelt- und Verbraucherschutz zu ergänzen. Dazu gehört auch, Unternehmenskonzepte zu fördern, die weitergehende Mitbestimmung ermöglichen (z. B. Genossenschaften).»

Der Begriff Wirtschaftsdemokratie wurde also in das Manifest aufgenommen, aber sein Inhalt sehr verschämt umschrieben und auf Mitbestimmung reduziert. Der Begriff Eigentum bzw. Eigentumsverhältnisse tauchte nur an einer Stelle auf – mit der Versicherung, es ginge «nicht in erster Linie» um deren Veränderung. Aber: Ist umfassende Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen des Unternehmers ohne die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse – der Verfügung über Eigentum – möglich? Vor 1989 bedeutete Demokratisierung der Wirtschaft eben das: die Beteili-

7 Mehr erkennen. Weiter denken. Zukunft leben. Die Zukunftsdebatte der IG Metall: Offensive 2010. Chancen für eine bessere Zukunft. Zukunftsmanifest, beschlossen vom Vorstand der IG Metall am 8.10.2002.

gung der Lohnarbeitenden an der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln. Und um welche Erweiterung welcher «individuellen Beteiligungsrechte» sollte es nunmehr gehen? Etwa an der Verfügungsgewalt und am Profit? Davon war im Manifest keine Rede. Auch ist die «umfassende Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften über unternehmerische und wirtschaftliche [!] Entscheidungen» – im Gegensatz zu den Lobreden am 30. August 2006 – nicht realisiert. An anderer Stelle war die «Auseinandersetzung um eine gerechte Gesellschaftsordnung» (Abs. 96) erwähnt. Soziale Gerechtigkeit bleibe «zentraler Bestandteil gewerkschaftlicher Programmatik» und «wichtiger Maßstab für die Beurteilung politischen Handelns». Sie wurde an «sozial gerechte Verteilung» sowie an die staatliche Sicherung «sozialer Arbeitnehmerrechte» gebunden; und wiederum einschränkend und im Gefolge der «neuen Sozialdemokratie»: «Soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, heißt aber nicht, Ergebnisgleichheit herstellen zu wollen. Denn auch das Verhältnis von Gerechtigkeit und Gleichheit hat sich mit dem Sozialstaat gewandelt: Ungleichheit kann zu Ungerechtigkeit führen, aber Gleichheit muss nicht in jedem Fall gerecht sein.» (Abs. 98)

Das Manifest schloss in der Diktion der «Denk-Schrift» aus dem Jahre 2000: «Mit der Offensive 2010 geht es uns um konkrete Modernisierung und um erneuerte Visionen. Moderne und emanzipierte Gesellschaften zeichnen sich durch mehr Differenzierung und Komplexität aus, durch größere Vielfalt in Arbeit und Leben. Gerade das verlangt demokratische Regelungen und gesellschaftliche Verabredungen. Größere Vielfalt ohne Regeln endet in Despotie und Anarchie. Darum ist Regulierung modern und Deregulierung veraltet. Regulierung ermöglicht Fortschritt für alle, Deregulierung garantiert Rückschritt für viele.» (Abs. 153) Auch an dieser Stelle keine klaren Aussagen: Regulierung durch wen? Den Staat? Und was soll reguliert werden? Auch die Wirtschaft?

Die aus der Mitgliedschaft und aus dem Vorstand am Manifestentwurf geäußerte Kritik wurde nicht berücksichtigt.

Da hieß es zum einen: Die «Wegekarte des Zukunftsmanifests weist an vielen Wegabelungen nicht neue, sondern Dritte Wege» im Gefolge der «neuen Sozialdemokratie». Die Autoren erläuterten das an drei Beispielen: Tarifpolitik, Finanzierungsmodell des Sozialstaats und «aktivierender Sozialstaat» – und resümierten: Das Manifest nehme «Abschied von einer umverteilenden Tarifpolitik, von der paritätischen Sozialstaatsfinanzierung und einem demokratischen Sozialstaat, der seine Verpflichtung gegenüber sozialen Grundwerten höher wertet als soziales Wohlergehen der Bürger». Die IG Metall begeben sich damit «auf die ausgetretenen Trampelpfade einer Modernisierungspolitik», «die schon die Sozialdemokratie in die Sackgasse geführt» habe.⁸

8 Horst Schmitthener/Hans-Jürgen Urban: Sackgassen taugen nicht als Zukunftspfade, in: Freitag, 14. Juni 2002. Hier nach: betrieb & gewerkschaft. Zeitung der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS, August 2002: Der Dritte Weg als Zukunftspfad? Eine Lesehilfe zum Zukunftsmanifest der IG Metall.

Zum anderen wurde stark bemängelt, dass das Manifest keine politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit über die kapitalistische Gesellschaft leistet: «Ökonomische Krisen, Unterbeschäftigung und eine tendenziell polarisierende Reichtums- und Vermögensverteilung [gehören] zu den Kennzeichen kapitalistischer Entwicklung». Es habe deshalb «wenig Sinn, eine soziale Verantwortung der Unternehmen zu beschwören». – «Statt verantwortungsethischer Appelle bedarf es überzeugender Antworten auf die Frage: Wie können Gewerkschaften – aber auch Verbraucherverbände, Umweltorganisationen, Globalisierungskritiker usw. – als Gegenmacht so gestärkt werden, dass sie in der Lage sind, dem real existierenden Kapitalismus Fortschritt abzurufen.» Die «Lyrik des Manifests» sollte «nicht so weit gehen, den antagonistischen Charakter» der bestehenden Kooperationsformen im Rahmen der Mitbestimmung «verantwortungsethisch zu entsorgen. Dann geht der aufklärerische Anspruch verloren. Darauf kommt es aber entscheidend an.» Das Zukunftsmanifest liefere keine «Deutungsangebote für gesamtgesellschaftliche und makroökonomische Zusammenhänge». Die «strukturellen Widersprüche dieser Gesellschaft» blieben «in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung unaufgeheilt». Auch umginge das Manifest die wachsenden Gefahren für den Frieden. «Fazit: Ein Zukunftsmanifest ist kein Grundsatzprogramm. Aber wo werden in dem Entwurf grundlegende Gestaltungsalternativen in Wirtschaft und Gesellschaft zum Thema» (Abs. 132) gemacht? Auch die Benennung von Interessengegensätzen, Konflikten, Machtfragen hätte einen aufklärerischen Wert – im Manifest findet sich davon kaum etwas.»⁹

Am 1. Februar 2005 fand in Frankfurt/Main ein Wirtschafts- und Betriebspolitisches Forum des IG-Metall-Bezirks Frankfurt statt, auf dem es um die Verteidigung der Mitbestimmung gegen die massiven Angriffe der Unternehmerverbände ging. Aus den Vorstandsetagen des DGB und der IG Metall wurde in diesem Zusammenhang vor allem der systemerhaltende Wert der Mitbestimmung als «Standortvorteil» der «deutschen Wirtschaft» ins Feld geführt. Das hielten die Forumsteilnehmer für zu kurz gegriffen. Entgegen der BDI/BDA-Strategie, die darauf abziele, die Interessenvertretung zu «verbetrieblichen», müsse «die Erneuerung und Weiterentwicklung der Mitbestimmung eingebettet sein in eine Politik gesamtwirtschaftlicher Steuerung, der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie eines auf Solidarität aufbauenden neuen Internationalismus der Arbeit». Und es ging wiederum um politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit, indem an die historischen Wurzeln des Kampfes um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung erinnert wurde (die Katastrophen der beiden Weltkriege, die Beschränkung der Demokratie auf die politische Ebene, die ökonomische Abhängigkeit, also Unfreiheit, der Lohnarbeitenden vom Kapital) und die sozialökonomischen Wurzeln der steigenden Armut und Massenarbeitslosigkeit klar benannt wurden: Es sind die undemokratischen kapitalistischen Ei-

9 Forum Gewerkschaften: Chancen für die Zukunft der Arbeit? Zum Entwurf eines Zukunftsmanifests der IG Metall, in: Sozialismus 7–8/2002.

gentrumsverhältnisse. Eine Demokratisierung der Wirtschaft würde dagegen zu einem entschiedenen Politikwechsel führen, auch zu einer wesentlichen Verminderung der Massenarbeitslosigkeit. Mitbestimmung stehe in einem wirtschaftsdemokratischen Zusammenhang, sie müsse verstanden werden «als Ausdruck eines politischen Mandats der umfassenden Interessenvertretung der Beschäftigten». Auch die Verteidigung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung ziele «auf einen Politikwechsel: Für gesellschaftliche Reformen, die sozialen Fortschritt und Demokratie für alle zum Ziel haben.»¹⁰

Aus dem Bereich der IG Metall kam im Mai 2005 ein «Plädoyer für eine kritische politische Bildung» in den Gewerkschaften. Politische Bildung müsse «den Versuch machen, kritische Kompetenz [...] zu stärken und vorurteilvollen Ideologien zu wehren, indem sie Wissen, Fakten (Gegen-)Argumente zur Verfügung stellt, Erklärungsansätze, Ordnungsgesichtspunkte und vor allem Zusammenhänge ausbreitet»; es gehe um «Wissen, das Interessen und Konflikte nicht ausspart, sondern thematisiert», das den Blick für die objektiven und realen gesellschaftlichen Widersprüche einübt. Politische Bildung müsse auch «die Dimension der Utopie wiedergewinnen und der alltäglichen Diffamierung des Utopischen entgegenwirken. Politische Bildung ist Teil einer systematischen Suche nach Alternativen für eine bessere Zukunft.»¹¹

Im IG-Metall-Vorstand ließ man sich offensichtlich von ganz anderen Positionen leiten: Das von seiner Bildungsabteilung 2004 beabsichtigte «neue Leitbild für die Bildungsarbeit» war nach Auskunft von Werner Dreibus (IG Metall Offenbach) «inhaltlich äußerst dürftig»: «Voller harmonisierender Leerformeln und ohne politische Standortbestimmungen. Von Kapitalismuskritik war nicht mal ein Hauch zu spüren.»¹²

Diesem «Leitbild» entsprach über weite Strecken die Rede von Jürgen Peters, nunmehr 1. Vorsitzender der IG Metall, auf der oben genannten Festsitzung am 30. August 2006.¹³ Ihr tragender Gesichtspunkt waren die positiven Wirkungen der Mitbestimmung für den «Standort Deutschland» und die «ökonomische Effizienz der deutschen Wirtschaft». Es gehe bei ihr «um den Ausgleich zwischen Kapitalinteressen und den Interessen der arbeitenden Menschen», sie habe sich als «Instrument zur vertrauensvollen Zusammenarbeit» der Arbeitnehmervertreter und der Unternehmensgeschäftsleitungen bewährt. Es seien «Mitbestimmung und Tarifautonomie, die aus lohnabhängigen Untertanen gleichberechtigte Verhandlungspartner der Unternehmer» machten. Wenn auch das Gesetz von 1976 «weit hinter den gewerkschaftlichen Vorstellungen zurück[geblieben]» war (warum wohl?), – «es modernisierte und fes-

10 Forum Gewerkschaften: Müllhaufen der Geschichte oder wirtschaftsdemokratische Perspektive? Angriffe auf die Mitbestimmung, in: Sozialismus 3/2005.

11 Klaus Ahlheim/Horst Mathes: Plädoyer für eine kritische politische Bildung, in: Sozialismus 5/2005.

12 Werner Dreibus: Wer sich im Kreis bewegt, kommt nicht wirklich voran. Die IG Metall Bildungsdebatte nähert sich ihrem Ende, in: Sozialismus 9/2006.

13 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Mehr Demokratie in der Wirtschaft, 2006, S. 77 ff.

tigte zugleich das Prinzip der Teilhabe der arbeitenden Menschen und ihrer Vertreter am wirtschaftlichen Geschehen». Die Mitbestimmung «schafft erst die Möglichkeit zur Kontrolle, und sie bietet die Chance, Machtmissbrauch zu verhindern», sie sei heute gar «ein System der Bändigung der Shareholderinteressen!» Und bei alledem: «Profit und Wettbewerb schaffen keine solidarische Gesellschaft und keine gerechte Welt [...]. Ein Großteil der Beschäftigten hat Angst um den Arbeitsplatz.» Die «Arbeitnehmer tragen das Risiko des Arbeitsplatzverlustes, der zur Existenzbedrohung führen kann. Sie können [...] die Gefährdung des Arbeitsplatzes nicht minimieren [...]. Wenn Rekordumsätze und Traumrenditen mit dem Abbau von zigtausend Arbeitsplätzen einhergehen, – dann ist das eine Entwicklung, die keine Gesellschaft auf Dauer aushält.» Da habe die Mitbestimmung «eine besondere Aufgabe und Verantwortung»: sie könne helfen, «dieser fatalen Entwicklung Einhalt zu gebieten», einen «Beitrag leisten, die Auswirkungen von Unternehmensentscheidungen zu bewältigen». Warum sie das bisher nicht geschafft hat, ließ Peters offen. Auch vergaß er zu sagen, dass die Anfänge der Mitbestimmung in Deutschland wie auch das Gesetz von 1976 Ergebnis starker sozialer Bewegungen, des Drucks von unten, der Aktionen und Streiks sowie offensiver Kämpfe der Gewerkschaften waren. Aber – nach Peters – alles in allem: Es sei «das System unserer Mitbestimmung, das Deutschland wirtschaftlich und sozial stark gemacht hat». Und: «Dieses System ist tief verwurzelt in unserer demokratischen [!] Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.» Wenn «unsere Wirtschaftsordnung» demokratisch ist, braucht die Demokratisierung der Wirtschaft (in ihrem umfassenden Sinn) heute kein Thema mehr zu sein. Die 1976er-Mitbestimmung, die weit hinter gewerkschaftlichen Vorstellungen zurückgeblieben war, werde es wohl richten ...

Nicht viel anders beim Vorstand von *ver.di*.

Der Beschluss des 1. Bundeskongresses (Oktober 2003) zum hier interessierenden Thema hieß nicht mehr, wie noch der des Gründungskongresses 2001, «Wirtschaft demokratisieren und Mitbestimmung ausbauen», sondern nur noch: «Sichern und Weiterentwickeln der Mitbestimmung».¹⁴ Es war ganz beiläufig mal von der Aufgabe die Rede, «die Demokratie mit Leben zu erfüllen, und zwar in allen Lebensbereichen», mal von «Demokratisierung der Wirtschaft», mal von «Demokratisierung der Arbeits- und Wirtschaftsordnung» bzw. «Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft». Aber jedes Mal ging es dabei konkret allein um Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, die «das Standbein der Demokratie in der Bundesrepublik» sei. Die Begriffe Kapitalismus/Kapital fielen kein einziges Mal, es ging stets um «unsere Wirtschaft» und «die Unternehmen». Die Mitbestimmung sollte auf allen Ebenen – am Arbeitsplatz, im Betrieb/Dienststelle, Unternehmen «und auch innerhalb der Europäischen Union» ausgebaut werden – die nationale Ebene war nicht

14 Vgl. Beschlüsse 1. Bundeskongress, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, ICC, Berlin, 19.–25. Oktober 2003. Beschlussbroschüre.

ausdrücklich im Blick. Die von der Landesbezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen zum Thema Mitbestimmung formulierte Forderung, auch wirtschaftliche Angelegenheiten in die Mitbestimmung einzubeziehen, da sich als «zunehmendes Defizit» erwiesen habe, «dass die Interessenvertretungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten keinen Einfluss nehmen sowie wirtschaftliche Prozesse im Interesse der Beschäftigten nicht mitgestalten können», worauf der Gesetzgeber reagieren müsste, wurde nicht in den Beschluss aufgenommen.

Im Juli 2005 legte die ver.di-Bundesverwaltung den Entwurf für ein Grundsatzprogramm dieser Gewerkschaft vor: «Aufbruch in die Zukunft. Gesellschaft und Arbeitswelt für alle Menschen sozial gerecht gestalten».¹⁵ Hier kam nun wieder mehrfach der Begriff Kapitalismus vor. Von «auf dem Privateigentum beruhender, kapitalistischer Marktwirtschaft», die «sich in vieler Hinsicht als leistungsfähig erwiesen» habe, war die Rede; aber es träten auch «die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise stärker in den Vordergrund. Die private Aneignung gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums, die bestmögliche Kapitalverwertung und das Motiv privater Profitmaximierung» stünden «in vielen Bereichen» den gewerkschaftlichen Zielstellungen entgegen, die «soziale Verpflichtung des Eigentums, wie sie auch unsere Verfassung einfordert», werde «alltäglich in Frage gestellt». Gefahren für Natur, konjunkturelle Einbrüche usw. belegten «die Unzulänglichkeit reiner Marktsteuerung», und deshalb setze sich ver.di «für nachhaltig wirksame Korrekturen und Reformen im Bereich der wirtschaftlichen Ordnung ein», will sie «den Kapitalismus weiterhin und auch unter veränderten Bedingungen zivilisieren». Sie «orientiert ihre wirtschaftspolitischen Forderungen an den übergeordneten gesellschaftspolitischen Zielen, mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu schaffen», und trete deshalb für mehr Steuergerechtigkeit (auch Wiedereinführung der Vermögenssteuer), Lohnsteigerungen, öffentliche Investitionen mit sicheren Beschäftigungseffekten u. a. m. ein, für «aktive und koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa» (u. a. «Stopp der Privatisierung der sozialen Sicherheit», der öffentliche Sektor müsse europaweit gesichert und gestärkt werden); dem Finanzkapital sollten Grenzen gesetzt werden («selektive Kapitalverkehrskontrollen und die Besteuerung von kurzfristigen internationalen Finanztransaktionen» böten «geeignete Ansätze»); national und supranational sollten Mindeststeuern, gesetzliche Mindestlöhne und Mindestsozial- und -umweltstandards durchgesetzt werden.

Aber wer und wie die «nachhaltig wirksamen Korrekturen und Reformen im Bereich der wirtschaftlichen Ordnung» realisieren soll, verriet der Programmentwurf nicht. Vom Staat war explizit nur als «Sozialstaat» und im Zusammenhang der sozialen Sicherung die Rede: Er habe sich bewährt bei der Sicherung des sozialen Friedens und ermögliche «Teilhabe am gesellschaftlichen Leben». Mit sozialstaatlichen Regelungen wollte ver.di «dem Wettbewerbsprinzip der Wirtschaftsordnung

15 Grundsatzprogramm-Entwurf der ver.di-Bundesverwaltung, Bereich Politik und Planung, 20. Juli 2005: Aufbruch in die Zukunft. Gesellschaft und Arbeitswelt für alle Menschen sozial gerecht gestalten, Typoskript.

Grenzen setzen, um mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken». Von «demokratischen Strukturen in der Wirtschaft», von «Transparenz und Kontrolle wirtschaftlicher Macht», also von Wirtschaftsdemokratie, wie noch im Beschluss des Gründungskongresses, war nicht mehr die Rede – und damals hieß es noch: «Demokratisierung der Wirtschaft ist eine politische Hauptaufgabe für ver.di.» Im Abschnitt über Demokratie war diese allein auf die staatliche Ebene reduziert. Auch Notwendigkeit, Möglichkeit, Formen einer Demokratisierung der Wirtschaft von unten wurden nicht angesprochen. Die dazu entwickelten Vorstellungen der Vorgängergewerkschaft HBV haben keinen Eingang in den Programmentwurf gefunden.

Da wurden an der ver.di-Basis, zum Beispiel in Hessen, weitergehende Positionen vertreten.¹⁶ Bei der Charakteristik des nach der Befreiung vom Faschismus 1945 erreichten demokratischen und sozialen Rechtsstaats wurden – neben den leistungsfähigen sozialen Sicherungssystemen – unter anderem «wirksame staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft, einschließlich eines starken öffentlichen Sektors, Tarifautonomie und Mitbestimmung» genannt, das heißt über die Mitbestimmung hinaus weitere Säulen der damals angestrebten Wirtschaftsdemokratie, von denen im Entwurf des Grundsatzprogramms nicht mehr die Rede war. Auf die BRD bezogen hieß es zum Thema Mitbestimmung – ganz anders als im Programmentwurf oder gar bei Sommer und Peters am 30. August 2006 – unter der Überschrift «Gegensätzliche Interessen»: «Auch das als soziale Marktwirtschaft bezeichnete Wirtschaftssystem hat die Benachteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht aufgehoben. Die Mehrheit der Bevölkerung befindet sich nach wie vor in wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit; sie verrichtet ihre Arbeit unverändert fremdbestimmt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nicht über Art, Umfang und Verwendung ihrer Arbeitsergebnisse mitbestimmen.» Und über den Staat hieß es im Anschluss an den Satz, Wirtschaft sei keine Privatsache: «Notwendig ist eine gemeinwohlorientierte staatliche Wirtschaftspolitik, die die erforderlichen Rahmenbedingungen schafft für qualitatives Wachstum, öffentlich geförderte Dienstleistungen und Sicherung bestehender und Einrichtung neuer Arbeitsplätze.» Und: «Der Staat hat zum Wohl der Menschen mit Gesetzen [!], gezielter Förderung und Sanktionen [!] regulierend die Entwicklung der Wirtschaft mitzugestalten.» Unter anderem seien Unternehmer, die Arbeitsplätze vernichten oder aus Profitgründen verlagern, zur Finanzierung von neuen qualifizierten Arbeitsplätzen heranzuziehen. Und zur Mitbestimmung: Diese werde zunehmend nicht mehr als Gegenmacht, sondern «als betriebswirtschaftlicher Standortfaktor» betrachtet. Dagegen müsse die paritätische Mitbestimmung weiterentwickelt werden: Die Arbeitnehmer seien «an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen gleichberechtigt zu beteiligen. Dies beinhaltet eine Um-

16 Vgl. Aufbruch in die Zukunft. Positionspapier des Landesbezirksfachbereichs 9 (TK/IT/DV) Hessen zur ver.di-Programmdebatte, Februar 2006, Typoskript.

gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft.» Mitbestimmung müsse «dort stattfinden, wo die unternehmerischen Entscheidungen getroffen werden».

Ähnlich in den Thesen zu «Anforderungen an ein ver.di-Programm», die eine Projektgruppe des «Vereins der Freunde und Förderer der Sekretäre der Postgewerkschaft» nach der Veröffentlichung des Programmentwurfs formuliert hatte. Festgestellt wurde, dass seit den 1970er Jahren und nach 1989/1990 «staatliche Regulierungsinstrumente kapitalistischer Wirtschaftsprozesse abgebaut worden sind»; dagegen wäre die «notwendige staatliche Re-Regulierung zur Ausweitung eines größeren öffentlichen Sektors [...] nicht nur ein Bruch mit der Privatisierung staatlicher Einrichtungen, sondern ihre Umkehrung». Während im Programmentwurf von der im GG Art. 14.2 festgeschriebenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums nur ganz allgemein die Rede war (sie sei «eine wesentliche Wertorientierung unserer Gesellschaft» und gewinne «große Bedeutung»), hieß es in den Thesen: «Das Maß an sozialer Sicherheit für Arbeitnehmer, wozu auch die Sicherheit der Arbeitsplätze gehört, wird von der konkreten gesetzlichen Ausgestaltung der verfassungsrechtlich postulierten Sozialverpflichtung des Privateigentums an Produktionsmitteln bestimmt sein müssen. Ohne Beschränkungen der Freiheit aus dem Eigentumsrecht bzw. seine Bindung an soziale Kriterien [...] [sind] die Vernichtung von Arbeitsplätzen und deren Folgen, wie betriebsbedingte Kündigungen, nicht zu beeinflussen.»¹⁷

Ewald Wehner, früher geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Postgewerkschaft, nun Sprecher des Netzwerkes der Gewerkschaftslinken im DGB Frankfurt/Main, fasste die Kritik am ver.di-Programmentwurf so zusammen: Er behandle vier getrennte Themenkomplexe (Arbeit, Wirtschaft, Staat, Gesellschaft) – das Ganze bleibe dabei im Dunkeln; er setze sich mit dem Neoliberalismus auseinander – ohne auf den Kapitalismus einzugehen, ohne den politökonomischen Zusammenhang der vier Themenbereiche herzustellen; er stelle die gegebenen Machtstrukturen nicht in Frage.¹⁸ Die Kritik traf ebenso auf die Positionen der Führungen des DGB und der IG Metall zu. Diese drifteten im Vergleich zu den 1990er Jahren weiter in Richtung neoliberaler Ideologie ab.

Zusammengefasst: Die gewerkschaftliche Tradition des Kampfes um ein Wirtschaften für das Allgemeinwohl, für Wirtschaftsdemokratie als Weg zur sozialen Gerechtigkeit wurde auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts von Gewerkschaftern vertreten, die wissen, dass sie es nach wie vor mit Kapitalismus, dem menschenverachtenden System der Profitjagt, zu tun haben und deshalb die Gewerkschaften wie im 20. Jahrhundert als Gegenmacht gegen diesen verstehen. Ihre Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie enthalten die Forderungen:

17 Zitiert nach Ewald Wehner: Zwischen lyrischem Opportunismus und kritischer Diagnose. Zu den Anforderungen an ein ver.di-Programm, in: Sozialismus 5/2006.

18 Ewald Wehner: Gewerkschaftsprogramm von der Stange? ver.di berät über die Zukunft von Arbeit, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, in: Sozialismus 6/2005.

- a) die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen auch auf wirtschaftliche Entscheidungen zu erweitern;
- b) über Mitbestimmung hinaus gesellschaftliche und staatliche Kontrolle, Regulierung, Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe, vor allem dort, wo die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in eklatanter Weise verletzt wird;
- c) Gesetze und Sanktionen seitens des Staates, also der Parlamente und Regierungen, im Sinne des Allgemeinwohls, das heißt eine konkrete gesetzliche Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Produktionsmitteln – die Beschränkung der Freiheit aus dem Eigentumsrecht, seine Bindung an soziale, am Allgemeinwohl orientierte Kriterien.

Wirtschaftsdemokratie in Beschlüssen von DGB, IG Metall und ver.di (2010/2011)

Das Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts war von einer tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrise gezeichnet. Von den Gewerkschaften wurde sie gebührend reflektiert. Doch zum Thema Wirtschaftsdemokratie erbrachte das kaum Neues.

Im Mai 2011 nahm der 19. *DGB-Bundeskongress* den Antrag des Bundesvorstands «Soziale Marktwirtschaft durch Unternehmensmitbestimmung in Deutschland und Europa sichern und fortentwickeln» an. Darin wird gleich einleitend die Unternehmensmitbestimmung ein «bewährtes Erfolgsmodell auch und gerade in Krisen» bezeichnet: Sie Sorge «in deutschen Kapitalgesellschaften [...] für richtiges Management und gute Unternehmensführung im Sinne nachhaltigen und sozial verträglichen Wirtschaftens» (!), sie «ermöglicht die Kontrolle wirtschaftlicher Macht sowie eine gelebte Demokratie und fördert die rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer»!¹⁹ Ein weiterer Beschluss, ebenfalls auf Antrag des Bundesvorstands angenommen, ruft auf zur «Sicherung und Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Betrieben» – auch diese sei «Erfolgsfaktor – auch in der Krisenbewältigung»! Die betriebliche Mitbestimmung wird hier «als demokratische Kontrolle ungezügelter Wirtschaftsmacht und als Instrument zur gleichberechtigten Beteiligung des ›Wirtschaftsbürgers›» bezeichnet. Im 3. Abschnitt geht es um «Mehr Demokratie in der Wirtschaft» – diese ist hier auf «Weiterentwicklung der Betriebsverfassung» reduziert. Die betriebliche Mitbestimmung sei «zentrale Säule der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung und jahrzehntelanger Standortvorteil» und müsse deshalb weiterentwickelt werden: «Erweiterte Kontroll- und Teilhaberechte spielen dabei eine zentrale Rolle.» Unter anderem sollten Betriebsräte «frühzeitig in den Planungsprozess von Standortverlagerungen, Ausgliederung von

19 DGB-Bundeskongress. Beschlossene Anträge. Antrag J001. Im Einzelnen wird u. a. gefordert, die Montanmitbestimmung in das Mitbestimmungsgesetz von 1976 zu übernehmen und «Mitbestimmung in zentralen unternehmerischen Entscheidungen zu erweitern». Die Bundesregierung soll «sich auf europäischer Ebene für einen Mindeststandard der Unternehmensmitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsnorm einsetzen».

Arbeit, Vergabe an andere Unternehmen, drittbezogenen Personaleinsatz usw. eingreifen» – sprich bei Entscheidungen um Wirtschaftsfragen mitreden können; dazu sei gesetzlicher Druck erforderlich. Auf das Urteil des BVG von 1979 wurde auch hier nicht eingegangen.

Der Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses zu «Mitbestimmung und Tarifpolitik» wurde als «Material an den Bundesvorstand» angenommen. Darin heißt es einleitend: «Die Mitbestimmung soll die Demokratisierung der Wirtschaft mit sich bringen. Sie soll eine einseitige Macht der Arbeitgeber/-innen gegenüber den Arbeitnehmer/-innen einschränken. Mitbestimmung bedeutet Machtkontrolle und Mitgestaltung. Mitbestimmung bildet den Interessengegensatz ab und muss daher als elementarstes demokratisches Mittel in unserer Gesellschaft gesehen werden.» Die Formulierungen bleiben allgemein und schöngefärbt, aber immerhin ist der *Interessengegensatz* erwähnt.

Die Beschlüsse sind alles in allem nach wie vor an der – «erfolgreichen und demokratischen [!]» – «sozialen Marktwirtschaft» orientiert, ganz im Gefolge der von DGB-Führungskräften zuvor, so im August 2006, vertretenen Positionen und in Übereinstimmung mit dem entpolitisierten Hamburger Programm der SPD von 2007 (dazu weiter unten).

Die *IG Metall* (IGM) hielt im Oktober 2011 in Karlsruhe ihren fälligen Gewerkschaftstag ab. Ein Jahr zuvor hatte ihr Vorsitzender Berthold Huber den Sammelband «Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise» herausgegeben, den er mit einem Beitrag gleichen Titels einleitete.²⁰ Um es mit den Worten eines der Autoren – Stephan Lessenich – vorwegzunehmen: Den Text durchzieht das «Lob des Kapitalismus in seiner ›rheinischen‹ Nachkriegsvariante beziehungsweise in der deutschen Spielart ›Sozialer Marktwirtschaft‹» (S. 150), und der geforderte «Kurswechsel» enthält lediglich die Abkehr von Konzept und Praxis des Neoliberalismus (der Grund der Wende zu diesem zu Beginn der 1990er Jahre nach Huber: «Die gewaltigen Kosten des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses») und die Rückkehr zu Konzept und Praxis der sozialen Marktwirtschaft des «rheinischen Kapitalismus». Als Alternative zum «marktradikalen Kapitalismus» fordert Huber die «soziale marktwirtschaftliche Demokratie» (diese ist wohl kein Kapitalismus?) – eine andere, bessere Wirtschaft (S. 25, 28). Der Staat müsse «die Marktwirtschaft lenken, den Wettbewerb ordnen» (S. 44 ff.); privates Eigentum an Produktionsmitteln und Demokratie schlossen sich nicht aus, sondern können einander ergänzen (S. 49). Grundsätzlich gelte: «Schlechtes Management, Handeln ohne Verantwortung, soziale Ausgrenzung, auch Korruption und Steuerhinterziehung sowie allgemeine Bereicherung können nur dort blü-

20 Vgl. Berthold Huber (Hrsg.): *Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise*, Frankfurt a. M. 2010. Stephan Lessenich, einer der neun Autoren des Sammelbandes, bezeichnet den Beitrag Hubers durchgehend als Positionspapier der IG-Metall, «Grundsatzbeitrag im Namen der IG Metall» oder «Meinung der IG Metall» (u. a. S. 149, 151, 153).

hen und gedeihen, wo Kontrolle, Demokratie und Mitbestimmung fern sind [...]. Deswegen muss auch die Wirtschaft Teil dieser Demokratie werden.» (S. 86) Die Begrifflichkeit Hubers ist – wohl im Gefolge der «modernen Politologie» – ganz und gar «klassenneutral».

Hartmut Meine, Bezirksleiter, und Uwe Stoffregen, Pressesprecher der IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, stellten in ihrem Bericht über den IGM-Gewerkschaftstag einleitend fest: Seit der Krise 2008 seien «Elemente einer Demokratisierung der Wirtschaft wieder stärker in die Debatten der IG Metall eingeflossen», was sich auch auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 2011 niedergeschlagen habe.²¹ Huber, der wiedergewählte 1. Vorsitzende, sagte in seinem «Zukunftsreferat», die IG Metall müsse «mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen»! In den Entschlüssen und in zahlreichen Anträgen wurden neben einer umfassenden kritischen Analyse des Neoliberalismus «Konzepte und konkrete Vorschläge für die Praxis dargestellt. «Denn ohne eine Demokratisierung der Wirtschaft ist der Einstieg in eine nachhaltige Ökonomie [...] nicht möglich.» Leitgedanke einer Demokratisierung der Wirtschaft sei «der Anspruch, die Ökonomie nicht allein den unregulierten Märkten zu überlassen, sondern den Staat als makroökonomischen Akteur zu sehen, der aktiv in das Wirtschaftsgeschehen eingreift» – «als Rahmensetzer und Investor und nicht zuletzt als Garant sozialer Demokratie». Weiterhin sei «ein entscheidender Eckpfeiler für die Demokratisierung der Wirtschaft» die Erweiterung der bisherigen Mitbestimmung vor allem auch auf unternehmerische Entscheidungen zu wirtschaftlichen Fragen. Es ginge um den «Grundsatz einer ganzheitlichen Sichtweise der Mitbestimmung» vom Arbeitsplatz bis hin zum Euro-Betriebsrat. Die Autoren weiter: «In einer Debatte zur Demokratisierung der Wirtschaft werden die Eigentumsverhältnisse häufig ausgeklammert und die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie auf die «erweiterte Mitbestimmung» reduziert. Die IG Metall geht hier weiter und bezieht Position zu pluralen Eigentumsformen.» In einer Entschlüsselung heißt es dazu: «Notwendig sind deshalb [...] der Ausbau gemeinwirtschaftlichen Eigentums, wie z. B. Public Equity Fonds, Genossenschaften und öffentliche Unternehmen. Staatliches bzw. öffentliches Kapital sind dabei wichtige Bestandteile des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie.» In diesem Zusammenhang fordert die IGM die Stärkung der öffentlichen Güter als «eine Erscheinungsform der Eigentumsfrage»: «Keine weitere Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen, Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Energie- und Wasserversorgung dürfen nicht nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, sondern müssen nach Kriterien, die sich am Gemeinwohl orientieren, in der Regie der öffentlichen Hände organisiert werden.» Nun würde es darauf ankommen, so die Autoren, «die erarbeiteten Positionen innerhalb der IG Metall stärker zu verankern und konkrete Handlungsstrategien zu erarbeiten».

21 Hier und im Folgenden nach: Sozialismus 11/2011.

Inhaltlich enthalten die Aussagen des IGM-Tages von 2011 zur Wirtschaftsdemokratie eigentlich nichts grundsätzlich Neues – sie wiederholen Erkenntnisse und Forderungen aus den Jahrzehnten vor 1990.

Auf dem Kongress von *ver.di* im September 2011 wurde Wirtschaftsdemokratie ebenfalls thematisiert.

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske führte in seinem Grundsatzreferat aus, es ginge dabei um eine Demokratisierung der Wirtschaft vom Arbeitsplatz über die Unternehmensebene bis hin zur Gesamtwirtschaft.²² Das System der bundesdeutschen Mitbestimmung habe sich gerade in der Krise bewährt und müsse weiterentwickelt und auf kleinere Unternehmen ausgeweitet werden. Bei öffentlichen Unternehmen müssten in die Aufsichtsräte auch Vertreter der Nutzer aufgenommen werden (z. B. der Fahrgastverbände bei der Deutschen Bahn). Auch bei den Versuchen einer «Rückbettung der Finanzmärkte in einen politisch gesetzten Rahmen» ginge es um Demokratisierung der Wirtschaft. Diese werde für *ver.di* weiterhin ein wichtiges Thema sein, «in den kommenden Jahren mehr noch als bisher».

In der umfangreichen Entschließung «Aus der Krise lernen» wird ein «Kurswechsel bei der wirtschaftspolitischen Strategie» gefordert (Umgang mit Finanzmärkten, Steuern, für Einkommenssteigerungen, gesetzlichen Mindestlohn u. a. m.), dazu Ausbau der Mitbestimmung auf Unternehmensentscheidungen.²³ Als Arbeitsmaterial zu dieser Entschließung wurde der Antrag «Alternativen zur herrschenden Wirtschaftsordnung» angenommen: «Angesichts der neoliberalen Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems, welches eine gerechte, solidarische und soziale Gesellschaft mehr und mehr zerstört [gab es diese jemals im Kapitalismus, gar in der BRD?], führt *ver.di* in Kampagnen und Bildungsarbeit, auf allen Ebenen und in allen Bezirken die Diskussion über Alternativen zur herrschenden Wirtschaftsordnung.» Begründung: «Gerecht geht anders» kann nicht erreicht werden, solange das Eigentum an Produktionsmitteln den ständigen Verstoß gegen Artikel 14 GG [Eigentum verpflichtet ...] bedeutet.»

Dazu lag dem Gewerkschaftstag ein Antrag «Demokratisierung der Wirtschaft – Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien» vor, eingereicht von der Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg: «*ver.di* setzt sich als demokratisch organisierte Organisation für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. Wir fordern die Vergesellschaftung der Schlüsselbranchen wie Telekommunikation, Post, Energie, Schienen- und Nahverkehr sowie Banken. Als Schritt in die richtige Richtung sehen wir die Ausweitung der unternehmerischen Mitbestimmung an. Die wirklich paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie muss auf alle Unternehmen übertragen werden.» In der relativ umfangreichen Begründung war von der «Überwindung des

22 Die Ausführungen Bsirskes hier und im Folgenden nach Florian Wilde: Große Schnittmengen. Politischer Bericht vom 3. *ver.di*-Bundeskongress, www.rosalux.de/news/37854.

23 Hier und im Folgenden zitiert nach *ver.di*/Bundeskongress 2011/Anträge.

Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit» die Rede, die «im jetzigen Wirtschaftssystem nicht möglich ist»; vom «Versagen des Kapitalismus in all seinen bisherigen Formen»; davon, dass die Wirtschaft im öffentlichen Interesse liege, weshalb die oben genannten Schlüsselbranchen «in öffentlicher Hand organisiert werden» müssten. Als Änderungsantrag wurde folgender Text vom Gewerkschaftstag angenommen: «Der Bundeskongress beschließt: ver.di setzt sich für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. Hierzu strebt ver.di die Sicherstellung gesellschaftlicher Daseinsvorsorge, die Ausweitung der Mitbestimmung innerhalb der Wirtschaft und eine umfassende Wirtschaftsdemokratie an. Sollte es zur Erreichung dieser Ziele erforderlich sein, setzt sich ver.di auf der Grundlage des Grundgesetzes auch für die Vergesellschaftung von Unternehmen und ihre Überführung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft ein. Begründung: Wirtschaft ist nicht nur Privatsache. Sie hat den Bedürfnissen der Menschen zu dienen und gesellschaftliche Ziele zu erfüllen. Das ergibt sich aus Art. 14 des GG. Hierzu hat der Staat zum Wohl der Menschen mit Gesetzen, gezielter Förderung und Sanktionen regulierend die Entwicklung der Wirtschaft mitzugestalten. Ein Ausbau staatlicher Regulierungsinstrumente ist vordringlich, um durch Privatisierung und Deregulierung verlorengangene Möglichkeiten direkter staatlicher Einflussnahme auszugleichen. Allerdings kann es gesellschaftliche Situationen geben, wo dies nicht ausreicht. Deshalb muss perspektivisch die Vergesellschaftung von Unternehmen mitgedacht und gefordert werden.»

Zum Problem Vergesellschaftung gab es auf dem Kongress eine lebhaftere Diskussion. Die Forderung selbst war unstrittig – es ging besonders darum, *welche Branchen* konkret genannt werden sollten. Ein Delegierter meinte, man müsse kein Marxist sein, um zu erkennen, «dass wir zu einer anderen Form der Eigentumsverhältnisse kommen müssen». Auch Bsirske ergriff dazu das Wort: Die Forderung sei wichtig, sie sollte aber nicht zu früh auf bestimmte Branchen verengt werden; um den Begriff Wirtschaftsdemokratie müsse weiter diskutiert werden, unter anderem weil «nicht allen hundertprozentig klar ist, was damit im Kern und in der Reichweite gemeint sein könnte. Geht es bei der Wirtschaftsdemokratie um Branchenräte, um Wirtschaftsräte, oder [?] geht es um Vergesellschaftung der Schlüsselbranchen, und welche sind das? Was ist Vergesellschaftung? Übergang in öffentliche Hand, Verstaatlichung à la DDR, oder à la Deutsche Bahn AG, oder gesellschaftliche Kontrolle, aber dann wie?»

Die hier bei ver.di geführte Debatte und die angenommenen Beschlüsse zu Wirtschaftsdemokratie gingen, indem sie deutlich die Eigentumsfrage stellten, weiter als die des DGB-Kongresses und der IGM-Tagung. Die dabei aufgeworfenen Fragen (dazu auch, wie hier bei ver.di, über politische Streiks, über die von Bsirske nur erwähnten Wirtschaftsräte u. a. m.) sollten nicht nur bei ver.di diskutiert werden – und das öffentlich!

Die Diskussion um «Neue Wirtschaftsdemokratie»

Unter Gewerkschaftern – reflektiert vor allem in der Hamburger Zeitschrift *Sozialismus* und in Publikationen des Verlages VSA²⁴ – wird diese Diskussion seit 2010/2011 schon geführt. Dabei werden Überlegungen über eine Neue – ökologisch-sozial orientierte – Wirtschaftsdemokratie angestellt. Einige der dabei artikulierten Gesichtspunkte sollen hier referiert werden.

Zum einen wird darauf verwiesen, dass und wie sich die Bedingungen und das «Antlitz» des Kapitalismus in der Gegenwart von denen der 20er bzw. 50er/60er Jahre des 20. Jahrhunderts unterscheiden: Umweltkrise/Notwendigkeit des ökologischen Umbaus, «finanzmarktgetriebener Kapitalismus» mit seinen sozialen, ökologischen und politischen Auswirkungen und die Anforderungen von Europäisierung/Globalisierung sind die Stichworte.

Zum anderen wird am «alten» Konzept der Wirtschaftsdemokratie bemängelt, es sei überwiegend auf Lösungen «von oben» – auf staatliches Handeln und «Vertreterdemokratie» – gerichtet gewesen. Der Schwerpunkt wird auf das emanzipatorische Anliegen der Idee und Forderung nach Wirtschaftsdemokratie und in diesem Zusammenhang auf die Partizipation der Beschäftigten an den Abläufen in Unternehmen und Betrieben gelegt: Statt der «Vertreterdemokratie» der Betriebsräte, die inzwischen als Komanager agierten, sich den von ihnen Repräsentierten entfremdet hätten, ginge es um direkte, unmittelbare Beteiligung der Beschäftigten selbst an der Gestaltung der Arbeit, der Arbeitsbedingungen und -abläufe. Es gehe um den «Souverän wirtschaftsdemokratischer Ansätze».

Als «unverzichtbare Voraussetzungen [und Inhalte] wirtschaftsdemokratischer Modelle», um Räume für die Entfaltung der Beschäftigten-Persönlichkeit zu schaffen und damit demokratisches Bewusstsein zu stärken, werden genannt:

- Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Demokratie von unten;
- Selbstvertretung statt Stellvertretervertretung, partizipative Umgestaltung der Arbeitswelt, Ergänzung der Repräsentationsstrukturen durch Elemente basisgetragener Selbstbeteiligung;
- Produzentendemokratie;
- direkte Beteiligung der Beschäftigten selbst an der Arbeitsgestaltung – «nicht Beteiligung als schwaches Mitbestimmungsrecht ihrer repräsentativen Interessenvertreter»;
- Demokratisierung der Arbeitswelt, reale Beteiligungsprozesse in der Arbeitswelt, gesundheits- und partizipationsförderliche Gestaltung von Arbeitsorganisation und -abläufen;
- auch (nicht nur auf die Betriebsebene bezogen): Möglichkeiten zu direkter und individueller Partizipation, auch zur Befriedigung der Bedürfnisse nach Besonderheit, Unverwechselbarkeit und individueller Freiheit.

²⁴ Vgl. besonders Helmut Martens: *Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik*, Hamburg 2010; Hartmut Meine/Michael Schumann/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!*, Hamburg 2011.

Doch wie soll die «direkte Partizipation»/Beteiligung der Produzenten an den Abläufen im Arbeitsprozess konkret gestaltet werden, «funktionieren»? Und wie soll ihre so «gesteigerte Arbeitsfreude», «Bereitschaft zu Produktionssteigerung und Innovation» (auch das Stichworte aus der Diskussion um «Neue Wirtschaftsdemokratie») zugunsten der Beschäftigten ausschlagen? Welche Aufgaben haben Betriebsräte («Vertreterorgane») – oder sollen diese sich auflösen? Das erläutern die Autoren nicht ...

Hans-Jürgen Urban schreibt zusammenfassend: «Die Neue Wirtschaftsdemokratie ist ein äußerst anspruchsvolles, weil komplexes und vermachtetes [?] Projekt. Sie läuft auf die Entprivatisierung und Vergesellschaftung gesellschaftlich essenzieller Produktions-, Verteilungs- und Konsumtions-Entscheidungen hinaus. [Das tat das «alte» Wirtschaftsdemokratie-Konzept auch!] Dabei kann die Neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie als ein strategischer Zwitter begriffen werden. Sie ist Bauplan und «regulative Idee» (Dörre) zugleich. Als Bauplan enthält sie die Skizze eines Wirtschaftssystems, in dem der Primat des Politischen über das Ökonomische durch die planvolle Einwirkung demokratisch legitimierter Politik [also des Staates? der Parlamente und Regierungen?] auf die Ökonomie gesichert wird. Als regulative Idee leitet sie eine Transformationsstrategie an [?], die über die sukzessive Ausweitung individueller Partizipation, kollektiver Mitbestimmung und gesellschaftlicher Planung auf die allmähliche Überführung der profitgesteuerten (Finanz-)Ökonomie in eine solidarische Ökonomie zielt, die auf einem Eigentums-Mix basiert und in der wirtschaftliche Effizienz mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit immer wieder neu ausbalanciert werden.»²⁵

Bis auf die Aufnahme ökologischer Gesichtspunkte unterscheidet sich das Konzept – als «Bauplan» wie auch als «regulative Idee» – nicht grundsätzlich von der «alten» Wirtschaftsdemokratie.

Helmut Martens (in etwa zusammengefasst) über «Neue Wirtschaftsdemokratie»: Die Kompetenzen und das Beteiligungspotenzial der Menschen als Beschäftigte und Bürger müsse ernst genommen werden und sei als «gesellschaftliches Potential für demokratische Beteiligung» von den Gewerkschaften, «die wie kaum eine andere Organisation unserer Gesellschaft historisch mit dem Kampf um die Durchsetzung sozialer Demokratie verknüpft sind», «aufzugreifen, so weiter zu entfalten und mit parallelen demokratischen Prozessen [...] zu verknüpfen. Auf diesem Wege könnte eine «Neue Wirtschaftsdemokratie» zu einer attraktiven, inhaltlich zunehmend besser gefüllten Antwort auf die Herausforderungen der Zeit werden.» Und doch: «Praktische Ansatzpunkte einer neuen Wirtschaftsdemokratie werden sich [...] heute nur entfalten lassen, wenn sie mit einer entsprechenden demokratischen Politik der Stärkung ökonomischer, ökologischer, sozialer und institutioneller Nachhaltigkeit verknüpft werden – nicht nur auf den Ebenen von Betrieb und Unternehmen, sondern auch auf denen von Regionen, Nationalstaaten und auf europäischer Ebene.» Martens weiter: «Man kann hier an äl-

25 Hans-Jürgen Urban: Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts, in: Meine u. a.: Mehr Wirtschaftsdemokratie, S. 61 f.

tere Vorstellungen einer demokratischen Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung, der Wirtschaft erinnern, aber man sollte nicht glauben, auf fertige Konzepte, die immer zugleich auch Steuerungskonzepte sind, zurückgreifen zu können. Es reicht aber aus, wenn in Reaktion auf die katastrophalen Folgen der Fehlsteuerungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus der Einsatz öffentlich [!] finanzierter ‚Schutzschirme‘ für die Finanz- und Realwirtschaft konsequent mit der Forderung nach öffentlicher [!] Kontrolle und öffentlichem [!] Eigentum verknüpft wird.»²⁶ Womit wir doch wieder bei den Kerngedanken des «alten» Wirtschaftsdemokratie-Konzepts wären ...

Erstaunlich, dass die meisten Autoren, so auch Martens, wenn sie im Zusammenhang des Themas die Anforderungen an «die Politik» erwähnen, nicht auf den Staat (über «den Sozialstaat» hinaus), seine Institutionen, seine Rolle eingehen, denn: Wer/was ist Politik? Lediglich Rudolf Hickel und Hartmut Meine/Uwe Stoffregen widmen sich dem Problem Staat ausführlicher.²⁷ Auch scheinen bei der Neuen Wirtschaftsdemokratie die gegebenen Eigentumsverhältnisse irrelevant zu sein: Sind das Einrichten und Funktionieren der geforderten Produzentendemokratie im Betrieb/ Unternehmen davon unabhängig? Im Zusammenhang der Unternehmenspolitik (nicht: Produzentendemokratie!) artikuliert das Problem Eigentum mit Nachdruck Heinz Bierbaum: «Die Eigentumsverhältnisse bleiben entscheidend. Die Zentralität der Eigentumsfrage kann auch dadurch nicht infrage gestellt werden, dass man zwischen Eigentum und Verfügungsgewalt unterscheidet. Schließlich leitet sich die Verfügungsgewalt aus dem Eigentum ab.»²⁸

Oskar Negt erinnert in seinem Beitrag²⁹ unter anderem «an zwei heute weitgehend vergessene Traditionsbestände [...], die um demokratische Impulse in Wirtschaft und Gesellschaft bemüht waren» und wieder aufgenommen werden sollten: zum einen die «Räte, die Organe der Arbeiterselbstverwaltung, zugleich als demokratische Erziehungsmedien der Massen» – «um in der Kritik am bestehenden parlamentarisch-repräsentativen System die praktischen Alternativen in einzelnen Projekten erkennbar zu machen»; und zum anderen die «bunte Vielzahl» autonomer Projekte der Arbeiterbewegung in der Vergangenheit wie unter anderem Wohn-, Produktiv- und Konsumgenossenschaften, wovon einiges heute in Ansätzen solidarischer Ökonomie wieder aufgegriffen worden sei.³⁰

Apropos Räte: Da sollte auch die im Konzept der «alten» Wirtschaftsdemokratie enthaltene Idee der – territorial von unten nach oben, eventuell auch von Branchen

26 Martens: Neue Wirtschaftsdemokratie, S. 187 f.

27 Vgl. Rudolf Hickel: Politik und Gesellschaft wirtschaftsdemokratisch fundieren. Handlungsfelder – Ebenen – Instrumente; Hartmut Meine/Uwe Stoffregen: Wirtschaftsdemokratie als gewerkschaftliche Alternative zum Finanzmarktkapitalismus, in: Meine u. a.: Mehr Wirtschaftsdemokratie, S. 98–110 bzw. S. 16–39.

28 Heinz Bierbaum: Nach dem Shareholder Value-Prinzip? Chancen für eine nachhaltige und sozial verantwortliche Unternehmenspolitik, in: ebenda, S. 116.

29 Oskar Negt: Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie, in: ebenda, S. 11.

30 Dazu in jüngster Zeit zusammenfassend Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens: Fenster in eine andere Welt, Stuttgart 2011, wobei es Notz nicht nur um Theorien, sondern auch um konkrete Beispiele solidarischer Ökonomie geht, die sie kritisch reflektiert.

gewählten – Wirtschafts- und Sozialräte wieder aufgegriffen werden – nicht als «fertiges Konzept», sondern als Anstoß für Überlegungen, *wie* das ökonomische System der Neuen Wirtschaftsdemokratie «funktionieren», wie sein «Mechanismus» sein könnte/sollte, um die angedachten Wirkungen und Ziele zu erreichen.

Der *ethische Aspekt* der sozialen Gerechtigkeit als Mobilisierungsfaktor für die Forderung Wirtschaftsdemokratie wird in der gewerkschaftlichen Diskussion – wie schon in Programmen und Beschlüssen des DGB und seiner Gewerkschaften – nicht angesprochen.

Nur vereinzelt geht es um die *politökonomische Aufklärung* über die Zusammenhänge: kapitalistische (!) Wirtschaft – Politik – soziale Lage – mögliche Veränderung der Situation.³¹ Oskar Negt spricht das Problem in etwa an, wenn er schreibt: «Die Verbesserung von Bedingungen für solidarisches Verhalten, die wachsende Beteiligung der Menschen an ihren eigenen Angelegenheiten [...] könnte man als Momente emanzipatorischer Politik betrachten. Es wäre jedoch naiv, wollte man annehmen, dass die Alternativen zum herrschenden Machtsystem sich von alleine, gleichsam durch spontane Überzeugung, zum Allgemeinen, also einer Gesamtgesellschaft zusammensetzen. Um praktische Hebel der Gesellschaftsveränderung bestimmen zu können, ist Theoriearbeit unabdingbar für die Herstellung eines Zusammenhangs, der [...] durch politische Urteilsfähigkeit der Subjekte aktiv hergestellt werden muss. Hier könnte eine erneute Debatte um Wirtschaftsdemokratie, die gleichsam als horizontales und vertikales Vernetzungsprojekt angelegt ist, ein organisches, unterschiedliche soziale Kräfte zusammenführendes Projekt sein.»³²

Dafür ist politökonomische Bildung, Aufklärung über den früheren und gegenwärtigen Kapitalismus notwendig. Gewerkschaftliche Führungskräfte meinen – im Unterschied zu vielen aktiven Gewerkschaftern –, das vernachlässigen zu können. So schlussfolgerte die Führung der IG Metall aus einer 2009 unter Lohnarbeitenden durchgeführten Umfrage: «Dinge, die die Menschen direkt betreffen, sind ihnen tendenziell wichtiger als abstrakte gesellschaftliche Werte.» – «Abstrakte gesellschaftliche Werte» steht hier als Codewort für Begriffe, die auf die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zielen. Doch nach solchen hat sich die IG Metall in keiner der 29 Fragen auch nur einmal erkundigt.»³³ Mit der gleichen Begründung – die Menschen würden sich nicht für theoretische Fragen interessieren – lehnte die Redaktion von *ver.di publik* 2003 den Vorschlag ab, in dem MitgliederMagazin eine Spalte «politökonomisches Wörterbuch» einzurichten.³⁴

31 Im Beitrag von Carsten Maaß/Petra Wolfram zu «Wirtschaftsdemokratie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit» (in: Meine u. a.: Mehr Wirtschaftsdemokratie, S. 196 ff.) kommt der Begriff Kapitalismus erst auf S. 201 in einem Spiegel-Zitat vor; die Autoren folgen durchgehend der entpolitisierten Sprache der DGB-Führungsspitzen, auf die oben hingewiesen worden war.

32 Negt: Keine Zukunft, S. 12.

33 Conrad Schuler: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung, isw-Report 79/2010, S. 17.

34 Vgl. Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2006, S. 191–199, 227.

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE - KAUM NOCH THEMA BEI DER SPD (2000–2011)

Die Programmdiskussion 2000–2006

Die Übersicht der Diskussionen zur Wirtschaftsdemokratie seit dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch 1989/1990 bis 2000 hatte ergeben: Die Führung der SPD hat sich von der «sozialdemokratischen Ur-Idee» verabschiedet, soziale Gerechtigkeit vermittelt einer grundlegenden, die Eigentumsverhältnisse einschließenden Demokratisierung der Gesellschaft, darunter in erster Linie der Wirtschaft, herbeizuführen. Ebenso die weitgehend an der SPD-Führung orientierte Spitze des DGB. Jedoch wandten sich nicht wenige mit der SPD und den DGB-Gewerkschaften verbundene Sozialdemokraten und Wissenschaftler gegen den Paradigmenwechsel der Führungen von SPD und DGB.¹

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1998 auf Bundesebene hielt es die SPD-Führung für notwendig, das Berliner Grundsatzprogramm von 1989 ad acta zu legen und ein neues Programm zu erarbeiten, und so fand in dieser Partei seit 1999 wieder eine Programmdiskussion statt. Im Juni 2003 erläuterte Wolfgang Thierse auf einem Grundwerte-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) «Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm»; im November 2003 lagen «Akzente» einer Autorengruppe und ein «Programmimpuls» des «Netzwerks Berlin» vor; seit April 2006 gab es die «Leitsätze» für ein neues Grundsatzprogramm.² Wie stand es da um die

1 Vgl. S. 59 ff. in diesem Band.

2 Vgl. Wolfgang Thierse: Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm. Gesellschaftliche Umbrüche und Herausforderungen, Redemanuskript (23. Juni 2003), im Folgenden Thierse 2003; Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD (6. November 2003), vorgelegt von Mitgliedern der «Redaktionsgruppe Programmkommission» der SPD Detlev Albers, Gernot Erler, Michael Müller, Johanno Strasser, Wolfgang Thierse, Heidemarie Wiczorek-Zeul, im Folgenden «Akzente»; Programmimpuls. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD (7. November 2003), vorgelegt von «Netzwerk Berlin», einer Gruppe jüngerer MdB und Politiker der SPD, im folgenden «Impuls»; Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD (24. April 2006), Sonderdruck (Autorenschaft nicht angegeben,

Idee Wirtschaftsdemokratie als Weg zu einer sozial gerechten Gesellschaft, in der das Allgemeinwohl dem menschenverachtenden Profitstreben im Kapitalismus übergeordnet sein würde, wie im Berliner Programm ausgeführt worden war?

Im krassen Unterschied zum Letzteren war in keinem der genannten Dokumente nach der Jahrhundertwende von Kapitalismus die Rede. In den «Leitsätzen» ging es stets um Marktwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft, unsere Wirtschaft, unsere Ökonomie, unsere Arbeitswelt, unsere Gesellschaft, unsere freiheitliche Bürgergesellschaft – und am Rande um wirtschaftliche Einzelinteressen, unterschiedliche Interessen zwischen gesellschaftlichen Gruppen; Menschen, Bürger, Gewinner und Verlierer. Der Begriff Kapitalismus kam lediglich im Abschnitt über Globalisierung vor: «Dem internationalen Kapitalismus wollen wir mit dem Leitbild einer Globalen Sozialen Marktwirtschaft einen neuen Ordnungsrahmen setzen.» Zum Begriffspaar Kapitalismus/Marktwirtschaft sagte Müntefering – erhellend – auf dem Grundwerte-Forum der FES am 19. November 2004: «Der Kapitalismus, sagen wir es freundlicher, die soziale Marktwirtschaft [...].»³ Nicht anders in den «Akzenten», wo es durchgehend um marktwirtschaftlich verfasste Ökonomie, privatwirtschaftlich verfasste Volkswirtschaft, privatwirtschaftliche Aktivitäten und «Parteien des Arbeitsmarktes» ging. Auch hier tauchte der Begriff nur im Zusammenhang mit Globalisierung als «ungehemmter Finanzkapitalismus» auf. Ähnlich im «Impuls», in dem es nur Unternehmen/Unternehmertum, globale Wirtschaftsunternehmen, ökonomische Akteure und Vermögende gab. Die «Impuls»-Autoren wollten ausdrücklich «einen grundlegend anderen und jargon[!]ärmeren Ton als frühere sozialdemokratische Programmdokumente» anschlagen; ihre Absicht war erklärtermaßen, «überkommene Einsichten früherer Generationen von Sozialdemokraten nicht ungeprüft zu übernehmen, sondern zentrale Fragen neu zu stellen»!

Wo es keinen Kapitalismus, also keinen Gegensatz von Kapital und Arbeit, keine Klassengesellschaft gibt, ist die «*alte soziale Frage*» *so gut wie erledigt*. Nach dem «Impuls»-Papier hatte die soziale Frage lediglich das 19. Jahrhundert bestimmt – im 21. Jahrhundert ginge es um Bildung und Wissen. Nach den «Leitsätzen» sei der Konflikt (nicht: antagonistischer Gegensatz) zwischen Kapital und Arbeit zwar «nicht gelöst, aber längst haben sich brisante neue soziale Fragen in den Vordergrund geschoben» – und als solche wurden einige Absätze weiter «vor allem die Bekämpfung neuer Formen von Armut und Ausschluss» genannt – als sei das nicht immer noch die im Grunde «alte soziale Frage»; schließlich hieß es noch, «die Verbesserung der

die Einladung zur Diskussion gez. vom Parteivorsitzenden Kurt Beck); Das neue Grundsatzprogramm der SPD. Herausforderungen und Perspektiven, in: Policy. Politische Akademie, Nr. 9, September 2006, darin Beiträge von Hubertus Heil und Wolfgang Merkel. Vgl. dazu Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2006, Kapitel VI. 3.

3 Freiheit und Verantwortung. Dokumentation eines Grundwerteforums der FES, 19. November 2004, Berlin 2004, S. 32.

Lebenslage der arbeitenden Menschen» sei «die große soziale Frage der damaligen Zeit» – als die SPD aus der Arbeiterbewegung, also im 19. Jahrhundert, entstanden war, gewesen. In Bedrängnis kamen sozialdemokratische Politiker und Autoren, als Mitte Oktober 2006 Teilergebnisse einer von der FES in Auftrag gegebenen Studie bekannt wurden, in der die Existenz einer verarmten Schicht im heutigen Deutschland (4 Prozent der Bevölkerung in West- und fast 20 Prozent in Ostdeutschland) festgestellt wurde. In Deutschland gäbe es keine Schichten, erklärte dazu Müntefering,⁴ Damit müssen auch Eigentumsverhältnisse, die Frage nach der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel als ökonomische Ursache für immer noch bestehende soziale Unfreiheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die sich nicht zuletzt in Massenarbeitslosigkeit und wachsender Armut niederschlagen, nicht thematisiert werden.

Autoren der «Leitsätze» wollten «die soziale Marktwirtschaft erneuern», da Märkte «nicht vollkommen» seien und deshalb «faire Regeln und einen klaren Rahmen, damit sie funktionieren», brauchten; unter anderem sei eine Übereinkunft «unserer Gesellschaft» darüber nötig, «welche öffentlichen Güter dem reinen Marktprinzip entzogen werden sollten». Wie das erreicht werden soll, blieb offen. «Die Teilhabe der Arbeitnehmer am Haben und am Sagen» sei «ein wichtiges Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft und der Sozialen Demokratie. Darum bekennen wir uns ausdrücklich zu Tarifautonomie und Mitbestimmung. Sie sind zugleich Kernelemente einer Wirtschaftskultur, die sich der Mitverantwortung der Unternehmen und der Finanzmarktakteure für das gesellschaftliche Gemeinwohl bewusst ist.» Diese Aussage sollte wohl – unter der Überschrift «Eine neue soziale Übereinkunft» – den im Berliner Programm enthaltenen Abschnitt über Wirtschaftsdemokratie ersetzen: «Wirtschaftskultur», der moralische Appell an die kapitalistischen Unternehmer – statt handfester Demokratisierung der Wirtschaft. – «Teilhabe am Haben und am Sagen, das ist für mich Wirtschaftsdemokratie», erklärte Hubertus Heil in der Diskussion am 19. Juli 2006. Auch beim «Impuls» ging es nur noch um «Teilhabe». Von Demokratie in der Wirtschaft – der materiellen Grundlage jeglicher Teilhabe – war nicht die Rede.

In den «Akzenten» gab es demgegenüber einen eigenständigen Abschnitt «Soziale Demokratie und Wirtschaftsdemokratie». Der Weg zur Letzteren sollte auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts fortgesetzt werden: Es sollten «a) die BürgerInnen ihren Status auch als Konsumenten sowie als ArbeitnehmerInnen ausfüllen können [als Weg zur Wirtschaftsdemokratie?] und b) privatwirtschaftliche Aktivitäten am gesamtgesellschaftlichen Interesse ausgerichtet werden, ohne deren Dynamik zu schwächen». Beide Wege seien in der BRD längst beschritten und dabei viel erreicht worden! – «Im Konzept der ‹Sozialen Marktwirtschaft› wurde die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Kontrolle der privatwirtschaftlich verfassten Volkswirtschaft anerkannt und [wurden] entsprechende Steuerungsinstrumente geschaffen.» Tatsächlich?

4 Dagegen kamen für Thierse die Befunde nicht überraschend, «denn wir leben eben in einer Klassengesellschaft». (Neues Deutschland, 18.10.2006).

«Wichtige Elemente der bereits etablierten Wirtschaftsdemokratie» (!) seien die Tarifverträge und die Mitbestimmung, die sich in der Geschichte der BRD bewährt hätten. Und: «Die Machtverhältnisse in den Betrieben und Unternehmen wurden zwischen den beiden Parteien des Arbeitsmarktes [nicht: zwischen Kapital und Arbeit] so geordnet, dass sie sich als Vertragsparteien annähernd gleichberechtigt gegenüberstehen und Verträge aushandeln können.» (!) Vier Jahre zuvor hielt Detlev Albers, Mitautor der «Akzente», den wirtschaftsdemokratischen Teil des Berliner Programms noch für «aktuell und unerledigt», Wirtschaftsdemokratie für «das Herzstück sozialdemokratischer Programmatik» und zentrale «Herausforderung des vor uns liegenden Jahrhunderts». ⁵ Ausdrücklich hieß es in den «Akzenten»: «Unser Weg zu mehr Wirtschaftsdemokratie berührt nicht die gegebenen Eigentumsrechte. Das Recht, privates Eigentum [welches private Eigentum? Auch das an volkswirtschaftlich bestimmten Produktionsmitteln in der Hand der Großkonzerne?] nach eigenem Interesse einzusetzen und dadurch Gewinne zu erzielen, wird weder durch die Teilung von wirtschaftlicher Macht [durch Mitbestimmung etwa?] noch durch gesellschaftliche Auflagen für privatwirtschaftliche Aktivitäten [z. B. Massenentlassungen bei steigenden Profiten?] beschränkt. Im Gegenteil: Wir sehen dazu auch einen Beitrag, für alle mehr Eigentum und Vermögen zu bilden.» Da waren (und sind immer noch) sozialdemokratische Gewerkschafter ganz anderer Meinung. Aber diese «überkommenen Einsichten [...] von Sozialdemokraten» sollten ja nicht übernommen werden ...

Die «Akzente»-Autoren «drängen auf eine breitere Streuung von Vermögen in den Händen der ArbeiterInnen, um sie auf diesem Wege nicht nur am wirtschaftlichen Wachstum, sondern auch an der Verfügungsmacht [woran?] zu beteiligen [...]. Neben einer breiteren Streuung der Vermögen setzen wir auch darauf, Eigentumsrechte und Verfügungsgewalt über das Vermögen zwischen [man beachte die Begrifflichkeit!] Vermögensbesitzern und den von ihren Entscheidungen Betroffenen [...] stärker zu teilen.» Im Abschnitt zur Ökologie war dann noch von der vollzogenen «sozialen Einbettung der Wirtschaft» (?) in den letzten fünf Jahrzehnten die Rede ...

Bei diesem Lob auf die «soziale Marktwirtschaft» (d. h. nach Müntefering – auf den Kapitalismus) verwundert es nicht, dass im Abschnitt über Arbeit nichts zu den politökonomischen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit, die «die größte Herausforderung an die sozialdemokratische Politik» sei und bleibe, ausgesagt war.

Die «Impuls»-Autoren wollten den GG-Satz «Eigentum verpflichtet» ernster nehmen. Politische Entscheidungen könnten zwar den Markt nicht ersetzen. – «Aber sie können die Rahmenbedingungen setzen, die ihm Orientierungen und Anreize geben. Dazu gehören soziales Unternehmertum [wer, was ist das?], ökologische Verantwortung und auch ethische Anforderungen. Mit der wachsenden Internationalität der Unternehmen steigen deren Möglichkeiten, sich der Verantwortung für Mitarbeiter-

5 Bremer Beiträge zum neuen Grundsatzprogramm der SPD, Bremen 2000, S. 25.

Innen und Standorte zu entziehen. Darauf müssen sich Staaten gemeinsam einstellen und darauf reagieren. Die Selbstbindung [?] von Unternehmen an soziale und ökologische Verhaltensregeln in Kooperation mit Gewerkschaften und bürgergesellschaftlichen Initiativen sind ein erfolversprechender Ansatz [wo konkret?] [...]. Wo dies aber nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt, muss die Politik [der Staat?] für verbindliche Rahmenbedingungen sorgen, damit Sozial- und Umweltstandards weltweit [auch nationalstaatlich?] abgesichert werden.» Dazu hatte sich Wolfgang Thierse auf dem Grundwerte-Forum am 19. Mai 2000 schon deutlicher geäußert – die Frage sei: «Wie kann auch in einer zunehmend globalisierten Wirtschafts- und Gesellschaftswelt gewährleistet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Sicherung ihrer Rechte sowie zur Verwirklichung der Grundwerte ihr Mitbestimmungsrecht wenn nicht gar das Letztentscheidungsrecht über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung behaupten? Von Demokratie kann ernsthaft keine Rede sein, wenn unkontrollierte Kräfte der Wirtschaft und deren transnationale Organisationen über das Wohlergehen von Nationen oder deren Regierungen entscheiden.» Und auf dem Grundwerte-Forum am 23. Juni 2003: «Wenn die Regel gilt, dass sich auch in Marktwirtschaften keiner zu Lasten Dritter bereichern darf [!], dann kann es kein Eingriff in die Freiheit des Einzelnen sein, bestimmte Praktiken durch Kontrolle und Gesetze zu unterbinden.»⁶ So sahen das auch die oben zitierten Gewerkschafter bei ver.di. In den «Akzenten» und «Leitsätzen» sowie im «Impuls» war davon nicht die Rede. Die SPD war seit 1998 Regierungspartei – Gesetze der von Thierse genannten Art wurden von ihr nicht initiiert, geschweige angenommen.

«Akzente»-Autoren meinten: «Die internationalen Finanzmärkte haben die Aufgabe, den Menschen zu nutzen und den Wohlstand zu steigern. In der Realität entziehen sich die Finanzströme jedoch immer mehr der Kontrolle.» Deshalb wollten sie, wie die Autoren der anderen beiden Dokumente auch, «einen klaren Ordnungsrahmen» für diese Finanzmärkte. Konkreter wurden sie nicht. Wer sollte den «klaren Ordnungsrahmen» setzen? – «die Politik». Gemeint war, so muss angenommen werden, die Regierung, der Staat. Da hätte die SPD als Regierungspartei in dieser Richtung wirksam werden können – sie wurde es nicht.

Bei den «Akzente»-Autoren kam der Staat nur als «Sozialstaat» vor, nicht auch als Wirtschaftsregulator oder wenigstens «Rahmensetzer». Die «Netzwerker» formulieren ihr Staatsverständnis so: Der demokratische und soziale Rechtsstaat sei «Partner seiner Bürger. Bürger und Staat begegnen sich auf gleicher Augenhöhe.» Der Staat schütze und entwickle öffentliche Güter: Innere und äußere Sicherheit, Gewährleistung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Kultur, Daseinsvorsorge und soziale

6 Forum Gerechtigkeit I, Reihe Grundwerte-Foren der FES, Berlin 2003, S. 10; Thierse 2003. Vgl. dagegen zu Wirtschaftsdemokratie Peter von Oertzen: Wirtschaftsdemokratie – Umriss eines Konzepts, in: ders.: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hrsg. von Michael Buckmiller, Gregor Kritidis und Michael Vester, Hannover 2004, S. 404.

Sicherheit sowie Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Da geht es wohl um ein Ideal, ein Wunschbild – und für die Wirtschaft ist der Staat demnach nicht zuständig. Da hatte die herrschende neoliberale Ideologie voll durchgeschlagen.

Nicht anders in den «Leitsätzen». Deren Autoren wollten ein «positives Bekenntnis zu unserem Staat», der auch finanzielle Ressourcen brauche, «um im Sinne des Gemeinwohls agieren zu können». Sie «stehen für einen handlungsfähigen Staat in einer aktiven Bürgergesellschaft»; der Staat, der «bisher zu sehr nachsorgender Staat gewesen» sei, also sich erst im Nachhinein um Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel und Armut kümmerte, sollte nunmehr einem «neuen Leitbild» des «vorsorgenden Sozialstaates» folgen und die Menschen, auch ihre eigene Verantwortung, mehr fördern und aktivieren. Auch da ging es also nur um den Sozialstaat, nicht um einen in die Wirtschaft im Sinne des Allgemeinwohls eingreifenden Staat.

Wollte man den drei Dokumenten folgen, so müsste angenommen werden, der wirtschaftsdemokratische Teil des Berliner Programms der SPD sei realisiert und die sozialdemokratische Ur-Idee habe sich damit erledigt.

Diese Sozialdemokraten hatten nun Schwierigkeiten, die Zielgesellschaft zu benennen, für die sie wirken wollten. «Akzente»-Autoren bekannten sich nach wie vor zum demokratischen Sozialismus, der «nicht nur ein Schlüsselbegriff unserer Geschichte [ist], sondern er bündelt auch Hoffnungen, Zukunftsvorstellungen und Orientierungen der Sozialdemokratie heute»; anschließend sprachen sie von sozialer Demokratie. Für «Impuls»-Autoren hatte der Begriff demokratischer Sozialismus seine Strahlkraft eingebüßt, seine «großen Leitideen von Freiheit und Humanität, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Frieden» hätten aber «weltweit ihre Faszination nicht verloren», und so blieben sie «diesen Zielen der sozialen Demokratie uneingeschränkt verpflichtet», erklärten jedoch zugleich, sie wollten «die Balance zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung neu bestimmen», und schlugen dazu den Weg in eine moderne «*Chancengesellschaft*» vor. Unter dem Blickwinkel der Chancen entwickelten die «Impuls»-Autoren ihre programmatischen Vorstellungen für die SPD (nach Wolfgang Thierse kam dieser Begriff auf den 40 Seiten des «Impuls»-Papiers 60 mal vor). Die «Leitsätze» bevorzugten den Begriff Soziale Demokratie, wobei die «Elemente nichtmarktförmiger Gemeinschaftlichkeit», die der Begriff demokratischer Sozialismus enthalten habe, «als fundamentale Voraussetzungen der Sozialen Demokratie gestärkt werden» müssten. Was das konkret bedeutet, wurde nicht erläutert.

Da gab es bei der SPD also am Beginn des neuen Jahrhunderts nichts Neues im Vergleich zum Jahrzehnt davor. Lediglich die im Jahre 2000 kolportierte Idee von der Produktivität der «Ungleichheit im Ergebnis»⁷ schien zurückgenommen zu sein, sie tauchte in den hier zitierten Dokumenten nicht auf. Die sozialdemokratische Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie blieb versenkt. Und die Linken in der SPD? Sie schwiegen ...

7 Vgl. Plener: Wirtschaften, S. 83.

Das neue – Hamburger – Programm von 2007

Im Oktober 2007 beschloss die SPD auf dem Parteitag in Hamburg ihr neues Grundsatzzprogramm. Wie steht es darin um die sozialdemokratische «Ur-Idee» Wirtschaftsdemokratie – von Oskar Lafontaine auf dem Berliner Programmparteitag «ein klassischer Programmpunkt der SPD» genannt?⁸

Der Text entspricht der oben zitierten Forderung der «Impuls»-Autoren nach einem «grundlegend anderen und jargonärmeren Ton als frühere sozialdemokratische Programmdokumente». Der Begriff Kapitalismus kommt lediglich als «globaler Kapitalismus» (drei Mal) bzw. als «kapitalistische Globalisierung» (einmal) vor;⁹ einmal ist von «wirtschaftlicher Macht» die Rede (S. 7), fünf Mal fällt der Begriff Ausbeutung (S. 5, 16, 42, 46, 57), von der die Menschen in Zukunft frei sein sollen, ohne dass gesagt wird, worin Ausbeutung besteht, warum es sie gibt, und ohne Bezug zu «unserer Gesellschaft» – der «sozialen Marktwirtschaft»; vier Mal stößt der Leser auf den Begriff Eigentum, davon zweimal im GG-Zitat Art. 14.2 (S. 16, 43), einmal als «geistiges Eigentum» (S. 48) und einmal allgemein ohne konkrete Zuordnung (S. 31).

Um die Wirtschaft geht es im Kapitel «Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum». Und da heißt es unter der Zwischenüberschrift «Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert»: Mit dieser sei im 20. Jahrhundert «ein herausragendes Erfolgsmodell geschaffen worden», sie werde aber von den «globalen Finanz- und Kapitalmärkten» [den anonymen «Märkten»?] infrage gestellt, die deshalb «politische Gestaltung», den «regulierenden Staat» nötig hätten. Der hier interessierenden Frage nach Wirtschaftsdemokratie sind ganze sieben Zeilen gewidmet:

«*Wirtschaftliche Demokratie* ist unverzichtbar dafür, die Forderung des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen: «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.»

Die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind grundlegend für die soziale Marktwirtschaft. Innerbetriebliche Demokratie bedeutet Teilhabe am Haben und Sagen. Sie fördert den unternehmerischen Erfolg. Wir bekennen uns zur paritätischen Mitbestimmung in den Aufsichtsräten großer Unternehmen. In einer zunehmend europäisierten Wirtschaft ist es unser Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene auszubauen.»¹⁰

8 Rede des Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD und Geschäftsführenden Vorsitzenden der Programmkommission, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, in: Protokoll vom Parteitag, Berlin 18.–20.12.1989, Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, S. 259.

9 Hier und im Folgenden zitiert nach: Hamburger Programm. Das Grundsatzzprogramm der SPD. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007. Hrsg. SPD-Parteivorstand. Hier S. 7, 13, 10, 56.

10 Ebenda, S. 43. Anschließend wird die Unverzichtbarkeit starker Gewerkschaften und auch die ungerechte Verteilung der «Einkommen und Vermögen» in Deutschland festgestellt; sozialdemokratische Steuerpolitik solle «Ungleichheit begrenzen und gleiche Chancen fördern»; man wolle «mehr Vermögen in Arbeitnehmerhand», denn die Beteiligung «am Unternehmenskapital als zusätzliche Quelle des Einkommens gewährleistet eine gerechtere Beteiligung der Beschäftigten am Firmenerfolg». Gemeinnützige Unternehmen und Genossenschaften seien «ein wichtiger Teil der sozialen Marktwirtschaft». – «Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung

«Wirtschaftliche» – also sich rechnende?¹¹ – Demokratie statt Wirtschaftsdemokratie/Demokratie in der Wirtschaft!

Setzen wir dazu die Definition des Grundwertes Freiheit im Programm (S. 15) in Beziehung: «Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.» Wie frei ist da der Lohnarbeitende, der Arbeitslose, der Harz-IV-Empfänger gar in «unserer Gesellschaft» – der «sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts»?

Das oben zitierte Wunschbild des demokratischen Staates durchzieht auch das Hamburger Programm, wenn es zum Beispiel heißt: «Der demokratische Staat ist [ist? Sollte sein!] die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger.» (S. 30) Die Praxis der – auch SPD-geführten – Regierungen, die im Namen des Staates agieren, beweist täglich das Gegenteil ...

Und vier Jahre nach Annahme des Hamburger Programms?

Am 29./30. Juni 2011 führte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin einen «Demokratie-Kongress» durch. Ausgangspunkt war – vorgetragen im einleitenden Referat «Einstellungen zur Demokratie» – die zunehmende «Skepsis gegenüber der (real existierenden Demokratie)» bei «einem relativ großen Teil der Bevölkerung», die sich in zunehmender Wahlabstinz zeige. Mit Demokratie war hier das politische System – die «demokratischen Grundprinzipien wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Mehrheitsregel» – gemeint, das von der Bevölkerungsmehrheit «unangefochten akzeptiert» werde, ebenso wie «die damit verbundenen demokratischen Tugenden [!] wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Toleranz und Fairness».¹² Als Ursachen wurden zwei hervorgehoben: Es gehe zum einen «um einen bestimmten Stil von Politik» («die offizielle Politik der Regierungen, Parlamente und Parteien» gerate «zunehmend in Misskredit»); zum anderen ginge es «um den empirisch relevanten Zusammenhang zwischen der sozialen Lage in der Gesellschaft und den Einstellungen zur Demokratie». Von der «zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft» war die Rede und davon, dass «soziale Gerechtigkeit in Deutschland allgemein als fester Bestandteil der Demokratie betrachtet» werde. Und: «Das Vertrauen in die Demokratie hängt von sozialen Voraussetzungen ab, die viele Menschen als derzeit nicht oder immer weniger gegeben ansehen.»

sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Sozialdemokratische Politik fördert durch einen fairen Wettbewerb verantwortliches Unternehmertum» (ebenda, S. 43 f.).

11 Vgl. Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache in zwei Bänden, Berlin 1984, Bd. 2, L–Z, S. 1345, wirtschaftlich: 3. bei möglichst geringem Geldmittel-, Materialverbrauch den höchstmöglichen Nutzeffekt erzielen; sparsam, rentabel. So auch die Übersetzung des Begriffs in andere Sprachen (vgl. Englisch, Französisch, Russisch).

12 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Demokratie – Deutschland 2011. Demokratie Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung, 29. und 30. Juni 2011, Berlin 2011. Hier und im Folgenden nach dieser Publikation zitiert.

Was bildet aber die materielle Grundlage der «sozialen Lage», was sind deren «soziale Voraussetzungen»? Das ist doch wohl die Wirtschaftsordnung der gegebenen Gesellschaft – ihre Ökonomie. Davon war im zitierten Einleitungsreferat nicht die Rede, der Begriff Wirtschaft fiel kein einziges Mal.

Dem Thema Wirtschaft war das Referat «Wirtschaft und Demokratie» gewidmet.¹³ Zugrunde lag die «Theorie der sozialen Demokratie», deren «wesentliche Säule» es sei, «dass ökonomische und gesellschaftliche Entscheidungen nicht durch den ungezügelter Markt oder den Einfluss der wirtschaftlich Mächtigen [wer mag das wohl sein?], sondern durch demokratische Prozesse basierend auf sozialen Grundrechten entschieden werden, an denen alle in der Gesellschaft gleichermaßen partizipieren können». Dabei sei «in der Bundesrepublik eine zunehmende Spreizung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu beobachten», auch «eine zunehmende wirtschaftliche Machtkonzentration zu verzeichnen». Im Zeitalter der Globalisierung zeigten sich «eklatante Demokratiedefizite im derzeitigen Global-Governance-System», und so gelte es, «nicht nur die makroökonomische Perspektive, sondern ebenfalls die mikroökonomische Sicht der Betriebe und deren [der Betriebe?] Demokratisierungsbestrebungen durch Mitbestimmung [...] in den Fokus zu nehmen». Angesichts der «zunehmende[n] Dominanz des Shareholder-Value-Kapitalismus, bei dem allein die Kapitaleigentümer nach ihren jeweiligen kurzfristigen Eigeninteressen entscheiden», müssten «im Sinne der sozialen Demokratie [...] die Institutionen der Mitbestimmung als zentrale Elemente demokratischer Teilhabe am Wirtschaftsleben gestärkt werden». Das war es dann zum Thema Wirtschaftsdemokratie auf dem «Demokratie-Kongress» der FES 2011.

Und die Jungsozialisten – nach eigenem Selbstverständnis die Linken in der SPD?

Heft 5/2010 ihres Organs *spw* («Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft») enthielt als Schwerpunkt das Thema «Wirtschaftsdemokratie. Welche Perspektiven hat die Demokratisierung der Ökonomie?» Es geht um Beiträge einer Tagung der *spw* in Zusammenarbeit mit der SPD Hamburg-Nord mit dem «Versuch [...], verschiedene aktuelle betriebliche, sektorale und gesamtwirtschaftliche Auseinandersetzungsfelder auf ihr wirtschaftsdemokratisches Potenzial abzuklopfen, die perspektivisch in einem [sic!] erneuerten demokratischen Wirtschaften einfließen könnten» (S. 14). Zitiert wurde die von Peter von Oertzen formulierte «Leitidee der gleichberechtigten Teilnahme aller am Haben und Sagen»; es wurde auch an das Berliner Programm von 1989 erinnert und daraus eine längere Passage über Wirtschaftsdemokratie zitiert. Aber: Es ginge bei dem Thema nicht um «schlichte Traditionspflege», im Gegenteil: «Aus der aktuellen Verfasstheit kapitalistischen Wirtschaftens» ließen sich «zahlreiche Ansatzpunkte für eine Neuauflage ableiten». Wirtschaftsdemokratie sei «im Rahmen eines allgemeinen gesellschaftlichen Demokratie-Relaunches zu denken und müsste mit folgenden Bestandteilen einhergehen»: Mehr direkte Mitsprache der Beschäftigten in Betrieben und gestärkte,

13 Ebenda, S. 18 f. Vorgetragen von Wolfgang Schroeder, Professor in Kassel, zuvor 15 Jahre beim Vorstand der IG Metall tätig (Mitautor Simon Vaut).

ausgeweitete Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte; Erhaltung, auch Ausweitung bzw. Wiedergewinnung des «öffentlichen Sektors» (z. B. bei medizinischer Versorgung); der «mit der Wirtschaftsdemokratie zusammenzudenkende ökologische Umbau»; entscheidende Rolle des Staates bei demokratischer Steuerung der Wirtschaft; auch stelle sich erneut die Diskussion über Eigentum und plurale Eigentumsformen. – «Insgesamt zeigt sich in der SPD eine Offenheit für Positionsbestimmungen, welche die SPD-Linken mit Wirtschaftsdemokratie ausfüllen kann.» Und: Über richtige Einzelforderungen hinaus bestehe «die Aufgabe, wirtschaftspolitische Kompetenz von links wieder [?] zugewinnen, die neben der Orientierung auf gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum auch die Demokratisierung des Wirtschaftsgeschehens in den Mittelpunkt [!] rückt».

Das 2007 beschlossene Hamburger Grundsatzprogramm, aus dem das Thema Wirtschaftsdemokratie eliminiert worden war, spielte auf dieser Hamburger Tagung wohl keine Rolle ...

Auf ihrem Bundeskongress («Buko») Ende November 2011 in Lübeck haben die Jungsozialisten, so heißt es in einem Bericht, «mit großen Mehrheiten Beschlüsse zur programmatischen Erneuerung der Sozialdemokratie gefasst». – «Inhaltlich wurde in einer Diskussion mit Olaf Scholz mit Blick auf den eine Woche nach dem Buko stattfindenden Bundesparteitag der SPD vor allem die inhaltliche Erneuerung der SPD in zentralen Themenfeldern gefordert.»¹⁴ Genannt wurden Steuerpolitik, Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung und Ähnliches. In der «ersten inhaltlichen Debatte» sei es «um jungsozialistische Forderungen zur Veränderung des Wirtschaftssystems» gegangen. Genannt wurden «als zentrale Forderungen» wiederum wirtschaftspolitische Anliegen (Stärkung der Binnennachfrage, Lohnzuwächse, bessere soziale Absicherung usw.) – und zum Schluss: «eine Stärkung des Staates als Akteur im Wirtschaftssystem sowie eine Demokratisierung der Wirtschaft». Da war wenigstens der Begriff gefallen. Aber: Ohne Bezug zum vier Jahre zuvor in Hamburg beschlossenen neuen Grundsatzprogramm der SPD, in dem ja die «Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie» nicht vorkommt. Bezieht sich die geforderte programmatische/inhaltliche Erneuerung auch darauf? Die Praxis der SPD-geführten Regierung Schröder 1998–2009 scheint in diesem Zusammenhang ebenfalls keine Rolle gespielt zu haben.

Das *spw*-Heft mit dem Bericht über den Juso-«Buko» 2011 (vgl. Anm. 14) enthält außerdem den Beitrag «Wirtschaftsdemokratie konkret – der Fall Hoppman» (das Autohaus Hoppmann in Siegen) als Beispiel für ein «demokratisch mitbestimmte[s] Unternehmen ohne individuellen privaten Besitzer». Davor ist der Beitrag von Walter Müller-Jentsch «Demokratie und Wirtschaftsordnung» platziert. Darin ist von Demokratie nicht die Rede, und die Idee Wirtschaftsdemokratie wird als «waghalsige Vorstellung» verworfen. An Autoren, die (so im Sammelband «Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!») versuchen, diese Idee «wiederaufzuwärmen», und das in der BRD

14 Julian Zado: Gerecht für alle. Bericht vom Juso-Bundeskongress 2011 in Lübeck, in: *spw* 187/2011, S. 58.

praktizierte Wirtschaftssystem abfällig bewerten, stelle sich die Frage, ob sie «von allen realpolitischen Geistern verlassen» seien. Es gehe um «Zivilisierte Marktwirtschaft statt Wirtschaftsdemokratie».¹⁵ Die Redaktion kommentierte diese Aussage nicht ...

Der vom ordentlichen Parteitag der SPD am 2.–6. Dezember 2011 in Berlin angenommene, 20 Seiten umfassende «Beschluss Nr. 53» (!) zu «Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen, sozialer Zusammenhalt» enthält (auf einer knappen Seite) den Abschnitt «3.6 Wirtschaftlicher Erfolg bedeutet [...] mehr Wirtschaftsdemokratie». Das Thema ist auf Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen reduziert, die erweitert werden müsse. Der Wortlaut ist wohlklingend, und es finden sich darin Anklänge an die Diskussion um die «Neue Wirtschaftsdemokratie»: «Das Verhältnis von Planungsprozessen, marktwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, kollektiver [...] Verantwortung in der Wirtschaft und die Möglichkeit zur Einmischung einerseits und der Wahrung von individueller und unternehmerischer Freiheit andererseits müssen beständig neu austariert werden. Neue Partizipationsformen in Wirtschaft und Arbeitsform müssen entwickelt werden.» Es sollen Genossenschaftsmodelle revitalisiert und «Mitarbeiterbeteiligung an den Geschäftsergebnissen» gestärkt werden: «Transparente und partizipative Entscheidungsstrukturen erhöhen die Identifikation mit dem Unternehmen [...]» – «Ein neuer Anlauf zur Mitarbeiterbeteiligung am Produktivkapital» müsse «gerade jetzt» gewagt werden; «durch eine Änderung des Aktienrechts» sollen «[Unternehmens-]Vorstände auch auf das Wohl der [...] Arbeitnehmer und der Allgemeinheit verpflichtet werden». – «Eine Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten» sei «ein Ausdruck demokratischer Souveränität» – sie «dient der Rückbindung wirtschaftlichen Handelns an Gemeinwohlinteressen».¹⁶

Da war/ist die Schwester-Partei der SPD – die SP der Schweiz – mit ihrem 2010 angenommenen neuen Programm «Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie» eindeutiger. Das Programm ist dem demokratischen Sozialismus verpflichtet und verfolgt erklärtermaßen die Vision einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Zum Grundwert Freiheit heißt es – konkreter als bei der SPD: «Freiheit verdient diesen Namen für die Sozialdemokratie nur, wenn sie allen Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes und würdiges Leben zu führen und gleichberechtigt am Wirtschaftsprozess teilzunehmen.» Die «Wirtschaftsfreiheit» darf dem Programm zufolge «nicht allein das Vorrecht jener sein, die über Produktionsmittel verfügen oder selbständig Erwerbende sind. Vielmehr soll sie zu einem Wirtschaftsbürgerrecht fortentwickelt werden, damit alle an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen der Wirtschaft mitbestimmen können.» – So «wird auf der Wertebene ein Fundament für die Wirtschaftsdemokratie gelegt».¹⁷

15 Walter Müller-Jentsch: Demokratie und Wirtschaftsordnung, in: spw 187/2011, S. 38.

16 http://www.spd.de/linkableblob/21946/data/53_beschluss_wirtschaft_finanzen_lang.pdf.

17 Hier nach Willy Spieler: Sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie. Visionen und Widersprüche im Parteiprogramm der SP Schweiz, in: Widerspruch 60/2011.

DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFTS- DEMOKRATIE IN DER DISKUSSION UND IM PROGRAMM DER PARTEI DIE LINKE

Die Programmdebatte

Für die in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts aus PDS und WASG sich neu formierende Partei wurde im Ergebnis des Überblicks über die Programmdebatten 2001–2006 anhand der damals vorliegenden Dokumente festgestellt: Es ging – ganz im Sinne der «Ur-Idee» – um die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse, um Kontrolle wirtschaftlicher Macht, um Schutz des öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge sowie um die erweiterte Mitbestimmung, zum Teil auch um staatliche Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe. Jedoch wurde dieses Anliegen als eines unter vielen anderen genannt – *nicht als strategisch zentral, nicht als der Weg* zur angedachten demokratischen, sozial gerechten, ökologisch verträglichen, nicht patriarchalen Gesellschaft, nicht als *die* Grundlage breiter demokratischer Bündnisse, mit denen allein eine solche Gesellschaft erreicht werden kann. Auch wurde das Problem Staat weitgehend umgangen.¹

2007 hatte sich die neue Partei als Partei DIE LINKE konstituiert. In der seitdem, intensiviert in den Jahren 2010/2011, auf verschiedenen Ebenen geführten Programmdiskussion war auch das Thema Demokratie/Wirtschaftsdemokratie im Blick – jedoch nach wie vor nicht als zentral für die strategische Orientierung der politischen Praxis. Dafür stehen Ausführungen in verschiedenen Gremien der Partei sowie auf Tagungen und in Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dieter Klein (Mitglied der Programmkommission/Rosa-Luxemburg-Stiftung) verfocht (und verfiucht) mit Nachdruck den «demokratischen Sozialismus als Transformationsprozess des [des?] 21. Jahrhunderts». Dieser sei nicht «als Hineinwachsen in die neue Gesellschaft» und nicht «als Resultat eines großen Aktes der Revolution» zu

1 Vgl. S. 106 ff. in diesem Band.

verstehen. So weit – so gut. Problematisch ist dabei zum einen die strategische Orientierung der Politik auf den «demokratischen Sozialismus» schon heute und hier; und zum anderen – und das besonders – der weitgehend «marginale» Umgang mit Demokratie bzw. Demokratisierung.² Klein benannte sechs «Transformationsprojekte» («Einstiegsprojekte») für den «demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts»: (1) (sozial)ökologischer Umbau, (2) Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, (3) sinnvolle existenzsichernde Arbeit für alle, (4) hochwertige Bildung für alle, (5) Erneuerung der Demokratie in Gesellschaft und Wirtschaft (hier ist auch Wirtschaftsdemokratie erwähnt), (6) Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa für eine solidarische Weltordnung. Die zentrale Aufgabe für den Einstieg in die Transformation sei es, «an einem breiten Mitte-Unten-Bündnis zu arbeiten» («das sind die sozial-libertäre Mittelschicht, bedrohte Kernbelegschaften und subproletarische Gruppen bzw. das moderne Prekariat»). Der Abschnitt heißt zwar «Bündnisse und Demokratie», von Demokratie ist darin aber nicht die Rede. Lediglich abschließend heißt es dann doch noch: Die Transformation «wird nur als ein von der Mehrheit getragener Prozess demokratischer Erneuerung gelingen oder gar nicht». Die angeführte Reihe der «Einstiegsprojekte», in der die «demokratische Erneuerung» als eine (fünfte!) unter sechs Aufgaben erscheint, wird dieser Aussage nicht gerecht.

So Dieter Klein auch in seinen Ausführungen über «Das Viereck» – die vier Dimensionen «einer Erzählung der Linken auf der Höhe der Aufgaben in den kommenden Jahrzehnten».³ Die vier Dimensionen seien: 1. Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht (auch des Eigentums); 2. Sozialökologische Zeitenwende (da geht es um «eine neue Zentralität der Umweltpolitik als zentrale Achse linker Politik»); 3. Partizipative Erneuerung der Demokratie und Wirtschaftsdemokratie; 4. Internationale Kooperation, Solidarität und Sicherheit vor Kriegen. Auch da heißt es erst unter 3.: «Eine Erneuerung der Demokratie ist Lebenselixier und Grundelement eines emanzipatorischen Gesellschaftsprojekts der Linken und der einzig mögliche Weg zu seiner Realisierung.» Aber auch hier unter anderen, als «dritte Dimension» der vor Linken stehenden Aufgaben – die «zentrale Achse» sei die Umweltpolitik.

Das Problem Staat – seine Rolle, die Anforderungen an diesen im Zusammenhang der «Großen Transformation» – berührte Dieter Klein nicht.

Ähnlich Rolf Reißig. Auch ihm geht es um die neue «Große Transformation», die er als Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, zu einer neuen sozialen Ordnung erläutert. Sozialökologische und solidarische Entwicklung – das seien die beiden miteinander verbundenen Säulen, sie seien der Kern

2 Hier und im Folgenden nach Dieter Klein: Eine zweite große Transformation und die Linke. Kontrovers 1/2010. Beiträge zur politischen Bildung, Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Grundgedanken der Schrift trug der Autor als einer der Hauptreferenten auf der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus» am 13./14. Oktober 2011 in Berlin vor.

3 Vgl. Dieter Klein: Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 34/2011.

der Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert.⁴ Dieser «Pfadwechsel» sei an drei Erfordernisse gesellschaftlichen Wandels gebunden: 1. Übergang zu einem neuen «Wachstumspfad», der ökologisch nachhaltig ist und zugleich auf neue Art Potenziale gesellschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung kombiniert und freisetzt; 2. Übergang zu einem alternativen, neuen Modell sozialer und demokratischer Teilhabe statt zunehmenden und weltweiten Ausschlusses großer sozialer Gruppen und Regionen; 3. Übergang zu einem globalen Modell nachhaltiger Entwicklung und zu einem neuen Finanz-, Weltwirtschafts- und Sicherheitssystem, zu friedlichem, kooperativen Zusammenwirken und -leben der Menschen statt Konfrontation, marktradikaler Konkurrenz und globaler Ausbeutung. Die Anforderung der «demokratischen Teilhabe» ist (auch in den weiteren Erläuterungen) präsent, aber nicht als «die Säule», «der Kern» der angedachten «gesellschaftlichen Transformation».

Reißig weiter: Die «Große Transformation» verlange keine Politik großer Transformationsprojekte, sondern konkrete Schritte, konkrete Alternativen und konkrete Einstiegsprojekte – zur Erweiterung der Demokratie, der Freiheitsrechte der Bürger, zur Stärkung von Gleichheit und Solidarität in der gegebenen Gesellschaft, was in ökologischen Netzwerken, Formen der solidarischen Ökonomie unter anderem schon heute praktisch sichtbar sei. Da heißt es dann: Transformation – als Weg zur Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft: z. B. öffentliche Kontrolle über öffentliche Güter, Erweiterung der liberalen Demokratie durch Stärkung der Parlamente, durch Weiterentwicklung der sozialen und (politischen) Grundrechte, durch neue Formen der Bürgerbeteiligung und durch spezifische Formen der Wirtschaftsdemokratie. – Transformation als Weg zur Demokratisierung? Umgekehrt: *Demokratisierung ist der Weg der Transformation* der kapitalistischen Gesellschaft zur angedachten «neuen sozialen Ordnung»!

In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» nannte Ulla Lötzer (MdB) am 17. Januar 2011 für die Partei DIE LINKE die «Wachstumsfrage» die «zentrale Zukunftsfrage». Und sie will in der Kommission «deutlich Fragen nach der Umverteilung von Reichtum und Arbeit, dem notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Industrie und neuen wirtschaftsdemokratischen Beteiligungsformen stellen».⁵ In einem an die Rede anschließenden «programmatischen Text» über ein «linkes industriepolitisches Konzept» geht sie als 5. Punkt auf die «Strukturkrise des Kapitalismus» ein, weshalb es für DIE LINKE bei der Konversion «Hand in Hand mit einer Demokratisierung der Wirtschaft» gehen müsse, das heißt, «um ein neues wirtschaftsdemokratisches Regime, in dem die

4 Vgl. Rolf Reißig: Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009. Hier zit. nach ders.: Die neue «Große Transformation». Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: vorgänge 195/2011; vgl. auch ders.: Pfadwechsel – hin zu einer neuen sozialen Ordnung, in: Neues Deutschland, 5./6.11.2011.

5 Ulla Lötzer: Die Linke in der Enquete-Kommission. Zit. nach dies./Sabine Leidig/Eva Bulling-Schröter/Ulrich Brand/Norbert Reuter: Gerecht und mit System. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 18/2011, S. 1 f.

Beschäftigten, die Zivilgesellschaft und die Parlamente weit stärker in wirtschaftliche Prozesse eingreifen und diese direkter mitgestalten als bisher.»⁶ In einer öffentlichen Diskussion mit Dieter Klein im Berliner Verein Helle Panke/Rosa-Luxemburg-Stiftung am 9. Februar 2011 forderte Ulla Lötzer, bei der Erläuterung des LINKE-Konzepts die Demokratiefrage mehr herauszustellen, die in der Diskussion zu kurz komme: Auch ein ökologischer Umbau werde ohne Demokratisierung auf allen Ebenen nicht möglich sein.

Dieser Grundgedanke wurde in der Programmdiskussion auch anderswo vereinzelt vertreten. So von Klaus Dörre (Jena) auf der Regionalkonferenz der Linkspartei-Aktivistinnen aus den süddeutschen Bundesländern am 12./13. Februar 2011 in Eisenach: Er warb hier dafür, über die Eigentumsfrage (darunter Einflussnahme der «öffentlichen Hand» auf diese) nachzudenken und – die «*Systemfrage als Demokratiefrage*» zu stellen.⁷

Wie hier von Klaus Dörre wurde in der Programmdiskussion im Zusammenhang mit Demokratie folgerichtig die Frage nach dem *Eigentum* gestellt – gemeint ist das Eigentum an den volkswirtschaftlich bestimmenden Produktionsmitteln, denn: Dieses Eigentum «ist eine zentrale gesellschaftliche Machtachse, um die in gesellschaftlichen Transformationsprozessen – innerhalb des Kapitalismus und erst recht über ihn hinaus – gerungen wird. Die Privatförmigkeit der Unternehmen vermittelt alltäglich die Erfahrung, dass demokratische Entscheidungen dem Privateigentum untergeordnet sind. Die Veränderung von Kräfteverhältnissen hängt wesentlich davon ab, wie und ob es gelingt, diese Macht einzudämmen und umzugestalten, die systematische Herstellung von Ungleichheiten zu mindern und Mittel für die freie Entwicklung aller und eines/r Jeden zu entwickeln.»⁸

Der Parlamentariertag der Linkspartei am 26./27. Februar 2011 in Magdeburg war dem Thema «Für eine demokratische Erneuerung unseres Landes» gewidmet. Oskar Lafontaine wies hier der Definition von Arbeit und Eigentum eine entscheidende Rolle für die Demokratiedebatte der LINKEN zu. Gregor Gysi forderte, das in der öffentlichen Debatte auf Rechtsstaatlichkeit reduzierte Demokratieverständnis zu erweitern: Es sei nicht falsch, aber formalistisch eingeengt; es gehe um soziale Demokratie, und das heiÙe vor allem: «Alles, was zu den Voraussetzungen der [ganzen] Demokratie gehört, alles auch, was die Teilhabe aller einschränken könnte, muss Gegenstand politischer Willensbildung sein können.» Und: «Wer Demokratie dauerhaft absichern will, muss für die Begrenzung der Macht kapitalistischen Eigentums und für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen. Dann muss man aber die Frage aufwerfen: Wem gehört was und warum?» Eigentumsrechte seien hierzulande stets mächtiger

6 Ebenda, S. 5 f.

7 Zit. nach Hans-Gerd Öfinger: LINKE-Programm als Baustelle, in: Neues Deutschland, 14.2.2011.

8 Den Betrieb übernehmen. Einstieg in Transformation. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Einladung zur internationalen Konferenz – 3. bis 5. November 2011.

als andere Rechte. Deshalb ginge es um Wirtschaftsdemokratie und damit um ein Demokratieverständnis, «in dem Macht soweit kontrolliert werden kann, dass von Entscheidungen Betroffene auch mit zu entscheiden haben. Die kapitalistische Wirtschaftsweise entspricht dem keinesfalls.»⁹ Klaus Ernst betonte: Wirtschaftsdemokratie sei «eine Kernfrage der Demokratie» und: «Unser Ansatz muss sein: Kollektives Eigentum der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, damit sie auch etwas zu entscheiden haben in ihren Betrieben.»¹⁰

Der «Ansatz» Belegschaftseigentum wurde auf der internationalen Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 3.–5. November 2011 (nach Annahme des Programms) diskutiert: «Den Betrieb übernehmen – Einstieg in Transformation?»¹¹ Auf das Problem Eigentum gingen hier Heinz Bierbaum und Alex Demirović ein.

Bierbaum griff auf Erfahrungen in der ehemaligen Bundesrepublik der 1980er Jahre zurück, wo Betriebsübernahmen vor allem als Mittel zur Erhaltung von Arbeitsplätzen debattiert (und in einigen Fällen praktiziert) worden waren. Die Krise 2008/2009 habe das Thema Wirtschaftsdemokratie wieder in die Diskussion gerückt – der stärkere Einfluss der Belegschaften auf Betriebs- und Unternehmensentscheidungen sei dabei ein zentrales Element, das nicht auf Mitbestimmung reduziert werden sollte. Notwendig sei eine Veränderung der Eigentumsstrukturen: Neben öffentlichen Unternehmen und Stiftungen ginge es da auch um Belegschaftsbetriebe als «praktischer Versuch der Wirtschaftsdemokratie». Sie müssten öffentlich gefördert werden, und dafür sei «letztlich eine gesellschaftliche Steuerung der Ökonomie» nötig. Aber was heißt «gesellschaftliche Steuerung», wer/wie soll sie realisieren?

Alex Demirović nannte die Übernahme der Betriebe in Belegschaftseigentum eine (neben anderen) Form der Demokratisierung (in) der Wirtschaft, die keine Utopie sei. Auch er meinte: Sie bedürfe der Unterstützung auf politischer Ebene – durch den Staat: gesetzliche Regelungen, Subventionen, öffentliche Aufträge.

Viel mehr war auf dieser Tagung über die Rolle des Staates bei der angedachten «Transformation» nicht zu hören.

Das jüngste Beispiel einer Betriebsübernahme in Deutschland – die Fahrräder (Strike Bike) produzierende Bike Systems GmbH in Nordhausen/Thüringen, das nach gut drei Jahren (von September 2007 bis Dezember 2010) der Produktion in eigener Regie¹² schließlich gescheitert war, spielte auf der Tagung keine Rolle. Heinz Bierbaum erwähnte es – und verwies lediglich auf einen Titel in der Literatur.¹³ An

9 Zit. nach Uwe Kalbe: Von den Vorzügen des Katzentisches. Parlamentariertreffen in Magdeburg wurde zum Programmkonvent außer der Reihe, in: Neues Deutschland, 28.2.2011.

10 Ebenda.

11 Vgl. dazu LuXemburg 3/2011.

12 Vgl. Strike Bike. Eine Belegschaft wird rebellisch, DVD, ISBN 978-3-89900-128-0.

13 Vgl. Herbert Klemisch/Kerstin Sack/Christoph Ehrsam: Betriebsübernahme durch Belegschaften – Eine aktuelle Bestandsaufnahme, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2010, S. 42 ff. Der auf Strike Bike bezogene Stand der Untersuchung ist mit 11/2009 angegeben – sie erfasst also nicht das Ende der Geschichte dieser Betriebsübernahme: Dezember 2010.

der Tagung nahmen Gäste aus New York, Südamerika und mehreren europäischen Ländern teil – ein Vertreter aus Nordhausen/Thüringen war nicht dabei ... Das Für und Wider der Betriebsübernahme durch Belegschaften wurde auf der Tagung nicht problematisiert.¹⁴

Offensichtlich ist: Das Problem Eigentum – Stellenwert, konkrete Formen/Möglichkeiten der Demokratisierung der Eigentumsstrukturen auf dem Weg zu einer anderen, sozial gerechten Gesellschaftsordnung – ist – auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit Realsozialismus und mit Realkapitalismus – weiterhin diskussionsbedürftig.

Unter anderem ist darüber nachzudenken, wie demokratisierte Wirtschaftsstrukturen «funktionieren» könnten/sollten. Das Konzept der «alten» Wirtschaftsdemokratie forderte in diesem Zusammenhang, *Wirtschafts- und Sozialräte* zu bilden, – eine Idee, die in der aktuellen Diskussion ab und an aufgegriffen wurde. Im Zusammenhang mit der notwendigen Demokratisierung der Wirtschaft, eines «neuen wirtschaftsdemokratischen Regimes, in dem die Beschäftigten, die Zivilgesellschaft und die Parlamente weit stärker in wirtschaftliche Prozesse eingreifen und diese direkter mitgestalten als bisher», schrieb Ulla Lötzer¹⁵ zusammenfassend: «Kurz: Wir brauchen auf allen Ebenen *Gremien*, in denen der Umbau der Industriegesellschaft unter Mitwirkung von breiten gesellschaftlichen Gruppierungen gestaltet wird.» Was für Gremien könnten/sollten das sein? An anderer Stelle heißt es in ihrem Text beiläufig: «Unter dem Stichwort Demokratisierung der Wirtschaft soll die Mitbestimmung auf einzelbetrieblicher Ebene gestärkt und vor allem die überbetriebliche Mitbestimmung unter Einbeziehung von Gewerkschaften, ökologischen Akteuren und anderen Stakeholdern in Form von *Wirtschaftsräten* eingeführt werden.» Mehr sagte sie dazu nicht.

Ausführlicher ging darauf Alex Demirović in einem stark «demokratiethoretisch» orientierten Beitrag, angelehnt an «die wirtschaftsdemokratische Diskussion seit den 20er Jahren», ein: Parallel zu «politischen Entscheidungsinstanzen von der kommunalen bis zur gesamtstaatlichen Ebene [könnten] wirtschaftspolitische Entscheidungsgremien, also Wirtschafts- und Sozialräte, für [die] regionale oder nationale Rahmenplanung verantwortlich [sein]. Diese Räte könnten gewählt werden und hätten bestimmte Entscheidungskompetenzen [...]» Die Vorschläge zielten darauf, «demokratische Mitspracherechte in der Selbstorganisation der Wirtschaft zu stär-

14 Auf problematische Aspekte der Konzentration auf den «eigenen Betrieb» verweist im Zusammenhang mit den Themen Mitbestimmung im Betrieb/Unternehmen, betriebliche Vermögensbeteiligung u. a. Detlef Hensche: Demokratisierung der Wirtschaft. Markt und Mitbestimmung – Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Revitalisierung, in: Sozialismus 1/2011. Nach der Tagung zur Betriebsübernahme fragte Harry Nick in einem Pressebeitrag anhand der schließlich negativen jugoslawischen Erfahrung: «Welches Interesse – zumal in der Krise – sollte eine Betriebsbelegschaft an der Schaffung weiterer Arbeitsplätze haben, wenn damit sich mehr Beschäftigte das verteilbare betriebliche Einkommen teilen müssen? Unvermeidlich auch das Interesse der Belegschaften an hohen Preisen ihrer eigenen Erzeugnisse, was einen Preissteigerungswettbewerb zur Folge hat.» (Vgl. Harry Nick: Belegschaftseigentum? in Neues Deutschland, 22.11.2011.)

15 Vgl. Anm. 5.

ken»; ein Ziel bestünde darin, lokale oder (und) regionale Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträte einzurichten. – «Die Entscheidungskompetenzen dieser Körperschaften müssen definiert und zum Gegenstand öffentlicher Diskussion werden. In ihnen müssen die Vertreter von Wirtschaft, Verwaltung, Lohnabhängigen (Produktion, Handel, Dienstleistung) und Konsumenten vertreten sein.»¹⁶ Es müsse, so Demirović weiter, «danach gesucht werden, wie das Verhältnis zwischen demokratischen Entscheidungsprozessen und Regulationspotenzialen des Marktes institutionell gestaltet werden soll». (Ebenda, S. 62)

Gewählte, miteinander verbundene Wirtschafts-, Sozial- und Ökologieräte könnten die gesuchten «Vermittlungs-Institutionen» (zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat/Parlamenten) bei der Demokratisierung der Wirtschaft sein, was aber erst die praktischen Erfahrungen bestätigen (oder auch nicht) müssten.

Die Frage nach der *Rolle des Staates* bei der notwendigen Umgestaltung der Eigentumsstrukturen und aller anderen gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Weg zu einer anderen, sozial gerechten Gesellschaft blieb in der Programmdiskussion weitgehend an den Rand gedrückt oder ganz ausgespart.

Andeutungsweise berührte dieses grundlegende Problem Gregor Gysi auf dem Parlamentariertag in Magdeburg (s. o.). Neben der Zentralität des Eigentums für das Verständnis der Demokratie ging er hier kurz auf den Staat ein, indem er sagte: Der «demokratisch verfasste Staat Bundesrepublik» stelle «genau die politische Form» dar, «in der politische und soziale Emanzipation stattfinden kann».¹⁷ Die These (auf dem Treffen nicht aufgegriffen) bedarf der Erläuterung und der Diskussion. Sie entspricht der Aussage von Friedrich Engels in dessen Kritik am Erfurter Programmentwurf der deutschen Sozialdemokratie von 1891: Die «Form der demokratischen Republik» sei die einzige den Anliegen der Partei entsprechende Staatsform.¹⁸ Und sie wird vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gestützt (was in der Programmdebatte nicht mit erforderlichem Nachdruck hervorgehoben wurde). Zu fragen ist, wo und wie dieser Staat von den heute Herrschenden im Widerspruch zum Grundgesetz missbraucht wird und deshalb weiterhin demokratisiert werden muss.

In dem zitierten Sammelband «Demokratie und Krise – Krise der Demokratie» sind der Staat und sein Agieren Thema von Lutz Brangsch. Er ging vom neoliberalen Um- und Ausbau des Staates Bundesrepublik zu einem Dienstleister der Banken und Konzerne, von der Entstehung einer «neuen Oligarchie» in den letzten Jahrzehnten und vom Agieren des Staates als Beschützer der Vermögenden in der jüngsten Krise 2008/2009 aus und zeichnete ein vielschichtiges Panorama der damit zusammenhän-

16 Alex Demirović: Wirtschaftsdemokratie – Perspektiven einer neuen Demokratie jenseits [?] von Ökonomie und Politik, in: Peter Wahl/Dieter Klein (Hrsg.): Demokratie und Krise – Krise der Demokratie, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2010, S. 55 f.

17 Nach Kalbe, Vorzüge.

18 Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in: MEW, Bd. 22, S. 235.

genden Fragen. Es geht um Sicherung und Erweiterung staatsbürgerlicher, sozialer und kultureller Rechte, um «Ausweitung der Partizipation, direkter Demokratie und öffentlicher Diskussion» und anderes mehr. Angesichts des «fundamentalen Widerspruchs» der bürgerlichen Demokratie zwischen deklariertes Volkssouveränität und Repräsentation im Rahmen der parlamentarischen (Parteien-)Demokratie, also zwischen Volk und den gewählten Vertretern, geht es dem Autor um die «partizipatorische Demokratie» – «die unmittelbare Beteiligung der Einzelnen an den gesellschaftlichen Angelegenheiten», im Besonderen an den Entscheidungsprozessen. Das wird am Beispiel der – aus Porto Alegre/Brasilien stammenden – Idee und Praxis partizipativer Haushaltspolitik demonstriert, die in das Wirken der Exekutive – der Verwaltungen – eingreift und vereinzelt auch schon in Deutschland praktiziert wird.¹⁹

Das könnte (hier auf die unterste, die kommunale Ebene bezogen) als Schritt zur *Vergesellschaftung des Staates* gefasst werden – im Unterschied, ja im Gegensatz zum vergangenen Realsozialismus, in dem praktisch die Verstaatlichung der Gesellschaft praktiziert wurde.

Für die höheren administrativen Ebenen (Länder, Bund) weitergedacht, dazu kombiniert mit Ideen der Produzentendemokratie, die in der gewerkschaftlichen Diskussion über «neue Wirtschaftsdemokratie» entwickelt werden, und mit Überlegungen zu territorialen und/oder branchenbezogenen Wirtschafts- und Sozialräten sowie gestützt auf Ergebnisse der produktiven Wechselwirkung «soziale Transformation von unten/staatliches Agieren von oben» in einigen lateinamerikanischen Ländern²⁰ könnte das ein Anstoß für die Diskussion um Inhalte, Formen und mögliche Wirkungsweise («Mechanismus») eines demokratischen Wirtschaftens sein, auch in einem zukünftigen demokratischen Sozialismus.

In der Programmdiskussion ging es auch um den Umgang mit dem *Begriff demokratischer Sozialismus*.

Wie oben zitiert, verfiert Dieter Klein (und mit ihm weitere Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und LINKE-Politiker) prononciert den «demokratischen Sozialismus als Transformationsprozess des 21. Jahrhunderts». Im Unterschied zu Klein verbindet Rolf Reißig seine Vorstellung von Transformation nicht unmittelbar mit dem «demokratischen Sozialismus»: Es ginge «in der nächsten Entwicklungsperiode nicht um das Ende des Kapitalismus», sondern «bestenfalls erst einmal darum, auf einen möglichen ökokapitalistischen Entwicklungspfad im Sinne seiner sozialen und demokratischen Ausgestaltung Einfluss zu nehmen».²¹ Klein stellt dazu fest: Die von Reißig «skizzierten Charaktere gelingender Transformation» stimmten «mit Prozessen überein, die hier [von Klein] als demokratischer Sozialismus verstanden werden».

19 Vgl. Lutz Brangsch: Demokratisierung der Demokratie. Partizipative Haushaltspolitik, in: Wahl/Klein, Demokratie, S. 134 ff.

20 Siehe dazu S. 119 ff. in diesem Band.

21 Reißig: Die neue «Große Transformation».

Aber er bemängelt, dass «Reißig in seinem Konzept keinen Bezug zum Verständnis des demokratischen Sozialismus als Transformationsprozess her[stellt]» und schreibt: «Für eine mittlere Perspektive ist zunächst im günstigsten Fall weitreichender Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links eine Überwindung der neoliberalen Phase des Kapitalismus zu erwarten, jedoch nicht ein unmittelbarer Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft, sondern eine *ökosoziale ReformAlternative* im Rahmen des Kapitalismus. Eine solche progressive Transformation des Kapitalismus in großen Teilen Europas könnte allerdings einer entschieden gestärkten Linken Raum für die demokratische Durchsetzung von sozialistischen Elementen und Tendenzen eröffnen. Ein Einstieg in die Große Transformation des 21. Jahrhunderts würde Gestalt annehmen.»²²

Auch wenn Reißig das «Etappenziel» des von ihm beschriebenen «Pfades» hin zu einer demokratischen Gesellschaft wohl zu niedrig («demokratisierter Ökokapitalismus») ansetzt, plausibel ist das Beschwören des demokratischen Sozialismus durch Klein auch nicht. Er erwartet «das ‚Gelingen‘ der zweiten Großen Transformation eher in fernerer Perspektive» (nicht – wie Reißig – «schon» in mehreren Jahrzehnten). «Als nähere Perspektive» gilt Dieter Klein «eine *ökosoziale ReformAlternative* im Rahmen des Kapitalismus, die in eine weiter reichende Transformation hineinführen kann.»²³ In etwa das meint Reißig doch wohl auch, ohne die angestrebte Zielgesellschaft «demokratischen Sozialismus» zu nennen? Und wieso ist der von Klein angedachte «Transformationsprozess *als* demokratischer Sozialismus» zu verstehen? Prozess heißt (laut Duden) Entwicklung, Verlauf. Da geht es also um den *Weg*, der in der weiteren Perspektive zu einer humanen, demokratischen, umweltverträglichen, nichtpatriarchalen, national und international ausbeutungsfreien Gesellschaft führen soll. Diese kann Sozialismus genannt werden, muss es aber nicht. Und *der Weg ist die Demokratisierung* aller Lebensbereiche.

Ausgehend von der Realität heute und hier hat Gregor Gysi auf dem Programmparteitag im Oktober 2011 zu Recht darauf hingewiesen: Die Bevölkerung in der Bundesrepublik «ist kapitalismuskritisch, sie ist noch nicht antikapitalistisch und noch nicht prosozialistisch. Das liegt übrigens auch daran, dass wir einen wirklichen Makel haben: Wir kämpfen für einen demokratischen Sozialismus und haben noch kein praktisches Beispiel, wo wir die Leute hinschicken können.»²⁴ Was demokratischer Sozialismus ist und wie er als Gesellschaftsordnung demokratisch «funktionieren» soll, ist nach der Erfahrung mit dem vergangenen Realsozialismus offen. Darüber ist nachzudenken, unter anderem, wie eben gesagt, im Zusammenhang mit realen Erfahrungen [nota bene!] der hier und da praktizierten «partizipativen Demokratie»,

22 Klein, Eine zweite große Transformation, S. 3.

23 Ebenda, S. 11.

24 Gregor Gysi: DIE LINKE muss begreifen, dass sie Recht hat. Rede auf dem Programmparteitag in Erfurt, 22. Oktober 2011, zit. nach Neues Deutschland, Beilage «Programmparteitag», Oktober 2011, S. 6.

der «Produzentendemokratie», der verschiedenen Formen solidarischer Ökonomie, der Praxis in Lateinamerika.

Frank Deppe weist in einem Beitrag über das Verhältnis zwischen der Partei DIE LINKE und Gewerkschaften unter anderem darauf hin, dass «Gewerkschaften notwendig ein Raum» seien, in dem über «Perspektiven der demokratischen [sic!] Transformation im Kapitalismus (und über diesen hinaus) diskutiert wird», da sie «immer auch politische Organisationen» sind, die «die politische Demokratie als Voraussetzung ihrer Existenz verteidigen und die «soziale Demokratie» (Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung, Arbeiterkontrolle, Sozialstaatlichkeit, Bildungsgerechtigkeit, kulturelle Partizipation usw.) als Perspektive einer humanen Gesellschaft vertreten, die immer auch mit den Profitinteressen des Kapitals und der Logik des kapitalistischen Staates kollidieren».²⁵ Deppe konstatiert die Orientierung der LINKEN am demokratischen Sozialismus und stellt anschließend fest, in der großen Krise der letzten Jahre habe sich ihre – der LINKEN – Schwäche darin gezeigt, dass sie «kein alternatives Projekt repräsentiert, das für breite Teile der Bevölkerung (die die bestehenden Verhältnisse durchaus kritisch sehen) als Alternative, als ein Projekt, für das sich zu kämpfen lohnt, akzeptabel wäre [das nota bene!] [...]. Zur programmatisch und politisch praktischen Entwicklung eines solchen Projekts einen Beitrag zu leisten, – das ist im Grunde der Kern der historischen Aufgabe der Partei DIE LINKE!»²⁶

Deppes Logik folgend – und mit Blick auf die von Gewerkschaften verfochtene politische und soziale Demokratie: Die Alternative («ein solches Projekt») kann nur sein – konkrete Maßnahmen zur Demokratisierung aller gesellschaftlichen und politischen Bereiche als Strategie für das 21. Jahrhundert an der Spitze der politischen Forderungen der Partei, und das auch für Bündnisse über Gewerkschaften hinaus. Verwiesen sei hier unter anderem auf den Demokratiekongress in Stuttgart im Februar 2011 – veranstaltet von Bündnissen K21, Demokratie jetzt, Kirchen und dem DGB –, der auch als Auftakt zu einer *breiten gesellschaftlichen Demokratiediskussion* gedacht war.²⁷ So auch der Ratschlag der Globalisierungskritiker von Attac am 30. Oktober 2011. Auf diese Demokratiediskussion sollte sich DIE LINKE hier und heute konzentrieren.

Um auf den «demokratischen Sozialismus» zurückzukommen: «Die Sozialismusdebatten in der Partei», meint Deppe, seien auch für die Gewerkschaften «hilfreich, weil sie die Tageserfahrungen in den Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital mit einer längerfristigen Perspektive der möglichen Transformationen kapita-

25 Frank Deppe: Partei und Gewerkschaft. Anmerkungen zu einem stets neu zu durchdenkenden Thema, in: Sozialismus 1/2012.

26 Ebenda, S. 43.

27 Vgl. Kongress für mehr Demokratie, Neues Deutschland, 23.2.2011 (www.demokratie-kongress21.de).

listischer Verhältnisse verbinden».²⁸ Aber auch da gilt – und auch an dieser Stelle sei es mit (dem jungen) Engels wieder gesagt: Demokratie «als Mittel zur Durchsetzung weiterer, direkt das Privateigentum angreifender und die Existenz des Proletariats sicherstellender Maßregeln»; «Erringung der Demokratie und der aus ihr hervorgehenden [sic!] sozialistischen Maßregeln».²⁹

Auch sollten in die Diskussion die Überlegungen von Peter Brandt³⁰ einbezogen werden: «Nur in dem skizzierten politisch-programmatischen Zusammenhang ist eine Perspektive ‚jenseits des Kapitalismus‘ realistisch denkbar, eine Perspektive, die identisch wäre mit der Renaissance des Sozialismus in Europa [...]. Was ‚demokratischer Sozialismus‘ bedeuten könnte, lässt sich gewiss nicht dogmatisch setzen, und es ist auch historisch nicht eindeutig ableitbar[...], doch unzweifelhaft ist der Bedarf an Klärung. Der Begriff des ‚demokratischen Sozialismus‘, wenn er einen Sinn haben soll, darf weder auf eine vage, unverbindliche, letztlich inhaltsleere Floskel reduziert werden, noch lediglich dazu dienen, einen diskreditierten Parteinamen aus dem Bewusstsein zu verdrängen.»³¹

Das Erfurter Programm von 2011

Im Oktober 2011 wurde auf dem Parteitag in Erfurt das Programm der Partei DIE LINKE beschlossen.

In den einleitenden Referaten von Gesine Löttsch, Gregor Gysi, Klaus Ernst und Oskar Lafontaine war Demokratie stets ein Thema – von den Rednern unterschiedlich gewichtet.

Gesine Löttsch stellte den Parteitag unter das Motto «Freiheit – Würde – Solidarität». Das Programm enthielt Vorschläge, wie die Gesellschaft gerechter, friedlicher, solidarischer und würdevoller gestaltet werden sollte. Sie hätte hinzufügen sollen: Alle vier Stichworte sind ohne demokratische Veränderungen in Staat und Gesellschaft nicht denkbar. Doch als strategisches Ziel formulierte sie ausdrücklich: «Wir wollen einen demokratischen Sozialismus!» Erst im letzten Drittel ihrer Rede kam sie dann – im Zusammenhang mit dem Problem Eigentum – auf Demokratie zu sprechen.³²

Gregor Gysi nannte als Kernpunkte der Politik der Partei (1) Frieden, (2) Eigentumsgerechtigkeit, (3) Demokratie, «und zwar nicht nur als formale Gleichheit, sondern als realen Einfluss», (4) die soziale Frage, (5) die Gleichstellung der Frauen mit den Männern, auch der Menschen mit Behinderung, «aber auch für Ost und West». Er stellte, wie schon erwähnt, fest, dass es in der Bevölkerung zwar eine kapitalismus-

28 Deppe, Partei und Gewerkschaft, S. 44.

29 Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus (November 1847), in: MEW, Bd. 4, S. 373, 379.

30 Vgl. Peter Brandt: Gesellschaftliche Entwicklung, Arbeiterbewegung und Sozialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung I/2012, Berlin.

31 Ebenda, S. 46.

32 Die Reden der vier Spitzenpolitiker hier und im Folgenden zitiert nach Neues Deutschland, Beilage «Programmparteitag», Oktober 2011.

kritische, aber keine prosozialistische Stimmung gebe. Doch daraus leitete er nicht die allseitige demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft als die strategische Hauptorientierung der Partei ab.

Anknüpfend an die Anti-Banken-Proteste der jüngsten Zeit fragte Klaus Ernst: Wohin wehe der Wind der Geschichte? – und antwortete: «Dieser Wind weht in Richtung mehr Demokratie, Entwaffnung des Finanzsektors, sichere Jobs, Löhne, Renten, gerechte Verteilung des Reichtums.» Und: Der Gegenentwurf der Partei zum gegenwärtigen Kapitalismus sei die «Vision demokratischer Sozialismus», die Vision einer demokratischen Gesellschaft: soziale Gerechtigkeit, demokratische Erneuerung – auch Wirtschaftsdemokratie: «An den Werkstoren der Bundesrepublik darf der demokratische Sektor dieser Republik nicht enden.» Und das alles unter der Zwischenüberschrift: «Ohne Sozialismus keine Demokratie» ...

Als letzter in der Reihe der Spitzenpolitiker begann Oskar Lafontaine seine Rede – unter Verweis auf die Diktatur der Finanzmärkte – mit der Frage, warum die Partei angesichts dessen nicht besser dastünde – und kam sogleich auf Demokratie zu sprechen: «Unser Anliegen ist die demokratische Erneuerung», und er präziserte, «was wir unter Demokratie verstehen»: «Demokratie ist eine Gesellschaftsordnung, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen.» Das sei in der Bundesrepublik nicht der Fall – und damit haben wir keine Demokratie. In diesem Zusammenhang stellte er als den wesentlichen Punkt des Programms die Eigentumsfrage heraus, denn diese «gibt die Antwort auf viele Zeitprobleme». Es sei [ganz im Sinne der notwendigen politökonomischen Aufklärung!] zu fragen, «was gehört aus welchem Grunde wem?» Die Antwort: «Eigentum entsteht durch [Lohn-]Arbeit und nicht durch Spekulation, Zockerei oder dadurch, dass man andere für sich arbeiten lässt.» Alle Paläste, große Industrieanlagen, die nur Wenigen gehören, seien von Hunderttausenden Lohnarbeitenden geschaffen worden, «die ihnen daher von Rechts wegen gehören». Und: «Nur diese Herangehensweise an die Eigentumsfrage ermöglicht es, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen.» Deshalb: «Die Antwort unserer Zeit auf viele Fragen ist das Gemeineigentum.» Erst von da her seien auch die ökologischen Probleme zu lösen. Gemeinschaftseigentum sei die Parole der Zukunft – auch um die Ideen der Gleichheit und der Freiheit – der gleichen Würde aller Menschen – zu verwirklichen.

Was sagt nun das angenommene *Programm zu den Themen Demokratie und Wirtschaftsdemokratie* aus? Welcher Stellenwert ist ihnen im Programm eingeräumt?

Vorab: Die Programmlänge (über 50 volle DIN-A4-Seiten!) ist wohl nicht dafür geeignet, von der Mehrheit der Bevölkerung, die ja dafür gewonnen werden soll, aufgenommen zu werden. Da nimmt sich Engels' Kritik am Erfurter Programmentwurf von 1891 als maßlos übertrieben aus, wenn er zu den einleitenden «Erwägungsgründen in zehn Absätzen» (ganze 2,5 DIN-A5-Seiten von den insgesamt fünf Seiten des Programmentwurfs!) schrieb: «Im Allgemeinen leiden diese an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinen: sowohl Programm wie *Kommentar* zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend

ist, und setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und so präzise wie möglich zu sein.»³³ Das Programm – Anliegen und Forderungen – der Partei DIE LINKE ist in der «Präambel – dafür steht DIE LINKE» konzentriert zusammengefasst (für Engels vermutlich noch zu lang: nicht ganz drei DIN-A4-Seiten). Was dann folgt sind Kommentar und Erläuterungen mit sehr vielen, teils wörtlichen, Wiederholungen, die «die Sache breit und schleppend machen».

Doch zur Sache selbst. Halten wir uns zunächst an die «Kurzfassung» des Programms – die Präambel. Im einleitenden Teil («Erwägungsgründe») ist als Ziel der Partei «ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – der demokratische Sozialismus» genannt. Es folgen die (16) Felder bzw. Forderungen, für die DIE LINKE kämpft. An deren Spitze steht die Idee Wirtschaftsdemokratie – der Kampf «für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung». Die dafür notwendige Rahmenbedingung – die «Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche» – ist erst im zwölften Kampffeld («für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit») als abschließende Forderung (von acht) genannt, ohne besonders hervorgehoben zu werden. Zum Staat, seinem Wirken, Anforderungen an diesen als (einen) Akteur bei der Demokratisierung aller gesellschaftlichen (und politischen!) Bereiche enthält die Präambel nichts.³⁴

Der Inhalt der folgenden «erläuternden» Kapitel ist durchgehend von demokratischen Vorstellungen geprägt. Doch die im Kapitel III (schon in der Überschrift) formulierte strategische Orientierung heißt «Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert» (im Text auch – wie schon bei Dieter Klein – mehrfach: «des 21. Jahrhunderts»); die «Demokratisierung aller Lebensbereiche» kommt darin einmal, «eingepackt» in weitere Gedanken, vor (S. 20). Im Folgenden heißt er an einer (wieder nicht hervorgehobenen) Stelle: Marx' Vision von einer «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist», werde «nur über den Weg [sic!] einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche möglich» sein. Und anschließend: «Unser Ziel eines Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft [...]» (S. 21)

Der «Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie» ist im Kapitel III ein eigenständiger Abschnitt gewidmet. Und darin heißt es (endlich, auf S. 21): «Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft. Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich

33 Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in: MEW, Bd. 22, S. 227. Hervorhebung im Original.

34 Hier zitiert nach der den Mitgliedern zugesandten Fassung: Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitag der Partei DIE LINKE am 21. bis 23. Oktober 2011, Erfurt. Hrsg. Bundesgeschäftsführung der Partei DIE LINKE, Berlin 2011, 52 Seiten.

die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen [...]» Die Formulierung, in der politischen Praxis mit dem Ziel konsequenter Demokratisierung auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen verfochten, weist über den bestehenden Kapitalismus hinaus – sie könnte als strategische Orientierung für die kommenden Jahrzehnte gefasst werden. Aber dann heißt es doch wieder: «Deshalb sehen wir in der Wirtschaftsdemokratie eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus.»

Die strategische Orientierung der Partei ist also der (demokratisch mal groß-, mal kleingeschrieben) Demokratische Sozialismus. Demokratische Bündnisse werden damit nach der *Erfahrung* mit dem Realsozialismus wohl schwer zu schmieden sein ...

Im Kapitel IV («Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung») geht es im Abschnitt IV.2 – «Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft» – doch noch auch um den *Staat* Bundesrepublik Deutschland, der als «demokratischer und sozialer Rechtsstaat» der Erneuerung bedürfe. (S. 31–39) DIE LINKE will «demokratische Mitbestimmung in der Wirtschaft und im Staat [sic!], in Massenmedien, Bildung, Wissenschaft u. a. Bereichen ausbauen». Parlamente und direkte Demokratie (Volksinitiativen, -begehren, -entscheide) sind zu stärken; so auch die Kommunen (denen, anders als den Ländern und dem Bund, ein eigener Abschnitt mit konkreten Maßnahmen gewidmet ist). Auch heißt es, die Gewaltenteilung solle konsequent umgesetzt werden, wobei es nur um die institutionelle «Demokratisierung der Justiz» durch deren Selbstverwaltung (Justizräte) geht. Deren Naziaktivitäten fördernde und antifaschistische Kräfte kriminalisierende Urteile werden, auch im Programmabschnitt über Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus, nicht angesprochen.

Wie soll die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat erreicht werden? Dafür will DIE LINKE «in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und parlamentarischen Bereich» breite gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Die Mittel dafür dürften nicht zuletzt öffentliche Diskussionen und Kampagnen sein. Dabei sollte der ethische Aspekt – die ab und an, hier und da, aufgrund konkreter Vorgänge (vgl. «Stuttgart 21») wachsende Empörung (ja, auch Wut) über gegebene Zustände, das Wirken der Banken und Konzerne, Behörden und Parteien – als ein wichtiger Mobilisierungsfaktor nicht vernachlässigt werden. Und (um es abschließend noch einmal zu wiederholen): Breite demokratische Bündnisse werden sich nur aufgrund demokratischer – nicht sozialistischer – Forderungen und Losungen formieren lassen.

Die Demokratisierung von Gesellschaft und Staat muss die strategische Orientierung, die zentrale Achse, der Kern linker Politik in Gegenwart und naher Zukunft sein.